

IMPORT EXPORT:

Judenhass ist der Kern aller islamistischen Bewegungen

- VON RONYA OTHMANN
- -AKTUALISIERT AM 23.05.2021-08:45



Kundgebung in Erfurt am 21. Mai 2021. Bild: dpa

Antisemiten sind immer die anderen. Rechte, linke, bürgerliche, migrantische und deutsche Antisemiten werfen sich gegenseitig vor, die wahren Antisemiten zu sein.

Es ist wieder Nahostkonflikt. Eben waren noch alle Virologen, jetzt sind alle Nahostexperten. Auf Social Media werden fleißig Infografiken geteilt, auch wenn man nicht genau weiß, was der Unterschied zwischen Westbank und Gaza ist. Oder dass die Videos und Posts mitunter von Islamisten kommen, egal – dabei sein ist alles. Auf deutschen Straßen wird wieder „Kindermörder Israel“ gerufen, mit „From the river to the sea Palestine will be free“ ein judenfreies Nahost erträumt. Mal heißt es „Chaibar, Chaibar, ihr Juden, Mohammeds Heer kommt bald wieder“, dann wieder „Bombardiert Tel Aviv“. Querfronten werden gebildet, Islamisten laufen neben antiimperialistischen Linken, neben panarabischen Nationalisten, neben türkischen Rechten. Zu sehen sind auch: Saddam-Husseini-T-Shirts, Symbole der Grauen Wölfe, iranische Flaggen. Mitunter werden diese antisemitischen Aufmärsche auch als Israelkritik oder Dekolonisierung gelabelt. Man fragt sich: Wenn Israelkritik, warum vor Synagogen und nicht vor der israelischen Botschaft?

Antisemiten sind immer die anderen. Rechte, linke, bürgerliche, migrantische wie deutsche Antisemiten werfen sich gegenseitig vor, die wahren Antisemiten zu sein. Man darf bezweifeln, dass es einer Beatrix von Storch wirklich um Antisemitismus geht, wenn sie ihn allein bei Migranten verortet. Man darf sich auch fragen, wo all die Leute sind, die man heute auf der Straße sieht, wenn Erdogan mal wieder in Syrien einmarschiert ist, Kurden bombardiert oder Islamisten in Bagdad, Shingal und Kabul Massaker verüben. Man darf sich fragen, warum, wenn es wirklich um Zivilisten geht, nicht auch gegen die Hamas demonstriert wird. Und wieso weltweit an den Nakba-Tag erinnert wird, aber nicht an die Juden, die aus dem Nahen Osten und Nordafrika vertrieben wurden, und an Pogrome wie den Farhud in Bagdad. Und was ist das für ein komisches Wort: „Israelkritik“? Haben Sie schon mal von Irankritik, Syrienkritik oder Saudi-Arabien-Kritik gehört? Dabei sind diese Länder Diktaturen. Als ob er je weg gewesen wäre, wird wieder gefragt, woher der Antisemitismus auf einmal komme. Ist er home-grown oder doch importiert? Beides stimmt.



Ronya Othmann :Bild: Kat Menschik

Für Juden in der islamischen Welt bedeutete das Leben Armut und Ausgrenzung. Als „Dhimmi“ waren sie Bürger zweiter Klasse. Der vorkoloniale Nahe Osten war kein Paradies, in dem Juden und Muslime friedlich miteinander lebten. Auf den islamischen Antijudaismus traf im 20. Jahrhundert der deutsche Antisemitismus. Nazis exportierten Judenhass. Auf Radio Zeesen wurde arabische antisemitische Propaganda gesendet. Fritz Grobba, ein deutscher, zum Islam konvertierter Diplomat, begann 1934, „Mein Kampf“ in einer Bagdader Zeitung zu veröffentlichen. Einen Verbündeten fanden die Nazis in el-Husseini, Großmufti von Jerusalem, der Mitglied der SS war und für diese Muslime auf dem Balkan rekrutierte. Zudem verhinderte er die Auswanderung Tausender jüdischer Kinder nach Palästina. Sie wurden in deutschen Vernichtungslagern ermordet. Oft wird die Staatsgründung Israels als Grund für antijüdische Politik und Pogrome in den arabischen Staaten gesehen. Das stimmt nicht. Das Pogrom von Aleppo 1947 fand wie der Farhud 1941 schon vor der Staatsgründung statt.

Für Antisemitismus braucht es keine Juden

Bis heute sind „Mein Kampf“ und die Protokolle der Weisen von Zion Bestseller in der arabischen Welt, in der Türkei und in Iran. Auch wenn es dort kaum mehr Juden gibt. Doch für Antisemitismus braucht es keine Juden. Juden sind Projektionsfläche für etwas, das Samuel Salzborn „negative Leitidee der Moderne“ nennt. Über den Hamas-Fernsehsender al-Aqsa TV, den Hizbullah-Sender al-Manar, den türkischen Staatssender TRT wird antisemitische Propaganda auch jetzt in deutsche Wohnzimmer ausgestrahlt und über zahlreiche Social-Media-Kanäle weiterverbreitet. Auch in deutscher Sprache. In diesen Tagen sieht man dort Bilder von zerstörten Häusern und toten Kindern in Gaza, manchmal auch in Syrien – man nimmt es nicht so genau. Dass die Hamas nicht nur Steine wirft, Zivilisten als Schutzschild missbraucht werden und einige der eigenen Raketen in Gaza einschlagen, wird nicht erwähnt. Von den Opfern auf israelischer Seite ist keine Rede. Auch Einordnung sucht man vergeblich. Dafür bekommt man neben Koranversen Verschwörungsmysmen serviert, wie wir sie auch schon von den Antisemiten von Pegida und von Querdenken kennen: Die westlichen Medien seien allesamt von Zionisten kontrolliert.

Antisemitismus ist der Kern aller islamistischen Bewegungen, ebenso der panarabischen. In Syrien ist Antisemitismus quasi Staatsdoktrin. In Iran werden israelische Flaggen nur hergestellt, um sie wieder zu verbrennen. Erdogan fantasiert über Israel schon als Teil seines neo-osmanischen Reiches und sagt: „Jerusalem gehört uns.“

Als ich vor einer Weile über Antisemitismus schreiben wollte, hatte ich Sarah Idan im Kopf, Miss Irak, deren Familie nach einem gemeinsamen Selfie mit Miss Israel fliehen musste und die auch jetzt wieder angefeindet wird, weil sie sich gegen Antisemitismus, Hamas und die Muslimbruderschaft positioniert. Ich wollte über die libanesische Popsängerin Elissa schreiben, die sagte: „Dass Israel unser Feind ist, ist die größte Lüge, in der wir leben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kippenheuer-witsch-verschiebt-veroeffentlichung-von-foucault-buch-17352205.html?premium>

VORWÜRFE GEGEN MICHEL FOUCAULT:

Sexualität und Rufmord

- VON CORD RIECHELMANN
- -AKTUALISIERT AM 23.05.2021-15:14



Michel Foucault (links) und Michael Stoneman im Death Valley, Mai 1975 Bild: Simeon Wade Reprinted by permission of David Wade

Der Verlag Kiepenheuer & Witsch verschiebt den Erscheinungstermin eines Buches über Michel Foucault, weil gegen den Philosophen Vorwürfe erhoben wurden. Eine falsche Entscheidung.

Die Nachricht kam unverhofft. Am 11. Mai teilte der Verlag Kiepenheuer & Witsch per Mail mit, dass er sich entschieden habe, „die lange geplante Veröffentlichung des Lebensberichts von Simeon Wade ‚Foucault in Kalifornien‘ um ein Jahr zu verschieben“. Als Begründung gab der Verlag an, dass es ihm nach den „schweren Vorwürfen“, die der französische Autor Guy Sorman gegen Michel Foucault erhoben habe, „unangemessen“ erscheine, „ein heiteres Buch über die Drogeneskapaden des Philosophen im Death Valley zu veröffentlichen“. Zurzeit, so hieß es in der Mail weiter, prüfe man die Möglichkeit, „die deutsche Ausgabe im kommenden Jahr um eine aktuelle Einordnung zu ergänzen“.

Worin die aktuelle und dann vermutlich neue Einordnung bestehen soll, konnte der Verlag noch nicht mitteilen und wird es voraussichtlich auch in einem Jahr nicht können. Was man aber jetzt schon sagen kann, ist, dass Sormans Anschuldigungen zusammen mit deren medialen Nachwirkungen tatsächlich einem Rufmord sehr nahe kommen, wie Foucaults Lebensgefährte Daniel Defert und François Ewald, Assistent Foucaults am College de France und Mitherausgeber seiner Vorlesungen, in einer zusammen mit den Nichten und Neffen Foucaults unterzeichneten Presseerklärung schreiben.

Platz für politische Statements

Sorman hatte Foucault nicht nur, wie Kiepenheuer & Witsch schreiben, „Pädophilie“ vorgeworfen, sondern ihn als „pädophilen Vergewaltiger“ bezeichnet, der seinen Weißer-Mann-Körper in der Haltung eines Kolonialisten gegenüber den algerischen Jungen in Szene setzte. Junge Kinder, acht, neun, zehn Jahre alt, seien hinter Foucault hergerannt und hätten gerufen: „Was ist mit mir? Nimm mich, Nimm mich“, erzählte Sorman im März der Sunday Times. Foucault hätte dann Geld nach den Kindern geworfen und ihnen zugerufen, wir treffen uns am üblichen Ort, und an diesem üblichen Ort habe Foucault dann Sex mit den Kindern auf Grabsteinen gehabt. Das alles hätte sich 1969 in Tunesien im kleinen Ort Sidi Bou Saïd zugetragen, wo Foucault damals lebte und Sorman ihn besucht habe. Und als sei es notwendig, hatte Sorman noch hinzugefügt: In Frankreich hätte Foucault so ein Verhalten nie gewagt.



Michel Foucault hält eine Vorlesung am Collège de France im Jahr 1971. :Bild: AFP

Faktisch ist das schon deshalb wackelig, weil Foucault 1969 nicht mehr in Tunesien lebte. Foucault war im Herbst 1968 nach Paris zurückgekehrt, und das auch, weil ihn die Nachstellungen durch die Polizei in Tunesien zunehmend beunruhigten. Foucault hatte den Mai 1968 nicht in Paris erlebt, sondern in Tunesien und sich eindeutig auf die Seite der auch dort rebellierenden Studenten gestellt. Inhaftierte Studenten unterstützte er juristisch und mit Geld. In seinen Seminaren an der Universität von Tunis gab er den Revoltierenden Platz für ihre politischen Statements, was selbst für einen französischen Professor wie Foucault alles andere als eine Selbstverständlichkeit war. Und der tunesische Staat verfolgte den Gast aufmerksam. Sein Telefon wurde abgehört und seine Kontakte sowie sein Tagesablauf von den Sicherheitsbehörden protokolliert. Es ist also nicht so abwegig, wenn im L'Obs, der Nachfolgezeitung des *Nouvel Observateur*, jetzt vermutet wird, dass die tunesische Polizei, wenn es zu pädophilen Übergriffen gekommen wäre, dies bestimmt genutzt hätte, um Foucault mit rufschädigenden Kampagnen aus dem Land zu treiben.

Die Anklagen gegen Foucault wurden relativiert

L'Obs hat, in Gestalt der Journalistin Marie Lemonnier, sowieso vorbildlich gehandelt. Lemonnier hatte die Vorwürfe ernst genommen und war auf der Suche nach Zeitzeugen, vermeintlichen Opfern und Bekannten Foucaults nach Tunesien gereist, um sie zu befragen. Lemonnier fand dabei vieles heraus. Sie traf begeisterte Hörer Foucaults, die besonders seine Freundlichkeit und seine immer auf die Einhaltung höflicher Distanz bestehenden Umgangsformen hervorhoben. Sprach mit Foucaults ehemaligem Haushaltsgehilfen und mit Dorfbewohnern, die versicherten, dass im Dorf alle wussten, dass Foucault schwul war, und sich empört zeigten über die Anschuldigungen. Wenn Foucault auf dem Friedhof Kinder vergewaltigt hätte, so sagte einer von ihnen, hätte man ihn gelyncht. Es kann also nur folgerichtig erscheinen, dass Sorman mittlerweile seine Anklagen gegen Foucault relativiert und eingestanden hat, Foucault nie selbst bei seinen vermeintlichen Untaten gesehen zu haben.

Dass sich Daniel Defert, François Ewald und die Nichten und Neffen Foucaults in ihrer Pressemitteilung ausdrücklich auf die Recherchen von L'Obs und anderen Zeitungen beziehen, zeigt, dass auch den Foucault nahestehenden Personen an einer Aufklärung der schweren Vorwürfe gelegen ist. Es macht aber die Verlagsentscheidung von Kiepenheuer & Witsch nicht weniger merkwürdig. Es waren nämlich zwischen Sormans Anklagen und Lemonniers Bericht zwei Texte in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschienen, die zwar ohne jede Recherche zu den Vorwürfen Sormans auskamen, aber sehr entschieden und in weit ausholenden Gesten das Gesamtwerk Foucaults beziehungsweise gleich die meisten Intellektuellen Frankreichs im 20. Jahrhundert, vor allem die unter der Rubrik „Postmoderne“ zusammengefasst, für erledigt hielten.

Ein Bruch in Foucaults Werk

Der erste Artikel stammte von dem Frankreich-Korrespondenten der Zeit Georg Blume; er sah das Werk und Denken Foucaults von der Pädophilie befallen. Was angesichts von Büchern mit Titeln wie „Die Geburt der Klinik“ oder „Archäologie des Wissens“ zumindest abenteuerlich erscheint. Was es aber tatsächlich gibt, ist ein Kapitel über „Die Ehre eines Knaben“ im 1984 erschienenen „Der Gebrauch der Lüste“, dem zweiten Band von Foucaults in vier Bänden veröffentlichten Studien zu „Sexualität und Wahrheit“. Foucault untersucht darin, wie die sogenannte Knabenliebe bei Platon, Xenophon und dem Pseudo-Demosthenes beschrieben und konzipiert wird. Dabei lässt Foucault nie einen Zweifel daran aufkommen, wie weit Praxis und Theorie der altgriechischen Knabenliebe von der Homosexualität seiner Zeit entfernt ist. Es ging Foucault nie darum, die sogenannte „heidnisch-virile“ Moral der Griechen gegen die christliche Sexualmoral oder Ethik auszuspielen, wie Blume es behauptet. Foucault wollte vielmehr zeigen, wie sich auf der Basis der griechischen Liebes- und Lustkonzepte, die nie so frei waren, wie mancher sich das vorstellt, die christliche Sexualmoral entwickelt und aus ihr hervorgeht.



Michel Foucault im Gespräch mit dem Philosophen Raymond Aron (rechts) und dem Biologen Jacques Monod :Bild: Picture-Alliance

Und da ist man dann wirklich bei einem erörterungswürdigen Problem und bei Kiepenheuer & Witsch. Foucault hatte seine Untersuchungen zur Geschichte der Sexualität zuerst auf die Zeit vom 16. bis zum 19. Jahrhundert beschränken wollen, war dann aber bei den Kirchenvätern zur Zeit des sich etablierenden Christentums im 2. bis 5. Jahrhundert gelandet. Dabei hatte er bemerkt, dass er ohne eine genaue Untersuchung der Geschichte der griechisch-römischen Vorläufer der Kirchenväter einfach nichts Substantielles schreiben können. Daraus folgte eine Hinwendung zu den Texten der griechisch-römischen Antike, die von vielen Beobachtern als Bruch in Foucaults Werk wahrgenommen worden ist.

Der Trip ins Death Valley

Simeon Wades Buch, das im Übrigen auch der Verlag zunächst als „einen spannenden neuen Blick auf ein wichtiges Weichenstellungsmoment im Werk des Philosophen“ angekündigt hatte, versprach nichts weniger, als eine Erklärung für diesen Bruch liefern zu können. Der Trip, den Wade und dessen Freund Michael Stoneman mit Foucault 1975 ins Death Valley unternahm, sei für Foucault, so hatte Wade in einem Interview behauptet, eine „transzendente Erfahrung“ gewesen, die „sein Leben und sein Werk grundlegend verändert habe“ (siehe F.A.S. vom 8. 10. 2017). Auch der Einfluss von LSD habe zu einer spirituellen Veränderung in Foucaults Wahrnehmung und Denken geführt, die der Schlüssel für das griechische Spätwerk des Philosophen sei, eine Bewusstseinsweiterung durch Halluzinogene und erlesene Musik wie die von Karl-Heinz Stockhausen im Wüstenlicht des Death Valley sozusagen. Insofern, und das macht die Entscheidung von Kiepenheuer & Witsch umso unverständlicher, wäre das Buch im Kontext der aktuellen Debatte keineswegs „unangemessen“ gewesen, sondern ein wichtiger Beitrag zur Differenzierung der

Debatte. Mit Knabenliebe jedenfalls hatte dieser Trip, auf dem alle drei Beteiligten erwachsene Männer waren, offen und erklärt homosexuell, nichts zu tun.

In der Zeit hatte die Literaturkritikerin Iris Radisch zwei Wochen nach Blume geschrieben, dass „man sich Michel Foucault in den Büschen unterhalb des Leuchtturms von Sidi Bou Saïd nicht mehr (werde) vorstellen können, ohne an die ungeheure erotische und koloniale Verklärungsbereitschaft der besten und berühmtesten französischen Literaten des vergangenen Jahrhunderts zu denken“. Für sie stellten die Vorwürfe gegen Foucault also keinen zu klärenden Einzelfall dar. Vielmehr konstruierte sie den ganz großen Zusammenhang einer Verdorbenheit des französischen Denkens und der Postmoderne und warf André Gides Reisen nach Marokko und Michel Leiris' unerotische Afrika-Studien gleich mit in denselben Topf. Zur faktischen Aufklärung der Anschuldigungen gegen Michel Foucault haben auf diese Weise aber weder Blume noch Radisch beigetragen. Dazu kann es auch in Zukunft nicht schaden, die Texte in *Le Monde* oder *L'Obs* zu lesen.

Le Figaro (site web)

lundi 24 mai 2021 - 16:50 UTC +02:00 1452 mots

Économie ; Médias & Publicité

CNews, le nouveau phénomène médiatique

Sallé, Caroline

RÉCIT - La chaîne d'info du groupe Canal+ devrait atteindre le seuil des 2 % d'audience. Les annonceurs se précipitent.

C'est la petite chaîne d'info qui monte, qui monte, qui monte... Depuis le début du mois, *CNews* a battu à cinq reprises le leader *BFMTV*. Difficile d'invoquer la maladresse des téléspectateurs, zappant par inadvertance sur le canal 16 au lieu du 15. Car l'exception se répète. Au point qu'en mai, la chaîne d'info du groupe *Canal+* devrait franchir la barre symbolique des 2 % d'audience, un record historique. Au classement général, *BFMTV*, l'antenne du groupe Altice, conserve toujours la première place du podium. N'empêche. Le profond ravin entre les deux concurrentes a désormais des allures de modeste rigole.

CNews revient pourtant de loin. Lorsque Vincent Bolloré, premier actionnaire de Vivendi, décide en 2016 de reprendre en main la chaîne d'info *iTélé*, filiale de *Canal+*, personne n'aurait osé parier sur cette *remontada* fulgurante. Le nouveau maître des lieux veut tout changer, du sol au plafond. Pas tout à fait illogique. Depuis sa création en 1999, la chaîne vivote et n'a jamais été rentable. Pire pour son avenir, la compétition s'amplifie: *LCI* vient de passer en gratuit et *France Télévisions* inaugure sa nouvelle offre *Franceinfo*. Sur la TNT, le pré carré des chaînes d'info gratuites affiche complet. « *L'objectif, c'était de trouver un positionnement éditorial et marketing différent pour pouvoir exister. Au lieu d'avoir le nez dans le guidon de l'info, avec Serge Nedjar, le DG de CNews, nous avons misé sur le débat, le décryptage et l'opinion. C'était osé, à l'époque. Et antinomique avec la manière de concevoir une chaîne d'info, façon grand JT qui s'étire toute la journée* », se rappelle Gérard-Brice Viret, DG des antennes et des programmes du groupe Canal+.

Dire que la transformation est mal vécue en interne, relève de l'euphémisme. La décision d'imposer Jean-Marc Morandini à l'antenne, pourtant visé par deux enquêtes pour «corruption de mineurs aggravée», met le feu aux poudres. À l'automne 2016, c'est l'explosion: 31 jours de grèves, des manifestations de soutien en présence de personnalités médiatiques, suivis d'une vague de démissions massive. La rédaction est délestée d'une centaine de journalistes. Les trois quarts des effectifs, autrement dit. L'antenne est en berne et les audiences descendent à la cave. Début 2017, elles plongent à 0,6 % contre 1 % un an plus tôt. Les téléspectateurs sont allés voir ailleurs et le lancement de *CNews*, un lundi 27 février, s'effectue sans tambours ni paillettes.

Quatre ans plus tard, après avoir vidé la salle, *CNews* est parvenue à distancer *Franceinfo*, puis *LCI*, et plante à présent des banderilles dans les côtes de *BFMTV*. Dans l'industrie audiovisuelle, c'est presque un cas d'école. La radio *Europe 1*, qui a tenté une grande refonte éditoriale, ne s'en est jamais remise. « *Nous avons eu la chance d'avoir un actionnaire solide qui nous a laissé le temps d'installer la chaîne* », rappelle Gérard-Brice Viret. Pragmatique, Vincent Bolloré sait que les débats en plateau autour de quelques chroniqueurs coûtent bien moins cher à produire que les reportages qui nécessitent d'envoyer des journalistes et leurs équipes sur le terrain. Le budget de *CNews*, 35 millions d'euros, a été quasiment divisé par deux comparé au coût de fonctionnement de l'ex-*iTélé*. Si la chaîne perd encore un peu moins de 5 millions d'euros, elle prévoit d'atteindre l'équilibre l'an prochain.

Un modèle redoutablement efficace

Le boycott publicitaire a cessé et les annonceurs affluent. « *Beaucoup sont effectivement revenus et nous avons recruté au total 513 marques différentes en 2020, soit 80 de plus en un an, malgré la crise du Covid* », souligne Fabrice Mollier, le président de la régie du groupe *Canal+*. Même tendance à la hausse depuis le début de l'année. « *Le fait de tutoyer le leader BFMTV et de le dépasser certains jours a créé un nouvel effet d'accélération. Nous diffusons actuellement autant de publicités que la chaîne d'Altice, voire parfois un peu plus. Depuis janvier, notre chiffre d'affaires a été multiplié par deux.* » Fin avril, la chaîne a même réinstallé, à 19 heures, une petite coupure pub juste avant l'émission «Face à l'info» avec Éric Zemmour (éditorialiste au *Figaro*), un temps mis à l'index par les marques. « *Cet écran est plein* », constate Fabrice Mollier. Les annonceurs sont aussi pragmatiques.

Le modèle de CNews a beau être décrié par une partie de l'establishment, il n'en est pas moins redoutablement efficace. Avec quatre chaînes d'info en continu à disposition, les Français n'ont que l'embaras du choix. Personne ne les oblige à regarder Pascal Praud ou Éric Zemmour, les incarnations phares de l'antenne. Pourquoi sont-ils donc de plus en plus nombreux à plébisciter cette « Fox News tricolore » ? Parce que CNews est clairement dans l'air du temps. « En mettant l'accent sur les opinions très tranchées, la chaîne suit la tendance de la radicalisation de la société », décrypte un expert des médias. « CNews surfe sur le ras-le-bol d'une partie de la population et le sentiment de désappropriation du pays », analyse un autre. Cette colère aujourd'hui se manifeste beaucoup sur les réseaux sociaux. CNews l'a compris et a été la première à mettre à l'antenne ce qui circulait sur Twitter ou Facebook. D'une certaine façon, à travers cette chaîne, c'est la majorité silencieuse qui peut s'exprimer », considère un communicant parisien. Celle, en somme, des zones périurbaines et des campagnes à qui elle « tend un miroir, en traitant des sujets qui les préoccupent au quotidien et qui irriguent toute la société », poursuit-il.

Et, comme sur les réseaux sociaux, le ton y est moins policé, voire totalement décomplexé. « Nous avons cassé les codes, c'est vrai, en instaurant une proximité différente avec les téléspectateurs », reconnaît Gérard-Brice Viret. « Praud, c'est très machine à café », résume un observateur. « Un certain nombre de médias vous disent quoi penser. Mais si vous voulez savoir ce que pensent une grande partie des Français, c'est CNews qu'il faut regarder », assure un conseiller politique au Parlement. En accréditant l'idée qu'elle est devenue un thermomètre permettant de prendre au plus juste le pouls de la société, CNews a pu décupler son influence, alors que son poids réel dans l'écosystème médiatique, près de 2 %, reste très faible.

C'est le même scénario qu'avec BFMTV. Pendant plus d'une décennie, on s'est bousculé au micro de Ruth Elkrief et de Jean-Jacques Bourdin. La chaîne, avec ses images en boucle, a obnubilé les patrons de rédaction autant que les élus. Jusqu'à l'Élysée, où la séquence « Leonarda » provoquera la colère de François Hollande. CNews focalise à présent l'attention. « C'est là que ça se passe », remarque le conseiller politique.

Le 13 avril dernier, Pascal Praud déplore que les frontières de la France ne soient pas fermées avec le Brésil pour empêcher l'arrivée d'un nouveau variant du Covid et qualifie Clément Beaune, le secrétaire d'État chargé des Affaires européennes, d'« amateur ». Ni une ni deux, celui-ci décroche son téléphone pour lui répondre en direct. Pragmatiques, les politiques le sont aussi. En avril, la chaîne a touché quotidiennement 8,7 millions de Français. Moins que les 13 millions de BFMTV, certes. Mais difficile toutefois de faire l'impasse.

Même la macronie a mis de côté ses pudeurs de gazelle. Bruno Le Maire, le ministre de l'Économie, était interviewé par Laurence Ferrari le 12 mai dernier, quelques jours après le passage de la ministre déléguée de l'Industrie, Agnès Pannier-Runacher dans l'émission « Face à l'info » avec Éric Zemmour. « Maintenant que nous sommes deuxièmes et certains jours premiers, les grandes personnalités politiques viennent plus facilement, y compris celles du gouvernement », reconnaît Gérard-Brice Viret. Certaines, à l'instar de Jean-Baptiste Djebbari, le ministre délégué aux Transports, Marlène Schiappa, en charge de la Citoyenneté ou encore Alain Griset, dédié aux PME, sont presque des habitués. « Le porte-parole du gouvernement Gabriel Attal habite carrément là-bas », ironise le conseiller politique. À l'Élysée, ils sont en fait plusieurs à penser que la campagne se fera sur CNews. » La chaîne, propulsée dernier salon où l'on glose ? « En tout cas, ajoute-t-il, à onze mois de la présidentielle, CNews participe déjà grandement à chauffer la salle. »

Le Figaro, no. 23874

Le Figaro, mardi 25 mai 2021 1770 mots, p. 20

Débats

« Certains chercheurs font croire qu'une bouillie militante serait de la science »

Bastie, Eugénie

LE FIGARO. - En dénonçant l'**entrisme** de l' « islamo-gauchisme » à l'université, la ministre de l'Enseignement supérieur, Frédérique Vidal, a lancé une intense controverse. Quel regard jetez-vous sur cette polémique et la façon dont elle s'est déroulée ?

Nathalie HEINICH. - Cette controverse a commencé dès le mois d'octobre 2020, lorsque Jean-Michel **Blanquer** a, le premier, dénoncé cet islamo-gauchisme universitaire, à la suite de l'assassinat de Samuel Paty par un islamiste. **Ce n'était en rien irresponsable**, comme l'ont prétendu certains : **il existe des courants des sciences humaines et sociales issus d'une tradition militante d'extrême gauche, aveugles à la réalité de l'islamo-fascisme, qui ne voient dans l'islamisme radical qu'une réaction aux discriminations et à l'héritage colonial.** Ces courants alimentent l'idée qu'il existerait un « **racisme d'État** » ou une « **islamophobie** » structurelle ; la laïcité serait une arme contre les musulmans et l'interdiction du voile à l'école, de la burqa et du burqini, une discrimination raciste contre les musulmanes : **autant de contre-vérités dont s'emparent les islamistes pour justifier leurs velléités séparatistes voire excuser les auteurs d'attentats commis au nom de l'islam, ou plutôt de la version politique totalitaire qu'en promeuvent les plus radicaux d'entre eux.** Ces chercheurs contribuent ainsi à légitimer le terreau dans lequel s'épanouissent les assassins de l'école Ozar Hatorah, de *Charlie Hebdo*, de l'Hyper Cacher ou des terrasses de l'Est parisien.

En réitérant quatre mois plus tard les accusations portées par Blanquer - soutenu dans une tribune signée par une centaine d'universitaires -, Frédérique **Vidal** n'a eu que le tort de se réveiller un peu tard et, surtout, de se tromper d'outil en demandant une inspection au CNRS, dont ce n'est pas le rôle (et qui est tout aussi traversé que l'université par ces courants). Ses nombreux et bruyants détracteurs ont fait mine de s'inquiéter d'une mainmise du pouvoir sur la recherche, usant et abusant de l'épouvantail d'un prétendu « **maccarthysme** » , **alors que rien n'est plus normal que le contrôle de la scientificité des productions académiques par les pairs.** Or c'est là que le bât blesse, et les « **académo-militants** » , comme je les nomme dans mon texte, le savent bien : leur production est si faible, si peu conforme aux règles de rigueur et à l'esprit de découverte attendu de tout chercheur qu'ils ont tout à perdre à une expertise sérieuse de leurs travaux et de leurs enseignements. D'où - par-delà les convictions idéologiques - la levée de boucliers au nom d'une « **liberté académique** » **qu'ils sont les premiers à bafouer** en acceptant que des impératifs militants dictent le contenu des enseignements et des publications, **comme c'est le cas avec la « cancel culture »** .

Vous attribuez la tendance de la sociologie française, depuis le début des années 1990, à importer le « combat politique » dans l'espace scientifique à un certain courant bourdieusien devenu hégémonique. Quel rôle a joué Bourdieu dans la politisation de la sociologie ?

Ce que je nomme le « **militantisme académique** » remonte, hélas, bien au-delà de la dernière génération, **et ne concerne pas que la sociologie** : il suffit de se souvenir de la période stalinienne et de sa « **science prolétarienne** » , après-guerre, ainsi que des délires maoïstes dans les universités des années 1970. Mais la sociologie de Bourdieu, dans la version « engagée » qu'il a lui-même encouragée à partir de son livre *La Misère du monde* (la sociologie comme « **sport de combat** »), a beaucoup fait pour accréditer l'idée qu'il serait légitime de mettre le travail universitaire au service d'objectifs politiques, rejoignant ainsi les mouvements militants de la gauche radicale du type Attac (ce que mon collègue Didier Lapeyronnie, dans un article remarqué, qualifia d' « **académisme radical** »). Pour beaucoup de jeunes sociologues, la sociologie ne peut être que cette « **sociologie critique** » , vouée à mettre en évidence les inégalités et à expliquer opinions, idées et actions par la « **position dans le champ** » et les « **effets de domination** » . Or, lorsque **Max Weber** étudiait les formes de domination, c'était dans **une perspective**

analytique de compréhension du monde et non pas, comme chez le Bourdieu « militant dans une perspective de dénonciation. Celle-ci est parfaitement légitime dans l'arène politique, mais n'a rien à faire dans l'arène universitaire, dédiée à la production et à la transmission des connaissances.

D'où vient la prolifération des « studies » dans le champ des sciences sociales et en quoi ces nouvelles recherches rompent-elles avec la démarche scientifique ?

Le modèle américain des « studies » s'est développé aux États-Unis à partir des années 1980 et, en France, des années 2000. Il s'agit d'une reconfiguration des domaines de recherche autour des objets d'étude, définis par leur appartenance à des « communautés » : les femmes (« gender studies »), les gens de couleur (« race studies », « postcolonial studies »), les homosexuels (« gay studies »), voire aujourd'hui les obèses (« fat studies ») ou les handicapés (« disabled studies »). Le problème, du point de vue de la rigueur scientifique, est double : d'une part, ce type de découpage importe directement des problématiques militantes, où les objets sont d'emblée définis comme discriminés, donc comme victimes, donc comme devant être défendus et non pas seulement étudiés ; d'autre part, l'abandon du découpage en disciplines (histoire, sociologie, anthropologie, etc.) fabrique des universitaires incultes, qui ne connaissent que ce qui touche immédiatement à leur objet et ignorent l'essentiel des concepts, des problématiques, des méthodes des sciences sociales. Ils fabriquent ainsi des micro-compétences valables dans des micro-groupes, et qui n'ont guère d'autres débouchés que celui des luttes politiques, faute de compétences intellectuelles permettant de généraliser, de comparer, de se déplacer dans les multiples possibilités exploratoires offertes par les sciences sociales.

Les « académo-militants », comme vous les appelez, citent souvent Durkheim, pour qui « la sociologie ne vaut pas une heure de peine si elle ne devait avoir qu'un intérêt spéculatif ». La recherche doit-elle vraiment échapper à tout agenda de transformation du monde ? N'a-t-elle pas pour but d'améliorer la société ? La frontière entre science pure et politique n'est-elle pas poreuse ?

Les chercheurs et les universitaires ont le privilège d'être payés par la collectivité pour produire et transmettre des connaissances. Tout autre objectif relève d'une autre arène, notamment l'arène civique ou politique - où il est bien sûr parfaitement légitime de vouloir transformer le monde. Mais utiliser les moyens qui nous sont offerts au profit d'objectifs n'ayant rien à voir avec la science relève, à mes yeux, d'un détournement de fonds publics. Quant à la porosité entre « science pure » et « politique », elle est volontairement entretenue par ceux qui professent leur mépris de la science en ne la jugeant pas suffisamment valable en elle-même pour justifier « une heure de peine ». Tous les chercheurs sérieux savent très bien repérer les énoncés qui ne relèvent plus du constat ou de l'analyse, produits selon les règles de ce que Max Weber nommait la « neutralité axiologique » (l'abstention d'opinion morale, politique ou religieuse dans le cadre académique), mais qui s'égarer dans le jugement de valeur, la promotion d'une idéologie ou la dénonciation d'une injustice.

Les thèmes du « pouvoir » (Foucault) et de la « domination » (Bourdieu) sont omniprésents dans la vulgate sociologique contemporaine. Ils pêchent selon vous par une forme d'hyper-constructivisme qui suggère que tout est socialement construit et donc modifiable à l'envi. Qu'entendez-vous par là ?

La mode « post-moderne » développée dans le monde anglo-saxon dès les années 1980 à partir de penseurs français (la « French theory ») a beaucoup fait pour asseoir la pensée critique sur l'idée que tout serait « socialement construit », donc modifiable et malléable à merci. Le lieu commun du militantisme académique cumule la naïveté (car qu'est-ce qui, dans l'expérience humaine, pourrait échapper au « social », c'est-à-dire au langage, aux institutions, aux interactions, aux systèmes de valeurs ?) et un naturalisme sous-jacent, qui postule implicitement que seul ce qui est naturel serait nécessaire, de sorte que, par exemple, la différence des sexes deviendrait contingente dès lors qu'elle serait déclarée « socialement construite », et donc transformable ou annulable à volonté. On confond ainsi les évolutions collectives et transgénérationnelles avec les désirs individuels de changement immédiat.

Le néo-féminisme abreuvé aux « gender studies » use et abuse de ce sophisme, agrémenté depuis peu de la notion, américaine elle aussi, d'« intersectionnalité », qui croise discriminations liées au sexe et discriminations liées à la race, concluant ainsi qu'une femme de couleur tend à être moins favorisée qu'un homme blanc : c'est ce que j'appelle découvrir la lune - une activité que pratiquent avec ferveur et constance les académo-militants.

On a tendance à relativiser la portée de ces théories, en les disant marginales et sans influence. En quoi sont-elles selon vous dangereuses ?

Des collègues de l'**Observatoire du décolonialisme** et des idéologies identitaires ont montré, grâce à une recherche par mots-clés dans les titres de thèses et de colloques, les appels à contribution, etc., **que les termes relevant de ces nouveaux courants (décolonialisme, genre, intersectionnalité, islamophobie, racialisation, etc.) sont présents aujourd'hui dans plus de la moitié du corpus.** Peut-on prétendre dans ces conditions que ces tendances seraient marginales ou minoritaires ? Elles siphonnent par ailleurs une bonne partie des budgets octroyés aux projets de recherche, que ce soit en France ou au niveau européen. Et que les tribunes contre l'islamo-gauchisme publiées en novembre et en février aient pu susciter en réponse des pétitions comptant des centaines de signatures dit assez la force de ces courants. **Il n'est donc nullement superflu de les combattre, comme j'ai essayé de le faire dans ce « tract », car ils sont objectivement dangereux.**

Le principal danger à mes yeux consiste à faire croire aux jeunes générations que cette bouillie militante serait de la science, et qu'en cela consisterait la recherche : autant dire qu'ils sont formés dans l'idée que le savoir n'est pas une valeur en soi, puisqu'il ne se justifierait que d'un objectif de transformation du monde. **On leur vend donc le contraire de ce pour quoi ils sont censés entrer à l'université, et on gaspille les énergies pour des productions dont le niveau intellectuel est souvent misérable.**

Il existe par ailleurs un **autre danger**, plus directement politique : **celui d'accréditer une définition communautariste et essentialisée de la citoyenneté, au rebours des valeurs de l'universalisme républicain dont notre pays est le fer de lance depuis la Révolution française.** Mais il s'agit là d'une problématique politique, qui nous éloigne de la cause proprement épistémique - relative au savoir - que j'ai voulu défendre en dénonçant « *ce que le militantisme fait à la recherche* » ...

Le Figaro (site web)

mardi 25 mai 2021 - 12:05 UTC +02:00 1544 mots

Vox ; Vox Politique

Pourquoi une partie de la gauche déteste la police

FIGAROVOX/DÉCRYPTAGE - De Jean-Paul Sartre à l'acteur Mathieu**Kassovitz, une certaine gauche, intellectuelle, médiatique ou activiste, a fait de l'institution policière la responsable des maux de la société. Les racines de cette hostilité sont à chercher quelques siècles plus tôt.**

Les modes passent, le style évolue, mais le fond, lui, reste sensiblement le même. Version intellectuel, c'est Jean-Paul Sartre qui écrit «*L'État n'est pas fasciste, mais sa police l'est déjà*» dans *La cause du peuple*. Version bourgeois-bohème, l'acteur Mathieu Kassovitz qui résume les caillassages des policiers et des pompiers au simple «*moyen d'expression d'une frustration*». Version militant 2.0, la Youtubeuse Nadjélika, suivie par près de 600.000 abonnés sur sa chaîne, qui adresse une charmante attention à un policier noir, qualifié de «*vendu*».

N'en déplaise à un slogan répété à l'envi dans les cortèges, «*tout le monde ne déteste pas la police*» - la moyenne d'opinions favorables tourne autour de 70 % en fonction des sondages - mais une partie de la gauche a peu d'estime pour elle. Et gare aux brebis galeuses comme Fabien Roussel, qui tenteraient de poser les prémices d'une réconciliation. Le candidat désigné pour porter les couleurs du Parti communiste en 2022 a osé axer le début de sa campagne sur la sécurité en proposant, entre autres, de recruter 30.000 policiers supplémentaires, et faire passer la peine pour meurtre de «*tout détenteur d'une autorité*» à trente ans de réclusion, en plus de participer à la manifestation de soutien aux policiers. Résultat des courses: il s'est vu intenter un procès en droitisation par le magazine *Regards*. D'après le semestriel dirigé par l'ancien communiste Roger Martelli, Clémentine Autain (LFI) et la communiste Elsa Faucillon, le secrétaire général du PCF incarnerait une «*ligne très dure*» dont les positions sont «*saluées par la presse de droite*» (le mal absolu, comme chacun le sait).

Weber contre Marx

En toile de fond, une vieille question de philosophie politique: quelle violence est légitime ? Deux camps, difficilement conciliables, s'opposent. Les théoriciens de l'autorité de l'État (**Thomas Hobbes, Max Weber, Montesquieu**) d'un côté, pour qui seule la loi peut légitimer l'usage de la force (le «*monopole de la violence légitime*» détenu par l'État selon **Max Weber**). Comme l'explique le philosophe Roger-Pol Droit, la loi seule justifie l'usage de la force, parce que le citoyen aurait confié sa protection à l'autorité publique et renoncé à se faire justice lui-même. De l'autre, la gauche des plus révolutionnaires à l'image de l'intellectuel Frédéric Lordon, inspirée par **Marx et Engels** estime que la violence de l'État a autant de légitimité que celle de ses opposants, il ne s'agirait que d'un combat (gagné par la classe dominante) pour la défense d'intérêts antagonistes.

Si on ne sait plus très bien de quel chapeau est sortie l'idée que la police était responsable des maux français, elle date de Mathusalem ou plutôt, remonte au XVIIe siècle quand Louis XIV unifie la police sous l'autorité unique d'un lieutenant général, «*en parallèle à un état autoritaire*», explique l'historien spécialiste de la police Jean-Marc Berlière. En 1789, la Révolution française passe par là et la lieutenance générale de la police, symbole de l'absolutisme, est abolie avant d'être ressuscitée sous le Consulat de Bonaparte. Au XIXe siècle, les ouvriers votent encore à gauche et «*la police intervenait systématiquement du côté des patrons*», concède l'historien. Dans l'argot des faubourgs, on parle du policier avec le terme de «*cogne*», du «*bœuf*» et du «*poulet*». La police devient, pour les plus pauvres, l'institution au service du capital et de la bourgeoisie. «*À l'époque de la IIIe République (à partir de 1870), la police est la gardienne de l'ordre établi*», raconte l'historien Serge Berstein. Dans le même temps, elle incarne aux yeux de l'extrême droite royaliste et/ou antisémite le «*rempart d'une République honnie et de la "judéocratie"*», souligne Jean-Marc Berlière.

Le 6 février 1934 marque un tournant. Après l'affaire Stavisky, des ligues d'extrême droite et des mécontents de tout poil tentent d'entrer dans le Palais-Bourbon pour protester contre le limogeage du préfet de police, mais les forces de l'ordre assurent la défense des institutions. «*Les communistes qui considéraient la police comme un obstacle à la prise de pouvoir - Aragon disait: tuer les flics camarades! - se sont rendu compte qu'il valait mieux la République que les fascistes*», raconte Jean-

Marc Berlière. L'idylle sera de courte durée. Avec les grèves de l'après-guerre, des policiers sont tués et le fossé s'élargit avec la gauche, jusqu'à former deux blocs distincts en **Mai 68. Le slogan à la rime riche «CRS SS»** est popularisé avant de refléurir de façon régulière. Invité par Alain Finkielkraut dans l'émission Répliques sur France Culture en 1986, Daniel **Cohn Bedit** expliquait cette expression par « *un besoin de simplifier la situation à un moment de crise* ».

Lorsque François Mitterrand arrive au pouvoir en 1981, «*les socialistes n'ont plus aucune connaissance de la police*» et surtout, «*la haute hiérarchie militaire et policière a le syndrome «Allende»: la crainte d'un coup d'État*», assure Jean-Marc Berlière. Il faudra que Defferre mène «*une vraie réflexion sur la police*» dixit ce spécialiste, pour réussir à apaiser les tensions avec la gauche de gouvernement.

L'histoire d'amour entre les chanteurs et la police

Parmi les griefs adressés à l'institution policière l'idée qu'elle abuserait de son statut de détenteur monopole de la violence légitime figure en bonne position. Et la question des violences policières a eu pour mérite de nourrir le répertoire musical français, pas toujours pour le meilleur. Dès 1951, Juliette Greco chantait «À la belle étoile», composée par Jacques Prévert. Depuis, il y a eu Renaud l'anar pourfendeur de policiers et de militaires, qui a ensuite «embrassé un flic» pour rendre hommage aux victimes des attentats de *Charlie Hebdo*. On peut évidemment citer le groupe NTM avec la voix de Joey Starr qui évoquait les contrôles d'identité au faciès en 1993, avant d'être imité par un tas de rappers, à l'image de Monsieur R qui en 2016 chante poétiquement que « *La France est une garce, n'oublie pas de la baiser jusqu'à l'épuiser, comme une salope il faut la traiter 'mec'* ». L'histoire se terminera parfois au tribunal poursuites pour appel à la haine mais rarement par des condamnations. Serge Berstein tente un début d'explication à cette relation tumultueuse entre les artistes et la police: «*La jeunesse de gauche, plus radicale que ses aînés, a une forme de défiance à l'égard des policiers et en criant leur désamour voire leur haine de la police, ses chanteurs s'assurent un gage de respectabilité*» .

L'affaire Malik Oussekin, un point de bascule

6 décembre 1986. Après plusieurs semaines de mobilisation étudiante contre le projet de réforme de l'université d'Alain Devaquet, ministre chargé de la Recherche et de l'Enseignement supérieur, des membres du peloton voltigeur motocycliste prennent en chasse Malik Oussekin, un étudiant de 22 ans qui sort d'un club de jazz, avant de le frapper à mort dans un hall d'immeuble. Plus qu'un fait divers, cette affaire est un point de bascule pour les policiers; assure Serge Berstein, puisqu'il marque le jour où a été admis «*qu'aucune cause, aucune intervention, ne pouvait justifier la mort*». Autrement dit, la politique de maintien de l'ordre change et la police a désormais ordre de ne pas toucher un cheveu des manifestants ou des jeunes. Un étudiant blessé, et c'était le spectre de Malik Oussekin qui revenait. Un scandale national. Cet épisode a aussi été utilisé par la gauche pour accuser la droite anti-immigration, et a largement participé à la construction d'un discours anti-police, raconte Jean-Marc Berlière. «*Comme avec le FLN lors de la guerre d'Algérie, il reste un inconscient. Aujourd'hui, la mort de Malik Oussekin ne représente plus rien pour ces jeunes qui n'étaient pas nés, mais continuent à instrumentaliser cette époque*» .

Alors oui, certains policiers seraient avisés de relire la première règle de leur code d'honneur (« *Frapper un manifestant tombé à terre, c'est se frapper soi-même* »), mais Jean-Marc Berlière relativise. «*La violence s'est tellement atténuée par rapport aux années 30 où les morts se comptaient par dizaines, qu'elle choque bien plus les gens quand elle a lieu. La sensibilité est plus forte aujourd'hui*» . En 2018, la découverte de la violence par les manifestants «gilets jaunes» a enraciné parmi ceux qui soutiennent le mouvement un regard hostile à l'égard des forces de l'ordre, notamment à l'extrême gauche. À l'inverse, ceux qui s'opposent aux «gilets jaunes», une sorte de «parti de l'ordre», plus large que le clivage gauche-droite, a adressé aux policiers des marques de soutien.

L'enchaînement des attentats contre les policiers depuis la tuerie de Charlie Hebdo 2015 où trois fonctionnaires ont trouvé la mort a ouvert une nouvelle page. **D'un côté, les forces de l'ordre ont été applaudies par la gauche dite universaliste** qui est alors descendue dans la rue. **De l'autre, l'extrême gauche a continué à scander «U n flic, une balle, justice sociale»** , «*Police partout, justice nulle part*» , «*Police fasciste, médias complices*» et autres joyusetés en manifestation. La réconciliation ne sera pas pour tout de suite.

À Grenoble, un «mois décolonial» accusé de promouvoir «les délires du racialisme»

Au programme de cet événement, plusieurs tables rondes abordant, en présence de Rokhaya Diallo et Taha Bouhafs notamment, le «racisme systémique», «l'écologie décoloniale», les «violences policières» ou le «panafricanisme».

Par **Le Figaro**

Publié il y a 46 minutes, mis à jour il y a 36 minutes

«*Décolonisons les arts*», «*écologie décoloniale*», «*racisme systémique*»... Autant de thèmes qui seront abordés à Grenoble lors du «*mois décolonial*», un événement qui promet d'ores et déjà de créer la polémique. La ville du maire Éric Piolle (EELV) accueillera, tout au long du mois de juin, les animations, tables rondes et formations de quatre associations de la commune, à savoir Contre Courant (une association étudiante de l'Institut de Sciences politiques de Grenoble), Mix'Arts (une association culturelle), PES (Pour une écologie populaire et sociale, un mouvement politique) et Survie (une association de lutte contre la Françafrique).

L'objectif ? «*Déconstruire, au travers d'un geste artistique et d'une parole intellectuelle, l'imaginaire décolonial (...), cet héritage du passé qui constitue le socle d'un racisme et d'une violence encore trop prégnante dans notre société*», peut-on lire sur la page [Facebook](#) de l'événement, qui rassemble, pour l'instant, quelque 60 participants.

Taha Bouhafs et Rokhaya Diallo invités

Le planning détaillé de ce «*mois décolonial*» n'a pas encore filtré. Toujours est-il que plusieurs personnalités impliquées dans ces combats ont été invitées, telles que la polémiste Rokhaya Diallo, lors d'une table ronde intitulée «*pouvoir des racisées*», ou le journaliste Taha Bouhafs, pour le sujet des «*violences policières*». La ville de Grenoble est partenaire de l'événement, comme l'affirment les organisateurs sur une page de collecte de dons soutenue, pour l'instant, par onze personnes. Plusieurs réactions ont déjà émaillé les réseaux sociaux. Le président LR du conseil régional d'Auvergne-Rhône-Alpes Laurent Wauquiez dénonce notamment «*le maire de Grenoble (qui) promeut les délires du racialisme et de la mouvance décoloniale. La ville de Grenoble ne peut pas encourager cette radicalisation du communautarisme qui est la négation de notre nation.*» La LICRA s'est quant à elle inquiétée de cette «*dérive locale*».

Pascal Praud: «Emmanuel Macron m'a dit qu'il viendrait un jour sur mon plateau»

- Par [Damien Canivez](#)
- Publié le 27/05/2021 à 08:00
-

INTERVIEW - Le présentateur de «L'Heure des pros» analyse la montée en puissance de CNews et répond sans détour à ses détracteurs, qui lui reprochent de diffuser des idées conservatrices.

Ce mois de mai restera à jamais gravé dans l'histoire de CNews. Sur plusieurs journées, la chaîne info du groupe Canal+ a glané le titre de première chaîne d'info de France, devant sa principale concurrente BFMTV. Pascal Praud, l'un des artisans de cette montée en puissance, tient les rênes de «L'Heure des pros» chaque jour, à 9 heures, puis à 20 heures. Dans ses émissions, l'ex-spécialiste du foot accueille des éditorialistes de tous bords qui débattent sans langue de bois, et parfois même à coups de tacles glissés. Entretien avec un capitaine d'équipe qui n'a pas l'intention de siffler la fin de la rencontre.

TV MAGAZINE. - CNews a dépassé plusieurs fois BFMTV en audience ces derniers jours. Diriez-vous que David a fait trébucher Goliath?

Pascal PRAUD. -Non. D'ailleurs, nous n'avons pas sabré le champagne. Je dirais juste que nous avons lancé une émission en novembre 2016 et que, depuis cinq ans, elle ne fait que progresser.

Comment analysez-vous cette progression?

Le confinement du printemps 2020 a été un événement clé, car beaucoup de téléspectateurs, qui ne savaient même pas que j'existais, nous ont découverts. Ils ont choisi de rester chez nous parce qu'ils appréciaient la qualité des intervenants, la liberté de ton et les sujets que nous traitions. J'ai le sentiment d'être très éclectique. Et puis, on a créé une bande avec des personnages récurrents, qui peuvent être à la fois pertinents et insolents.

D'Ivan Rioufol à Jean Messiha, en passant par Charlotte d'Ornellas, vos éditorialistes expriment souvent des idées conservatrices. Assumez-vous de présenter une émission de droite?

Droite ou gauche, ça ne veut plus rien dire! Comme beaucoup de Français, je peux être conservateur sur l'ADN de la France, comme la langue, la culture ou les mœurs. Mais, parallèlement, je suis favorable à la PMA, par exemple. Dans l'univers médiatique, les gens de droite sont systématiquement disqualifiés. Quand Charlotte d'Ornellas, de *Valeurs actuelles*, est présentée comme une chroniqueuse d'extrême droite, ça n'a pas de sens!

» **LIRE AUSSI - CNews, le nouveau phénomène médiatique**

Les débats que vous animez sont régulièrement raillés par «Quotidien», l'émission présentée par Yann Barthès sur TMC...

J'aime beaucoup Yann Barthès. Il est notre meilleur attaché de presse et je le remercie de faire notre pub régulièrement. Il nous caricature, mais c'est le jeu. Yann appartient au camp du bien. (Sourire.) C'est une idéologie comme une autre. L'autre jour, il recevait Michel Sardou la veille de sa venue sur CNews. Il lui a dit qu'on allait l'interroger sur les migrants et l'islamisme... Ce n'est pas grave. Qu'il continue de faire notre promo...

Quand vos détracteurs vous qualifient d'extrême droite et de sexiste, comment réagissez-vous à ces propos?

J'ai pris beaucoup de coups, notamment lors de mon passage au FC Nantes où, pour la seule fois, j'ai été malheureux dans ma vie professionnelle. Quand mes filles - qui sont fans de Yann Barthès - entendent que leur père est sexiste ou réac, elles sont mortes de rire au regard de la liberté qu'elles

ont eue dans leur éducation. Mais personne n'est dupe! Le public est mature, et il décode tout aujourd'hui. Et puis, je vous l'ai dit, c'est le jeu médiatique. Après tout, si je voulais être tranquille, j'ouvrirais une librairie à La Baule. (Rires.)

«Si j'étais président de la République, j'obligerais tous les ministres à écouter "Les auditeurs ont la parole"»

Pascal Praud

Vos débats sont toujours très animés. Est-ce qu'altercation verbale rime toujours avec audience phénoménale?

Mais ça me sidère qu'on puisse penser cela! Il n'y a pas d'altercations verbales dans mon émission! Il peut y avoir de la vivacité, mais je ne crie jamais... ou une fois toutes les années bissextiles. Et puis, l'émission du matin est différente de celle du soir, qui est une alternative au «20 Heures». On part du principe que les gens n'apprennent plus rien dans un journal télévisé! Ils savent tout grâce à leur smartphone. Avec les éditorialistes, nous décryptons et commentons dans la bonne humeur les deux ou trois actualités du jour. Je suis simplement sensible à l'humeur, car la télé est aussi un spectacle.

Qu'est-ce qui vous agace le plus aujourd'hui?

La malhonnêteté intellectuelle, et la manière dont CNews est attaquée! Prendre des lunettes de 2021 pour juger le passé est un danger! Poser un regard moral sur l'histoire avec des critères contemporains n'a pas de sens. Je regrette aussi une France que j'ai aimée, où l'on pouvait pratiquer le second degré, où toutes les conversations étaient possibles. Aujourd'hui, l'autocensure est forte.

Outre vos détracteurs, qui aiment vous détester, le gouvernement regarde aussi votre émission. Êtes-vous flatté?

Les ministres me suivent parce qu'ils ont compris que cette liberté de ton s'affichait peut-être plus ici qu'ailleurs! Si j'étais président de la République, j'obligerais tous les ministres à écouter «Les auditeurs ont la parole», que je présente entre 13 heures et 14 h 30 sur RTL, au lieu de participer à des réunions où ils n'apprendront rien. Mais le pouvoir regarde aussi d'autres journalistes que moi...

À la seule différence près qu'Emmanuel Macron vous envoie des SMS lorsque vous êtes à l'antenne, comme *Le Monde* l'a récemment révélé...

Oui, c'est arrivé une fois... Mais tous les journalistes échangent avec l'exécutif, qu'ils soient ministres ou conseillers. Et, comme mes confrères, j'essaie de convaincre le chef de l'État de venir chez nous.

A-t-il accepté votre invitation dans «L'Heure des pros»?

Il m'a dit qu'un jour il viendrait sur le plateau. Le porte-parole du gouvernement, Gabriel Attal, a déjà participé deux fois à l'émission, et il était très content. D'ailleurs, je remarque que les meilleurs, comme Bruno Le Maire, veulent venir. Ceux qui ne le souhaitent pas pensent peut-être qu'ils ne sont pas assez bons et que ce sera plus facile pour eux ailleurs.

Vous vous entretenez aussi régulièrement avec la première dame, Brigitte Macron...

Je préfère garder la confidentialité de nos échanges. Je trouve qu'il faut faire preuve de délicatesse vis-à-vis de certaines personnes avec qui l'on peut converser. Brigitte Macron est très à l'écoute de la société française. Elle est une voix, ou une oreille, importante, qui permet de faire remonter à son mari des choses que ses conseillers ne lui disent pas, ou du moins pas de la même façon.



Un ministre a récemment déclaré que CNews sera la chaîne de la présidentielle. Partagez-vous cet avis?

CNews sera un acteur de la campagne présidentielle parce que nous avons Sonia Mabrouk, qui est une intervieweuse de très grande qualité. On a aussi la chance d'avoir Laurence Ferrari, qui a animé le débat présidentiel en 2012. En ce qui me concerne, je veux rester à ma place.

L'émission «Face à l'info», portée par Éric Zemmour, rencontre aussi un grand succès sur CNews. Si l'éditorialiste se présente à l'élection présidentielle en 2022, voterez-vous pour lui?

Je voudrais d'abord qu'il expose son programme, mais cette hypothèse n'est pas d'actualité. Éric Zemmour est un idéologue qui a une réflexion globale sur la société. Je ne pense pas comme lui, car je suis un pragmatique. Mais ça ne nous empêche pas de cohabiter!

Pensez-vous que Cyril Hanouna devrait arbitrer le débat de l'entre-deux-tours, comme la ministre déléguée Marlène Schiappa l'a suggéré?

Je ne sais pas s'il doit animer ce débat. Mais ce que Marlène Schiappa veut dire, c'est que les politiques doivent aller chez Cyril parce qu'il parle à un public qui ne s'intéresse habituellement pas à la politique. Il a les codes et il sait poser les questions que ses téléspectateurs se posent.

Vincent Bolloré, l'actionnaire à la tête du groupe Canal+, pourrait prochainement s'offrir Europe 1. Est-ce une bonne nouvelle pour cette radio?

Chaque journaliste devrait être satisfait qu'un chef d'entreprise aussi important que M. Bolloré s'intéresse aux médias à un moment où ils sont en très grande difficulté. Il peut leur apporter sa puissance et la tranquillité financière tout en laissant les gens travailler, comme il le fait à CNews. Assez de caricatures! Cet anticapitalisme primaire me fatigue un peu... L'intérêt que les grands capitaines d'industrie portent au monde de la presse nous permet de poursuivre notre travail. Sinon, nous serions tous en train d'écrire sur Twitter!

L'humoriste Sébastien Thoen a été évincé du groupe Canal+ à la suite d'un sketch sur «L'Heure des pros». Qu'en avez-vous pensé?

J'ai l'habitude de ne pas commenter les décisions qui sont prises par la chaîne.

Jouissez-vous vraiment d'une pleine liberté éditoriale?

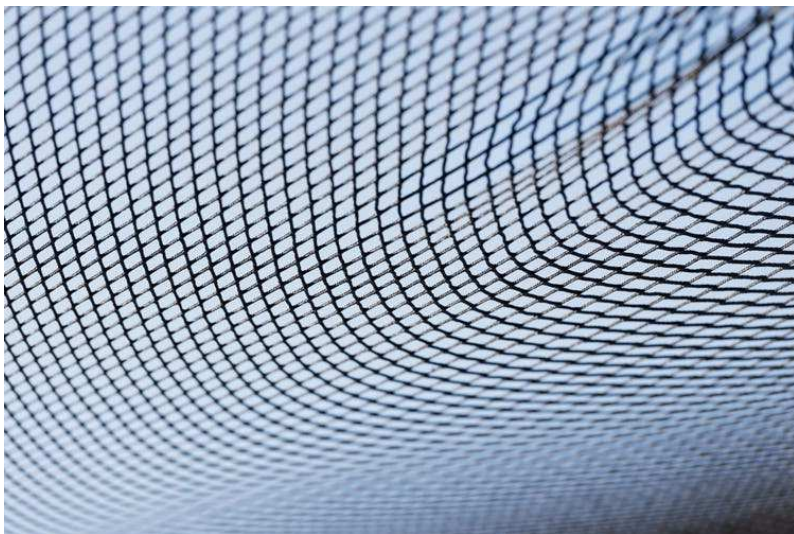
Je suis indépendant comme jamais je ne l'ai été! Et j'ai le soutien de mes patrons. Serge Nedjar, sur CNews, me fait confiance. Je lui dois beaucoup. Il m'a nommé à la tête de l'émission il y a cinq ans. De la même façon, à RTL, Jacques Esnous et Régis Ravanans me laissent une très grande liberté.

Strukturen, überall Strukturen – wie ein akademischer Begriff die Wirklichkeit erklären soll, indem er sie verunklärt

Wenn es um Ungleichheit oder Polizeigewalt geht, wird reflexhaft auf «Strukturen» verwiesen. Auffällig ist der tendenziöse Gebrauch des Begriffs: Vom «Verdacht auf rassistische Strukturen» liest man viel, vom «Verdacht auf demokratische Strukturen» wenig. Was steckt hinter dem Modewort?

Jörg Scheller und Marcel Schütz¹

Kommentar 27.05.2021, 05.30 Uhr



Bestimme ich, oder werde ich bestimmt: Wenn gesellschaftliche Strukturen das Handeln der Menschen bestimmen würden, wo bliebe dann Platz für Verantwortung?

Die Rede von Strukturen hat Konjunktur. In akademisch gefärbten Debatten über Gerechtigkeit, Inklusion und Exklusion, Privilegien, Kapitalismus, Polizeigewalt oder Hautfarbe besagt der Verweis auf «Strukturen», dass man nicht über Einzelfälle spreche, sondern über Muster. Aus der Soziologie stammend, verweist «Struktur» auf Verhältnisse, die dem Bewusstsein, dem Willen und den Wünschen der jeweiligen Individuen vorausgehen und ihnen a priori übergeordnet sind.

Auf dieser Grundlage ist es etwa möglich, Menschen, die sich niemals rassistisch geäußert haben und die Rassismus explizit ablehnen, als Teilhaber einer rassistischen Struktur zu klassifizieren. Sie sind rassistisch, so die Annahme, weil die sie tragende Struktur rassistisch ist. Umgekehrt kann ein Mensch, der keine konkrete Benachteiligung erfahren hat, als Opfer einer diskriminierenden Struktur klassifiziert werden. Genau an diesem Punkt wird es spannend.

Die Grundvoraussetzung eines solchen Strukturverständnisses lautet: Struktur sticht Strukturelement, Gruppe sticht Individuum. Eine Person mit dunkler Hautfarbe kann noch so sehr behaupten, sie sei «post-black» – die Struktur dominiert. Ein Punkmusiker kann noch so energisch rufen «don't call me white» – die Struktur dominiert. Eine Angehörige der angeblichen

«Mehrheitsgesellschaft» kann noch so sehr betonen, dass sie von der «Mehrheit» abweiche – die Struktur dominiert.

Mehr davon, bitte!

Wie zur Überkompensation der «schlechten Strukturen» wird, paradoxerweise, nach mehr Strukturen gerufen. Nach «guten» Strukturen, versteht sich. Strukturen, die diesmal ganz sicher nicht versagen, die immer nur ermöglichen, niemals aber einengen und bevormunden. Meist sind damit staatliche Strukturen gemeint, also Institutionen. Man müsse die Strukturen nur besser strukturieren, dann würden sie auch die Menschen zu besseren umstrukturieren – so die Annahme.

Menschen erscheinen in diesem Strukturverständnis als Strukturierte, nicht als Strukturierende. Bis zu einem gewissen Grad ist das in disziplinärer Eigenlogik begründet: Fledermausforscher suchen und finden Fledermäuse, nicht Ameisen. Soziologen suchen und finden Strukturen, nicht Individuen. Auffallend aber ist die selektive Verwendung des Strukturbegriffs in Debatten. Wenn etwa Fälle illegaler Gewaltanwendung durch Polizisten – die es zweifellos gibt – von einem «strukturellen Problem» zeugen, was ist dann mit all den Fällen legaler Gewaltanwendung, die es auch gibt?

Müssten diese nicht auch strukturell bedingt sein? Als Polizisten bei Corona-Demos Verquerdenker in die Grenzen wiesen oder nominell christlichen Maskenverweigerern eine Einführung in die biblische Nächstenliebe gaben wie im April dieses Jahres im deutschen Worms, da las man nichts vom «Verdacht auf liberaldemokratische und christliche Strukturen in der Polizei». Und hat man schon einmal von «liebvollen Strukturen in Ehen» gehört?

Das Ei ist nicht die Henne

Diesem tendenziösen Gebrauch des Strukturbegriffs gesellt sich ein präventiver bei, wie Ayishat Akanbi kürzlich auf Twitter schrieb: «Die Leute fügen jedem uninteressanten Satz Wörter wie Macht, Dynamik, legitimieren, ermutigen, Struktur, Aufrechterhaltung, Weissein oder Monolith hinzu und denken, sie hätten ein Argument vorgebracht.» Wenig später wagte die eigensinnige Londoner Modestylistin sogar, gewisse Probleme auf das konkrete «Selbst», also das Individuum, anstatt auf die abstrakten «Strukturen» zurückzuführen – unerhört!

Ein verkürztes Strukturdenken identifiziert Einzelne mittels akademischer Theorien ex cathedra mit Gruppenkonstrukten und verknüpft damit Wertungen. Was statistisch zutreffen mag, besagt jedoch nichts über konkrete Fälle und über jene lebensweltlichen Mischzonen, die eine richtig verstandene, nicht nur auf Diskriminierung bezogene Theorie der «Intersektionalität» erfassen müsste. Das Strukturelement ist nicht identisch mit der Struktur, das Ei nicht identisch mit der Henne. Und wie ist so etwas wie Emergenz überhaupt möglich?

Nicht zuletzt kann der Strukturreflex zur bequemen Forderung verleiten, es müsse zunächst «die Struktur» verändert werden, bevor man sich selbst verändern könne – wie bei einem Marathon, den man am Ziel beginnt. Dass es Menschen gibt, denen Strukturen den Weg erschweren oder gar blockieren, ist evident. Doch zugleich gilt die Binsenwahrheit aus der Rechtswissenschaft: «Hard cases make bad law.» Was aber bedeutet «Struktur» jenseits aktivistischer Zuspitzungen und journalistischer Grobheiten?

Wie ein Getriebe im Motor

Die Strukturen (hartnäckiger Plural!) sind heute ein Lieblingsthema vor allem der Gesellschaftsdebatte. Also der Art und Weise, wie die Gesellschaft meint, sich selbst beschreiben zu können. Wo es um Strukturen geht, sind Unrecht, Leid, Nachteil und Verhinderung nicht weit. Beachtlich ist, was alles in das «Füllwort» Struktur hineinproblematisiert wird, sind Strukturen doch im Wesentlichen gefestigte Erwartungen, an die wiederum Erwartungen anschliessen können.

Die Gesellschaftstheorie spricht folglich von den Erwartungserwartungen: Man darf beispielsweise annehmen, dass Grüsse, Gesten oder Gefälligkeiten erwidert werden. Auch darf man erwarten, zu wissen oder zumindest in Erfahrung bringen zu können, wie Gesetze gemacht, Rechnungen gezahlt, Viren erforscht, schlechte Nachrichten verbreitet oder Denkmäler errichtet und gestürzt werden.

Struktur als Erwartung, das mag irritieren. Wer käme bei all den gegenwärtigen Alltags- und Zeitdiagnosen auf eine so undramatische Idee! Längst hat sich eine ganz andere, spektakulärere Beschreibung von Strukturen in das Gebrauchsverständnis eingeschoben. Strukturen werden darin nicht als verschiedene soziale Verweisungs- und Anschlusskonstrukte verstanden, sondern, fast mechanistisch, als Zahnräder, Maschinen und Getriebe. In diesen befinden sich Individuen wie fremdgesteuert, eingeengt oder privilegiert.

Man gilt schnell als ewiggestrig

Offenbar wurde der Strukturbegriff mit der Zeit immer mehr entsozialisiert und automatisiert. Automation zum einen beim Waffengang in Debatten. Die Geschütze im Internet werden schon vorgefahren, noch bevor ein Feind zu erkennen ist. Es muss überhaupt nur irgendwer vorbeimarschieren, geschossen wird sowieso, und einen Richtigen wird es schon treffen – immerhin ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es sich um einen Repräsentanten unliebsamer Strukturen handelt! Automation zum anderen in der Weise, dass man diesen und jenen Konflikt der Gesellschaft innerhalb allzu eng gezogener Grenzen zu erkennen glaubt.

In Wahrheit gibt es unter sozialen Bedingungen natürlich stets differenzierte Strukturen, etwa diejenigen der Familie und des Intimen, Finanzstrukturen und Organisationsstrukturen. Was für streng reglementierte Institutionen wie Polizei und Militär gilt, trifft nicht auf alle anderen Bereiche der Gesellschaft gleichermassen zu. Offensichtlich aber liegt eine gewisse Erotik darin, Partikulares auf Megastrukturen hochzurechnen.

Alles Konservative steht dann schnell für die Ewiggestrigkeit; die freisinnige Wirtschaftspolitik sowieso für den Neoliberalismus. Umgekehrt wittert man in einer ökologisch interessierten Reformpolitik den nahenden links-grünen Zivilisationsbruch. Und schon ein paar geistliche Worte über die Not der Flüchtlinge genügen, um als bischöflicher Feind des Volkes durch den Twitter-Shitstorm segeln zu müssen. Wie arm wären wir dran, gäbe es nicht das reiche Arsenal der Dauerübertreibung.

Immer weitermachen

Im Ergebnis rührt all das Ungemach der Strukturen heute wohl daher, dass man sich von ihrem immens komplexen Klein-Klein kein genaues Bild machen kann. Heillos verstrickt und verkettet

ins «grosse Ganze», gibt man sich allzu gern der süssen Täuschung hin, in Wahrheit den Durchblick zu haben und andere dringend darauf hinweisen zu müssen – es sind diese Strukturen da, ich weiss es genau!

Kurz gesagt findet jedes Anliegen seine Struktur (Singular!), selbst wenn der Erfolg kommunizierter Strukturwelten mehr und mehr im Entdifferenzieren der sozialen Komplexität besteht; sei es durch Kampfbegriffe, Umsturzpostulate oder Verschwörungsphantasien. Damit wird man in offenen Gesellschaften leben müssen, und dem wird man in offenen Gesellschaften ebenso widersprechen müssen.

Wenn man also «der» Strukturen schon nicht habhaft werden kann, stellt man zumindest so lose wie laute Forderungen an «die» Politik oder «die» Gesellschaft in den Raum. Bleibt dabei zwar regelmässig im Dunkeln, an wen man sich überhaupt richtet, besteht der kommunikative Erfolg dieser Kritik wohl genau darin, bei der Adressermittlung wenig erfolgreich zu sein. Denn wo es kein Ende gibt, kann man einfach immer weitermachen. Oder, wie die Unternehmensberater wissen: Nach der Restrukturierung ist vor der Restrukturierung.

Jörg Scheller ist Dozent für Kunstgeschichte an der Zürcher Hochschule der Künste, Musiker und Bodybuilder. **Marcel Schütz** lehrt Soziologie an der Universität Bielefeld.

Grenoble : quand l'université subventionne le "mois décolonial"

Info Marianne

Par Hadrien Brachet

Publié le 27/05/2021 à 18:43

Un « mois décolonial » suscite la controverse à Grenoble. D'abord annoncés comme partenaires, la ville, l'université et l'Institut d'études politiques (IEP) annoncent dans un communiqué ce 27 mai avoir demandé aux organisateurs « de retirer les marques de soutiens officiels de nos institutions. » Mais selon les organisateurs, l'université et l'IEP ont bien subventionné l'évènement.

Quelques semaines après la [polémique sur les professeurs accusés d'islamophobie](#), voilà Grenoble qui s'invite à nouveau dans le débat sociétal. La controverse cette fois-ci : l'organisation d'un « *mois décolonial* » dont la ville, l'université de Grenoble Alpes (UGA) et Sciences Po Grenoble ont d'abord été présentés comme partenaires, notamment sur l'affiche de l'évènement. Avant que ces trois institutions demandent aux organisateurs de « *retirer les marques de soutiens officiels* ». Mais selon les organisateurs, l'université et Sciences Po Grenoble ont bien versé des subventions à une association pour organiser cet événement. L'université assure à *Marianne* avoir découvert la nature de la programmation dévoilée ces jours-ci après avoir versé le financement.

« *Nous tenterons de déconstruire l'imaginaire post-colonial.* » Voilà l'ambition du « *mois décolonial* » prévu du 2 au 15 juin à Grenoble. « *Notre imaginaire est pétri des représentations construites durant l'époque coloniale* » assure Nadia Kirat, conseillère départementale et membre de « *Pour une Écologie Populaire et Sociale (PEPS) Isère* », l'une des structures à l'origine de l'évènement. « *Plus on intéresse à ce sujet, plus on s'aperçoit que les phénomènes de discriminations, de violences institutionnelles viennent de nos systèmes coloniaux, encore en place sous différentes manières, en Nouvelle-Calédonie par exemple* » ajoute Fabien Givernaud, responsable de la programmation de l'association Mix'Arts, elle aussi organisatrice du projet. Des prises de position classiques de la mouvance dite « *décoloniale* » selon laquelle la colonisation continuerait, au moins en partie, de structurer les rapports sociaux.

TAHA BOUHAFS, ROKHAYA DIALLO, FATIMA OUASSAK

Quatre associations coorganisent le mois décolonial : Contre-Courant, association étudiante de Sciences Po Grenoble, PEPS Isère, mouvement politique qui défend une « *écologie populaire et sociale* », Mix'Arts, une association culturelle et Survie, structure qui lutte contre la « *Françafrique* », pour « *l'assainissement des relations franco-africaines* ». Au programme de l'évènement : conférences, rencontres, concerts, projections de films, etc...

« *On voulait un événement qui soit culturel et politique*, explique Fabien Givernaud. *Il y aura des conférences autour de l'écologie, du féminisme, du racisme.* » Et les intervenants annoncés, qui s'inscrivent parfaitement dans les thèses décoloniales, laissent peu de doute sur la nature militante et orientée du projet : les journalistes Taha Bouhafs et Rokhaya Diallo, les sociologues Matthieu Rigouste et Nassira Hedjerassi ou encore la politologue Fatima Ouassak.

GÊNE AUTOUR DU TERME « DÉCOLONIAL »

Une approche loin de faire l'unanimité. Dans *Le Point* en 2018, 80 intellectuels s'inquiétaient de la progression du décolonialisme : « *Tout en se présentant comme progressistes (antiracistes, décolonisateurs, féministes...), ces mouvances se livrent depuis plusieurs années à un détournement des combats pour l'émancipation individuelle et la liberté, au profit d'objectifs qui leur sont opposés et qui attaquent frontalement l'universalisme républicain : racialisme, différentialisme, ségrégationnisme (selon la couleur de la peau, le sexe, la pratique religieuse).* »

À Grenoble même, l'approche décoloniale en fait bondir certains : « *on confond tout, on essaie d'expliquer aux gens que selon la couleur de peau vous êtes opprimé ou oppresseur.* » tacle Stéphane Gemmani, conseiller régional, fondateur du Samu social grenoblois et par ailleurs porte-parole de la campagne régionale de Najat Vallaud-Belkacem. Au point de gêner y compris jusque chez les organisateurs ? « *Le terme « décolonial » n'était pas consensuel parmi nous, reconnaît Nadia Kirat, je n'y étais pas particulièrement favorable, même si cela a le mérite de donner un caractère politique à notre propos.* »

LA VILLE DE GRENOBLE PLAIDE L'IMBROGLIO

Interrogée sur la faible diversité idéologique des intervenants, l'association Contre Courant, elle, assume : « *Nous sommes conscients que l'angle d'approche de notre évènement invite à analyser notre société par un prisme spécifique comme c'est souvent le cas dans des festivals dédiés à des thématiques précises.* » Soit. Mais un autre point suscite la controverse. Les associations organisatrices de l'évènement ont apposé les logos de la ville de Grenoble, l'université Grenoble Alpes et de Sciences Po Grenoble, comme partenaires de l'évènement. Interrogeant ainsi sur l'éventuelle association de structures publiques à un évènement aux contours politiques et militants vivement controversés.

Du côté des trois institutions, on plaide pour l'imbroglio. « *Nous avons découvert par voie de presse de nombreuses évolutions de programmation, non partagées en amont par les organisateurs, ainsi que des niveaux d'engagements, tels que « partenariat », qui n'ont pas été validés,* affirment les trois institutions dans un communiqué commun ce 27 mai. *A la lecture de la communication du festival, nous avons aussitôt demandé aux organisateurs de revenir à la réalité des faits, et de retirer les marques de soutiens officiels de nos institutions dans l'ensemble de leur communication.* »

SUBVENTIONS

Fabien Givernaud et Nadia Kirat assurent que l'université et Sciences Po Grenoble ont bien apporté leur contribution financière à l'évènement, via des subventions à l'association Contre Courant. « *L'UGA a financé à hauteur de 10 000 euros et Sciences Po Grenoble 1 000 euros.* » détaille Fabien Givernaud. « *Nous pensons qu'il est souhaitable que les pouvoirs publics subventionnent et financent des initiatives étudiantes et universitaires, dans la mesure où elles ont vocation à défendre des valeurs telles que l'égalité et la justice sociale.* » avance Contre Courant à *Marianne*.

Sans confirmer le montant de l'aide, l'université Grenoble Alpes explique que la programmation dévoilée n'était pas celle avancée au moment d'accorder la subvention. « *C'est un financement que nous accordons à des associations en amont,* explique la direction de la communication. *Nous l'avons accordé sur la base d'une programmation plutôt artistique et sans contenus polémiques. Nous avons découvert le programme après.* » « *On était sur une relation de confiance, ça nous échaude* » glisse un membre de l'établissement. « *Le contenu est clair, tout cet embrasement médiatique engendre des frilosités* » estime de son côté Nadia Kirat. De quoi, dans tous les cas, ouvrir un débat sur le contrôle des subventions accordées chaque année par les universités aux associations étudiantes.

Les organisateurs ont également déposé une demande de subvention à la ville. « *Elle a été reçue mais pas instruite* » répond la municipalité à *Marianne*. Tout en indiquant qu'il y aura bien des évènements du « *mois décolonial* » qui se tiendront dans des salles de la ville : « *L'équipement public qui accueille des conférences fait des gratuités toute l'année pour de nombreux évènements. Il ne s'agit ni d'un avantage, ni d'une sanction, mais du droit commun.* »

Le Figaro (site web)

samedi 29 mai 2021 - 10:32 UTC +02:00 2059 mots

Vox ; Vox Histoire

«Aujourd'hui, faire aimer la France ne fait pas partie des missions d'un enseignant»

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Dans son dernier livre, Jean-François Chemain déplore que la France soit trop souvent délaissée dans les discours républicains. Fort de son expérience d'enseignant en ZEP, il plaide pour un enseignement de l'histoire qui fasse aimer la France à ses enfants.

Agrégé et docteur en histoire, Jean-François Chemain a été professeur en ZEP pendant une dizaine d'années. Il enseigne aujourd'hui dans le supérieur et a récemment publié Non, la France ce n'est pas seulement la République (Artège, 2021).

FIGAROVOX. - Votre livre débute avec le constat qu'il faut faire aimer la France à ses enfants, parler à leur cœur plutôt qu'à leur intelligence. En tant que professeur en collège, avez-vous le sentiment d'être parvenu à transmettre cet amour de la France à vos élèves?

Jean-François CHEMAIN. - Effectivement, les élèves que j'ai eus en ZEP sont avant tout des affectifs, qui veulent aimer, qu'on les aime, et qu'on leur donne à aimer. C'est une équation très simple et très efficace, que j'ai personnellement expérimentée pendant une dizaine d'années. Avec des résultats très concrets, comme une classe qui se met spontanément debout pour chanter la Marseillaise à l'entrée du principal du collège, ou des élèves qui se mettent à danser en criant «vive la France» quand une de leurs camarades annonce qu'elle vient d'obtenir la nationalité. Mais faire aimer la France à ces jeunes est une gageure, puisqu'ils sont naturellement gorgés de discours de haine de notre pays, qu'ils proviennent de leur pays d'origine, de leur religion, de leur quartier, de leurs chanteurs préférés... À quoi s'ajoute le discours de repentance de plus en plus véhiculé par l'Éducation nationale elle-même. La France aurait tant à se faire pardonner – la colonisation, l'esclavage, la Shoah, son «racisme» actuel – que l'on ne touchera jamais le fond de ce tonneau des Danaïdes. Faire aimer la France ne fait absolument pas partie des missions d'un enseignant, au contraire c'est une prétention très mal vue par les instances qui veillent sur les programmes, très soucieuses d'un possible retour au «roman national». Le «roman de la gauche», par contre, fait fureur ! Donc oui, j'ai eu le sentiment de pouvoir, à mon petit niveau, faire un peu avancer l'amour de mes élèves pour la France, mais en franc-tireur, sous le manteau, et sans pouvoir préjuger de la pérennité du résultat.

Vous citez Péguy dans votre livre. S'il est connu pour sa description des hussards noirs de la République, il faisait aussi le constat d'une déliquescence de l'école républicaine dès la fin du XIXe siècle. Au contraire, votre propos semble teinté d'optimisme. Vous avez encore espoir en l'école?

Non, je ne crois pas que l'école, telle qu'elle est aujourd'hui, puisse régler des problèmes auxquels elle contribue largement. « *Dieu se rit de ceux qui déplorent les effets dont ils chérissent les causes* » disait Bossuet ! Le niveau des élèves français s'effondre d'un classement PISA à l'autre, mais les idéologues qui tiennent l'Éducation nationale n'en ont cure, tout à leur souci de nivellement égalitaire. Résultat, c'est un constat récurrent et général – mais que fait-on pour y remédier? – les élèves, dans leur grande majorité, ne maîtrisent plus la grammaire et le calcul, ce qui les rend inaptes à raisonner... peut-être est-ce ce que l'on veut, au moins inconsciemment, tant cette inaptitude permet de faire passer n'importe quelle ineptie, de susciter n'importe quels réflexes pavloviens. Je suis frappé, enseignant aujourd'hui dans des écoles post-bac, de l'homogénéité d'une grande partie de la jeunesse tant quant aux sujets qui lui semblent importants que quant à ce qu'il faut en penser. Pour ce qui est de faire aimer la France, je suis seulement optimiste de constater que la disposition existe chez les jeunes, mais il faudrait qu'il y ait en face quelque chose qui y réponde. Je crois donc à la possibilité, pour des enseignants motivés, aimant eux-mêmes la France, de transmettre cet amour à leurs élèves, quels qu'ils soient. Et là c'est un appel aux vocations !

Si vous semblez attaché à l'école, vous êtes plus sévère à l'égard de la République qui selon vous prend trop de place dans les discours officiels au détriment de la France. Vous pensez vraiment que la République a supplanté la France dans l'enseignement de l'histoire à l'école? Opposer les deux a-t-il un sens?

Je le pense vraiment. La France est une terre, un peuple, une histoire, une civilisation multiséculaires. La République c'est l'État, et un certain mode de gouvernement depuis cent cinquante ans. Ce sont deux notions aussi différentes que le cheval et le cavalier. Et pour filer la métaphore, je dirais que la République n'est pas très tendre avec sa monture, qu'elle a tendance, depuis l'origine, à vouloir dresser à la cravache. Ça commence par une Terreur, dont on ferait mémoire *ad nauseam* si quelqu'un d'autre l'avait commise, mais qu'on escamote pudiquement, quand on ne lui trouve pas des excuses... Et ça se poursuit par un lancinant travail d'éducation/rééducation... Pour faire simple, le discours sous-jacent est celui-ci: la France a commis bien des péchés au cours de sa longue histoire. Elle y a été entraînée par l'Église catholique qui avait trop de pouvoirs. Heureusement, les Lumières sont arrivées, permettant l'avènement de la République qui, elle, a enfin tiré la France vers le haut. Donc tout ce qu'il y a eu de bien par la suite, on peut le mettre sur le compte de la République, et des républicains. Et tout le mal est advenu du fait de ceux qui, manipulés par l'Église et les nostalgiques de la France d'Ancien Régime, refusaient la République. Le combat n'est jamais terminé.

L'esclavage? C'est Louis XIV et le Code Noir, tandis que la Seconde République l'abolissait définitivement – après que Napoléon l'a restauré: présentés ainsi, les faits sont simples et sans appel. La participation à la Shoah? C'est Pétain et le régime de Vichy, qui avaient supprimé la République. Là aussi c'est simple et sans appel. La Résistance? Les républicains! La collaboration? Les adversaires de la République... L'affaire Dreyfus? D'un côté les gentils dreyfusards, de gauche et anticléricaux, les «républicains», en somme, de l'autre les méchants cathos patriotes. Pour la colonisation, c'est maintenant plus délicat, avec Ferry et son discours sur le devoir des « *races supérieures* » de dominer les « *races inférieures* », et son successeur Paul Bert qui a dit encore pire, mais on ne s'étale pas trop là-dessus. Le Président Macron a récemment reconnu le rôle de «la France» au Rwanda, alors que je ne crois pas que beaucoup de Français savent même où se trouve ce pays, et que si du mal a été fait c'est sur les instructions des dirigeants de la République. Donc la République est, en permanence, le procureur de la France et des Français, appelant à l'expiation et, pour ce qui la concerne, elle, en conserve toujours les mains propres.

Vous reprochez à la République laïque son ambiguïté vis-à-vis du sacré. Vous pensez qu'elle ignore trop son propre héritage — chrétien et gallican — en prétendant s'ériger en nouvelle mystique?

La République n'est pas, contrairement à ce qu'on croit, neutre religieusement. Elle est même le résultat de l'absorption de l'Église catholique – au moins de ses missions éducatrices et moralisatrices – par l'État absolutiste. La Révolution ne constitue en rien une rupture par rapport à l'Ancien Régime, mais bien l'accélération, la finalisation d'un processus commencé depuis Philippe le Bel. Il a d'abord pris la forme du gallicanisme, soumission de l'Église à l'État au temporel, puis celle de l'absolutisme, affirmation que le souverain tient sa sacralité de Dieu lui-même et non plus de l'Église, ce qui affaiblit les prétentions de cette dernière, enfin celle du despotisme éclairé, idée qu'il appartient à l'État de rationaliser l'Église dans l'esprit des Lumières, ce qui a été fait pendant les trois premières années de la Révolution, expérience de monarchie constitutionnelle. La République a donc achevé cela, d'abord par le Concordat de 1801, qui a nationalisé, fonctionnarisé l'Église, ensuite par les lois de la IIIe République. Celle-ci a rendu sa liberté à l'Église, en 1905, mais après en avoir repris la fonction moralisatrice et éducatrice, avec la création d'une «instruction publique», devenue «éducation nationale», dont le but avoué était, selon les mots mêmes de son promoteur Ferdinand Buisson, de mettre en œuvre la morale évangélique mais sans Dieu, et sans l'Église. Ce qui est la véritable définition de la laïcité.

Aujourd'hui le processus s'accélère, avec l'affaiblissement des fonctions régaliennes de l'État, conséquence de l'Union européenne, et celui de ses missions de producteur de biens et services, et de «providence», faute de moyens financiers. Il ne lui reste plus qu'à nous rendre plus vertueux, ce qui constitue désormais son obsession. C'est la mission que s'est donnée un véritable «clergé» républicain, constitué, comme sous l'Ancien Régime, d'intellectuels à statut protecteur, forts de leur magistère intellectuel et moral, et payés avec les impôts du peuple pour lui faire en permanence la leçon: universitaires, «chercheurs» en sociologie, journalistes et artistes subventionnés, juges...

Vous dites que le dialogue est plus facile à établir entre croyants — chrétiens et musulmans dans le cadre de vos interactions avec vos élèves — qu'entre croyants et athées. Mais que faire face à ce constat? La France ne doit-elle pas protéger justement la liberté de ses citoyens de ne pas croire?

Ayant enseigné en milieu presque exclusivement musulman, j'ai pu constater que mes élèves étaient très intéressés par les discussions d'ordre religieux, et que beaucoup s'y montraient plus ouverts qu'on aurait pu l'imaginer. Mais cela ne veut bien sûr pas dire qu'il faudrait obliger quiconque à croire, ou même à faire semblant! Je note au passage que les reproches qui sont faits à l'Église quant à l'obligation de pratiquer, sous l'Ancien Régime, au moins aux grandes fêtes, ou à l'esprit dévot qui régnait au sommet du pouvoir au Grand Siècle, sont bien autant à mettre au compte de l'État, tant il est vrai que, comme l'écrivait la Bruyère,

« un dévot est quelqu'un qui serait athée sous un roi athée ». Et on en a aujourd'hui, des dévots de la laïcité ! Au contraire, l'Église a toujours su que la foi est une question personnelle, un effet de la «grâce», et qu'on ne saurait l'obtenir par décision d'État.

Vous diriez qu'au fond l' «évangile républicain» est trop abstrait pour susciter un sentiment d'appartenance? Il faut des constructions intellectuelles trop éloignées de toute réalité tangible pour être aimées?

On cite régulièrement la devise «liberté, égalité, fraternité» comme un *mantra*, supposé galvaniser l'énergie du croyant, produire un effet magique, susciter l'intervention de quelque force surnaturelle. Mon expérience est que ces mots, dans les classes, ne suscitent que scepticisme et frustration. Ils sont trop abstraits, et constituent un objectif impossible à atteindre. Qu'est-ce en effet que la «liberté»? Je mets quiconque au défi de donner une définition claire et opératoire de la liberté républicaine, surtout à l'heure où, comme le notait Philippe Muray, il est devenu impossible, au nom de l'avènement de *L'Empire du Bien*, de « ne pas tout interdire, absolument ». Qu'a-t-on désormais le droit de faire, de dire, et même de penser? Les jeunes musulmans ne voient dans ce mot qu'une imposture, alors qu'on demande aux filles d'enlever leur voile à l'école.

Idem pour l'égalité... Les Français ne sont déjà même pas d'accord sur son contenu: égalité des chances? Égalité matérielle? Les jeunes issus de l'immigration trouvent anormal d'être, pour beaucoup, au bas de l'échelle sociale, et considèrent les Français «de souche» comme des privilégiés, sans voir qu'il a fallu à ces derniers des générations de labeur et de sacrifice pour sortir de la misère... Le malentendu est total !

Quant à la fraternité, les «noirs», les musulmans, s'appellent «frères» entre eux, les féministes «sœurs»... La fraternité n'existe plus que dans les «communautés» ennemies d'une nation éclatée... Mais qui se sent «frère» d'un autre français de qui il ne partage ni la race, ni la religion, ni le genre, ni les préférences sexuelles? Quant à la laïcité, elle sera inopérante tant qu'elle ne reconnaîtra qu'elle n'est qu'un catholicisme sécularisé. Il faut en revenir à plus de modestie, de réalisme, de vérité aussi, en sortant de la révérence idolâtre à des idées abstraites, qu'on a cherché à imposer par les moyens les plus coercitifs, pour en revenir au simple amour de la France, de son Histoire, de son patrimoine, de sa culture, de sa langue... et de son peuple.

Le Figaro (site web)

dimanche 30 mai 2021 - 16:32 UTC +02:00 1700 mots

Actualité ; International

Georgetown, fac américaine livrée à la culture de l'annulation

Jaulmes, Adrien

ENQUÊTE - Le moindre «écart de langage» d'un professeur permet à certains militants de le clouer au pilori et de ruiner sa carrière. S'estimant persécutées, les minorités américaines prennent le pouvoir sur les campus. Les réseaux sociaux renforcent une mentalité de meute.*Correspondant à Washington*

À la fin de l'un de ses cours à la faculté de droit de l'université Georgetown, à Washington DC, au mois de février dernier, la professeur Sandra Sellers discute avec un collègue, David Batson. Pour cause de pandémie, le cours a eu lieu via le logiciel de vidéo- conférence Zoom et les deux professeurs sont restés connectés après que les étudiants sont déjà partis. «*Tu sais quoi?* dit Sellers à son collègue, *j'ai horreur de dire ça, mais je finis par avoir cette angoisse chaque semestre, parce que beaucoup de mes étudiants avec les plus mauvaises notes sont des Noirs.*» «*Ça arrive presque tous les semestres,* poursuit-elle. *Et c'est toujours pareil, on va me dire: "Oh, allez! Vous savez, vous en avez aussi de très bons."* Mais il y en a aussi généralement qui sont tout simplement en bas du classement.» Batson ne répond pas, mais opine de la tête. Plus personne n'est connecté, mais le système continue à enregistrer leur conversation. L'accès à la vidéo est cependant limité, par mot de passe, aux étudiants de la faculté.

Deux semaines plus tard, début mars, un extrait filmé de leur dialogue est publié sur Twitter par un étudiant. Il déclenche un scandale qui se répand à toute vitesse sur le campus. L'association des étudiants noirs de la faculté de droit réagit en publiant sur Facebook un communiqué réclamant la sanction immédiate des deux professeurs. «*Nous ne demandons rien de moins que le licenciement immédiat de Sandra Sellers. Pas de suspension. Pas d'enquête. L'université doit prendre des mesures rapides et définitives face à un racisme flagrant et éhonté. (...) Ces déclarations racistes révèlent non seulement les véritables convictions de Sellers sur les étudiants noirs, mais elles illustrent également les préjugés conscients et inconscients systématiquement présents dans la notation des étudiants en droit à Georgetown et dans les facultés de droit du pays. La différence, c'est que Sellers s'est fait prendre et que son racisme a été diffusé aux yeux du monde entier.*»

Le doyen de la faculté de droit, Bill Treanor, réagit aussitôt. «*Nous prenons cette situation avec le plus grand sérieux. J'ai regardé une vidéo de cette conversation et je trouve le contenu odieux,* écrit-il dans un communiqué. *J'ai informé le professeur Sellers que je mettais fin à son contrat avec la faculté de droit de Georgetown avec effet immédiat... Le professeur Batson a été placé en congé administratif en attendant l'enquête du Bureau de la diversité, de l'équité et de l'action positive, dont les résultats guideront nos prochaines étapes. Jusqu'à la fin de l'enquête, le professeur Batson ne participera plus au cours dans lequel l'incident s'est produit.*»

«*Les mots seuls ne suffiront pas, je le sais, à nous faire avancer,* poursuit le doyen. *Pourtant, je veux commencer par présenter des excuses aux étudiants, au corps enseignant, au personnel et aux anciens élèves qui ont été touchés par cet incident. J'attends plus de cette école de droit que ce que nous avons vu dans cette vidéo. Nous pouvons faire mieux et nous le ferons.*»

Âgée de 62 ans, experte juridique spécialisée dans la médiation et la négociation de litiges en matière de propriété intellectuelle, Sandra Sellers fait acte de contrition. «*Je suis profondément désolée pour mes remarques blessantes et déplacées,* écrit-elle en annonçant son départ. *Bien que la vidéo soit un extrait d'une discussion plus longue... cela ne diminue en rien l'insensibilité dont j'ai fait preuve. Je ne ferais jamais rien pour blesser intentionnellement mes étudiants ou la faculté de droit de Georgetown et*

J'aimerais pouvoir retirer mes paroles. Indépendamment de mon intention, j'ai causé un préjudice irréparable et j'en suis vraiment désolée. Pour cette raison, je démissionne immédiatement et volontairement de mon poste de professeur auxiliaire.»

L'Association des étudiants noirs exige aussi des «*excuses publiques du professeur David Batson pour son incapacité à condamner de manière adéquate les déclarations de Sellers*». Elle les obtient: «*Je comprends que j'ai manqué l'occasion de répondre de manière plus directe au contenu inapproprié de ces remarques, écrit Batson. Je m'en excuse sincèrement. Cette expérience m'a donné, et j'espère à d'autres, une occasion inestimable de reconsidérer les actions à entreprendre lorsque nous sommes confrontés à des remarques sensibles.*»

«Suprématie blanche sous-jacente»

Le doyen annonce une série de nouvelles mesures: la mise en place dès la rentrée d'une «*formation à la non-discrimination*» et l'«*allocation d'une bourse aux membres du corps enseignant qui souhaitent travailler pendant l'été à l'élaboration de matériel pédagogique traitant de la justice raciale, des inégalités raciales, ainsi que des expériences et de l'action des groupes traditionnellement marginalisés*». Mais, surtout, il annonce que les étudiants auront désormais la possibilité de signaler «*de façon confidentielle auprès du Bureau de la diversité institutionnelle, de l'équité et de l'action positive*» d'éventuels incidents racistes.

Comme de nombreux autres campus américains, l'université Georgetown a expérimenté l'un des effets de la fameuse «cancel culture», ou «culture de l'annulation». Sur les bords du Potomac, dans la vieille ville de Georgetown, cette institution fondée par les jésuites en 1789 est l'une des premières universités catholiques dans ce pays où les établissements les plus prestigieux sont protestants. Elle accueille 12.000 étudiants, venus y vivre une expérience «*qui prépare la future génération des citoyens globaux à prendre la direction et faire une différence dans le monde de demain*», selon la brochure de l'université.

Les choses n'en restent pas là. Dans les semaines qui suivent, un professeur noir appelle les autres professeurs «non-noirs» à prendre parti plus clairement dans cette affaire. Une déclaration est aussitôt rédigée, dans laquelle les signataires «*reconnaissent leur responsabilité en tant que membres non noirs du corps enseignant à s'engager dans un travail constant d'examen et de révision de leurs propres préjugés*». Ils «*reconnaissent également les nombreux cas où la notion de suprématie blanche, sous-jacente aux idées de mérite, peut contaminer l'évaluation des performances*» des étudiants. Presque tous les professeurs de la faculté de droit de Georgetown signent la déclaration.

Lama Abu-Odeh a refusé. Cette professeur de droit d'origine palestino-jordanienne fait partie des rares voix à s'être élevées contre le sort fait à sa collègue, et aussi contre le climat d'intimidation imposé par les associations de militants antiracistes. «*Quand cet incident a eu lieu, mes étudiants voulaient en parler, certains ont demandé pourquoi cette enseignante avait été contrainte à la démission, explique-t-elle. Je leur ai dit que notre conversation était enregistrée, et qu'il fallait faire attention, que nous sommes dans une société où l'on doit prendre garde à ce que l'on dit, et que j'étais désolée de cet état de choses.*»

«*Les professeurs ne sont pas protégés par la direction de l'université, poursuit-elle. Un incident comme celui de Georgetown est un message adressé à chaque professeur: voici ce qui peut vous arriver si vous dites ce qu'il ne faut pas. Et une fois que vous serez qualifié de raciste, personne ne vous soutiendra. Tout le monde dans les universités est terrifié. Toute votre existence professionnelle est entre leurs mains, votre carrière peut s'arrêter du jour au lendemain, vous pouvez tout perdre.*»

Lama Abu-Odeh a signé depuis dans la revue en ligne *Quillette* une lettre ouverte où elle dénonce une «*révolution culturelle*» en marche à l'université Georgetown. Elle décrypte l'incident comme une prise du pouvoir par «*une nouvelle élite dirigeante qui s'empare des institutions universitaires en utilisant son statut de minorité*» et contre laquelle les libéraux progressistes sont impuissants à lutter, même quand leurs principes fondamentaux sont foulés aux pieds. «*Un de mes collègues a fait remarquer que je gaspillais de précieuses ressources de victimisation en refusant de signer la déclaration des professeurs non noirs en tant que musulmane, palestinienne, femme, blablabla, note-t-elle. C'est là toute l'ingéniosité du régime minoritaire: une coalition de minorités qui, collectivement, forment une majorité, mais qui est néanmoins toujours en mesure d'invoquer son statut de minorité pour préserver son pouvoir. Le pouvoir est présenté comme l'absence de pouvoir pour préserver le pouvoir réel.*»

Daniel Kovalik, professeur de droit à l'université de Pittsburgh et militant de gauche traditionnel, se dit effaré par ce nouveau phénomène, auquel il a consacré un récent ouvrage, *Cancel this Book* (non traduit). «*Ces nouveaux militants ne ressemblent pas aux activistes traditionnels, tel que je l'étais moi-même comme étudiant, quand je militais pour l'égalité des droits ou en faveur de la paix. Ce mouvement s'attaque à des individus. Ses mécanismes sont ceux des persécuteurs. Je ne vois rien de progressiste là-dedans*», explique ce spécialiste des droits de l'homme. «*Les réseaux sociaux ont un effet accélérateur, ajoute-t-il, et ils renforcent une mentalité de meute: la foule est anonyme. Ils ne demandent pas non plus beaucoup*

d'énergie: ces prétendus activistes restent chez eux derrière leur écran. Parce qu'on a posté quelque chose sur internet, on a l'impression d'avoir agi dans la réalité. Mais c'est aussi redoutablement efficace: les gens sont contraints au silence. Un professeur qui perd son poste, et ce sont des centaines qui se taisent. Dans les universités, les gens ont peur, le pouvoir appartient à ceux qui crient le plus fort.»

«Ce qui me trouble le plus, conclut Daniel Kovalik, c'est que ce mouvement possède des caractéristiques quasi religieuses et absolutistes. Il n'y a pas de pardon ni de rédemption, juste la damnation. Paul reste Saul et Marie-Madeleine reste une prostituée pour l'éternité. Et le mouvement n'en est qu'à ses débuts.»

E-AUTOS UND NACHHALTIGKEIT:

Das Problem der Batterien

- VON GUSTAV THEILE
- -AKTUALISIERT AM 31.05.2021-17:18



Ein Blick ins Innere des Volkswagen ID.3 Bild: Volkswagen Pressebild

Sind E-Autos wirklich nachhaltiger als Verbrenner? Das hängt vor allem von den Batterien ab. Die Rohstoffe dafür kommen oft aus extrem armen Ländern. Unklar ist auch, was aus all den alten Batterien werden soll.

Mehr als jedes fünfte Auto, das im vergangenen Jahr in Deutschland neu zugelassen wurde, war ein Elektroauto. Dazu zählen reine Elektroautos und Plug-in-Hybride, deren Batterie sich von außen laden lässt. Zählt man alle Hybride dazu, liegt der Anteil sogar bei knapp 40 Prozent. Trotzdem scheiden sich an dem Antrieb noch die Geister. Einerseits geht es um praktische Dinge: geringere Reichweiten, lange Ladezeiten und höhere Preise im Vergleich zu Verbrennern. Andererseits wird diskutiert, wie nachhaltig Elektroautos wirklich sind. Meistens geht es dann um den unterschiedlichen CO₂-Verbrauch in der Produktion und beim Gebrauch von Elektroautos und Verbrennern. Doch auch andere Fragen beeinflussen die Nachhaltigkeitsbilanz von E-Autos: Woher kommen die Rohstoffe für die vielen neuen **Batterien**? Und was wird in einigen Jahren aus ihnen, wenn ihre Leistung nicht mehr stimmt?

Befragt man Wissenschaftler nach der CO₂-Bilanz der verschiedenen Antriebe, erhält man häufig Antworten wie diese von Marcel Weil: „Der Punkt, von dem an sich das Elektroauto in der Umweltbilanz gegenüber dem Verbrenner lohnt, hängt stark von der Fahrzeugklasse und der Nutzung ab“, sagt der promovierte Ingenieur, der am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe unter anderem zur Nachhaltigkeitsbilanz von **Elektroautos** forscht. „Meistens liegt dieser Punkt zwischen 30.000 und 80.000 Kilometern Fahrleistung.“ Elektroautos verbrauchen in der Produktion deutlich mehr CO₂ als Verbrenner. Im Alltag sind sie aber deutlich klimafreundlicher – sofern der Strom für die Batterie nachhaltig produziert wird. Je nach Modell, Gebrauchsweise und Strommix in der Produktion und beim Nachladen holt das Elektroauto den Verbrenner schneller oder langsamer ein.

Kobalt aus Kongo

Nachhaltigkeit ist jedoch nicht nur eine Frage der CO₂-Bilanz. Denn einige der Rohstoffe, die für die in Elektroautos verbauten Lithium-Ionen-Batterien benötigt werden, kommen aus Ländern, in denen die Abbaubedingungen oft schlecht sind. Das gilt vor allem für Kobalt, aber auch für Nickel, Mangan, Lithium oder Graphit. Graphit etwa kommt aktuell mehrheitlich aus China, etwa ein Zehntel aus Mosambik.



Lithium-Förderung in der Atacama-Wüste in Chile :Bild: Reuters

Größter Förderer von Lithium war vergangenes Jahr Australien: Knapp 50 Prozent der global produzierten 82.000 Tonnen Lithium kamen laut US Geological Survey (USGS), einem Institut der US-Regierung, von dort. Knapp ein Drittel stammt aus dem sogenannten Lithium-Dreieck, das sich über Bolivien, Chile und Argentinien erstreckt. Dort gibt es vehemente Kritik, die Förderung trage dazu bei, Salzseen auszutrocknen. Das bringe das dortige Ökosystem in Schieflage, auf das indigene Völker angewiesen seien.

Am kritischsten wird jedoch der Einsatz von Kobalt gesehen: 68 Prozent der global geförderten 140.000 Tonnen Kobalt kamen vergangenes Jahr aus Minen in der Demokratischen Republik Kongo, schätzt das USGS. Das Land wird im Human Development Index auf Rang 175 geführt, die Wirtschaftsleistung je Einwohner ist laut [Weltbank](#) nur in 10 Ländern niedriger als dort.

Das ganze Periodensystem wird untersucht

Aus unternehmerischer Sicht bringt das für die Autokonzerne schwer kalkulierbare Risiken mit sich: Die Preise können schwanken, die Nachfuhr ist von der politischen Situation abhängig, und ständig ist der gute Ruf der grünen Mobilität in Gefahr. Die Unternehmen reagieren darauf mit vielfältigen Strategien: Sie forschen an neuen Batterietypen, für die andere Rohstoffe benötigt werden; sie versuchen, in Lithium-Ionen-Batterien den Anteil umstrittener Rohstoffe zu reduzieren; sie suchen neue Quellen in anderen Ländern. Oder sie bemühen sich, durch Audits und Prüfungen sicherzustellen, dass in der Lieferkette die Menschenrechte eingehalten werden.

Kandidaten für neue Batterietypen gibt es viele. Forscher Weil vom KIT berichtet etwa von Lithium-Eisen-Phosphat-Batterien. „Die werden vor allem von den Chinesen eingesetzt, Tesla hat jetzt nachgezogen.“ Demnächst sollen sie in Fahrzeugen verbaut werden. Auch VW hat angekündigt, auf diese Batterie zu setzen. Doch die Forschung geht überall weiter. Weil drückt es so aus: „Es wird gerade quasi das ganze Periodensystem untersucht. Auch Natriumbatterien und Magnesiumbatterien werden als aussichtsreiche Kandidaten angesehen.“

Doch auch die derzeit gängigen Lithium-Ionen-Batterien werden immer weiter verändert. Während lange Zeit etwa gleich viel Nickel, Mangan und Kobalt verwendet wurde, wird in neuen Batterien häufig achtmal so viel Nickel eingesetzt wie Mangan und Kobalt. Dadurch wird der Anteil des heiklen Kobalts reduziert. Auf unter 10 Prozent habe man dessen Anteil in der neuesten Generation von Batteriezellen drücken können, teilt [BMW](#) mit. VW arbeite konsequent daran, den Anteil von Kobalt zu reduzieren oder ganz auf den Rohstoff zu verzichten, schreibt der Konzern. Nickel hat den Vorteil, global in deutlich mehr Ländern verfügbar zu sein. Knapp ein Drittel kommt zurzeit aus Indonesien.

Vermeiden oder befähigen?

Doch nicht nur an der Zusammensetzung lässt sich etwas ändern, sondern auch an der Beschaffung der Rohstoffe. Auch dabei verfolgen die Konzerne unterschiedliche Ansätze. BMW schreibt, für die aktuelle Generation von Batterien kaufe man Kobalt und Lithium vollständig selbst ein und stelle sie dann den Batterie-Lieferanten zur Verfügung. „Diese Kobaltumfänge beziehen wir zu 100 Prozent aus Minen in

Marokko und Australien.“ Das Lithium komme vollständig aus Australien. Nickel kaufe man nicht selbst ein, dieses stamme unter anderem aus Russland, Australien und Kanada.

Mercedes wählt einen anderen Weg: „Viele Rohstoffe, wie beispielsweise Kobalt und Lithium, beziehen wir nicht direkt“, schreibt eine Daimler-Sprecherin. Ein Teil des Lithiums komme aus Australien, ein anderer aus Südamerika. Kobalt bezieht der Hersteller aus Kongo, aber auch aus Madagaskar, Neukaledonien, Papua-Neuguinea und der Türkei. „Kritische Herkunftsländer schließen wir gemäß dem Grundsatz ‚Befähigung vor Rückzug‘ bewusst nicht generell als Bezugsquelle aus.“ VW will die Frage, woher die Rohstoffe kommen, nicht beantworten.



Ein Mutter und ihr Kind fördern Kobalt in Kongo. :Bild: AFP

„Die Situation in Kongo ist nicht trivial“, sagt Sabine Langkau. Die promovierte Mineralogin leitet am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) das Geschäftsfeld zu Nachhaltigkeitsinnovationen und Politik. Viele große Unternehmen versuchten, Kleinbergbauern in ihren Kobalt-Lieferketten zu vermeiden. Das sind Menschen, die mit einfachen Methoden außerhalb großer Unternehmen Bergbau betreiben. „Doch was man eigentlich machen müsste: nicht die Menschen aus der Wertschöpfungskette ausschließen, sondern die Bedingungen verbessern“, erklärt Langkau den Ansatz, hinter den sich auch Mercedes stellt. BMW und VW beispielsweise beteiligen sich an der Initiative „Cobalt for Development“, die in Kongo die Situation der Minenarbeiter verbessern soll. Die Autobauer verweisen zudem auf Audits durch externe Prüfer. Mercedes und VW haben dafür die Prüfgesellschaft RCS Global engagiert, die nach OECD-Standards die Lieferketten unter die Lupe nimmt. Mercedes schreibt zur Kobaltlieferkette seiner Batteriezell-Hersteller, RCS Global habe dabei zwar keine Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Häufig fehlten den Unternehmen in der Lieferkette jedoch Systeme, um etwa Kinderarbeit zu verhindern.

Was wird aus den alten Batterien?

Angesichts all dieser Risiken wenden sich die Hersteller vermehrt dem Recycling zu. Allein in Europa haben Fraunhofer-Kollegen von Langkau knapp 20 Projekte gezählt. Das kann einerseits helfen, den starken Anstieg des Rohstoffbedarfs abzuschwächen. Andererseits macht das die Elektroautos auch wirtschaftlicher. Schließlich verliert das Auto weniger schnell an Wert, wenn die Batterie am Ende ihrer Lebensdauer im Auto nicht wertlos ist. Prinzipiell gibt es dafür eine Reihe von Ansätzen: Die Batterien, die laut Forschern nach etwa zehn Jahren im Auto häufig noch eine Kapazität von etwa 80 Prozent haben, können anderswo eingesetzt werden, zum Beispiel als Energiespeicher in Häusern. BMW setzt alte Batterien in einer Speicherfarm in Leipzig ein, die in das öffentliche Stromnetz integriert ist und zur Stabilität der öffentlichen Stromnetze beiträgt. Auch Mercedes schreibt, man habe mit der Zweitverwertung von Batterien als Großspeicher für das Stromnetz ein erfolgreiches Geschäftsmodell entwickelt. Zudem bereiten die Stuttgarter einige ihrer Batterien wieder auf und setzen sie abermals in Autos ein.

Doch auch die Materialien können wiedergewonnen werden: Entweder behält man die Batterie-Bestandteile bei, die sich aus vielen verschiedenen Rohstoffen zusammensetzen, oder man zerlegt sie weiter und versucht, die ursprünglichen Rohstoffe wieder zu erhalten. Auch jetzt kommen schon gebrauchte Rohstoffe

zum Einsatz: BMW etwa teilt mit, den Anteil von Sekundär-Nickel „zuletzt auf bis zu 50 Prozent“ angehoben zu haben.

Der Markt für das Recycling von E-Auto-Batterien wird „gigantisch groß“, hofft Julius Schumacher. Er ist stellvertretender Produktionsleiter bei Duesenfeld, einem Braunschweiger Unternehmen, das ein eigenes Verfahren für das Recycling von Lithium-Ionen-Batterien entwickelt hat. Noch ist das Unternehmen im Testbetrieb, demnächst soll das Massenrecycling starten. Mehrere hunderttausend Tonnen an Elektroautobatterien würden künftig jedes Jahr recycelt werden, hofft der Ingenieur. Dabei könnte dem Unternehmen eine neue Batterieverordnung der EU-Kommission in die Karten spielen. Der Ende 2020 vorgestellte Plan sieht für die Autohersteller deutlich strengere Vorgaben für das Recycling vor.

Für den Karlsruher Forscher Weil sind all diese Maßnahmen aus Klimasicht nicht ausreichend. „Ich würde dafür plädieren, ein möglichst kleines Auto zu kaufen.“ SUVs seien aus „Nachhaltigkeitsperspektive ohnehin völliger Unsinn“. Roll- und Luftwiderstand sowie das Gewicht stünden dem entgegen. Zumal auch der höhere Rohstoffverbrauch für die Karosserie zu Buche schlägt. „Damit komme ich nie zu einem geringen Energieverbrauch.“

L'écologie, transformateur démocratique



Simon Persico

professeur de science politique

25 mai 2021

Depuis un demi-siècle, l'écologie politique modifie en profondeur les lignes partisans. Pour remporter la bataille des urnes, le front devra être collectif.

Il a fallu un demi-siècle pour saisir distinctement ce que l'écologie politique a fait à nos démocraties. Si elle trouve ses racines au XIX^e siècle¹, ce n'est qu'à partir des années 1960, en réaction à la grande accélération des Trente Glorieuses, que l'écologie politique contemporaine a pris son envol. Cinquante-neuf ans se sont écoulés depuis la publication de *Silent Spring* par Rachel Carson, souvent considéré comme un ouvrage pionnier dans la prise de conscience par le public des problèmes liés à la pollution de l'environnement. Quarante-huit ans depuis la naissance du premier parti vert, en Nouvelle-Zélande, à peine moins depuis la candidature de René Dumont à l'élection présidentielle de 1974.

Cinquante ans, c'est le temps qu'il a fallu au clivage entre écologistes et productivistes pour déployer son potentiel de politisation, pour commencer à transformer durablement nos systèmes partisans et nos vies politiques. Ce temps, relativement long à l'échelle de l'urgence écologique, n'est pas une surprise pour qui s'intéresse au fonctionnement de nos démocraties.

L'ère de la croissance économique est intimement liée à l'avènement des régimes représentatifs.

Car nos démocraties sont filles d'abondance². L'ère de la croissance économique, à partir de la fin du XVIII^e siècle, est intimement liée à l'avènement des régimes représentatifs. La forte corrélation entre le développement des institutions démocratiques – suffrage universel, séparation des pouvoirs,

garantie des libertés et droits individuels – et celui de l'économie marchande a longtemps constitué l'un de résultats les plus robustes de la science politique, avant que l'essor économique de régimes autoritaires, en Chine comme dans les pays du Golfe, ne vienne enrayer cette belle mécanique.

Cette relation étroite entre développement économique et développement démocratique explique le profond consensus productiviste qui a longtemps prédominé dans le champ politique. Un consensus qui a mené à écarter les critiques des conséquences néfastes du développement économique et à ralentir le déploiement du clivage entre écologie et productivisme.

Absorber pour mieux régner

De fait, les systèmes partisans d'Europe de l'Ouest ont longtemps été structurés par quatre grands conflits sociaux et politiques³ dans lesquels les problématiques environnementales étaient, pour l'essentiel, absentes. Ces clivages, issus des transformations de longue durée des sociétés européennes, s'appuyaient sur un corpus idéologique, une base sociale et des familles de partis pour les représenter dans le champ politique.

Parmi ces transformations, la construction des États-nations, qui a fait naître un premier clivage lié à la résistance des périphéries contre le centre et concrétisé dans le développement de partis ethno-régionalistes. Cette révolution stato-nationale a mené à une deuxième fracture, quand l'Église s'est organisée contre l'expansion d'un État qui la privait d'une partie de ses prérogatives, ce qui s'est manifesté dans l'édification de partis chrétiens-démocrates ou conservateurs.

L'autre transformation macro-historique, la révolution industrielle, a poussé les intérêts ruraux à s'opposer à l'urbanisation, dans une troisième rupture qui a vu se développer des partis agrariens – aujourd'hui disparus – et les premiers mouvements environnementalistes, extérieurs au champ partisan.

Surtout, c'est la révolution industrielle qui va mener au quatrième clivage historique, entre les ouvriers d'un côté et les patrons de l'autre. Celui-ci va s'imposer dans toutes les démocraties européennes et mener à la naissance des partis socialistes, sociaux-démocrates et communistes. Ce clivage de classe ne divisait pas ouvriers et patrons sur le bien-fondé de la révolution industrielle. Les deux camps souhaitaient globalement l'accélération de la production. L'affrontement portait sur ce qu'il convenait de faire des fruits de la croissance – entre redistribution et captation par les porteurs de capitaux.

Après avoir délégitimé le message des écologistes, les forces politiques dominantes ont tenté de l'incorporer.

Ceci permet de mieux comprendre la réaction des partis établis face à l'arrivée des écologistes. Après les avoir considérés comme des intrus, en délégitimant leur message comme leurs porteurs, les forces politiques dominantes ont ensuite tenté de les incorporer, en faisant leurs une partie des propositions écologistes pour mieux les étouffer. Ce temps du compromis et de l'absorption, celui du ni gauche-ni droite, ce temps de l'écologie consensuelle – qui pourrait être contre la protection de l'environnement ? – a eu ses heures de gloire. Que l'on pense au « Nous regardons ailleurs » de Jacques Chirac, au Grenelle de l'environnement de Nicolas Sarkozy, ou au « Make our planet great again » d'Emmanuel Macron. Mais ce temps du consensus et du ripolinage vert est désormais révolu.

La fin du miracle

Une première logique est à l'œuvre, imparable. Celle du déclin structurel des taux de croissance dans les économies avancées, un constat sur lequel s'accordaient déjà les économistes avant la crise sanitaire. La recette miracle qui avait permis l'essor matériel inouï des sociétés occidentales, pour le meilleur (la vaccination, la libération du temps ou le développement de l'État-providence) comme pour le pire (les crises et catastrophes écologiques passées et à venir) ne fonctionne plus.

Le consensus productiviste s'effrite au contact de la réalité de l'Anthropocène.

Surtout, en mettant les politiques publiques et l'action politique au service de la croissance, le productivisme est devenu « *borgne au bien-être économique, aveugle au bien-être humain, sourd à la souffrance sociale, et muet sur l'état de notre planète*⁴ ». Car le consensus productiviste s'effrite au contact de la réalité de l'Anthropocène.

Il se heurte aussi à un autre consensus, scientifique cette fois, qui pointe le développement économique globalisé comme l'un des principaux facteurs des crises écologiques dans lesquelles nous sommes déjà entrés. Enfin, l'incapacité de nos régimes de croissance à offrir à toujours plus de citoyens des perspectives de vie dignes et sécurisantes achève de le décrédibiliser.

L'écologie politique fut la première à avancer, par la voix de l'économiste Kenneth Ewart Boulding, une idée qui pouvait paraître saugrenue tant elle était frappée du coin du bon sens : il est fou de croire en une croissance infinie dans un monde fini. Il est donc logique de voir les organisations ou les mouvements qui s'en revendiquent monter en puissance.

C'est vrai dans le champ social, avec l'intensification des mobilisations écologistes – mouvements pour le climat, luttes contre les grands projets inutiles, etc. – et la transformation des métiers, des loisirs, ou des pratiques de consommation. C'est aussi vrai dans le champ partisan, avec la progression des partis verts dans les pays d'Europe du Nord et de l'Ouest, notamment lors des élections européennes de 2019, confirmée par les élections locales en France et en Allemagne depuis.

Curseur à gauche

À mesure que l'écologie politique déploie son potentiel de politisation, le rôle qu'elle peut jouer dans nos systèmes politiques se clarifie également. Car ses opposants avancent désormais sabre au clair. Les premiers sont évidemment les représentants du bloc conservateur-identitaire, emmenés par l'extrême droite. Celle-ci se fonde avant tout sur le rejet de la dimension culturelle de la mondialisation, autour des enjeux d'identité et d'immigration. Mais elle sait rester floue et fluctuante dans sa position sur les dimensions économiques et écologiques de cette même mondialisation, plaidant un retour au local pourtant illusoire sans volonté de transformer en profondeur la structure de l'économie.

Les bilans sur les fronts de l'écologie ou de la lutte contre les inégalités d'un Donald Trump ou d'un Jair Bolsonaro, pris en exemple par la famille Le Pen de ce côté de l'Atlantique, offrent un aperçu de ce dont cette famille politique est capable une fois au pouvoir. Les opposants de l'écologie politique, ce sont aussi les représentants du bloc néolibéral « mondialisateur », qui fustigent les supposés Amishs pour mieux maintenir sous perfusion un monde industriel qui ne sert plus que les intérêts de ses actionnaires, contre ceux des vivants.

L'écologie oblige à réfléchir aux contours démocratiques d'une économie sans objectif de croissance.

L'écologie politique constitue donc l'un des courants de pensée qui structure le troisième bloc, le bloc démocrate-écosocialiste⁵. Elle oblige cet espace politique à réfléchir aux contours démocratiques d'une économie sans objectif de croissance, au service des besoins essentiels. Ainsi, elle lui redonne le potentiel de transformation sociale que certains des partis qui composent cet espace avaient oublié en route.

C'est donc une responsabilité particulière qui échoit aux écologistes, d'autant plus grande que personne, dans ce camp, ne nie plus aujourd'hui que les injustices écologiques et les injustices sociales sont les deux faces d'une même médaille. Il convient encore de faire la distinction entre gauche et écologie, par respect pour une famille militante qui n'a pas toujours trouvé dans ses partenaires de gauche de véritables alliés dans la lutte contre la crise écologique.

Mais la position de l'écologie politique sur tous les enjeux qui ont fondé la gauche laisse peu de doutes : droits et libertés, émancipation, égalité, solidarité, etc. C'est toujours de ce côté de l'échiquier que l'écologie politique européenne prend position⁶. L'écologie déborde aussi la gauche historique. Elle permet à ce long mouvement pour le progrès des vies humaines de prolonger ses conquêtes, après un temps d'arrêt

Les écologistes doivent se méfier de l'hubris qui les mènerait à penser qu'ils peuvent gagner seuls.

Pour cela, les écologistes doivent se méfier de l'hubris qui les mènerait à penser qu'ils peuvent gagner seuls. Dans les démocraties consensuelles comme l'Allemagne, où l'exercice du pouvoir passe par la construction de coalitions interpartisanes, c'est une évidence : un parti n'exerce jamais seul le pouvoir. Dans les démocraties majoritaires comme la France, il pourrait être tentant de privilégier une stratégie hégémonique au sein du bloc de gauche pour mieux pouvoir emporter le second tour.

Ce serait oublier que les autres partis de ce bloc n'ont pas dit leur dernier mot à un moment où la gauche dans son ensemble, écologistes inclus, est affaiblie. Ce serait oublier aussi que les forces sociales, intellectuelles et partisans, à gauche, transforment en profondeur leur conception du développement économique et de ses conséquences sur les limites planétaires. Surtout, ce serait omettre cette leçon de l'histoire qui veut que ce soit à chaque fois en dépassant ses divisions pour se concentrer sur l'essentiel que le camp progressiste a pu accéder au pouvoir.

Cinquante ans après son entrée dans la sphère politique, l'écologie est aujourd'hui devant une responsabilité historique : pour réinsuffler l'espoir nécessaire à un champ citoyen, intellectuel et politique sidéré devant l'ampleur de la montagne à gravir, elle doit rendre possible un tel rassemblement. Elle doit permettre à ces pluriels de faire front commun face aux bouleversements qui viennent.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/faktencheck-nachhaltigkeit-physiker-unnerstall-ueber-den-klimawandel-17365791.html?premium>

UNNERSTALL ÜBER KLIMAWANDEL:

Ökologische Krisen im Faktencheck

- VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 01.06.2021-07:38

Das Thema Klimawandel sorgt regelmäßig für heftige Debatten und ist ein Garant für Meinungsverschiedenheiten. Wer jedoch an Fakten interessiert ist, sollte das neue Buch von Thomas Unnerstall lesen.

In diesem Buch werden weder Katastrophenprediger noch Verharmloser eine Bestätigung für ihre oft kruden Thesen zum Klimawandel und anderen ökologischen Themen finden. Wer sich für Fakten statt für Fiktionen interessiert, entdeckt in Thomas Unnerstalls neuem, mit mehr als 70 Grafiken und ergänzenden Literaturhinweisen angereichertem Buch einen empfehlenswerten Einstieg in eines der wichtigsten Themen unserer Zeit.

Der Autor ist vom Fach: Der promovierte Physiker hat nach einem beruflichen Einstieg im Umweltministerium in Stuttgart 15 Jahre als Manager in regionalen Energieversorgungsunternehmen gearbeitet. Seit einigen Jahren ist er als Buchautor sowie international als Berater tätig.

In einer nüchternen, faktengesättigten Sprache begründet Unnerstall seine Kernthese: Ja, der Klimawandel erfordert nach seiner Ansicht ein energisches Gegensteuern durch den Verzicht auf die Nutzung fossiler Energieträger in den kommenden 30 Jahren. Unnerstall hält dies nicht nur für dringend notwendig, sondern auch für realistisch, ohne hierfür grundlegende Änderungen der Wirtschafts- und Lebensweisen in den westlichen Ländern einzufordern.

„Wenn der Westen seinen Strom aus Sonne und Wind gewinnt, auf E-Mobilität umsteigt und Heizungen, Flugzeuge, Industrieprozesse mit CO₂-neutralen Energieträgern betreibt, dann ist sein hoher Energieverbrauch ganz unproblematisch“, schreibt der Verfasser: „Insbesondere ist ein solches Energiesystem nachhaltig, denn die verfügbaren Ressourcen an erneuerbaren Energien werden nur zu einem kleinen Bruchteil genutzt.“ Um ökologisch nachhaltig zu werden, müsse der Westen nicht sein Wirtschaftssystem oder sein Konsumverhalten grundlegend ändern, sondern nur sein Energiesystem.

Zukünftige Generationen nicht gefährdet?

Aber was ist mit den ökologischen Belastungen wie dem Artensterben, den Brandrodungen, der Überfischung und dem Plastik in den Weltmeeren? Unnerstalls für viele Leser vielleicht verblüffende Antwort lautet: „Auch wenn die Ökosysteme der Erde deutliche Spuren menschlicher Aktivität zeigen, erwachsen daraus keine substantiellen Beeinträchtigungen der Lebensbedingungen künftiger Generationen.“ Denn die „natürlichen Ressourcen des Planeten reichen bei Weitem aus, um die biologischen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen – Nahrungsmittel und Trinkwasser – ohne Einschränkungen zu gewährleisten“.

Der Ressourcenverbrauch der Menschheit mit Blick auf Ackerland, Weideflächen, Fischgründen und Wald sei völlig in Ordnung, denn er liege bei knapp 70 Prozent der vorhandenen Ressourcen des Planeten, schreibt Unnerstall. Auch wenn im Jahre 2050 fast 10 Milliarden Menschen leben sollten, würden sie nur 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Und das Artensterben? Ja, das gibt es, aber selbst bei Fortführung aktueller Trends wird nach Unnerstalls Überzeugung „der ungeheure Reichtum von Tier- und Pflanzenarten auf unserem Planeten im 21. Jahrhundert nur wenig geschmälert“.

Dem menschlichen Wirtschaften sieht der Verfasser bis mindestens zum Jahr 2100 mit Blick auf die Energievorräte und die mineralischen Rohstoffe keine relevanten Grenzen gesetzt. „Trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum, trotz weiter steigendem Lebensstandard und Konsum sinkt in den westlichen Ländern der Ressourcenverbrauch“, betont der Autor. Die heutige Generation im Westen lebe (in ökologischer Hinsicht) nicht auf Kosten nachfolgender Generationen und auch nicht auf Kosten anderer Weltregionen.

„Wir brauchen keine ‚große Transformation‘ von Wirtschaft und Gesellschaft, keine langwierigen und spaltenden Verzichtsdiskussionen, wir müssen nicht über Sinn und Unsinn des Autoverkehrs streiten“, betont der Autor. „Wir müssen nur die fossilen Energieträger bis 2040 weitestgehend durch regenerative Energieträger ersetzen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dafür haben wir die nötigen Technologien und wir können es uns leisten.“ Eine Verantwortung des Westens gegenüber den ärmeren Ländern sieht Unnerstall durchaus, nur fordert er vom Westen keinen Verzicht, sondern technische und finanzielle Hilfen, die den ärmeren Ländern den Abschied von fossilen Energieträgern erleichtern.

Das klingt gut, doch: Eine rasche Energiewende könnte sich als politisch schwieriger, gesellschaftlich umstrittener, technisch anspruchsvoller und als ökonomisch weitaus herausfordernder erweisen, als Unnerstall postuliert. Diese Zweifel entwerten aber nicht seine Kernaussage, dass in der öffentlichen Diskussion eine Neigung existiert, die ökologischen Herausforderungen jenseits der Treibhausgasemissionen häufig zu dramatisieren.

Der klare Aufbau des Buches erleichtert den Zugang zu der nicht immer sehr einfachen Materie. Nachdem Unnerstall zu den Themen Weltbevölkerung, Landnutzung, Nahrungsmittel und Trinkwasser die Grundlagen geschaffen hat, wendet er sich im nächsten Teil der Energie und den Rohstoffen zu. Anschließend behandelt er ökologische Brennpunkte wie den ökologischen Fußabdruck, das Artensterben und die Biodiversität, den Waldverlust, den Plastikmüll und die toten Zonen in den Meeren sowie die Schadstoffe in der Umwelt.

Sehr zu loben sind die Bewertungen und Zusammenfassungen am Ende jedes Abschnitts. Falsch wäre der Eindruck, Unnerstall zeichne ein übertrieben schönes Bild der Verhältnisse. Aber viele unbestreitbar vorhandenen Probleme sind lokaler oder regionaler, jedoch nicht globaler Natur. Das ist schlimm, rechtfertigt aber nicht den gerade im Westen kursierenden Katastrophismus.

Das Buch

Thomas Unnerstall: Faktencheck Nachhaltigkeit. Ökologische Krisen und Ressourcenverbrauch unter der Lupe, Springer, Berlin 2021. 280 Seiten. 20 Euro.

Le Figaro (site web)

mercredi 2 juin 2021 - 19:44 UTC +02:00 1075 mots

Actualité ; Société

Islamisme, haine en ligne: les leçons de l'affaire Mila

Kovacs, Stéphane

RÉCIT - Menacée de mort pour avoir critiqué l'islam, cette lycéenne vit sous protection policière. Le procès doit s'ouvrir ce jeudi.

Ce jeudi après-midi, elle viendra au tribunal judiciaire de Paris, protégée par un dispositif policier exceptionnel. *«Mila a envie de s'exprimer: elle a des choses à dire»,* annonce Me Richard Malka, l'avocat de l'adolescente iséroise. *«Elle va parler de la manière dont on vit quand on a reçu plus de 100.000 messages haineux et menaces de mort.»* Ses treize harceleurs oseront-ils braver son regard azur? Eux, qui assurent n'avoir *«rien fait» «qu'envoyer un message»* sur les réseaux sociaux, ne se rendent pas compte du *«calvaire»* que subit Mila depuis un an et demi. *«Condamnée à vivre cachée, prisonnière au pays des Lumières et de la laïcité»*, comme la lycéenne, qui vient d'avoir 18 ans, l'écrit dans son livre à paraître le 23 juin, *Je suis le prix de votre liberté **.

Deux enquêtes

Tout a commencé un samedi de janvier 2020. Sur Instagram, elle poste une virulente vidéo, s'en prenant, en termes très crus, à l'islam. Il s'agit d'une réponse à un internaute, après une *«drague très lourde»* qui avait dérivé en insultes homophobes et antifrançaises. *«Votre religion, c'est de la merde! Votre Dieu, je lui mets un doigt dans le trou du cul»*, lui rétorque Mila. Sa vidéo, visionnée des millions de fois, déclenche des torrents de haine. *«Française de merde», «espèce de pute de LGBT», «sale chienne»* ... On menace de la brûler, de l'*«enterrer vivante»* ou encore de lui *«faire avaler tous (s) es organes»*. *«Jamais un mineur n'avait été victime d'une telle viralité»*, se souvient Justine Atlan, présidente de e-Enfance, une association de protection des mineurs sur internet.

À tel point que son histoire va devenir un cas générique, avec des #JeSuisMila affrontant des #JesuispasMila. Deux enquêtes sont aussitôt ouvertes: la première, afin d'identifier les auteurs; la seconde, à l'encontre de la lycéenne, pour *«provocation à la haine religieuse»*, est classée sans suite. Car *«Mila n'a fait qu'exercer son droit à la critique de la religion, insiste Me Malka. Elle n'a jamais tenu de propos racistes, juste utilisé un vocabulaire un peu vulgaire d'adolescente.»*

En août, elle est à nouveau menacée de mort *«au nom d'Allah»* pendant un séjour linguistique à Malte. En novembre, c'est une vidéo sur TikTok qui relancera le déferlement d'injures: *«Surveillez votre pote Allah, lâche-t-elle. Parce que mes doigts dans son trou du cul je les ai toujours pas sortis.»* Au *«viol»* et à *«l'égorgement»* se rajoutent la menace d'*«une Samuel Paty»*, les appels à *«broyer (son) crâne»* ou encore à *«lacérer son corps»* au couteau... *«Pour quelques mots absurdes / ils ont détruit ma vie et mes rêves, fredonne-t-elle dans sa chanson Je ne veux pas mourir. Je suis effrayée par vos millions d'yeux / qui m'observent jour et nuit à travers les médias / Pour un blasphème je ne vivrai jamais comme avant / À vrai dire je ne sais pas si je vais vivre encore longtemps...»*

Des portes fermées

Après avoir été exfiltrée de son lycée de Villefontaine, en Isère, puis de l'établissement militaire dans lequel elle avait été recasée par l'Éducation nationale, au motif qu'elle mettait en danger l'ensemble des élèves, Mila vit toujours *«bunkérisée»* chez ses parents. C'est là que, tant bien que mal, elle a repris ses cours, à distance, avec le Cned, pour préparer le bac. Tout en continuant à faire de la musique - une carrière qui la fait toujours rêver -, à dessiner - *«elle a un réel talent»*, fait valoir Me Malka - et à surfer sur les réseaux sociaux. Entre deux posts de maquillages féeriques ou de petits chats mignons, elle n'oublie jamais de rendre hommage aux policiers, dès qu'un des leurs est victime de violences. *«Je suis en train de pleurer devant cette vidéo»,* écrit-elle ainsi sur Twitter le 20 mai dernier, en publiant le témoignage de Jean-Paul, au visage couvert d'ecchymoses. *«Je ne supporte plus ce monde, je n'en peux plus de voir tant de pourritures banaliser les violences faites à la police, ou s'en réjouir. Tout mon respect à cet homme, je soutiendrai à jamais les Forces de l'Ordre. #jaimemapolice.»* *«Contrairement à ses agresseurs, Mila est tout sauf*

panurgique , atteste son avocat. *Et quand vous vivez quotidiennement avec des policiers, vous voyez forcément les choses autrement...»*

Des projets? *«C'est très compliqué d'en avoir: compte tenu des menaces, beaucoup de portes lui sont désormais fermées, répond Me Malka. Qui va l'embaucher? Qui va lui offrir un stage?» «Fini, l'école, les amis, l'insouciance, les rires , commente-t-on chez son éditeur, Grasset. Aujourd'hui, harcelée parce qu'elle est libre de ses idées, de ses choix, de sa façon d'être, elle raconte son parcours. Décrit la violence d'une époque intoxiquée aux réseaux sociaux. Dénonce les bourreaux protégés par leur anonymat. Et appelle le pays à ne pas être lâche et fragile: à ne jamais renoncer.»*

Sur Twitter, Mila a elle-même annoncé ce procès. *«Je compte sur la Justice pour condamner fermement toute personne qui menace dans le but d'empêcher la critique de l'Islam , a-t-elle indiqué. Je compte sur vous tous, qui me soutenez. Ensemble, refusons de vivre dans la peur.»* En attendant, le flot de messages haineux a déçu, mais ne s'est pas arrêté... *«Mila est une jeune femme extrêmement courageuse , insiste Me Malka. Jeudi, elle veut voir les visages de ceux qui se cachent derrière des écrans ou des pseudonymes. Elle veut voir comment ils vont réagir, s'ils vont continuer à invoquer la liberté d'expression ou l'antiracisme. Ce procès est celui de la terreur numérique qui déchaîne des meutes sexistes, homophobes, intolérantes contre une adolescente. Ce n'est pas "pas grave" , comme ils disent: ça peut nourrir le passage à l'acte d'un déséquilibré, conduire à des suicides ou à ce qu'une jeune fille de 18 ans doive vivre dans la clandestinité. C'est un délit de masse et chacun d'entre eux a participé à cette atrocité.»*

Le Figaro, no. 23882

Le Figaro, jeudi 3 juin 2021 2348 mots, p. 16

Débats

Comment l'Europe peut et doit répondre à la chute dramatique de sa démographie

Vermeren, Pierre

Le Vieux Continent se dirige vers un hiver démographique. Tous les pays européens sont concernés, même ceux qui s'efforcent d'atténuer la chute de la natalité grâce à une politique familiale ambitieuse. Les causes de ce phénomène d'ampleur historique sont nombreuses. Et la question n'est plus seulement, pour l'Europe, de ralentir l'ampleur de la chute démographique à venir, **mais de s'y préparer. Comment ? Pas en augmentant l'immigration, comme il est souvent préconisé.** Car l'hiver démographique, si inquiétant et désolant soit-il, « va au moins avoir le mérite de nous tirer d'impasses anciennes », explique l'universitaire, normalien, agrégé et docteur en histoire*.

*

Les indicateurs démographiques convergent : le continent européen est entré dans un choc démographique durable de grande portée. **Sa population va chuter avec la disparition progressive de la génération du baby-boom. D'ici une quarantaine d'années, le continent, Russie comprise, sera passé de 743 millions d'habitants à près de 500 millions, peut-être moins. Le nombre de naissances en Europe (6,2 millions en 2020) est depuis des années inférieur au nombre des décès.**

Or cet **effet ciseau** va s'accroître. L'hypothèse à 500 millions d'habitants est une fourchette haute. **Pour la fin du XXIe siècle se profile ainsi un retour à la population du début du XXe siècle, mais bien plus âgée qu'en 1900.** Le Japon et les pays riches de l'OCDE en général sont engagés sur une trajectoire analogue, qui correspond aux vœux des populations riches des pays développés, à défaut de satisfaire leurs dirigeants.

La chute des naissances en France est établie depuis dix ans (2010). Occultée au début de la décennie par la transformation de Mayotte en département et au rattachement de ses 10 000 naissances aux chiffres nationaux, elle s'est accélérée en 2020. **En 11 ans, la natalité a chuté de 12,5 % en France (-100 000 naissances).** Le mouvement semble se précipiter en 2021 sous l'effet du Covid, avec -13 % de naissances en janvier par rapport à janvier 2020. **La France à l'horizon 2060 aura comme l'Allemagne 50 à 55 millions d'habitants.**

Des nouvelles identiques parviennent du sud, de l'est et du nord du continent. **La population de l'Italie décroît désormais, malgré l'immigration.** Le Royaume-Uni a perdu un million d'habitants en 2020, conformément aux objectifs des Brexiteurs, qui voulaient pousser au retour des résidents originaires d'Europe centrale et orientale. Ces pays, en dépit des efforts de la Russie et de la Hongrie en matière de politique familiale, ne parviennent pas à enrayer la chute de leur population, elle aussi très vive en **Roumanie et en Bulgarie (-5 % en 10 ans).**

L'Allemagne, au cœur de l'Europe, ne stabilise sa population depuis la réunification qu'en attirant une triple immigration : en provenance de l'Union européenne, des autres pays européens, et mondiale (Russie et anciennes Républiques soviétiques, Syrie, Afrique, Asie centrale). Comme en Italie, au Portugal, en Croatie, dans les pays baltes, **la population allemande nationale décroît vivement (un Allemand sur quatre est un immigré ou fils d'immigré, et un sur trois chez les jeunes).**

La situation est très préoccupante quoiqu'un peu différée en Espagne, en Italie, au Portugal ou en Grèce. La jeunesse au chômage quitte ces pays depuis dix ans pour l'Europe du Nord, y faisant décroître la population, au point **qu'une Italie à 35 millions d'habitants est possible d'ici à quarante ans (60 millions en 2020) ; même le pape s'en est ému.**

L'Union européenne a maintenu la croissance nette de sa population depuis deux décennies **par une active politique d'immigration** (l'Union à 27 compte 22 millions d'immigrés des pays tiers en 2020, un chiffre qui n'intègre ni leurs enfants, ni les naturalisés, ni les clandestins). Mais elle a déjà intégré la baisse à venir de la population de l'Union. D'après Eurostat, **la population va chuter de 447 millions en 2020 à 420 millions vers 2080, dans un demi-siècle. Par ailleurs ce scénario volontariste intègre la permanence d'un volant migratoire annuel de deux millions de personnes. L'Union compterait ainsi en 2080 un tiers d'habitants issus d'autres continents**, conformément à la recommandation de l'ONU formulée en 2000 dans un pré-rapport public consacré aux « **migrations de remplacement** » (sic). Fortement influencé par les pays du Sud, il préconisait 139 millions de nouveaux migrants en Europe entre 2000 et 2025 (soit 5,6 millions par an).

Il y a plusieurs décennies que le continent européen parvient à se maintenir de manière assez paradoxale au-dessus de 700-730 millions d'habitants, malgré l'effondrement continu de la natalité. Cela tient à **deux facteurs principaux**. Le premier est **l'espérance de vie longtemps croissante de deux générations**, celle de l'entre-deux-guerres, et surtout celle des baby-boomers, la plus nombreuse de l'histoire de l'Europe. Or en Italie ou en Espagne, contrairement à la France ou à l'Allemagne, le pic de natalité a été tardivement atteint après 1965.

Le second, **c'est l'immigration internationale**, qui a dirigé vers l'Europe des dizaines de millions d'immigrés depuis les années 1960, en provenance des pays ex-coloniaux, des grands pays alors pauvres (Chine, Turquie), mais aussi par le retour des Européens des anciens empires (Amérique latine en Espagne, Afrique pour l'Europe de l'Ouest, Asie centrale pour les Russes).

Les effets politiques et sociaux conjoints de ces migrations, couplés aux grands chocs économiques que traversent l'Europe depuis 2008, **ont enrayé la dynamique migratoire voulue par Bruxelles, l'ONU et les pays du Sud**. La panne durable de la **croissance** en Europe, le haut niveau de **chômage** et de sous-emploi sur les trois quarts du continent, les effets de la **vague « populiste »**, qui, de Madrid à Moscou, refuse l'immigration de peuplement pour préserver l'identité de l'Europe malmenée par la mondialisation, et la **volonté de décroissance écologique des jeunes Européens** qui se retournent contre la natalité elle-même, **disqualifient le scénario des « migrations de remplacement » préconisé par l'ONU en 2000**.

Au demeurant, la poursuite de l'immigration de peuplement produirait deux effets négatifs, outre la réduction à néant de la décision malthusienne des jeunes Européens. **Le premier tient à l'immigration de main-d'oeuvre non qualifiée**. L'exemple de la France est intéressant. Celle-ci, malgré son fort taux de chômage et son endettement croissants, **orchestre depuis 1979 une immigration en majorité non-qualifiée**. En vertu d'un raisonnement productiviste et keynésien anachronique, nos gouvernants espèrent ainsi augmenter le facteur travail et la consommation pour favoriser la croissance. **Or plus la population française se diversifie et s'accroît, plus la croissance économique se réduit, jusqu'à devenir négative** (le PIB réel de la France par habitant est passé de 45 334 dollars en 2007 à 39 257 dollars en 2020), **plus le décrochage s'accuse face à l'Allemagne, à la Suisse et aux États-Unis, plus le chômage grimpe** (1 million en 1975, plus de 6 millions aujourd'hui), et plus l'endettement de l'État et les déficits marchands se creusent.

L'autre effet négatif est induit par **la pratique de l'Allemagne envers les pays d'Europe du Sud**, et de la France envers l'Afrique et les pays du Maghreb : en important des cadres (médecins africains et informaticiens du Maghreb pour la France, jeunes cadres d'Europe du Sud pour l'Allemagne), **elles empêchent les pays pauvres de sortir de leur condition**, bloquant leur développement, et la résorption des principales sources du sous-développement : la sous-qualification de la main-d'oeuvre, l'état sanitaire dégradé des populations, et la dépendance technologique. **En 2019-2020, la Tunisie a perdu 80 % de deux promotions de jeunes médecins diplômés, ainsi que 2500 ingénieurs en 2020**.

En important de la main-d'oeuvre non qualifiée, l'Europe aggrave ses maux au lieu de pratiquer le saut technologique de la robotisation à la japonaise. Et en important des cerveaux, elle aggrave le sous-développement du Sud. En outre, les pays d'émigration entrent eux-mêmes dans une phase démographique nouvelle où les cadres disponibles vont se raréfier, et leurs besoins de main-d'oeuvre s'accroître du fait du vieillissement de leur population.

L'Europe est donc priée de faire un constat, et de chercher les ressources internes pour pallier ses maux. Le constat, c'est son incapacité à proposer un avenir désirable. **Se reproduire est un fait de nature et l'objectif premier du vivant. Dans l'ordre de la culture, enfanter est un acte de foi en l'avenir et de confiance** (« Dieu pourvoira »). **Ce sont les pays les plus déshérités de la planète et les plus ravagés qui ont le plus d'enfants, notamment au Sahel menacé de désertification**. Dans les pays les plus riches et sûrs (Japon et Allemagne), la natalité est à son étiage. **L'Union européenne, pas plus que le Japon ou l'espace post-soviétique, n'offre un horizon d'espérance. L'Homme étant un croyant (Rousseau), s'il ne croit à rien, il cesse de vivre**. Tel est le message des peuples d'Europe à leurs dirigeants et à leurs élites en orchestrant la grève des berceaux.

Ces derniers portent une grande responsabilité. C'est une chose intelligible que les pays qui se sont fourvoyés dans le totalitarisme au XXe siècle (Russie, Allemagne, Japon) soient en proie à une angoisse existentielle, qui sape leur élan vital.

Mais l'Europe méditerranéenne n'est pas concernée : la natalité y a été longtemps plus vive. **Le désenchantement du monde a pourtant rejoint l'Europe catholique.** La déchristianisation, la dégradation des politiques familiales (le Front populaire avait inventé la politique nataliste), la promotion de l'individualisme et de la sexualité considérée comme une fin en soi - **l'Occident est la première civilisation du monde qui met à l'encan ses jeunes filles, en les offrant au monde entier par la pornographie mondialisée** -, ont sapé ses fondations anthropologiques. Or celles-ci ont été les piliers de la force et de la fécondité intellectuelle et artistique inouïe de l'Europe.

Pendant soixante ans, la France s'est battue avec succès contre ses démons malthusiens, établis dès le XIXe siècle. **Mais en quelques années, intellectuels et politiciens se sont retournés contre la famille, un temps décrite comme une structure d'oppression, le terreau des inégalités sociales, voire un lieu de perversion.** Le détricotage méthodique du code civil napoléonien depuis un demi-siècle a fait de **la France le pays où l'on se marie le moins au monde.** La disparition du mariage, fête éclatante de la jeunesse -qui brille dans *Guerre et Paix* - laisse une béance dans nos sociétés âgées. Elle est couplée à **la réduction des aides aux familles, à l'appauvrissement des jeunes** -qui, même s'ils le voulaient, ne pourraient pas se marier festivement faute de moyens financiers -, à la fermeture systématique des maternités de proximité, à la raréfaction des pédiatres et des obstétriciens, les exemples abondent. **La chute de la natalité va se poursuivre et s'amplifier. Sans le soutien de la surnatalité de ses immigrés et domiens, la France serait déjà au niveau de ses voisins du Sud ou du Nord.** Tout ce qui a présidé au baby-boom de l'après-guerre a été déstructuré. **Les jeunes Français sont élevés depuis vingt ans dans la peur de l'avenir, du chômage et du déclassement, et désormais de la terreur écologique.** S'y ajoute celle de l'épidémie du Covid qui anéantit aujourd'hui la pulsion de vie. À circonstances inchangées, la natalité française marche vers son étiage, comme au Japon et en Italie.

Comment remédier à cette perspective et à ses conséquences ? Le premier constat à faire, une fois oubliée la logique productiviste qui tient les esprits depuis les années 1960, est que la chute démographique enclenchée, si elle est une très mauvaise nouvelle, va au moins avoir le mérite de nous tirer d'impasses anciennes. **Elle imposera des solutions à des maux qui rongent la société française.** Les Français souffrent depuis vingt ans d'une baisse du pouvoir d'achat relatif par rapport aux grandes puissances. **La France souffre d'une crise lancinante de son système éducatif, sous-performant selon Pisa, dont l'une des dernières manifestations est la pénurie d'enseignants diplômés.** Les jeunes générations souffrent depuis longtemps du **chômage de masse.** La société souffre d'une pénurie structurelle de logements, cause première de l'appauvrissement des jeunes générations - suivant **l'équation : pas de logement, pas de couple, pas d'enfant-**, et enfin de la crise **écologique** : la course à la construction nourrit l'étalement urbain et gangrène le territoire.

La baisse du nombre de jeunes et la hausse mécanique de la mortalité (entamée depuis dix ans) vont améliorer le pouvoir d'achat - la population qui travaille s'accroissant relativement -, mais aussi le taux d'encadrement des élèves, réduire la résorption des pénuries d'enseignants, obliger les industriels et les services à recourir à la robotisation, et mettre fin à la crise du logement. Si la baisse de la population s'accélère, l'agriculture pourra fournir une alimentation plus qualitative en réduisant la pollution. **Le retour possible de l'inflation permettrait d'alléger la dette sans pénaliser l'accès à la propriété (en pénalisant il est vrai les épargnants)** : à la fois par accélération de la transmission des patrimoines hérités des baby-boomers aisés, et par effet positif sur l'endettement. Ce serait le retour au cercle vertueux du crédit des années 1960, avec une opportunité de réindustrialisation en intensifiant le progrès technique. La société japonaise montre la voie depuis vingt ans. **La baisse de la population ne produira ni baisse des revenus par habitant, ni baisse de la productivité.** Cela devrait permettre de surmonter les angoisses qui nous étreignent devant la baisse de la démographie.

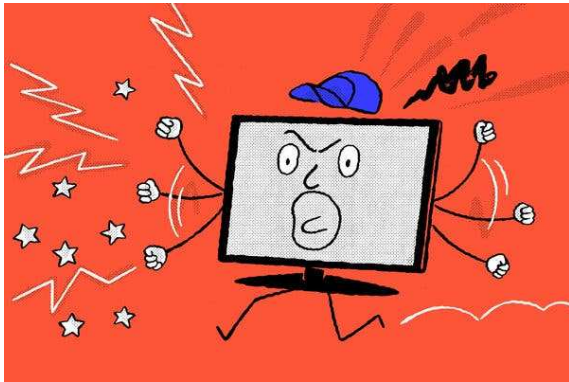
La diminution conjointe de la population dans toutes les puissances développées, mais aussi dans une grande partie des pays pauvres et intermédiaires, **doit inciter à innover et à regarder l'avenir avec optimisme.** Si, en une génération, les circonstances générales et les entraves économiques affectant les rêves de la jeunesse européenne parvenaient à s'améliorer, il serait possible de rendre l'espoir en un avenir auquel tant ont renoncé. **L'humanité a surmonté des catastrophes bien plus soudaines et terribles. La démographie offre un demi-siècle de visibilité.** À nous d'en profiter pour sortir des pulsions de mort qui nous asphyxient, et construire un avenir qui renoue avec l'espérance.

* Pierre Vermeren est l'auteur de nombreux ouvrages salués par la critique, en particulier « *On a cassé la République - 150 ans d'histoire de la nation* » (Tallandier, 2020). Il publie « *L'impasse de la métropolisation* » (Gallimard, Le Débat », avril 2021).

OPINION**GUEST ESSAY**

France Is Becoming More Like America. It's Terrible.

June 2, 2021

**By Cole Stangler**

Mr. Stangler is a journalist based in France who writes extensively about the country's politics and culture.

PARIS — It's become a familiar refrain in French political life. From President Emmanuel Macron and his cabinet to the far-right opposition, from print columnists to talking heads, "Americanization" is increasingly held responsible for a whole set of social ills ailing the nation.

For some of these critics, it's the reason so many young people — adopting the view of Black Lives Matter activists — believe police violence is a problem. For others, it explains why the quality of academic research is in decline, as fanciful ideas concocted on American college campuses like intersectionality and post-colonialism supposedly flourish. To others still, it's why people can't speak their mind anymore, suffocated by the threats of "cancel culture."

Perhaps the most common gripe is that ideas and practices imported from the United States are making the French obsessed with ethnic, religious and sexual difference at the expense of their shared identity as citizens of the universal Republic.

They're not wrong: French politics are, in fact, becoming Americanized. But the problem is not left-wing theories or censorious scolds. It is instead the rise of an insular, nationalistic, right-wing discourse driven by a belligerent style of press coverage. Distinctively French in content, the form this discourse takes — grievance-wallowing hosts conjuring embittered conversations about national decline, immigration and religion — follows America's lead. As in the United States, the result is a degraded political landscape that empowers the far right, dragging mainstream politicians into its orbit.

Culture wars are America's true gift to France.

Leading the charge is CNews, often called the French Fox News for its mimicry of the codes and conventions of American cable news. Launched in 2017 by a conservative billionaire, Vincent Bolloré, the network has attracted viewers by offering polemical debate marked by a hard-right bent — hitting an important milestone last month when it recorded the highest ratings of any 24-hour news network in France. The network’s star panelist is the nationalist essayist Éric Zemmour, a man convicted several times of hate speech against racial minorities and Muslims, while its star host, Pascal Praud, plays the role of objective moderator. Much like Tucker Carlson, he has a penchant for incendiary stories that allow him to speak in the name of the country’s victimized silent majority.

Instead of devoting time to the day’s top news stories, hosts tend to prefer dissecting micro-scandals that are more or less indecipherable to audiences outside the country, with chyrons capturing guests’ provocations seconds after they’re uttered. As on Fox News, the themes covered often reflect conservative anxieties about a changing nation: the size of the foreign-born population, the supposed excesses of political correctness, the place of Islam and a wounded sense of national pride.

And as with the Fox network, CNews often sets the country’s agenda. Many of the news items obsessively covered by the channel have evolved into full-blown national debates. Among them are the bullying of a teenager on social media after she called Islam a “religion of hate” on Instagram; a push from the Green Party mayor of Lyon to serve meat-free meals at school cafeterias; support from the country’s oldest student union for meetings reserved for women and nonwhite people; and the acceptance by the president’s party, En Marche, of a candidate who wears the Islamic veil onto its list for the regional elections later this month. (The party eventually withdrew the nomination under pressure.)

Such concerns, however animating for those perennially anxious about France’s secular identity, would not ordinarily dominate a country’s attention. But they’ve been elevated into national issues because leading politicians have chosen to play along — and not just those from the right-wing opposition. High-ranking members of En Marche have joined these skirmishes and, in some cases, actively opened new fronts in the culture wars themselves.

Earlier this year, Frédérique Vidal, the minister of higher education, complained of the supposed scourge of “Islam-leftism,” a term once limited to the extreme right that refers to an imaginary political alliance between conservative Muslims and anticapitalists. Ms. Vidal even called for an investigation into the problem to examine how certain professors allegedly blur the lines between research and activism — a move rightfully condemned by the state’s top research institute as an attack on academic freedom.

Not to be outdone by his colleague, Jean-Michel Blanquer, the education minister, recently oversaw a formal ban in schools of one aspect of what’s known as “inclusive writing” — the use of both feminine and masculine word endings, separated by a middle dot, when they refer to groups of people. Though the move is unlikely to have much effect, because the practice wasn’t widely taught, it was nevertheless welcomed in some circles as a defense of the French language against creeping political correctness.

Although they claim to be protecting academic freedom, Ms. Vidal and Mr. Blanquer would be right at home in today’s Republican Party, where blasting teachers for peddling radical theories, corrupting the youth and damaging the national interest is standard fare.

What’s in it for Mr. Macron? As many have noted, the president’s advisers believe these battles bring political benefits. Most important, they’re meant to woo right-wing voters ahead of a potential rematch against Marine Le Pen, head of the far-right National Rally, in next year’s presidential election. But they’re also designed to inflict damage on the left, whose badly divided parties, struggling to talk about the problems of racial and religious discrimination within France’s secular and colorblind legal framework, regularly disagree on these very same topics.

Whether or not the strategy pays off in 2022, the culture wars are fueling support for the far right today. Polls ahead of this month’s regional elections, where 17 regional presidencies are up for grabs, show the National Rally with a solid shot of capturing majority control of a region for the first time ever — while Ms. Le Pen is within striking distance of Mr. Macron in the presidential election. That makes sense when the

news cycle revolves around issues like the Islamic veil, the left's supposed sense of moral superiority and a vastly exaggerated uptick in violence against police officers. When National Rally leaders claim their party's longstanding grievances and preoccupations are being legitimized by the government, it's hard to disagree.

It's also striking to see the depths to which political discourse has sunk in a country that prides itself on its capacity for highbrow public debate and the spotlight it reserves for intellectuals. In the middle of a pandemic and after the country's worst economic crisis since the end of World War II, the French news cycle isn't led by discussion over truly universal issues like wealth inequality, the health system or climate change. Instead it's focused on navel-gazing debates about identity, fueled by television personalities.

What's more American than that?

Le Figaro (site web)

mercredi 2 juin 2021 - 19:43 UTC +02:00 1297 mots

Actualité ; Société

Affaire Mila: les profils déconcertants des prévenus

Kovacs, Stéphane

DÉCRYPTAGE - Malgré leur convocation devant le tribunal, ces jeunes en sont persuadés: ils n'ont pas harcelé Mila, puisqu'ils n'ont pour la plupart «envoyé qu'un seul message».

Étudiante en psychologie, elle «*fait un peu de tricot*», regarde «*des comédies et des séries*», «*aime beaucoup la littérature et la poésie: Rimbaud, Verlaine, Hugo...*». Et puis, «*on a critiqué (s) es convictions religieuses*» et ça l'a «*offensée*». Le 17 novembre 2020 à 2h34, elle a eu «*un cri du cœur inapproprié*», pas franchement poétique. «*Va bien te faire fourré (sic) sombre pute, je te souhaite de mourir de la façon la plus atroce qui puisse exister et si jamais ça tarde, je m'en chargerais moi-même*», a écrit N'Aissita dans un courriel à la lycéenne Mila, qui venait de publier, sur les réseaux sociaux, une vidéo critique sur l'islam. Aujourd'hui, l'étudiante «*regrette*»: «*Ça m'est passé, la colère*, a-t-elle assuré en garde à vue. *Je me rends compte que j'ai fait l'erreur de me rabaisser à son niveau...*»

Comme douze autres jeunes prévenus, N'Aissita comparaitra ce jeudi devant la 10e chambre correctionnelle du tribunal de Paris, pour avoir participé au harcèlement de Mila, parfois accompagné de menaces de mort. Trois femmes et dix hommes, des athées, des musulmans, des chrétiens, venant de toute la France, au casier judiciaire vierge pour la plupart. «*Treize personnes sans histoires, qui, cachées derrière leur écran et leur pseudo, ont souhaité broyer le crâne et lacérer le corps d'une mineure devenue leur bouc émissaire*», résume Me Richard Malka, l'avocat de Mila. Elles encourent deux ans d'emprisonnement et 30.000 euros d'amende pour le harcèlement en ligne, et jusqu'à trois ans d'emprisonnement et 45.000 euros d'amende pour les menaces de mort. Avant ce procès, deux hommes avaient déjà été condamnés à des peines de prison pour avoir menacé de mort la jeune Iséroise. Plusieurs internautes mineurs au moment des faits seront, quant à eux, jugés plus tard.

Deuxième salve

«*Surveillez votre pote Allah, s'il vous plaît! Parce que mes doigts dans son trou du cul, j'les ai toujours pas sortis*»: après une première vidéo virulente en janvier 2020, Mila avait à nouveau blasphémé, sur la plateforme TikTok, à la mi-novembre. Ce qui lui avait immédiatement valu une deuxième salve de menaces: «*qu'elle crève!*», «*tu mérites de te faire égorger*» ou encore «*je vais te faire une Samuel Paty*» - du nom de ce professeur décapité quelques semaines plus tôt à Conflans-Sainte-Honorine, dans les Yvelines, après avoir montré des caricatures de Mahomet à ses élèves.

Devant les enquêteurs, les prévenus expliquent avoir agi «*à chaud*», sous le coup de la «*colère*». La plupart ne comprennent pas du tout ce qui leur arrive. «*J'aime la France, mais là ce n'est plus vivable!* peste ainsi Jordan. *Au pays de la liberté d'expression, je n'ai même pas le droit d'avoir un avis. On n'a plus le droit de parler: la preuve je suis en garde à vue suite à un message...*» Juste «*une petite phrase cassante*», selon lui, à propos de cette «*meuf*», une «*agitatrice réactionnaire*» et «*raciste*»: «*wsh j'suis sur que si j'met un coup d'bite à #Mila elle arrêtera de faire chier le monde cette mal baisée*». Ce cuisinier de 29 ans, vivant à Lisieux dans le Calvados, aime «*Schopenhauer et Nietzsche*», l'astrophysique, et se dit «*catholique par intérêt, car si je suis athée et qu'il y a un paradis, je n'irai pas*». Au commissariat, sa grande sœur le soutient: «*Il n'est pas méchant et il a un QI supérieur à la moyenne*», argumente-t-elle. Comme pseudo, il a choisi «*Vulpes 1er*». «*Vulpes, ça veut dire renard en latin*, crâne-t-il. *Et on dit de moi que je suis malin et discret, d'où le choix du renard*». Des remords? «*Sur la forme, j'aurais sans doute dû employer un autre vocabulaire*, concède-t-il. *Mais je n'ai pas de regrets sur le fond, dans le sens où, si elle prenait un peu de bon temps, elle se détendrait sûrement et dirait un peu moins de bêtises.*»

Meven, lui aussi, estime que «*pour les propos qu' (il a) tenus, (il) ne mérite pas d'être placé en garde à vue*». Le jeune homme, 24 ans, sans profession, sans religion, sans «*occupation particulière*», n'en démord pas: Mila est «*foncièrement débile, paumée*». Son propre tweet, il l'a «*oublié*» depuis longtemps. «*Bon. enculer là (sic) fort qu'on en parle plus. Mettez un coup de machette de ma part à cette grosse pute de #MILA*», avait-il écrit. Avant de récidiver: «*J'entends d'ici la vague de "chah" (bien fait, en arabe,*

NDLR) *quand on va apprendre que Mila c faites flinguer.*» «*Cela devait être de la provocation de ma part*», balaie-t-il face aux policiers.

Étudiant en droit à Paris, Manfred a usurpé l'identité d'un autre internaute pour menacer Mila «*d'une Samuel Paty*». Dans le but de «*gagner des abonnés et être connu*», car «*avoir beaucoup d'abonnés sur Twitter, ça peut changer une vie*», se justifie-t-il devant les enquêteurs. Mehdi, étudiant en informatique dans le Val-de-Marne, voulait juste «*taquiner*» Mila «*sans arrière-pensée*». Quant à Nawfel, étudiant en BTS de gestion, *c'est tout bonnement* «*pour faire rire (s) es amis*», qu'il a écrit que «*cette transsexuelle de merde*» «*mérite la peine de mort*» ...

«Ce sont vos enfants»

Derrière un écran, «*tu as plus confiance*», affirme l'un des prévenus. «*On a plus de culot sur les réseaux sociaux que dans la vraie vie*», renchérit Lauren, étudiante en anglais. Tous en sont persuadés: ils n'ont pas harcelé Mila, puisqu'ils n'ont pour la plupart «*envoyé qu'un seul message*». «*Sur plusieurs milliers de tweets, on a identifié quelques-uns des auteurs et ce sont ceux-là qui sont poursuivis. On fait assumer à celui qui a fait un tweet la totalité des menaces des autres*», s'inquiète Me Gérard Chemla.

Corentin, son client, surveillant dans un lycée agricole, n'a «*pas fait de menace*», fait-il valoir. Il a «*juste*» signifié à Mila «*la pute*» qu'elle «*nique sa mère*» et «*qu'elle crève la bouche ouverte*» ... Assurant au passage: «*j'ai aucun risque de poursuite je suis blanc et pas croyant on est ensemble mes frères*». «*Il réagit à ce qu'il conçoit comme raciste*, plaide Me Chemla. *On a des jeunes gens qui fonctionnent dans la provocation de part et d'autre.*»

Un autre avocat de la défense, Me Marc Bailly, dénonce auprès de l'AFP «*la violence de la procédure*», destinée selon lui à mettre «*un coup de lumière*» sur l'infraction de cyberharcèlement, «*qui est nouvelle*». Depuis 2018, ce délit peut en effet être constitué dès lors que plusieurs personnes s'en prenant à une même victime savent que leurs propos ou comportements caractérisent une répétition, sans que chacune de ces personnes ait agi de façon répétée ou concertée.

«*Les premiers qui ont été jugés, c'était des profils dangereux*, rappelle Me Malka. *Mais ceux-là ne le sont pas du tout. Ce sont vos enfants! C'est cela qui est effrayant: personne n'a su leur apprendre que le blasphème, ce n'était pas du racisme. Ni l'école de la République, ni leurs familles.*»

Le Figaro, no. 23882

Le Figaro, jeudi 3 juin 2021 1098 mots, p. 4

Société

« Une décision laxiste des juges serait un présage désastreux »

Au-delà de Mila, c'est l'inaliénable droit à la liberté de conscience que les magistrats devront défendre, estime la journaliste Zineb El Rhazoui.

Devecchio, Alexandre

La journaliste et essayiste plaide pour la liberté de conscience et d'expression de la jeune Mila. Elle-même cible de harcèlement et de menaces de mort en tant qu'ancienne plume de *Charlie Hebdo*, Zineb El Rhazoui, d'origine marocaine, n'aurait jamais imaginé devoir livrer ce combat dans la patrie des droits de l'homme, dont elle appelle à défendre le modèle et la culture.

LE FIGARO. - Treize personnes vont être jugées ce jeudi pour harcèlement et menaces de mort à l'encontre de Mila. Que dit cette affaire de la société française ? Quel est l'enjeu de ce procès ?

Zineb EL RHAZOUÏ. - Voyons d'abord l'aspect positif : ce procès signifie que menacer de mort une personne pour ses convictions est un délit. Je suis fière du cumul des luttes historiques qui a fait de la France un pays où ce que l'on appelait jadis le blasphème ne soit plus qu'une opinion comme les autres. Toutefois, la justice a aujourd'hui une grave responsabilité à assumer, non seulement vis-à-vis des citoyens victimes de procès en sorcellerie comme Mila, mais aussi vis-à-vis de l'histoire de notre pays. Ce n'est pas seulement Mila que les magistrats devront défendre, mais surtout l'inaliénable droit à la liberté de conscience. En tant que patrie des droits de l'homme, nous ne devons pas oublier ceux qui, comme Asia Bibi, Raïf Badaoui, Mohamed Ould Mkhaitir ou des centaines d'autres, ont pâti de la même vindicte populaire qui exige, ici en France, de faire taire Mila, quitte à la supprimer physiquement. Une décision laxiste des juges serait un présage désastreux pour tous ceux qui continuent de penser que la liberté de conscience est mère de toutes les libertés. Lorsque des foules se livrent à la barbarie obscurantiste contre un individu pour avoir exprimé une opinion, cela s'appelle le fascisme. J'espère que ceux qui exécutent la justice au nom du peuple français en auront conscience.

À l'époque des faits, vous aviez dénoncé la lâcheté d'une partie des élites... Mila a-t-elle été suffisamment soutenue ? Les féministes et les associations antihomophobie ont été très discrètes, comment l'expliquez-vous ?

J'avais été particulièrement choquée que Nicole Belloubet, la garde des Sceaux de l'époque, accuse Mila d'atteinte à la laïcité, avant de se rétracter face au tollé que ces propos ignares et faux avaient soulevé. Mila a été soutenue par des individus libres et probes partout en France et au-delà, des gens qui ne touchent pas de subventions, qui n'ont pas fait de leurs convictions un fonds de commerce, contrairement aux associations auxquelles vous faites allusion. Les associations soi-disant féministes qui font du féminisme sélectif sous prétexte d'antiracisme finissent par accepter un féminisme au rabais pour les femmes musulmanes ou victimes du patriarcat islamique, elles tombent donc exactement dans la définition du racisme. Quant aux associations qui prétendent lutter contre l'homophobie sans jamais mentionner que l'homosexualité est condamnée dans l'ensemble des pays où l'islam fait loi - souvent de la peine de mort -, elles font elles-mêmes la démonstration de leur imposture.

L'État entend pourtant mener la bataille contre l'islamisme et le séparatisme. Que peut-il faire de plus aujourd'hui ?

L'État lutte contre un fléau qui ne cesse de se renforcer. Il est temps pour les pouvoirs publics de changer de prisme. Contre les criminels, il existe des lois, il suffit de les appliquer avec la plus grande fermeté. Ce que l'on attend surtout de l'État, c'est d'affirmer les valeurs françaises, et pas seulement dans les discours. Les Français souhaitent être collectivement fiers de leur modèle, et pour cela, nous ne devons pas avoir honte de qui nous sommes : un peuple libre, fier de son histoire, soucieux de défendre l'égalité homme-femme et la liberté de conscience, un peuple dont la République a divorcé avec l'église, et qui ne souhaite surtout

pas un second mariage religieux, encore moins avec l'islam, qui n'a jamais fait son aggiornamento. Je me dis souvent que si toutes les subventions que l'État verse aux associations communautaristes et à leurs dérivés étaient dépensées pour défendre nos valeurs, nous n'en serions pas là.

Lorsque vous avez quitté le Maroc pour la France, vous seriez-vous imaginée devoir défendre la liberté d'expression d'une jeune Française contre les islamistes ?

Jamais. Je n'aurais jamais cru non plus qu'un jour je serais moi-même cette femme. De Mila ou de moi, les médias ont beaucoup parlé, mais savez-vous combien de femmes se font insulter par les intégristes musulmans tous les jours pour leur liberté ? Combien d'homosexuels lynchés, de personnes tabassées pendant le ramadan pour une cigarette ou un sandwich croqué ? Pendant combien de temps encore la France échouera-t-elle à faire respecter les droits des citoyens sur son propre sol ?

Vous n'avez pas hésité à qualifier Mila d' « exemple pour la jeunesse » . Ne peut-on pas défendre Mila et sa liberté d'expression sans pour autant partager la vulgarité de ses propos ?

La vulgarité n'est heureusement pas un délit ! C'est en ce qu'elle est libre que Mila est un exemple pour la jeunesse. Elle détonne tellement au milieu de ces jeunes de plus en plus conformistes, qui ne revendiquent comme liberté que celle de singer les clichés identitaires dont ils se sont eux-mêmes affublés, qui n'ont pour élan que leur instinct grégaire et qui ne désirent pour horizon que la raison figée de leurs ancêtres. Comment ne pas admirer le courage d'une jeune fille qui refuse de céder à la menace et qui affirme tout haut ce qu'elle pense ? D'ailleurs la vulgarité des propos de Mila n'était qu'une juste réponse à l'obscénité des injures et des menaces qu'elle a reçues. Mila est libre d'être vulgaire, mais ses détracteurs, eux, prétendent que leur vulgarité est au service du sacré, et c'est cela qui est absurde. N'est-il pas grand temps pour les musulmans de s'interroger sur ceux parmi eux qui défendent Allah et son prophète avec des mots en dessous de la ceinture, avec des menaces et des injures racistes, plutôt que de s'offusquer de la liberté d'une adolescente qui n'a fait qu'exprimer ses convictions propres ? Ces musulmans ne pourront décemment exiger le respect que lorsqu'ils en feront eux-mêmes preuve.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE BEZIEHUNG:

Europäische Herausforderungen

- EIN KOMMENTAR VON GERALD BRAUNBERGER
- -AKTUALISIERT AM 04.06.2021-06:54



Pressekonferenz zum deutsch-französischen Regierungsrat Bild: EPA

Europa fällt in Krisen nicht auseinander, bleibt aber weit unter seinen Möglichkeiten. Auch die Währungsunion hat zwar nicht ins Unglück gestürzt, konnte die in sie gesetzten Hoffnungen jedoch bisher nicht vollständig erfüllen.

Der 22. Deutsch-Französische Regierungsrat ist in einer Atmosphäre der Nostalgie und des Abschiednehmens zu Ende gegangen. Das letzte Treffen in diesem Format in der Ära Merkel gab Anlass zu Würdigungen der scheidenden Bundeskanzlerin durch Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, verbunden mit Äußerungen gegenseitiger Wertschätzung der deutsch-französischen Beziehungen.

Seit dem Beginn der Kanzlerschaft Angela Merkels ist Europa durch drei schwere Krisen gegangen. Auf die in den Vereinigten Staaten ausgebrochene große Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 folgte die auch mit erheblichen politischen Verwerfungen einhergegangene, in Europa hausgemachte Eurokrise. Mit der im Frühjahr 2020 ausgebrochenen Pandemie hat ein zweites Mal innerhalb von gut zehn Jahren ein globales Phänomen den alten Kontinent getroffen.

Diese drei Krisen haben Europa belastet, das deutsch-französische Paar aber, trotz gelegentlich deutlich vernehmbarer Zwigigkeiten, nicht dauerhaft entzweit. Das ist, gerade in historischer Betrachtung, keine geringe Leistung gewesen, die es zu würdigen gilt. Die aus Europa stammenden Veränderungen haben Deutschland, entgegen den Untergangsgesängen auch mancher heimischer Ökonomen, nicht in den Ruin geführt und den Euro nicht zu einer Weichwährung degradiert, die von den Menschen abgelehnt wird.

Freilich besitzt die ökonomische Bilanz der vergangenen Jahre auch erhebliche Passivposten. Europa ist im Wettbewerb mit anderen Weltregionen zurückgefallen; die wirtschaftlichen Unterschiede innerhalb Europas haben sich vergrößert und nicht verringert. Die Währungsunion hat Europa zwar nicht ins Unglück gestürzt, und sie ist offensichtlich weniger fragil als von vielen Kritikern angenommen. Aber sie konnte die in sie gesetzten Hoffnungen bisher nicht vollständig erfüllen.

Wirtschaftlicher Erfolg wird wesentlich durch nationale Politik bestimmt

Hierfür sind im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich. In vielen Ländern wird zunehmend verdrängt, wie sehr wirtschaftlicher Erfolg nach wie vor wesentlich durch die nationale Politik bestimmt wird. Das Verhältnis von Markt und Staat, die Leistungsfähigkeit von Justiz, Verwaltung, Bildungswesen und öffentlicher Infrastruktur werden nach wie vor immer noch überwiegend auf nationaler Ebene geregelt. Für den Zustand der Staatsfinanzen sowie die Gerechtigkeit und Effizienz von Steuer- und Sozialsystemen

tragen ebenfalls überwiegend die nationalen Hauptstädte Verantwortung. Seit vielen Jahren empfehlen Fachleute dringend energische Reformen, die, weil sie in Teilen der Bevölkerung unpopulär sein könnten, zumeist unterblieben sind. Frankreich, Italien und Spanien sind drei Beispiele für Länder, die durch eine unzureichende Reformpolitik ihr wirtschaftliches Wachstumspotential untergraben.

Eine für alternde Gesellschaften nicht untypische Finanz- und Sozialpolitik zugunsten der wachsenden Zahl älterer Menschen geht mit einer Vernachlässigung zukunftsorientierter Investitionen und einer Belastung der Staatsfinanzen einher. Die Konsolidierung von Staatsfinanzen nach Krisen, eine auch von internationalen Organisationen angemahnte Selbstverständlichkeit, unterbleibt vielerorts. Deutschland hat allerdings, abgesehen von der Finanzpolitik, wenig Grund, abfällig auf seine Partnerländer zu schauen. Die seit der Pandemie nunmehr für jedermann erkennbaren Schwächen in der Verwaltung und im Bildungswesen sind ebenso das Ergebnis einer im eigenen Land betriebenen schlechten Politik wie die Verzögerung von Infrastrukturprojekten, etwa Bahnstrecken oder Stromtrassen.

Fehlende Sanktionsmechanismen

Der zweite Grund für die Schwäche Europas ist seine wirtschaftliche Überforderung durch Länder mit kaum mehr nachhaltigen Staatsfinanzen, die Europa gleichermaßen als Verantwortlichen für nationales Fehlverhalten wie als großzügige Finanzierungsquelle wahrnehmen wollen. Die in Maastricht beschlossene Architektur, die eine gemeinsame Geldpolitik mit einer gemeinsamen Regeln verpflichteten nationalen Finanzpolitik kombiniert, leidet unter fehlenden Sanktionsmechanismen für Staaten, die sich nicht an Regeln halten, sowie an einer zu langsamen Reaktionsgeschwindigkeit der Finanzpolitik in schweren Krisen, für deren Bekämpfung dann in erster Linie eine Geldpolitik bereitsteht, die zumindest Elemente einer gemeinsamen Finanzpolitik aufweist.

Eine echte gemeinsame Finanzpolitik bedürfte, um demokratisch legitimiert zu sein, allerdings eines nationalen Souveränitätsverzichts, zu dem weder Frankreich noch Deutschland noch andere Länder bereit wären. Nicht der geringste Schaden dieses Widerspruchs ist in Deutschland eine zunehmende Politisierung des Bundesverfassungsgerichts; zu befürchten ist, dass der Schaden noch größer wird.

Le Figaro, no. 23883

Le Figaro, vendredi 4 juin 2021 1550 mots, p. 15

Débats autour du monde

LAMA ABU-ODEH

« La culture « woke » me fait penser à l'essor de l'islamisme dans le monde arabe »

Professeur à la faculté de droit de l'université de Georgetown, cette Américaine d'origine palestinienne raconte le climat de censure et de surveillance généralisée qui s'installe sur tous les campus d'Amérique, sous prétexte de lutte contre les discriminations, et la mise au silence des « hérétiques » qui pensent différemment.

LE FIGARO. - Deux enseignants de l'université de Georgetown ont été licenciés pour avoir déploré les mauvaises performances de leurs étudiants noirs. S'agit-il d'un événement isolé ou est-ce le symptôme d'un phénomène plus général ?

LAMA ABU-ODEH . - Cet incident participe d'un phénomène à l'oeuvre dans toutes les universités américaines. La domination progressive de la culture « woke » sur les campus me fait penser à l'essor de l'islamisme dans le monde arabe pendant les années 1980. Un beau jour, on s'est aperçu que toutes les femmes portaient le voile, et tous les hommes la barbe, et qu'il était trop tard. L'idéologie « woke » se répand de la même façon, et les personnes de gauche en Occident sont incapables de lui résister, tout comme les conservateurs dans le monde musulman ont été débordés par l'islamisme.

C'est un phénomène que j'ai personnellement vécu en Jordanie, où j'ai grandi. J'ai été témoin de l'entrisme des islamistes dans toutes les sphères culturelles et académiques. Quand j'étais en dernière année de droit à l'université, j'ai écrit des articles dans le journal étudiant pour dénoncer cette emprise. **Un jour, un ami de mon père est venu nous dire que mon nom avait été mentionné à la mosquée pendant le prêche du vendredi. Mon père a pris peur et m'a fait quitter le pays.** Je suis partie en Grande-Bretagne, puis aux États-Unis. **Dans le monde musulman, les islamistes contrôlent à présent les universités et les grandes institutions culturelles. Trente, quarante ans plus tard, on n'a pas réussi à s'en débarrasser.**

Y a-t-il d'autres parallèles ?

L'idéologie « woke » a tous les aspects d'un phénomène religieux. Ses adeptes déclarent que les principes mêmes de l'université sont racistes, et que le racisme est partout. Contre cette nouvelle censure, les gens de gauche sont incapables de défendre les principes les plus fondamentaux, comme la liberté d'expression. L'islamisme a commencé ainsi, en recrutant dans la classe moyenne éduquée, et en faisant de l'entrisme dans le système éducatif avant de se répandre jusque dans les sphères du pouvoir.

Un autre parallèle saisissant entre l'islamisme et le mouvement « woke » est le rôle des femmes. Si vous regardez ces foules qui défilent en pointant des doigts accusateurs, ce sont surtout des femmes. Des femmes noires, des femmes blanches. Ce sont toujours elles qui imposent les règles éthiques, et défendent traditionnellement les systèmes de valeur. Quand elles sentent, presque instinctivement, l'émergence d'un nouvel ordre moral, elles se transforment en missionnaires pour le répandre. **Elles ont porté le phénomène religieux dans le monde musulman, ici, elles sont en pointe dans la lutte contre ce qu'on appelle le racisme structurel. Mais qu'est-ce que c'est que le racisme structurel ? Vous ne pouvez pas le voir, ni le définir, mais il est partout ! C'est une croyance, un concept quasiment mystique.** Chaque fois que vous voyez une inégalité raciale, vous pouvez l'expliquer par le racisme structurel !

Quand avez-vous observé l'apparition de ce phénomène ?

L'un des premiers incidents s'est produit en 2017 sur le campus de l'**Evergreen State College**, dans l'État de Washington. **Des mouvements d'étudiants noirs avaient exigé qu'une journée soit réservée aux minorités, et que les étudiants blancs ne viennent pas sur le campus ce jour-là.** Un professeur, **Bret Weinstein**, a refusé de se plier à cette mesure en expliquant qu'il s'agissait d'un abus de pouvoir. Des manifestations ont éclaté, **il a été accusé de racisme, et contraint de démissionner.**

C'est l'un des premiers incidents où le mouvement « woke » a révélé sa force. **Weinstein avait mis en garde**, en disant : si vous pensez que c'est un incident isolé et marginal, qui n'affecte que les collègues de gauche de la côte Ouest, vous vous trompez : **ça va se répandre ! Il avait entièrement raison.**

Cet épisode m'a rappelé comment les étudiants islamistes avaient commencé à dicter les règles de comportement sur les campus du monde arabe, interrompaient les cours des professeurs accusés d'être des hérétiques. Et j'ai su alors que nous avions un problème.

Quand l'avez-vous vu arriver dans votre propre faculté ?

J'ai commencé à remarquer un changement à Georgetown **quand Trump a été élu.** À la faculté de droit, notre doyen a commencé à nous envoyer des courriels très politiques pour s'opposer à lui. **L'université a abandonné toute neutralité. Cette bureaucratie a commencé à utiliser le langage de la diversité, sans qu'aucune voix dissidente ne soit plus autorisée.**

Je me souviens d'une conférence sur Zoom où mes étudiants conservateurs m'ont dit qu'ils étaient nerveux et effrayés. Ils observaient que leurs idées politiques devenaient dangereuses à exprimer en public et considérées comme une faute morale, pas une simple opinion. **Si des étudiants sont obligés de garder leurs opinions secrètes, alors que la hiérarchie et les autres étudiants expriment les leurs comme si elles étaient la nouvelle morale, c'est que la liberté d'expression n'existe plus.**

L'université n'a pas réagi ?

Le doyen a annoncé la formation d'un Comité antidiscrimination, habilité à recevoir des plaintes contre des professeurs ou d'autres étudiants. J'étais sidérée. C'est comme l'espionnage du parti Baas dans l'Irak de Saddam Hussein.

Il a ensuite annoncé que tous les professeurs devaient suivre des formations à la diversité. Des universitaires noires de la côte Ouest sont venues nous faire des conférences. J'ai été la seule, avec un autre professeur, à exprimer mes réserves. Une collègue m'a dit : **mais comment oses-tu interrompre une femme noire ?**

Ce glissement a été rapide : **des opinions politiques sont devenues un système moral, adopté par l'université.** Ceux qui divergeaient se sont sentis menacés, et **un système bureaucratique de surveillance a été mis en place.** Et ça ne se produit **pas seulement dans les universités ! J'ai des amis dans l'industrie, les ONG, la culture, qui me décrivent le même phénomène.** **Les gens commencent à faire attention à ce qu'ils disent.**

Quel effet a sur l'université cette culture de la dénonciation permanente ?

Les gens deviennent paranoïaques. Le phénomène a été renforcé depuis que nos classes ont lieu par vidéo et sont enregistrées. Nous sommes déjà tous sous surveillance. J'enseigne un cours sur les droits de l'homme, où il m'arrive de critiquer le mouvement Black Lives Matter. Je vois alors mes étudiants soudain paralysés, se figeant, comme pour dire, s'il vous plaît, ne parlons pas de ça. Comme si je disais quelque chose d'immoral. Il n'y a pas que la menace qui joue mais aussi des incitations matérielles. Chaque professeur sait qu'il ne pourra avoir d'augmentation de salaire que s'il fait allégeance, qu'il ne sera titularisé que s'il tient le bon discours. **Comme dans les systèmes totalitaires, les gens vont finir par prendre l'habitude de garder la tête baissée.** Ils pensent que s'ils ne se font pas remarquer, ils ne seront pas persécutés. C'est ce qui s'est passé en Irak ou en Syrie. On arrête de parler politique.

Comme j'ai trente ans de plus que beaucoup des professeurs, et surtout comme je suis déjà passée par là avec les islamistes, ça a plutôt tendance à me mettre très en colère qu'à m'effrayer. **Mais j'en ai assez. Je pense à prendre ma retraite. Je ne veux pas de nouveau travailler dans une institution dirigée par des idéologues.**

Jusqu'où pensez-vous qu'ira ce phénomène ?

Jusqu'à ce qu'ils rencontrent une résistance. Cela arrive encore. La semaine dernière, deux administratrices de l'université ont envoyé un courriel demandant de ne pas rendre la vaccination obligatoire pour les salariés de Georgetown, alors qu'elle l'est pour

les étudiants. La raison était de ne pas pénaliser les minorités, parce que la population noire est très méfiante à l'égard de la vaccination. Après avoir dit que les Noirs mourraient plus du Covid à cause du racisme systémique, le même mouvement « woke » nous dit maintenant que si les Noirs ne veulent pas se faire vacciner, on ne doit pas les obliger. Mais là, des gens ont réagi, en notant qu'ils comprennent la question du racisme systémique, mais que là, on parle de la santé de tous.

Si on leur résiste, ils devront renoncer. Mais j'en doute. Ils n'ont personne en face d'eux. L'absence de contre-pouvoir révèle la faiblesse des conservateurs. La gauche est infiniment plus puissante. **Les universitaires ne sont pas très courageux. La plupart sont des fonctionnaires plutôt passifs. Je crains que ce mouvement « woke » ne soit pas un phénomène éphémère. Il ne va pas disparaître comme ça.** Black Lives Matter est devenu une organisation extrêmement puissante, assise sur un trésor de 90 millions de dollars. Et cette nouvelle génération occupera bientôt des postes de responsabilité, et opérera une transformation profonde du système occidental.

Ces militants deviendront les futurs enseignants et occuperont des postes au sein des gouvernements et à la tête des institutions culturelles. Nous allons entrer dans une nouvelle ère de surveillance et de censure. C'est sans doute le symptôme d'un déclin, quand votre université est soumise à un culte puritain. **L'Occident ne parvient plus à défendre ses propres principes.**

Le Figaro (site web)

vendredi 4 juin 2021 - 06:00 UTC +02:00 553 mots

Vox ; Vox Politique

«Le couple franco-allemand, cette douce et chère illusion française»

Zemmour, Eric

CHRONIQUE - Nos dirigeants sont convaincus que la puissante Allemagne protège la fragile France. Ils n'osent assumer nos nombreuses divergences d'intérêts avec elle ni chercher d'autres alliés en Europe.

Il n'y aura plus de «*chère Angela*». Lors de leur dernière rencontre, Emmanuel Macron a multiplié les marques d'effusion envers la chancelière allemande qui achève son dernier mandat. Il en aurait été de même si le président français s'était appelé Nicolas Sarkozy ou François Hollande. C'est la preuve, selon les médias énamourés et les officiels stéréotypés, que le couple franco-allemand est au-dessus des contingences politiciennes.

L'expression «couple franco-allemand» est une spécificité française ; les Allemands sourient de cette approche romantique. À l'origine, le général de Gaulle avait voulu arrimer à la France la RFA du chancelier Adenauer, pour que la puissance économique de l'une renforce la position géostratégique de l'autre: «*que la France soit le jockey, et l'Allemagne le cheval*». La réunification des deux Allemagnes a frappé cette vision gaullienne ; le déclin économique français, à partir des années 1990, a porté le coup décisif. Aujourd'hui, les rôles sont renversés: le jockey est l'Allemagne, et le cheval français regimbe mais obéit toujours au doigt et à l'œil.

Dans une Europe à six, qui ressemblait à l'Empire de Charlemagne ou de Napoléon, la France était chez elle. Dans une Europe à 26, qui ressemble beaucoup plus au Saint Empire romain germanique, l'Allemagne a retrouvé ses repères historiques. François Mitterrand avait cru, avec la création de l'euro, lui arracher «*son arme atomique, le mark*». Il n'a fait que consolider l'hégémonie industrielle allemande. Ses successeurs ont tous voulu desserrer l'étau des contraintes budgétaires prévues par le traité de Maastricht avant de s'incliner piteusement les uns après les autres.

Emmanuel Macron a fait de son lien avec la chancelière la base non négociable de sa «*souveraineté européenne*». Il a accepté pour cela de lier nos programmes d'armement, quitte à permettre à nos «amis» allemands de s'emparer de nos secrets de fabrication, en particulier dans l'aviation militaire. Macron est convaincu qu'il finira par convertir l'Allemagne à sa conception «*d'autonomie stratégique*» et de «*défense européenne*». Il s'obstine alors que les dirigeants d'outre-Rhin lui répètent que la défense européenne s'appelle l'Otan. Les Allemands préfèrent se soumettre à la tutelle militaire américaine qu'à son homologue française, plus proche et moins puissante. C'est déjà ce choix stratégique qui avait fait échouer la politique de réconciliation du général de Gaulle, et fait chuter son complice Adenauer. Et c'est finalement la France qui, par attraction du «couple», se soumet au «protectorat» américain.

Die gefährliche Ignoranz der Zentralbanker

...| Lesedauer: 5 Minuten

Von Thomas Mayer

Quelle: Europa Press via Getty Images; picture alliance/dpa/Marc Comes

Nobelpreisträger und Keynesianer Paul Krugman weist in seiner „New York Times“-Kolumne die Kritik zurück, die Fed drucke Geld, um das Haushaltsdefizit der USA zu finanzieren. Ein Fehlschluss, weil Keynes' Theorie nach wie vor etwas Folgenschweres ausblendet.

Paul Krugman ist ein Nobelpreisträger und sehr einflussreicher Wirtschaftskolumnist der „New York Times“. Wenn er über die Geldpolitik schreibt, erwarten seine Leser, dass er versteht, wovon er spricht. Leider deutet seine Kolumne vom 21. Mai darauf hin, dass dies nicht der Fall sein könnte.

Man fragt sich, wie viele andere hochkarätige Ökonomen der keynesianischen Schule, die gegenwärtig das Denken in den Universitäten und in den Zentralbanken dominiert, ebenfalls nicht wissen, wovon sie reden.

Krugman weist in seiner Kolumne die Kritik zurück, dass die Fed Geld drucke, um das Haushaltsdefizit der US-Regierung zu finanzieren. Das begründet er so: „Auf einer fundamentalen Ebene finanzieren die Haushalte das Defizit: Die Mittel, die von der Regierung geliehen werden, stammen aus den enormen Ersparnissen, die von den Familien getätigt wurden, die einen Großteil ihres Einkommens in einem Umfeld sparen, in dem sich ein Großteil ihres üblichen Konsums nicht mehr sicher anfühlt.“

Er gibt zu, dass die US-Haushalte ihre Ersparnisse nicht direkt an die Regierung übergeben können, sondern den Weg über die Banken gehen müssen: „Familien bunkern ihre Ersparnisse in Banken. Die Banken wiederum häufen Reserven an – das heißt, sie verleihen an die Fed, die heutzutage Zinsen auf Bankreserven zahlt. Und die Fed hat Staatsanleihen gekauft.“ Hätte einer meiner Studenten diese Sätze in einer Seminararbeit vorgelegt, hätte ich ihn beiseite genommen und vorgeschlagen, dass wir rekapitulieren, was hier wirklich vor sich geht.

Wenn eine Zentralbank eine Staatsanleihe kauft, gibt sie einen Auftrag an eine Geschäftsbank. Diese kauft die Anleihe von einem Marktteilnehmer und gibt sie an die Zentralbank weiter. Um das Geschäft abzuwickeln, zahlt die Zentralbank Reservegeld auf das Zentralbankkonto der Geschäftsbank ein.

Diese schöpft dafür Bankengeld und schreibt es dem Anleiheverkäufer gut. Am Ende hat die Zentralbank einen neuen Vermögenswert in Form der Staatsanleihe und eine Verbindlichkeit in Form von

Zentralbankgeld auf dem Konto der Geschäftsbank. Letztere hat Zentralbankgeld als Aktivum und Bankengeld als Passivum. Der Anleiheverkäufer hat seine Staatsanleihe gegen Bankengeld getauscht. Somit erhöht sich die Geldmenge.

Die Fakten belegen die Überlegung: Zwischen Januar 2019 und Februar 2020 blieben die Wertpapierbestände der Federal Reserve unverändert und die Geldmenge (M2) stieg nur um eine Billion US-Dollar. Zwischen Februar 2020 und April 2021 stiegen die Wertpapierbestände um 3,5 und die Geldmenge um satte 4,8 Billionen Dollar.

Nehmen wir an, der Staat tauscht nun eine neue Anleiheemission gegen Bankengeld beim Verkäufer der ersten Anleihe ein und überweist dieses Bankengeld an die privaten Haushalte. Nun steigt das verfügbare Einkommen. Dank des Transfers kann dies auch dann geschehen, wenn das Bruttonominalprodukt fällt. So sank zwischen dem vierten Quartal 2019 und dem zweiten Quartal 2020 das nominale Bruttonominalprodukt um 2,4 Billionen Dollar, während das verfügbare Einkommen um 1,7 Billionen Dollar stieg.

Nehmen wir nun weiter an, dass die Haushalte keine Möglichkeit haben, den Anstieg des verfügbaren Einkommens auszugeben. Infolgedessen steigen ihre Geldersparnisse an. Zwischen Januar 2020 und Juni 2020 stiegen die Ersparnisse der privaten Haushalte um 3,2 Billionen Dollar, während die Geldmenge um 2,8 Billionen Dollar stieg. Unterm Strich sind also die Geldersparnisse durch staatliche Transfers von Geld erhöht worden, das die Zentralbank für den Staat geschaffen hat.

Krugman zieht in seiner Kolumne dagegen den folgenden Schluss: „Die Fed ist nicht die venezolanische Regierung, die Bolívars druckt, um ihre Soldaten zu bezahlen; sie agiert im Grunde als Finanzvermittler für Investoren, die ihr Geld irgendwo sicher parken wollen. Und obwohl es viele Gründe gibt, sich über die Entwicklung der US-Wirtschaft Sorgen zu machen, stehen die Anleihekäufe der Fed und der Anstieg von M2 nicht auf der Liste. Beruhigen Sie sich.“

Er hat recht, dass die Fed nicht die venezolanische Regierung ist, aber sie druckt Dollars für die US-Regierung. Man muss kein Monetarist sein, um zu erwarten, dass das nominale Bruttonominalprodukt steigt, wenn die Haushalte ihre Geldersparnisse im Zuge des Abklingens der Pandemie wieder abbauen. Dies könnte Produktion und Beschäftigung ankurbeln. Aber angesichts der Größenordnung der Geldschöpfung wäre es sehr überraschend, wenn die Preise nicht ebenfalls steigen würden.

Krugman ist in seinem Fehlurteil über die Wirkungen der Geldpolitik nicht allein. Am 23. Februar sagte US-Notenbankchef Jerome Powell bei einer Anhörung im Kongress: „Im Moment würde ich sagen, dass das

Wachstum von M2 ... nicht wirklich wichtige Implikationen für den wirtschaftlichen Ausblick hat. M2 wurde vor einigen Jahren aus der Standardliste der Frühindikatoren gestrichen, und die klassische Beziehung zwischen Geldmengen und Wirtschaftswachstum in Bezug auf die Größe der Volkswirtschaft gilt einfach nicht mehr. Wir hatten zu verschiedenen Zeiten ein starkes Wachstum der Geldmengen ohne Inflation, also etwas, das wir wohl wieder verlernen müssen.“

Warum können führende Ökonomen und Zentralbanker zu solchen Schlüssen kommen? Die Antwort ist, dass die keynesianische Theorie die Geldschöpfung der Banken völlig ausblendet. Als Keynes seine von der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre inspirierte Theorie entwickelte, war das vielleicht verzeihbar. Heute führt die Ignoranz der Rolle der Banken jedoch zu krassen Fehlschlüssen.

Dorothée Moureaux, sanctionnée pour son bien

Elle avait écrit sur Twitter "il est temps de mettre au pas les #musulmans qui sont les premiers à insulter les juifs..."

Erwan Seznec

3 juin 2021



Directrice d'école et élue LR en Seine-et-Marne, Dorothée Moureaux a été suspendue suite à un tweet dénonçant l'antisémitisme musulman. Dans son propre intérêt, soutient l'Education nationale, approuvée par la justice administrative.

L'histoire commence le 16 février 2019. Dorothée Moureaux, 58 ans, conseillère municipale LR à Moissy-Cramayel (Seine-et-Marne), directrice d'école élémentaire dans la même commune, conseillère du grand Paris, réagit sur son compte Twitter aux insultes antisémites proférées contre Alain Finkielkraut boulevard du Montparnasse, à Paris, en marge d'une manifestation de gilets jaunes : « *Un déferlement de haine envers #Alain Finkielkraut. Honte à eux. Le 19/02, rassemblement contre l'Antisémitisme. Il est temps de mettre au pas les #musulmans qui sont les premiers à insulter les juifs. Les extrêmes de droite comme de gauche ne sont pas en reste* ».

Une journaliste *du Parisien* repère le tweet et contacte la conseillère. Dorothée Moureaux précise sa pensée: « *Quand je parle de les mettre au pas, il s'agit simplement d'appliquer la laïcité* ». L'individu qui a insulté Alain Finkielkraut, précise d'ailleurs *le Parisien*, « *est connu des services de renseignement pour avoir évolué dans la mouvance radicale islamiste* ».

Suite à l'appel de la journaliste, Dorothée Moureaux va pourtant effacer son tweet. Difficile de savoir quel aurait été son sort si elle l'avait assumé, mais il ne fait aucun doute que, juridiquement, rien ne l'obligeait à se renier. Les quatre lignes manquaient de nuances, comme tant de tweets, mais critiquer l'islam n'est pas interdit. Sur le fond, Dorothée Moureaux rappelait une évidence quantifiée par la Fondation pour l'innovation politique dans une enquête publiée en novembre 2014: « *les musulmans sont deux à trois fois*

plus nombreux que la moyenne des Français à partager des préjugés contre les juifs ». Et même si Dorothée Moureaux avait tenu un propos authentiquement polémique, elle en avait le droit. Les tribunaux ont posé depuis longtemps que la liberté d'expression des élus était fondamentale, quitte à aller objectivement trop loin. La Cour européenne des droits de l'homme, dans un arrêt du 7 septembre 2017, a infirmé les condamnations pour diffamation d'un conseiller municipal qui avait accusé d'escroquerie, sans preuve, le maire et la première adjointe du Broc (Alpes-Maritimes) !

Lâchage en règle

Hélas, autour de Dorothée Moureaux, les supports vont être rares. La tête de liste LR aux municipales à Moissy, Christian Duez, prend immédiatement ses distances avec sa colistière, dans *le Parisien* : « *je ne suis pas du tout d'accord avec ce discours (...) elle écrit parfois plus vite qu'elle ne pense* ». Dorothée Moureaux est écartée de la liste LR. Elle est inondée de messages d'insultes et de menaces.

L'Education nationale, sans surprise, la lâche aussi. Son profil Twitter mentionnait sa qualité de directrice d'école, mais elle ne la rappelait pas dans le tweet qui a allumé la mèche. Dès le 20 février, pourtant, Dorothée Moureaux est convoquée à la direction départementale des services de l'Education nationale de Seine-et-Marne, où l'attendent la directrice académique, une inspectrice, la secrétaire générale et la directrice de cabinet du recteur. L'accusée fait valoir qu'elle a parlé en qualité d'élue, mais peine perdue, la messe est dite. La sanction tombe le jour-même : quatre mois de suspension, qui vont se transformer en bannissement à bas bruit, sous la forme d'un retrait d'emploi. Dorothée Moureaux ne retrouvera jamais de poste de directrice titulaire. Elle devient remplaçante, avec la certitude de le rester jusqu'à la retraite, une perte de revenus significative à la clé. « *En définitive, mes collègues et les parents d'élèves sont ceux qui m'ont témoigné le plus de solidarité, se désolent-elle. Je n'avais jamais eu de blâme, je crois que j'étais appréciée...* » Des courriers que *Causeur* a consultés en attestent.

Le 16 avril 2019, le procureur de la République de Paris lui adresse un rappel à la loi, affirmant que son tweet tombe sous le coup de la loi pénale. « Remettre au pas », ce poncif de salle des professeurs, devient une « provocation à la haine, à la discrimination ou à la violence ». Comme la coupable a fait des « excuses publiques » dans une vidéo mise en ligne le 20 février, le parquet renonce aux poursuites.

Dorothée Moureaux a tenté de contester les sanctions de l'Education nationale devant le tribunal administratif, avec le concours d'un avocat marseillais, vers lequel l'a orientée la Fédération nationale de l'enseignement. Le jour de l'audience, le 17 mars 2021, l'avocat n'est pas venu. Elle a pris la parole seule devant les magistrats. Une carrière d'un côté, un tweet de l'autre, un quart d'heure pour faire pencher la balance. Rendue le 21 avril, la décision du Tribunal administratif de Melun tue le suspense dès le préambule. Les juges écrivent que Dorothée Moureaux a posté un message « *stigmatisant les musulmans* ». A propos des juifs, curieusement, ils parlent des « *membres d'une autre communauté confessionnelle* ». Hypocritement, ils relèvent ensuite que Mme Moureaux était « *elle-même menacée* ». Conclusion, le rectorat l'a sanctionnée pour assurer sa sécurité. Elle est déboutée. Partant visiblement du postulat que Samuel Paty suspendu serait encore en vie, l'Education nationale et la Justice recommandent en quelque sorte de se coucher très tôt. Le vrai racisme ne se nicherait-il pas dans cette vision des musulmans comme un bloc d'intolérance, incapable d'encaisser la moindre critique ?

Dorothée Moureaux l'avoue sans fard, elle n'a plus les ressources pour attaquer en appel cette décision lourde de conséquences pour elle, et préoccupante pour la liberté d'expression, en particulier dans la communauté éducative. « *Quel gâchis, soupire-t-elle. Quand je pense que l'académie de Créteil cherche désespérément des directeurs et des directrices d'école !* »

Peut-être un jour faudra-t-il se demander pourquoi.

Commentaire Observatoire 4 juin

Comme dans l'affaire Mila, l'éducation nationale est complice de la propagation de la stratégie d'entrisme. Si les citoyens ne sont pas protégés par l'Etat de droit, c'est qu'il n'y a plus de droit ni plus de liberté. On ne peut que partager le "constat" de cette enseignante, fût-elle LR, ou sans parti. Le constat fait par des sociologues et par des historiens ne relève pas d'opinion. Cet article me rappelle en creux le procès de Bensoussan.

Constaté que l'antisémitisme est plus important aujourd'hui dans le milieu musulman que partout ailleurs en France n'est pas un délit selon le droit français. Et si tel était le cas, à savoir si d'être imprégné d'une culture antisémite est un risque pour l'intégrité morale des personnes concernées et qu'il faut exclure des établissements publics ceux qui le constatent, alors, il faut protéger pas seulement les musulmans antisémites, mais aussi Dieudonné, Soral et autres de ce genre. Très hypocritement, l'Education Nationale, L'Etat et la juridiction au lieu de soutenir et protéger ceux qui font des constats de réalité, "prend ses distances" ou exclut, soit disant, pour le bien des exclus, mais en réalité pour ne pas offusquer ceux qui pour qui l'antisémitisme fait partie de leur mode de vie. Chaque précédent de ce genre est une victoire des tenants d'islamophobie.

Le Figaro (site web)

mardi 30 mars 2021 - 08:48 UTC +02:00 600 mots

Flash Actu

Pour le gouvernement, le terme «islamophobie» est inapproprié

Le comité interministériel de prévention de la délinquance et de la radicalisation estime que ce terme «a été imposé par les islamistes» pour «interdire toute forme de critique à l'égard de l'islam radical».

Dans une série de tweets publiés lundi 29 mars, le Secrétariat général du Comité interministériel de prévention de la délinquance et de la radicalisation (SG-CIPDR) a pris ses distances avec le terme controversé d' « *islamophobie* ». Cet organe interministériel, créé en 2006, s'est vu confier depuis 2016 une mission de lutte contre la radicalisation. Son secrétaire général est Christian Gravel, un proche de Manuel Valls - lequel avait déjà déclaré en 2013 à L'Obs que « *l'islamophobie est le cheval de Troie des islamistes* ».

Dans sa publication, le SG-CIPDR rappelle en préambule qu'il n'est « *pas permis d'appeler à la haine ou aux discriminations contre des groupes religieux* » mais qu'en revanche, « *il est autorisé de critiquer des systèmes de croyance ou des conceptions philosophiques* » au nom de la liberté d'expression. Il estime alors que « *pour parler de la haine contre les musulmans, le terme 'islamophobie' est inapproprié puisqu'il confond stigmatisation des croyants et critique de l'islam* », et précise que « *les institutions utilisent l'expression 'racisme anti-musulman'* ».

Poursuivant la critique du terme « *islamophobie* », l'organe interministériel soutient également que ce concept « *a été imposé par les islamistes avec pour objectif d'interdire toute forme de critique à l'égard de l'islam radical, sous couvert d'une défense - fallacieuse - de la religion musulmane* » et même qu'il sert aujourd'hui pour les islamistes « *à introduire un délit de blasphème* », qui n'existe pas en droit français. Et de citer, en exemple, la diabolisation de l'œuvre du romancier Salman Rushdie, les attaques contre Charlie Hebdo ou l'assassinat de Samuel Paty. La conclusion est sans appel : « *l'ostracisation des musulmans* » est interdite et poursuivie, mais « *l'État refuse d'utiliser ce terme d' 'islamophobie' qui n'est que l'arme des islamistes contre les libertés et la République* ».

La controverse autour du terme d'islamophobie ne date pas d'hier, et ce concept a été plusieurs fois critiqué dans les colonnes du *Figaro*, notamment par le sociologue Philippe d'Iribarne (auteur en 2019 d'un essai intitulé *Islamophobie - Intoxication idéologique*, publié chez Albin Michel), l'essayiste Pascal Bruckner, ou encore les philosophes Alain Finkielkraut ou Henri Peña-Ruiz. Si le droit français ne l'utilise pas, le concept d'islamophobie est toutefois repris à son compte par le Conseil de l'Europe, qui avait publié en 2005 un rapport intitulé « *L'islamophobie et ses conséquences pour les jeunes* ».

Dans le débat intellectuel, des universitaires français continuent également à employer ce terme, à l'instar du sociologue Marwan Mohammed, qui a publié en 2013 *Islamophobie : comment les élites françaises fabriquent le problème musulman* (La découverte). Sur les réseaux sociaux, plusieurs chercheurs se sont désolidarisés de la publication du SG-CIPDR, comme l'historien Cédric Mas qui reproche au gouvernement de ne pas prendre en compte les travaux de certains « *spécialistes* ». « *Vous n'oseriez pas traiter d'islamistes les auteurs de ces travaux ?* » a-t-il lancé à l'intention de l'organe interministériel.

Récemment encore, la querelle intellectuelle autour de cette notion **avait agité Sciences Po Grenoble, où un professeur avait réclamé que le mot ne figure pas dans l'intitulé d'une « semaine pour l'égalité » organisée par l'établissement. Cette prise de position lui avait valu des remontrances de la part de ses collègues et des affichages hostiles sur la façade de l'IEP.**

L'islamophobie, “une arme d'intimidation” massive

Philippe d'Iribarne pointe les effets pervers de ce discours victimaire

Franck Crudo

30 mai 2019



Philippe d'Iribarne. ©ROMUALD MEIGNEUX/SIPA / 00667331_000014

Dans son dernier livre, *Islamophobie : intoxication idéologique*, Philippe d'Iribarne détricote le concept d'islamophobie et pointe les effets pervers du discours victimaire.

« *Un nouveau mot a été inventé pour permettre aux aveugles de rester aveugle.* » En citant Salman Rushdie dès les premières lignes de son ouvrage, *Islamophobie : intoxication idéologique*, Philippe d'Iribarne donne le ton. Pour ce directeur de recherche au CNRS, l'islamophobie est surtout « *une arme d'intimidation pour dissuader d'observer la réalité* », une manipulation qui nuit à la paix civile et empêche d'exercer son esprit critique.

“*Ce mensonge fait le miel des tenants d'une vision conquérante de l'islam*”

Sur un peu plus de 200 pages, l'auteur souligne le caractère discutabile et les effets pervers de la rhétorique repentante et victimaire. Méthodiquement. Posément. A contre-courant de ceux qui préfèrent ne voir le réel que d'un œil – généralement le gauche -, il n'hésite pas à mettre le doigt là où ça fait mal.

« *En présentant leurs sociétés comme islamophobes et en affirmant que des mesures sévères vont les conduire à s'amender, les Occidentaux ne se mentent pas seulement à*

eux-mêmes. Ils mentent, plus gravement sans doute, aux musulmans. Ils leur laissent croire que la condamnation morale des « discriminations » jointe aux poursuites envers les coupables suffiront à faire accepter un ordre social islamique, comme si l'Occident pouvait ignorer que cet ordre est incompatible avec ses valeurs de liberté et d'égalité. » Puis d'ajouter : « Les musulmans qui écoutent le discours de l'islamophobie sont entretenus dans l'illusion qu'ils pourront un jour être traités comme des semblables tout en continuant à s'affirmer différents. Ce mensonge a d'autant plus de conséquences qu'il fait le miel des tenants d'une vision conquérante de l'islam. »

L' "islamophobie" n'a rien à voir avec l'islam

L'auteur pointe la responsabilité de la Commission nationale consultative des droits de l'homme (CNCDH) qui, dans ses rapports annuels, dépeint une société française empreinte de préjugés à l'égard de l'islam et « hantée par une islamophobie viscérale ». On y apprend ainsi qu'une très grande majorité de Français (86%) estime que le port du voile intégral peut poser problème pour vivre en société et qu'ils sont 58% à penser la même chose concernant le simple port du voile. A l'opposé, seuls 24 % de nos compatriotes considèrent que le ramadan est difficilement compatible avec la société française. Des chiffres qui semblent nuancer fortement l'idée d'un pays rongé par l'islamophobie. « *Le jeûne du ramadan, un des cinq piliers de l'islam, dont la dimension religieuse est incontestable, devrait être la pratique la moins acceptée si l'islam en soi était rejeté. Or au contraire, c'est ce qui est le mieux perçu, bien que l'obligation de jeûne puisse parfois poser problème dans l'exercice du travail. Pendant ce temps, le port du voile intégral, qui est très mal vu, n'est pas inhérent à l'islam.* » Il relève moins, précise le chercheur, d'une dimension religieuse que d'un ordre social.

S'appuyant sur de nombreuses études, Philippe d'Iribarne fait au passage valoir que la discrimination à l'embauche est moins liée à la couleur de la peau qu'à la pratique de l'islam. Outre certaines revendications religieuses, le port du voile chez les femmes, le refus chez certains hommes d'être dirigés par le « sexe faible » ou même de lui serrer la main ne vous garantit pas de faire forte impression lors d'un entretien d'ébauche... Une soumission des femmes pleinement justifiée par le *Coran* (un musulman peut épouser une non-musulmane mais pas l'inverse ; un homme peut répudier sa femme mais pas l'inverse ; un homme vaut deux femmes en matière de témoignage, etc.), comme l'illustre, entre autres, le délicieux verset 34 de la sourate IV : « *Admonestez celles dont vous craignez l'infidélité, reléguez-les dans les chambres à part et frappez-les.* » On ne sera pas forcément interloqué dès lors par [le rapport récent de l'Institut Montaigne](#) (2016), dans lequel on apprend que seul 5 % de la population française... mais 56 % des musulmans français approuvent la proposition suivante : « *Une femme doit obéir à son mari* ».

La religion des opprimés

Le chercheur du CNRS démonte un à un les raisonnements sophistiques de l'argumentaire victimaire, omniprésent dans le monde universitaire, mais aussi médiatique et politique. Ainsi, ceux qui tronquent le célèbre verset 32 (« *Celui qui tue un homme, c'est comme s'il tuait toute l'humanité...* ») pour faire du *Coran* l'étendard d'une religion d'amour et de paix, oublient de préciser que cette injonction ne concerne que les musulmans et omettent surtout ce qui suit. Deux versets plus loin, on peut ainsi lire : « *Seule rétribution de ceux qui combattent Dieu et son Prophète et se démènent pour faire dégât sur la terre : les tuer, ou les crucifier, ou leur couper les mains ou les pieds en diagonale...* » Tant que ça n'est qu'en diagonale...

Fondé sur la vulgate rousseauiste qui veut que le dominant soit forcément coupable même s'il est innocent et le dominé forcément innocent même s'il est coupable et soutenu par l'idée que l'islam est la religion des opprimés et le musulman le nouveau damné de la Terre, ce type de raisonnement diffuse souvent une vision hémiplogique de l'histoire. Celle du musulman victime des croisades, de la colonisation, bref de l'Occident. En oubliant au passage que la réciproque fut au moins aussi féroce : les conquêtes arabes, les huit siècles de domination musulmane en Espagne, la chute de Byzance, le siège de Vienne, les pirates barbaresques, les Européens – tels Cervantès – réduits en esclavage...

Les incantations sur l'islamophobie sont contre-productives et enferment des millions d'individus dans le ressentiment à notre égard, martèle l'auteur. « *Il conduit ceux qui le reçoivent à s'imaginer entourés d'ennemis : les Occidentaux, souvent qualifiés de « croisés », et les juifs. Remontés contre les sociétés d'accueil, ceux qui en sont dupes sont dissuadés de chercher à s'y fondre. Les mieux intégrés, qui respectent les usages locaux, se sentent coupables à l'égard de ceux qui vivent intensément leur appartenance à l'islam.* »

Le cancer du poumon n'a rien à voir avec les poumons

Philippe d'Iribarne voit dans le pas d'amalgame et l'affirmation que l'islam n'a rien à voir avec l'islamisme (ou vice-versa) l'argument spécieux par excellence, celui qui vise à dénier ou minimiser une réalité ou une tendance quand elle nous déplaît, « *un sophisme qui serait aussitôt dénoncé dans un domaine idéologique moins marqué* ». Suivant la même logique, nous viendrait-il à l'esprit de clamer que le cancer du poumon n'a rien à voir avec le tabac sous prétexte que beaucoup de personnes fument sans en être victime ? Ou que certains cancers du poumon ne sont pas toujours dus au tabac ? On pense ici à la fameuse, pardon fumeuse, argutie selon laquelle l'islam n'a pas le monopole de l'intolérance, du sexisme, de l'homophobie ou de l'antisémitisme...

Le directeur de recherche au CNRS affiche son scepticisme sur le vote de la loi Pleven en 1972, modifiant celle de 1881 sur la liberté de la presse, qui punit désormais les coupables de provocations « *à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'égard d'une personne ou d'un groupe de personnes à raison de leur origine ou de leur appartenance à une ethnie, une nation, une race ou une religion déterminée* ». Mais, comme le souligne l'auteur, où commence l'incitation à la discrimination, la haine ou la violence ? Tout propos critique, si anodin soit-il, ne devient-il pas du coup sanctionnable pénalement ? Des hommes inspirés jadis par les Lumières tels que Montesquieu (« *Le gouvernement modéré convient mieux à la religion chrétienne et le gouvernement despotique à la mahométane* ») ou Levi-Strauss (« *En face de la bienveillance universelle du bouddhisme, du désir chrétien du dialogue, l'intolérance musulmane adopte une forme inconsciente chez ceux qui s'en rendent coupables* ») seraient aujourd'hui cloués au pilori et poursuivis dans les prétoires par certaines associations prétendument antiracistes.

Jusqu'ici tout va mal

Face à une religion qui tarde à faire l'examen historico-critique qu'a déjà accompli le christianisme et le judaïsme, Philippe d'Iribarne se pose ouvertement la question de sa compatibilité avec les valeurs de la République. A fortiori si l'islam refuse de distinguer le politique du religieux. Comment concilier la vision irénique de l'islam et l'existence d'aspects sombres dans l'écrasante majorité des pays où il fait la loi ? Comment justifier le refus de la liberté de conscience et la difficulté à mettre en place une démocratie pluraliste dans le monde musulman ? « *N'est-il pas temps pour l'Occident de faire*

clairement connaître à ceux qu'il accueille que sa vénération pour la liberté et l'égalité, laquelle marque depuis des siècles son projet de civilisation, n'est pas négociable ; que les nouveaux venus n'ont aucune chance de devenir des membres respectés des sociétés occidentales s'ils restent étrangers à cette vénération ? »

Et de conclure, quelques lignes plus loin : « La forme d'islam qui a actuellement le vent en poupe privilégie l'imposition d'un ordre social. Cet ordre est-il consubstantiel à l'islam ? Relève-t-il d'une sorte d'essence de celui-ci ? Manifestement, les islamistes en sont convaincus. Mais, si c'est bien le cas, les adversaires résolus de l'islam ont raison d'affirmer que c'est dans son ensemble, dans toutes ses dimensions, qu'il est incompatible avec les valeurs de l'Occident. Tout espoir de voir l'islam s'intégrer paisiblement à celui-ci serait dès lors illusoire. »

Islamophobie : intoxication idéologique (éditions Albin Michel), à lire cet été sur la plage. Avec ou sans burkini.

Atlantico (site web)

samedi 5 septembre 2020 - 09:19 UTC +02:00 1881 mots

Le procès en "islamophobie", un mal français ?

Eric Delbecque

On imagine donc facilement le courage intellectuel nécessaire pour braver le politiquement correct et la chape de plomb idéologique qui étouffe n'importe quelle discussion sur le sujet brûlant de l'évolution du fondamentalisme musulman en France. Quand un membre du personnel politique ou un écrivain tente de s'atteler à la clarification des termes du sujet - ou même écrit un simple roman, rappelons-nous Soumission de Michel Houellebecq -, il devient rapidement la cible d'un nombre impressionnant de batteries de défense de l'empire du bien déchiétant l' « islamophobe » ... Faisant fi des provocations et des attaques préventives des matamores, Philippe d'Iribarne a récemment défini le mot avec brio dans Islamophobie. Intoxication idéologique : « Islamophobie. Le terme revient sans cesse pour dénoncer l'accueil que les sociétés occidentales réservent à l'islam et aux musulmans. La thèse est radicale : ces sociétés ne voudraient connaître qu'un islam imaginaire, objet de peur, de mépris, de haine, un fantôme n'ayant rien à voir avec l'islam réel. La réalité riche et complexe du monde musulman, porteur d'une spiritualité profonde et d'une grande civilisation, serait niée au profit d'une essence fantasmée d'un islam monolithique et menaçant. L'individualité de chaque musulman disparaîtrait derrière l'image d'un musulman archétypique, identifié, dans un amalgame pervers, à des terroristes qui trahissent une religion d'amour et de paix. » À raison, le directeur de recherche au CNRS dénonce cette arme de guerre psychologique, idéologique et culturelle, au détriment des Occidentaux, diabolisés, et des musulmans, victimisés. Entre ce discours qui présente l'Occident comme un monstre d'hostilité envers l'islam et ce que révèlent les faits, il existe un gouffre d'une profondeur abyssale.

Les réactions sont en fait très nuancées, et font la différence entre tel ou tel aspect de l'islam, compatible ou non avec les valeurs occidentales. Les verbes des défenseurs de cette vision victimaire se conjuguent au pluriel : une sphère islamiste avec le Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF) et les États musulmans; un courant islamo-gauchiste uni par la haine d'un Occident dominateur et héritier d'une longue histoire, espérant que l'emprise de l'islam fera voler tout ça en éclats; un courant « gentil », promoteur d'une laïcité « ouverte » en faveur d'une société « inclusive », post-culturelle, post-religieuse, post-nationale; ou encore certains membres de l'Église de France pour laquelle les musulmans peuvent devenir des alliés de circonstances. Aucun de ces groupes ne pratique réellement l'analyse des mondes de l'islam : ils veulent seulement imposer dans les têtes l'idée que « le musulman » subit quotidiennement des avanies, des discriminations et des vexations. Ils taxent d'islamophobie toute tentative de porter un regard critique sur la religion du Prophète. Démarche toxique, car elle vise à répéter encore et encore à une catégorie confessionnelle de nos concitoyens - dont certains lui prêtent l'oreille - que « l'Occident » les déteste à cause de leur religion, qu'ils ne peuvent pas s'intégrer, et donc qu'ils doivent se replier à l'intérieur d'une contre-société islamiste. Ce discours de victimisation empêche les musulmans de devenir pleinement membres de leur pays d'accueil ou de naissance.

L' « islamophobie » est en réalité une arme destinée à neutraliser les ressources du débat public et à favoriser le recul de la doctrine républicaine. Le mot, apparu furtivement au début du xxe siècle, a ressuscité avec la révolution islamiste d'Iran (1979) et l'affaire Rushdie : ceux qui ont défendu l'écrivain victime d'une fatwa ont été accusés d'islamophobie. Tariq Ramadan s'en sert dans ses premières interventions, suivi par une grande partie de la gauche : critiquer le voile devient raciste, les musulmans sont tous dans le camp des opprimés et méritent d'être défendus inconditionnellement, même si les progressistes piétinent leurs propres principes. Le Collectif contre l'islamophobie en France, fondé en 2003 par Samy Debah (proche de Tariq Ramadan), a été installé dans le paysage médiatique par son directeur Marwan Muhammad, à base de « statistiques sur l'islamophobie en France », devenues quasi officielles. De manière intellectuellement malhonnête, ces statistiques intègrent certaines actions parfaitement légales (contrôles d'identité, expulsions d'imams appelant à la violence et fermetures de mosquées en infraction, mesures imposées aux fichés S) au tableau de l'islamophobie réelle. La France, par sa seule histoire, ses lois et ses moeurs, constituerait en fait une agression envers l'islam.

Cette imposture fonctionne grâce à un terrain longtemps préparé.

Pascal Bruckner synthétise cette matrice de pensée-procès maccarthyste dans un texte limpide : Un racisme imaginaire. Islamophobie et culpabilité. Après l'absurde procès qu'il avait subi, il a sans aucun doute éprouvé le besoin de passer

au laser la novlangue qui a anesthésié le débat public sur la question de l'islamophobie. Que trouve-t-on au fond de la démonstration du prolifique essayiste ? Le paradoxe qui tue lentement la cohésion sociale européenne : nous faisons l'apologie chez les autres de ce que nous rejetons dans notre propre Histoire. Nombreux sont les intellectuels qui fustigent à tout-va les tenants des sociétés fermées au xxe siècle. Ils ne manquent jamais (à juste titre) de blâmer violemment les zélés des modèles fascisants et les théoriciens du nationalisme ethnique, enraciné dans l'apologie du « sang », de la « terre » et des « morts ». Ils dénoncent avec une même passion l'intégrisme catholique, qui a été le premier ennemi des Lumières, tout au long du xviii et du xix siècle. Mais, face au fondamentalisme musulman, à l'islam radical, ils changent soudain de style, baissent le ton et prononcent rarement des paroles définitives pétries d'arrogance. La haine de soi qui dévore l'Europe atteint de tels niveaux que l'on absout d'avance les hommes et les femmes issus des nations des anciens « damnés de la Terre » (le tiers-monde), qui visent à anéantir le modèle démocratique libéral. La « classe intellectuelle » s'acharne finalement à justifier sa soumission. La question que pose Bruckner est bien sûr cardinale : « Comment une société en vient-elle à célébrer ceux qui veulent la détruire ? Par la manipulation symbolique des hécatombes, par un syndrome de Stockholm reformulé en termes de subversion. » L'exemple qu'il donne à l'appui de ce jugement fait froid dans le dos : en mai 2016, un collectif d'artistes danois a tenté d'organiser une exposition intitulée « Martyrs », à Copenhague, pour y mettre à l'honneur les frères El Bakraoui, kamikazes des attentats de Bruxelles... Ce que Pascal Bruckner dénonce dans ses pages, c'est un islamo-gauchisme ravageur, intellectuellement incohérent, qui offre une légitimité à la barbarie par haine de l'Occident et du capitalisme. Les auteurs des attentats seraient en fait des victimes de l'impérialisme brutal des Américains et des Européens... Cette indigente culture de l'excuse ne révèle qu'une autre forme de mépris pour des individus que l'on refuse de considérer comme des consciences libres et responsables. Il souligne par ailleurs à quel point le véritable racisme se cache désormais sous les mots de l'antiracisme, à commencer par un antisémitisme violent.

Au bout du compte, Bruckner va chercher, derrière le djihadisme, la véritable intolérance qui se dissimule sous la dénonciation spéculaire d'une islamophobie minoritaire dans notre pays. « La guerre contre le terrorisme, écrit-il, est à la fois une nécessité absolue et un leurre. Tandis que nous affrontons les djihadistes, salafistes, wahhabites, Frères musulmans poussent leurs pions, imposent leurs vues et leurs coutumes vestimentaires, multiplient les provocations, désagrègent l'islam du milieu, écartent les imams modérés. Ils remportent la bataille sémantique et la guerre des esprits. » Il faut donc être plus circonspect vis-à-vis de tout ce qui veut nous faire croire que l'identité de notre civilisation heurte l'Autre, y compris lorsqu'il prend la décision de vivre sur notre sol. De ce point de vue, l'une des conclusions de l'auteur du magistral essai intitulé Le Sanglot de l'homme blanc percute salutairement les esprits libres : « La France est aussi détestée par les intégristes non parce qu'elle opprime les musulmans mais parce qu'elle les libère. » Notre mémoire historique ne peut être sélective, et il paraît évident que nous portons en nous, comme nation, l'intégralité des épisodes qui nous ont précédés. Nous apprécions certaines périodes, et d'autres beaucoup moins. Chacun porte un regard spécifique sur ce passé, et l'évalue comme il l'entend. En tout état de cause, la culpabilisation permanente face au monde musulman est une impasse, et le multiculturalisme complaisant une imposture : « Le multiculturalisme, quand il est de pure provenance, n'est peut-être rien d'autre que cela : un apartheid choisi où l'on retrouve les accents attendris des riches expliquant aux pauvres que l'argent ne fait pas le bonheur : à nous les fardeaux de la liberté, de l'invention de soi, de l'égalité entre les hommes et les femmes, à vous les joies de la coutume, des mariages forcés, du voile, du burkini, de la polygamie, de l'excision. »

En conséquence de quoi, Pascal Bruckner réfute les thèses d'Olivier Roy sur l'« islamisation de la radicalité » .

Gilles Kepel insiste légitimement de son côté sur le fait que la motivation religieuse ne doit pas être balayée dans l'analyse de la violence politique à laquelle nous faisons face. Ce qu'il faut impérativement comprendre, c'est qu'un bourreau de l'État islamique, tel « Djihadi John », ne se définit pas exclusivement comme une brute assoiffée de sang (ce qu'il est indiscutablement). Il incarne aussi une idéologie totalitaire qui a puisé sa matière première dans la version salafiste de l'islam. Cela ne veut absolument pas dire que l'on peut réduire cette religion à son interprétation intégriste, mais qu'il faut comprendre comment le salafisme a progressé et comment le contrer. Il s'avère que ce dernier s'est très largement nourri de la haine de soi et de l'autoculpabilisation malade que la France développe depuis plusieurs décennies... Lesquelles paralysent nos élites, car elles craignent à tout instant de prendre la moindre mesure qui les ferait passer pour un ramassis de racistes autoritaires « islamophobes » !

Mais que trouve-t-on au bout de la vulgate des chasseurs, assoiffés de pénal, d'islamophobes imaginaires ? Il faut en avoir le cœur net, car il n'existe pas de grand profit intellectuel à creuser sans cesse les origines du terme « islamophobie » sans en mesurer la véritable portée. Une telle entreprise se révèle nécessaire d'un point de vue académique, mais masque le plus souvent les significations idéologiques. Il importe aujourd'hui d'en comprendre d'abord les bases, sources de la mécanique manipulatoire, via la menace accusatoire...

La dénonciation de l'islamophobie fonctionne comme une arme d'intimidation massive, utilisant les recettes éprouvées de l'antiracisme. Celui qui prétend désormais ouvrir un espace de dialogue sur l'islam, c'est-à-dire exercer son esprit critique, prend le risque de se voir qualifié d'ennemi des musulmans, de raciste rejetant à la fois une religion et tous ses adeptes. Au-delà, la « lutte contre l'islamophobie », telle que la mène en particulier le CCIF, tend à diffuser dans les esprits l'idée que la France se transforme

de plus en plus rapidement en ennemi résolu de l'islam et que l'on peut même suivre à la trace une islamophobie d'État, se manifestant à travers des lois comme celles de 2004 (interdisant le port du voile à l'école) et de 2010 (prohibant la dissimulation du visage dans l'espace public). Les servants de cette machine de propagande analysent par ailleurs l'appareil de sécurité comme l'instrument de harcèlement permanent des Français musulmans sur le sol national. Il ne s'agit pas de nier que des actes ou violences antimusulmans existent : les ministères de l'Intérieur et de la Justice documentent cette réalité avec régularité. En revanche, il s'avère malhonnête d'en déduire une imprégnation islamophobe de la population hexagonale.

Extrait du livre d'Eric Delbecque, "Les Silencieux", publié aux éditions Plon

Le Figaro (site web)

mardi 10 novembre 2020 - 21:26 UTC +01:00 2394 mots

Vox ; Vox Politique

Taguieff: «Le décolonialisme est la maladie sénile de la gauche intellectuelle contemporaine»

Valentin, Pierre

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Le philosophe dénonce l'influence croissante du décolonialisme au sein de la gauche dans un essai tout juste paru, intitulé «L'imposture décoloniale».

Pierre-André Taguieff est philosophe, politiste et historien des idées, directeur de recherche au CNRS, et l'auteur d'une cinquantaine d'ouvrages, dont le dernier est L'Imposture décoloniale. Science imaginaire et pseudo-antiracisme, Paris, Éditions de l'Observatoire/Humensis, 2020, 347 p.

FIGAROVOX. - Dans votre dernier ouvrage **L'imposture décoloniale vous dites: «**Le postcolonialisme (...) risque d'entraîner toutes les familles de la gauche dans l'adhésion à une vision identitaire**». Quelle est cette vision identitaire qui vous inquiète?**

Pierre-André TAGUIEFF. - Le postcolonialisme est, pour aller vite, la version soft du décolonialisme, lequel séduit non pas en raison de sa consistance théorique mais par sa « *radicalité* » idéologico-politique. Les idéologues décoloniaux appellent en effet à rompre totalement avec le passé maudit de la France et plus largement de l'Europe et de l'Occident, dont il réduisent l'histoire à celle du racisme, de la traite négrière, du colonialisme et de l'impérialisme.

Ils rejoignent en cela les artisans-militants d'une contre-histoire dite « *histoire mondiale* » ou « *globale* », obsédés par la déconstruction du roman national français. Ils ne voient dans l'universalisme, celui du judéo-christianisme comme celui des Lumières, que l'expression d'un eurocentrisme qu'ils s'efforcent frénétiquement de « *déconstruire* » en même temps qu'ils s'appliquent à « *provincialiser* » l'Europe et sa culture. Ils criminalisent au passage la laïcité, dans laquelle ils ne voient qu'intolérance et rejet de la diversité, refus des saintes « *différences* ».

L'attractivité du décolonialisme à gauche et à l'extrême gauche s'explique largement par un appel du vide, dont les causes sont identifiables: la décomposition de la gauche et l'essoufflement du modèle social-démocrate, l'incrédulité croissante envers le marxisme et l'utopie communiste dont on hérite cependant l'anticapitalisme et l'anti-impérialisme, la banalisation d'un néo-féminisme misandre, dit « *radical* », dans les milieux intellectuels ainsi que le surgissement d'un antiracisme dévoyé, masquant à peine un racisme anti-Blancs doublé d'une judéophobie à visage « *antisioniste* ».

À cela s'ajoute un sentiment de culpabilité à l'égard de l'islam, la « *religion des pauvres* » et des « *dominés* », qui fait que la « *lutte contre l'islamophobie* » peut être érigée en premier commandement de la « *religion de l'Autre* » (Philippe d'Iribarne). Il faut aussi bien sûr pointer l'influence du gauchisme identitaire à l'américaine, dont les thèmes se diffusent massivement sur les réseaux sociaux.

Dans cette perspective, tous les malheurs du monde s'expliquent à partir de la relation d'inégalité entre « *dominants* » et « *dominés* », qu'on interprète en termes racialisés et victimaires: ce sont « *les Blancs* » qui dominent et les « *non-Blancs* » qui sont dominés. La « *race* » revient à l'ordre du jour: en dépit du fait qu'on la présente comme une « *construction sociale* », la couleur de la peau reste son principal indice.

On brandit par exemple avec enthousiasme l'« *identité noire* », la « *conscience noire* » ou la « *fierté noire* », alors qu'on dénonce, à juste titre, les suprémacistes blancs qui parlent d'une « *identité blanche* », d'une « *conscience blanche* » ou

d'une « *fierté blanche* ». **On se retrouve ainsi dans un monde divisé en « Blancs » et « Noirs » ou « non-Blancs », et ce, au nom d'un « antiracisme » douteux, qui s'avère un antiracisme anti-Blancs, c'est-à-dire une forme politiquement correcte de racisme. Une grande inversion des valeurs et des normes s'accomplit sous nos yeux.**

Est-ce que la gauche a les ressources intellectuelles pour y résister?

La gauche intellectuelle est profondément divisée sur ces questions qui s'entrecroisent. À simplifier le tableau, je distinguerai trois nébuleuses idéologiques. Tout d'abord, les défenseurs de la laïcité stricte, dans la tradition républicaine privilégiant l'égalité dans une perspective universaliste, qui forment le camp de la gauche ferme ou « *dure* », intransigeante sur les principes. Ensuite, les partisans d'une laïcité « *ouverte* », tentés par le multiculturalisme, qui peuplent les territoires de la gauche « *molle* », convertie à la « *religion de l'Autre* ».

Enfin, les ennemis de la laïcité, dans laquelle ils voient l'expression proprement française d'un « *racisme d'État* » ainsi qu'une machine à justifier l'« *islamophobie* ». Le slogan « *Touche pas à mon voile* » illustre cette position pseudo-antiraciste, qui consiste à retourner contre le principe de laïcité l'exigence de tolérance et l'impératif du respect des différences. C'est le camp de la gauche folle, celle qui s'est ralliée au drapeau du postcolonialisme et du décolonialisme, dont la passion motrice est la haine de l'Occident.

Cette nouvelle « *gauche de la gauche* » est rageusement anti-occidentale, elle est à la fois hespérophobe et gallophobe, en ce qu'elle réduit la France à un pays raciste et islamophobe. C'est cette gauche en folie, dont les nourritures psychiques proviennent des campus étatsuniens pratiquant le culte de la « *radicalité* », qui, voulant tout déconstruire et tout décoloniser, s'est engagée dans la voie dangereuse qu'est la « *politique de l'identité* ».

La gauche « *molle* », celle des bien-pensants (opportunistes, apeurés, naïfs, peu informés) ayant pour seul horizon « *l'ouverture* », fournit des « *idiots utiles* » (et parfois inutiles) à la gauche folle, qui mène la danse. Le décolonialisme, c'est la maladie sénile de la gauche intellectuelle contemporaine.

Vous insistez sur la dimension déresponsabilisante des théories « systémiques » qui soulagent l'individu du fardeau de la responsabilité individuelle. Est-ce pour vous une des raisons principales de leur succès?

En parlant de « *discriminations systémiques* », on paraît expliquer avec objectivité les échecs socio-économiques des individus appartenant à des minorités supposées discriminées. Ces individus sont ainsi déresponsabilisés: ils peuvent accuser « *le système* » d'être le seul responsable de leurs malheurs, comme ils peuvent accuser un prétendu « *racisme d'État* » de couvrir ou de justifier les « *discriminations systémiques* » dont ils s'imaginent être les victimes. Ce qui n'empêche nullement de considérer les discriminations réelles à l'emploi ou au logement, dont les causes sont loin de se réduire aux origines ethno-raciales.

La dénonciation litanique du « *racisme systémique* » fait partie de la rhétorique des mouvances décoloniales et islamo-gauchistes. Il s'agit du dernier avatar de la notion de « *racisme institutionnel* », élaborée par deux révolutionnaires afro-américains, l'activiste Stokely Carmichael et l'universitaire Charles V. Hamilton, dans leur livre militant titré *Black Power*, sous-titré « *La politique de libération en Amérique* », publié en 1967. Cette notion était destinée à mettre l'accent sur le caractère systématique (« *systémique* », dit-on plutôt aujourd'hui) ou structurel du racisme anti-Noirs dans la société nord-américaine, en supposant qu'il était inscrit dans les normes culturelles, les institutions et les pratiques sociales « *normales* », qu'il dérivait de l'organisation même de cette société.

Il pouvait donc fonctionner socialement sans être intentionnel ni conscient. Le présupposé de ce modèle critique du racisme est que seul le racisme blanc existe et qu'il se confond avec le « *pouvoir blanc* » et la « *société blanche* » que seule une « *révolution noire* » peut transformer. Autant dire que, construit pour dénoncer le racisme anti-Noirs dans l'Amérique de la fin des années 1960, ce modèle est daté et situé. On ne saurait l'importer aveuglément pour analyser le racisme dans la société française contemporaine.

Mais c'est précisément son simplisme qui est attrayant pour les radicaux de gauche: **le racisme invisible explique tout** et les mobilisations antiracistes ont un parfum révolutionnaire. **En répétant litaniquement que la France est une société intrinsèquement raciste, on justifie les appels à la destruction du « vieux monde », qu'on juge irréformable.** La notion de « *racisme systémique* » illustre bien ce que Raymond Boudon appelait le « *sociologisme* », qui postule que l'individu est le jouet des structures et des institutions, et incite à ne poser qu'une question: **À qui profite le « système »?**

Mais la réponse est toujours connue d'avance. Les pseudo-antiracistes y répondent en donnant dans le complotisme: ils désignent les membres de la « *race* » dominante (« *les Blancs* »), instaurateurs et profiteurs du « *racisme systémique* ». Voilà qui justifie les prêches contre « *l'hégémonie blanche* » et « *le privilège blanc* ».

Vous citez la cheffe du Parti des Indigénistes de la République Houria Bouteldja: «Le 'je' cartésien va jeter les fondements philosophiques de la blancheur». Sans reprendre ses termes, l'universalisme des Lumières n'est-il tout de même pas spécifique à l'Occident, conséquence de l'universalisme chrétien?

Relevons d'abord le mélange de stupidité et de cuistrerie d'une telle affirmation, émanant de l'activiste qui incarne parfaitement l'islamo-gauchisme à la française. Elle témoigne de l'extrême confusion qui dérive d'un demi-siècle de déconstructionnisme en philosophie (« *tout est à déconstruire* ») et de constructivisme en sciences sociales (« *tout est construction sociale* »).

Dans les milieux décolonialistes à la française, le thème de la « *blancheur* » est d'importation récente et soulève un problème insoluble: si, en bon antiraciste, on récuse l'essentialisme en tant que présupposé du racisme, comment concevoir d'une façon non essentialiste ladite « *blancheur* »? Répondre en agitant le terme magique de « *construction sociale* », c'est se payer de mots. Le réinvestissement du biologique s'opère ainsi sous couvert de « *construction sociale* ». Les pseudo-antiracistes à l'américaine diabolisent les gènes, mais sacralisent la couleur de la peau. Chassée par la grande porte de l'antiracisme savant des généticiens, la « *race* » revient par la fenêtre du néo-antiracisme militant.

Faisant de la « *blancheur* » un stigmaté, les idéologues décoloniaux s'efforcent de réduire l'exigence d'universalité à une arme secrète de la « *société blanche* » pour inférioriser ou disqualifier les non-Blancs. Manière de réaffirmer leur dogme fondamental: l'Occident est intrinsèquement raciste.

Mais il ne faut pas oublier que ce sont des intellectuels occidentaux « *blancs* » qui, les premiers, ont lancé cette grande accusation sur le marché des idées. La haine de soi et l'auto-accusation pénitentielle font partie de la pathologie des milieux intellectuels occidentaux. Ne voir dans l'universalisme que ses instrumentalisations politiques et ses corruptions idéologiques, c'est faire preuve soit d'ignorance, soit de mauvaise foi.

«Il est facile de reconnaître dans cette bouillie discursive des traces de l'utopie communiste». Qu'est-ce qui vous donne à penser que nous faisons face à un «marxisme racialisé» à l'heure où les marxistes purs et durs sont difficiles à dénicher?

À quelques exceptions près, les intellectuels marxistes-léninistes, encore nombreux dans les années 1970-1990, se sont ralliés, d'une façon plus ou moins explicite, aux courants subalternistes ou décoloniaux, après avoir flirté avec le tiers-mondisme et l'altermondialisme. Le décolonialisme se présente en effet comme une réinterprétation hypercritique de l'histoire et un programme d'action révolutionnaire séduisant.

L'évolution des milieux trotskistes est à cet égard fort intéressante: nombre de leurs intellectuels ont repris à leur compte les principaux thèmes décoloniaux (dénonciation du « *racisme systémique* », du « *racisme d'État* », de l'« *islamophobie d'État* », etc.), au point de juger acceptables la vision racialisée de la société et la promotion de notions comme celles d'identité raciale ou de conscience raciale. Ils tendent à oublier la lutte des classes au profit de la lutte des races et des sexes-genres, avec ce supplément de verbiage pseudo-savant qu'est l'« *intersectionnalité* ».

Ce qui a fait basculer les marxistes, c'est d'abord la formation d'un prolétariat issu de l'immigration et de culture musulmane, et le ralliement croissant du prolétariat traditionnel aux partis dits populistes. C'est ensuite leur engagement inconditionnel en faveur de la cause palestinienne, qu'ils ont érigée en nouvelle « *cause universelle* ». C'est, corrélativement, leur interprétation de l'islam politique comme une force potentiellement révolutionnaire avec laquelle il fallait s'allier. C'est aussi l'importance qu'ils ont accordé aux questions de « *race* » (la « *race* » étant une « *construction sociale* ») et à la lutte contre le racisme, faisant passer au second plan la lutte des classes.

C'est enfin leur passion de la critique radicale des sociétés occidentales, caractérisées par une somme de traits négatifs (capitalisme, impérialisme, colonialisme, racisme, sexisme, hétéro-patriarcat), donc vouées à être détruites. Ils ont ainsi comblé leur imaginaire utopiste de la table rase et de la construction d'une société parfaite (post-capitalisme, post-raciste, post-sexiste, etc.). Il ne leur restait plus, en rejoignant les rangs décoloniaux, qu'à ériger la « *race* » en principe explicatif de l'histoire, et, ainsi, à fondre le marxisme dans un néo-gobinisme dont le programme sommaire tourne autour d'une volonté de vengeance ayant pour cible la « *société blanche* » ou l'« *homme blanc* », abominable profiteur du « *système hétéro-patriarcal* ».

Vous rappelez que l'activiste **Rokhaya Diallo** a retweeté le compte satirique de Titania McGrath sur Twitter qui se moque des délires woke et devance même parfois des discours progressistes. La frontière entre la parodie et le premier degré est-elle ici en voie de disparition?

C'est là un indice de la bêtise des nouveaux bien-pensants. Il ne s'agit pas de la bêtise ordinaire, pour ainsi dire innocente, **mais d'une bêtise prétentieuse, arrogante, sophistiquée**. Un esprit de sérieux idéologisé, doublé d'une roublardise plus ou moins affûtée. C'est la bêtise commune aux élites médiatiques et aux élites académiques faisant profession de « *radicalité* », à Rokhaya Diallo ou Lilian Thuram en version militante, à **Judith Butler** ou Gayatri Chakravorty Spivak en version « *théorique* », disons comiquement **pédante**.

On a trop négligé de considérer le rôle de la bêtise dans l'histoire, comme le notait Raymond Aron. Mais la bêtise la plus redoutable, parce qu'elle passe inaperçue, c'est la bêtise des élites intellectuelles, soumises aux modes idéologiques et rhétoriques, conformistes dans leurs rêves de « radicalité » et fascinées par la violence des supposés « damnés de la terre », censés avoir « toujours raison ».

Rien n'est plus pitoyable que la bonne conscience et la lâcheté tranquille de ceux qui, pour paraphraser Camus, n'ont jamais placé que leur fauteuil ou leur micro dans ce qu'ils croient être le sens de l'histoire.

Le Figaro, no. 23373

Le Figaro, mardi 8 octobre 2019 1141 mots, p. 18

Débats

Philippe d'Iribarne :

« La crainte d'être accusé d'"islamophobie" paralyse l'action »

Perrault, Guillaume, d'Iribarne, Philippe

Nous devons affronter une question délicate : quels critères rendent légitime d'appliquer

un principe de précaution à l'égard de personnes ?, explique le grand sociologue*.

LE FIGARO. - Aussitôt après la tuerie de la Préfecture de police, le ministre de l'intérieur a évoqué un « coup de folie » et écarté l'hypothèse terroriste, avant, plus tard, de devoir se raviser. Que vous inspirent ces déclarations successives ?

Philippe d'IRIBARNE . - À propos de cet attentat, comme pour ceux qui l'ont précédé, on assiste à une concurrence des interprétations, d'autant plus que les faits restent incertains : soit c'est du terrorisme, manifestation d'un islam radical, soit c'est un coup de folie ou encore un conflit professionnel, et cela « *n'a rien à voir avec l'islam* ». Les autorités sont condamnées à choisir si elles vont fournir une interprétation allant dans un sens ou dans l'autre, quitte à en changer avec le temps.

Ce faisant, les autorités se détournent d'une approche qui paraît plus sensée : se demander comment, selon le rapport qu'un individu entretient avec le monde, en fonction du cadre d'interprétation qu'il utilise pour donner sens aux événements, il va tendre à agir dans une situation donnée. Rien de plus banal qu'un conflit professionnel, et il y a bien des gens qui ont, à un moment ou à un autre, un coup de folie. La question qui nous est posée est de savoir si, et dans quelle mesure, l'ethos, toute une manière d'être au monde associé à un islam radical incite à associer des actions meurtrières à ces situations.

L'assassin, en 2015, aurait justifié l'attentat de Charlie Hebdo et le fait, connu de deux de ses collègues, n'aurait pas donné lieu à un signalement. N'y a-t-il pas un fossé entre le discours officiel de la vigilance contre le terrorisme islamiste et la réalité ?

On a affaire à une question redoutable qui est le périmètre d'application d'un principe d'évitement des risques. Tant qu'il s'agit de risques liés à des faits matériels, un principe de précaution s'impose. On l'a vu encore récemment à propos de la possibilité d'acheter de l'aspirine en pharmacie.

Mais il n'en est pas du tout de même dès qu'il s'agit des personnes. Il paraît certes légitime qu'un assureur prenne en compte l'augmentation du risque de décès avec l'âge. Mais est-il légitime de prendre en compte le fait que, si l'on en croit le sens commun, le risque d'avoir un comportement à problème est plus élevé pour un chrétien qui se convertit à l'islam que pour un musulman qui se convertit au christianisme ? Considérer l'existence d'un tel risque ne relève-t-il pas d'une discrimination, que la loi prohibe, sur la base de la religion ?

Les réactions des entreprises envers les demandeurs d'emploi qui se présentent comme musulmans indiquent qu'elles leur octroient un accueil plus ou moins réservé selon que leur CV suggère qu'ils sont plus ou moins attachés à une pratique de leur religion qui tendrait à la faire prévaloir sur les règles de la vie en commun. Les entreprises prennent donc ce risque en compte. Mais qu'en est-il dans un service public où le devoir de neutralité est particulièrement strict ? Et que penser que la lecture que les collègues de l'intéressé ont pu faire des propos qu'il a tenus sur les attentats de *Charlie Hebdo* ? Ne pouvaient-ils considérer qu'il s'agissait d'une simple opinion, compréhensible de la part d'un musulman, qui n'impliquait pas un engagement actif dans le

terrorisme et qui ne justifiait pas que l'on dénonce un vieux camarade de travail ? Il est sûr que, en ce qui concerne l'islam, l'on manque d'une clarification du seuil à partir duquel il est légitime d'affirmer que l'on rentre dans une zone à risque.

L'accusation d' « islamophobie » aurait-elle un effet inhibiteur ? Susciterait-elle la peur jusqu'à influencer les comportements de décideurs et d'agents publics ?

Les tenants d'un islam politique et leurs compagnons de route sont remarquablement arrivés à associer cette accusation à toute critique de l'islam, et même à toute réticence par rapport à celui-ci, à tout questionnement tant soit peu incisif sur le monde musulman. Et, dans une époque où l'attitude par rapport à celui qui est différent, vient d'ailleurs, pratique une autre religion, fait d'autres choix de vie, est considérée comme la pierre de touche d'une manière civilisée de vivre en société, cette accusation porte. On a vite fait d'être rangé dans la catégorie des racistes, xénophobes, lié à une extrême droite héritière des « heures les plus sombres de notre histoire ». Pour les décideurs et agents publics il faut un certain courage pour affronter le risque d'opprobre qui en résulte. Souvent, il paraît prudent de ne pas « faire d'histoires » .

Comment réfuter ce qui vous paraît un sophisme sans pour autant faire planer un soupçon à l'égard de toute personne de confession musulmane ?

L'amalgame associé au terme d'islamophobie conduit à regarder comme étroitement liées toute une gamme de réactions à l'égard de l'islam, depuis l'analyse la plus posée des aspects problématiques du monde musulman jusqu'à l'attentat de Christchurch. Il rend d'autant plus difficile d'opérer les distinctions qui s'imposent entre les divers aspects de l'islam et entre les manières très contrastées de vivre celui-ci. Il faut absolument échapper à cet amalgame.

Quand on étudie de près les réactions des sociétés occidentales à l'égard de l'islam, on voit qu'elles sont pleines de nuances. Ce n'est nullement l'islam comme foi qui est rejeté. Les manifestations de cette foi, tels le jeûne du ramadan ou la prière, sont même bien reçues.

Ce qui suscite une certaine aversion est la tentative d'imposer un ordre social et politique hostile aux valeurs de la République, qu'il s'agisse de la liberté de conscience ou de l'égalité entre hommes et femmes. Les musulmans qui laissent clairement transparaître par leur manière d'être et d'agir qu'ils sont attachés à ces valeurs de la République, ainsi qu'aux us et coutumes à travers lesquels celles-ci sont mises en pratique, ne sont nullement l'objet de soupçon. Ce sont ceux qui manifestent clairement qu'ils rejettent ces valeurs qui sont soupçonnés.

Mais, dans toute une zone intermédiaire, un grand flou règne. Ainsi, on trouve dans une partie de l'opinion une solide complaisance envers la « tenue islamique », pourtant intimement liée à la construction d'une contre-société islamique. Or, la place croissante prise par cette tenue contribue à faire jeter un regard négatif sur l'ensemble des musulmans.

Plus on développera un regard de vérité sur le monde de l'islam, plus on admettra qu'il est légitime de regarder ses ombres en même temps que ses lumières, plus on pourra clarifier, en pensée et en actes, les conditions d'une bonne intégration de l'islam dans le monde occidental.

** Directeur de recherches au CNRS. Dernier ouvrage paru : « Islamophobie. Intoxication idéologique » (Albin Michel, 2019, 233 p., 19 eur).*

Sud Ouest

Toutes éditions ; Pays Basque ~ Béarn

dimanche 12 mai 2019 1086 mots, p. Pays Basque ~ Béarn-C1_12

Société

" L'illusion islamophobe "

Le sociologue et essayiste Philippe d'Iribarne publie un ouvrage dans lequel il dénonce l'utilisation du concept d'islamophobie et la culpabilisation de l'Occident par une frange radicale de musulmans, soutenus par des intellectuels de gauche

page pays basque ~ béarn-c1_12

Propos recueillis par Benoît Lasserre

" Sud Ouest Dimanche " Pourquoi est-il impossible en France de parler de l'islam de façon sereine et dépassionnée ? Burkini ou tenue de course Décathlon, les exemples ne manquent pas.

Philippe d'Iribarne Parce qu'il y a dans notre pays une contradiction, voire un affrontement, entre deux représentations de l'islam. Il y a d'une part la vision spirituelle qui s'applique à n'importe quelle autre religion. Et tant qu'on a affaire à ce registre, qui implique par exemple la prière ou le jeûne du Ramadan, l'islam ne suscite aucune polémique.

Mais il revêt une autre dimension, sociale et politique, contraire à nos valeurs laïques et républicaines. Citons par exemple le statut de la femme ou le refus de la liberté de conscience et de religion, puisqu'un musulman ne peut se convertir. C'est cette dimension qui suscite la polémique et permet à une frange de ses adeptes de dénoncer un climat d'islamophobie et de culpabiliser l'Occident.

Ce climat est-il propre à la France ou existe-t-il dans d'autres pays, en Europe du Nord par exemple, où il semble y avoir plus de tolérance ?

Disons qu'en France, on aime l'affirmation carrée des idées et on n'y badine pas avec le principe de laïcité. Mais la prétendue harmonie multiculturelle des pays d'Europe du Nord, souvent citée en exemple, vole de plus en plus en éclats. On le constate dans les relations sociales et surtout à chaque résultat d'élections. Cela tient au fait que la plupart des élites politiques n'ont pas suffisamment établi la distinction entre ces deux dimensions de l'islam. Elles ont fui le débat.

Est-ce pour cela qu'Emmanuel Macron n'a toujours pas tenu de vrai discours sur l'islam de France ?

Il est embarrassé, comme tous les dirigeants. Il n'est certainement pas dupe à l'égard de l'islam politique, mais il est très difficile de tenir un discours distinguant la dimension religieuse et la dimension politique et sociale. Et cette équivoque profite précisément aux islamistes, qui se drapent dans la liberté de religion pour dénoncer, voire attaquer en justice, certaines lois. C'est le loup qui se déguise en agneau et se déclare victime.

La France a d'ailleurs été condamnée en 2018, à propos du texte interdisant le niqab, par un comité des droits de l'homme de l'ONU. Un comité où siègent l'Arabie saoudite, la Turquie ou le Soudan, pays réputés, comme vous le savez, pour leur respect des droits de l'homme.

En tant que chercheur, vous avez examiné les études parlant de discriminations et vous affirmez qu'elles sont manipulées.

Je fais notamment référence à un rapport de septembre 2017, publié par l'Agence des droits fondamentaux de l'Union européenne et qui est un chef-d'oeuvre de manipulation des données. Pour cette étude, plus de 10 500 musulmans ont été interrogés dans 15 pays européens mais elle ne s'appuie que sur les déclarations relatives à ce qui est vécu par ces personnes. Et

le rapport considère donc la discrimination comme avérée, sans confrontation avec la réalité. Rien n'est fait pour savoir si l'hostilité ressentie pourrait obéir à d'autres raisons que l'appartenance à l'islam. Or, si on examine sérieusement et objectivement les données de l'étude, il n'y que 17 % de l'échantillon qui déclare s'être sentis discriminés du fait de leur religion.

Est-ce ce type d'enquête, manipulée selon vous, qui vous a donné envie d'écrire ce livre ?

Je m'intéresse depuis longtemps à l'islam, autant comme chercheur qu'en tant que citoyen. Cela remonte à l'affaire du foulard au collège de Creil, en septembre 1989, qui avait pour la première fois révélé les énormes tensions qui existent au sein de la société française à propos de l'islam et de notre conception de la laïcité. Même le roi du Maroc s'en était mêlé. La gauche et SOS Racisme avaient volé au secours des élèves interdites de voile à l'intérieur de l'établissement. Je ne vais pas vous apprendre que les relations ne se sont vraiment pas pacifiées depuis, jusqu'à la tuerie de " Charlie Hebdo ", où des gens ont été assassinés parce qu'ils osaient rire de l'islam.

Dans un entretien, vous semblez mettre dans le même panier islamophobe Élisabeth Badinter et Éric Zemmour.

C'était un regrettable raccourci fait sur un plateau de télévision. Il n'y a évidemment aucun point commun entre les deux. Élisabeth Badinter est au-dessus de tout soupçon de discrimination. Elle revendiquait le droit de se dire islamophobe au nom de la laïcité, à propos de la dimension politique et sociale de l'islam, pas de la dimension religieuse. Mais elle a subi des attaques d'une violence extrême.

La grande astuce des militants islamistes est de faire croire que toute accusation contre l'islam politique et social est dirigée contre l'islam religieux. C'est cela que je dénonce comme une intoxication qui pousse à la sécession au lieu d'encourager le rassemblement.

Il est vrai que, comme l'URSS à sa grande époque, ces islamistes bénéficient du soutien d'intellectuels et d'organisations de gauche pour qui les musulmans font partie des gentils dominés face aux méchants dominants. Mais c'est une fantasmagorie qui ne repose sur rien. On se dirait islamophobe pour ne pas se dire raciste, comme on se dirait antisioniste pour ne pas se dire antisémite. Or l'islam n'est pas une race.

Avez-vous déjà eu des réactions à la publication du livre ?

J'ai fait l'objet de critiques de la part d'un site d'extrême droite, Génération identitaire, qui m'accuse de vouloir culpabiliser l'islamophobie.

Mon ouvrage n'est une prise de position contre personne. Je suis en revanche persuadé que les musulmans ont tout à gagner à un discours de vérité.

" Islamophobie, intoxication idéologique ", de Philippe d'Iribarne, éd. Albin Michel, 240 p., 19 €.

Il est très difficile de tenir un discours distinguant la dimension religieuse de l'islam de sa dimension politique et sociale

Né en 1937 et appartenant à une très ancienne famille basque, Philippe d'Iribarne est polytechnicien, diplômé de l'École des Mines et de l'Institut d'études politiques de Paris. Il a dirigé le centre de recherche sur le bien-être (CEREBE) de 1972 à 1988, en tant que maître puis directeur de recherches au CNRS. Il était chargé de mission à l'Élysée auprès de Georges Pompidou sur les questions de conditions de vie. Il a publié une quinzaine d'ouvrages, dont " La Logique de l'honneur " (1989), " L'Étrangeté française " (2006), " Les Immigrés de la République, impasse du multiculturalisme " (2010) ou encore " L'Islam devant la démocratie " (2013). Philippe d'Iribarne collabore régulièrement au " Figaro ".

<https://www.atlantico.fr/article/decryptage/philippe-d-iribarne--le-terme-d-islamophobie-vise-a-donner-credit-a-l-idee-fausse-selon-laquelle-l-occident-vehiculerait-un-rejet-global-irrationnel-et-indiscrimine-de-tout-ce-qui-touche-a-l-islam-et-de-tous-les-musulmans->

Atlantico (site web)

samedi 6 avril 2019 - 12:19 UTC +02:00 2114 mots

Philippe d'Iribarne :

"Le terme d'islamophobie vise à donner crédit à l'idée fausse selon laquelle l'Occident véhiculerait un rejet global, irrationnel et indiscriminé de tout ce qui touche à l'islam et de tous les musulmans"

Philippe d'Iribarne

Atlantico : Dans votre nouveau livre, "Islamophobie : intoxication idéologique" (Albin Michel), vous expliquez que le concept d'islamophobie est un leurre, une illusion, une intoxication. En quoi ce concept brouille-t-il les débats et en quoi relève-t-il d'une illusion ?

Philippe d'Iribarne : Le terme d'islamophobie vise à donner crédit à une thèse radicale selon laquelle l'Occident véhiculerait un rejet global, irrationnel et indiscriminé de tout ce qui touche à l'islam, de toutes ses pratiques, de tous les musulmans. Cette thèse est sans cesse reprise par des organisations internationales, tel le Comité des droits de l'homme de l'ONU, par nombre de pays musulmans, Turquie et autres, comme par de nombreux organismes, tel le CCIF (Collectif contre l'islamophobie en France). On a affaire à une sorte de slogan indéfiniment répété. Or, dès qu'on se donne la peine de s'intéresser aux données de fait concernant l'accueil que le monde occidental réserve à l'islam et aux musulmans, ce qu'on observe est radicalement différent. Les enquêtes d'opinion auprès de la composante majoritaire de la population, les enquêtes de « victimisation » menées auprès des musulmans et les testings comparant l'accueil des employeurs à des demandeurs d'emploi qui paraissent ou non musulmans montrent avec ensemble qu'on a en fait des réactions très nuancées. Ces réactions distinguent bien les aspects de l'islam plus ou moins compatibles avec les valeurs occidentales et les musulmans qui paraissent plus ou moins attachés à ces valeurs.

Un aspect essentiel de cette diversité de réactions est dû au fait que l'islam a deux dimensions. D'une part, il est porteur de ce à quoi l'on pense immédiatement quand on parle de religion : une invitation à une démarche spirituelle. Tant qu'on a affaire à ce registre et à son expression, comme le jeûne du ramadan ou l'attachement à la prière, l'islam est bien reçu. Mais l'islam possède aussi, du moins dans la conception qui en prévaut usuellement, une autre dimension : l'imposition d'un ordre social. Or, deux traits majeurs de cet ordre sont inacceptables pour des Occidentaux : le refus de la liberté de conscience (un musulman ne peut se convertir librement à une autre religion ou renoncer à sa foi) et le statut d'être inférieur, objet d'un strict contrôle, réservé aux femmes, statut dont les manifestations sont multiples, des règles d'héritage à l'obligation d'adopter une tenue « pudique » en passant par l'interdiction d'épouser un non-musulman. C'est cet ordre social qui est rejeté.

Le discours de l'islamophobie ne veut rien savoir de cette complexité. Il fournit une représentation fantasmée à mille lieux de la réalité qui séduit par sa simplicité à laquelle beaucoup se laissent prendre dans une sorte d'intoxication collective. Ce discours écarte toute réflexion et tout débat sérieux sur la question, fort sérieuse, de ce que pourrait être une intégration satisfaisante de l'islam et des musulmans dans le monde occidental.

Cesser de parler d'islamophobie dès lors qu'un attentat est perpétré n'aiderait-il pas le monde musulman à s'interroger sur lui-même ? Quelle serait la première étape pour neutraliser la charge victimaire des débats et ouvrir une vraie conversation sur ce sujet ?

Effectivement, le terme d'islamophobie est intimement associé à une vision victimaire des musulmans qui leur interdit de se demander ce qu'ils peuvent à ce qui leur arrive. Quand les événements, et en particulier les attentats commis en faisant explicitement référence à l'islam, amènent à se poser des questions sur celui-ci, le discours de l'islamophobie rejette aussitôt ces

questions en affirmant que ces événements n'ont « rien à voir avec l'islam » et que faire le lien relève d'une attitude islamophobe. Cela s'est vu de manière particulièrement spectaculaire lors des attentats du 11 septembre 2001. Ceux-ci ont été suivis, aux États-Unis comme en Europe, de manifestations de solidarité avec les musulmans dénonçant les « préjugés islamophobes » que les attentats risqueraient de renforcer. De ce fait, le monde musulman est mis à l'abri de toute interrogation sur lui-même, et il devient extrêmement difficile, sauf quand on a affaire à des musulmans largement convertis aux valeurs de l'Occident, de réfléchir avec lui sur ses dérives et sur les chemins qu'il serait bon qu'il prenne, au premier chef pour le bien des musulmans eux-mêmes.

Notre incapacité à poser la question de l'islamophobie de manière neutre ne révèle-t-elle pas notre inconfort à parler de religion dans une société en proie à un dilemme permanent sur la laïcité ?

Notre société a bien du mal à parler de religion avec pertinence. Pour beaucoup de ses membres, il s'agit d'un objet bizarre, difficile à comprendre, un peu folklorique, lié à un passé supposé en train de disparaître. Et même ceux qui gardent un lien fort avec l'univers chrétien n'ont en général guère d'enthousiasme à son égard. L'idée d'être prêt à mourir pour sa foi paraît étrange, et même celle de voir l'orientation de son existence fondamentalement liée à une démarche religieuse. Du coup l'importance qu'a leur religion pour nombre de musulmans est difficile à saisir. De plus notre référence à la laïcité incite à considérer que la religion ne peut concerner la vie de la cité mais seulement la vie personnelle de chacun. Cela rend difficile de comprendre la place qu'elle occupe au sein du monde musulman. Enfin l'appel à la notion générique de « religion », n'aide pas à percevoir les profondes différences entre le christianisme et l'islam. Tout cela rend difficile de réfléchir sagement sur la place de l'islam dans les sociétés occidentales.

Un point majeur est que le manque d'intérêt pour la sphère religieuse conduit à être mal armé pour faire la part de ce qui, dans l'islam, relève d'une démarche authentiquement spirituelle et ce qui relève de l'emprise d'un ordre social. Or cette différence n'est pas difficile à mettre en évidence, pour peu qu'on consente à s'y intéresser. Il suffit d'observer le monde musulman contemporain ou de se référer au Coran. Pour la dimension spirituelle, associée aux cinq piliers de l'islam, la profession de foi, la prière, le jeûne, l'aumône et le pèlerinage à La Mecque, on constate une grande unité du monde musulman et on a une stricte parité entre hommes et femmes. C'est le contraire pour l'ordre social. Celui-ci est marqué par de grandes distinctions entre le statut des hommes et celui des femmes, qu'il s'agisse de l'héritage, de la valeur du témoignage, des règles du mariage, de l'autorité dans le couple ou des règles vestimentaires. De plus nombre de ses aspects prennent des formes très variables en fonction des temps et des lieux. Le discours de l'islamophobie tire parti du manque de discernement entre le spirituel et le social pour travestir toute résistance à l'emprise d'un ordre social islamique en violation de la liberté de conscience.

En faisant systématiquement des musulmans des victimes lorsqu'on aborde la problématique de l'islamophobie, est-ce qu'on ne les prive pas de fait de leur sentiment de responsabilité, voire de leur liberté de conscience ? N'est-ce pas une erreur soit de diviser le monde musulman systématiquement, soit de le juger comme un ensemble homogène ?

Pour que les musulmans puissent se sentir vraiment responsables de leur destin, il faut qu'ils aient conscience de tout ce que ce qui leur arrive doit à leur façon propre d'être et d'agir. Les différences d'accueil qu'ils reçoivent au sein du monde occidental, qui sont considérables, montrent que la manière dont ils se situent par rapport à celle-ci joue un rôle essentiel. Comme l'a montré une étude de l'Institut Montaigne sur l'islam de France, beaucoup, qui suivent les us et coutumes de la société à laquelle ils s'agrègent, s'y intègrent dans un « succès silencieux ». Par ailleurs, le fait de présenter globalement les musulmans comme des victimes de l'Occident conduit à une sorte d'aveuglement sur le fait qu'ils sont tout autrement victimes. Ceux d'entre eux qui désirent s'intégrer pleinement au monde occidental supportent une pression sociale, provenant de leur communauté, qui vise à les en empêcher. La nécessité pour notre société de lutter contre cette pression est parfois reconnue. Cela a été le cas au moment de l'élaboration et du vote de la loi de 2004 sur les signes religieux à l'école, loi qui a pour effet de protéger les écolières de la pression communautaire les contraignant à porter une tenue islamique. De jeunes musulmanes, qui se sont exprimé dans la presse à cette époque, ont appelé à une loi les protégeant contre cette pression. Mais, dans la majorité des situations, cette pression communautaire s'exerce sans entraves. Regarder les musulmans comme un ensemble indifférencié, faisant bloc face à un monde extérieur dont ils seraient victimes, interdit de prêter attention à la façon dont leur communauté limite leur liberté de conscience.

Comment la pensée moderne peut-elle se libérer de la condamnation ou de la victimisation lorsqu'on aborde le sujet de l'Islam pour développer cette "pensée libre" dont vous parlez ? Est-on prisonnier de cette charge "affective" qui plane sur ces débats ?

Cette charge affective constitue effectivement un grand obstacle quand on cherche à réfléchir sereinement sur ce qui touche à l'islam. Dans un univers de passions, de théories du complot, celui qui tente de comprendre la complexité des situations au lieu de simplement dénoncer des « méchants » est aussitôt considéré comme le complice de ces derniers. On en a eu encore un exemple saisissant lors de l'attentat de Christchurch quand les magazines qui n'hésitent pas à évoquer l'existence d'une face obscure de

l'islam ont été accusés, notamment par Najat Vallaud-Belkacem, d'être complices du terroriste, voire d'être responsables de son méfait. On trouve en Occident plusieurs courants qui, loin de résister aux passions et à chercher à développer un regard éclairé, contribuent à répandre l'image d'Épinal de musulmans victimes de méchants Occidentaux. C'est le cas des tenants d'un « islamo-gauchisme » qu'unit une haine d'un Occident jugé responsable de tous les malheurs du monde. C'est de même le cas des promoteurs d'une laïcité « ouverte », dont le rapport québécois de la commission Bouchard -Taylor en faveur d'une société « inclusive » fournit une illustration saisissante, qui combattent les « laïcards ». Les médias sont trop souvent à la remorque de ces positions, ne serait-ce que quand ils font écho aux conclusions des études prétendant « démontrer » que nos sociétés sont islamophobes, sans prendre la peine de questionner leur rigueur. Et les quelques voix qui, en sens inverse, proclament une détestation indiscriminée de tout ce qui touche à l'islam n'aident pas à aborder avec sérieux les questions qu'il pose, d'autant plus qu'il est trop facile aux tenants d'une vision victimaire de mettre ces voix en avant pour entretenir la fable d'un Occident globalement islamophobe.

Quelle serait, pour, nos sociétés occidentales, la bonne position à adopter dès que l'on aborde ce type de sujet ? Que doit-on faire pour bien poser ces questions ?

Il est essentiel d'échapper à un discours qui parle des musulmans présents en Occident comme d'une masse homogène et de bien mettre en lumière la grande diversité de leurs rapports aux sociétés qui les accueillent. Il faudrait donner beaucoup plus d'écho que ce n'est le cas actuellement au parcours de ceux qui sont parfaitement intégrés. Bien sûr les médias ont de bonnes raisons de parler de ceux qui s'engagent dans le djihad, mais le faire de manière trop unilatérale conduit à une vision très déséquilibrée. Cette vision favorise à la fois des réactions de dénonciation indiscriminée de l'islam et des dénonciation indiscriminée d'un Occident accusé d'avoir incité les musulmans qui y demeurent à le détester en les traitant mal. Il serait bon de mettre au contraire en valeur les parcours d'intégration réussie et de mettre en lumière ce qui les permet.

De plus, je ne vois pas comment les musulmans pourraient se sentir à la fois pleinement musulmans et pleinement occidentaux sans clarification de la frontière entre ce qui, dans l'islam, relève d'un côté d'une foi dont la liberté de conscience exige le respect et de l'autre d'un ordre social, incompatible avec les valeurs de liberté et d'égalité qu'une pleine appartenance à l'Occident exige de rejeter. Si le monde occidental s'engage sur ce point dans une démarche de vérité, il pourra expliquer honnêtement aux musulmans les raisons pour lesquelles certains traits de leur monde sont bien acceptés et d'autres pas, les aidant ainsi à s'engager lucidement dans une démarche de pleine intégration.

Philippe d'Iribarne, "Islamophobie : intoxication idéologique", publié chez Albin Michel.

194,83

<https://www.lefigaro.fr/international/david-asher-une-fuite-de-laboratoire-a-ce-stade-c-est-la-seule-hypothese-qui-ait-du-sens-20210604>

Le Figaro (site web)

vendredi 4 juin 2021 - 16:23 UTC +02:00 1600 mots

Actualité ; International

Covid-19:

«Une fuite de laboratoire, à ce stade, c'est la seule hypothèse qui ait du sens»

Jaulmes, Adrien

ENTRETIEN - David Asher a dirigé de septembre 2020 à janvier 2021 l'enquête du Département d'État sur les origines de la pandémie de Covid-19.

LE FIGARO. - Voici encore quelques mois, l'hypothèse d'une origine accidentelle de la pandémie de Covid était considérée comme une théorie du complot. Depuis, beaucoup de scientifiques ne l'excluent plus, et le président Biden lui-même a demandé une enquête approfondie. Comment expliquez-vous ce revirement?

David ASHER. - Je pense que l'Administration Biden a simplement fini par prêter attention à notre travail. Il ne semble pas y avoir d'autre raison logique pour laquelle le président aurait pris une décision aussi radicale. Il a probablement été très choqué. Nous l'avons été aussi.

Le 15 janvier dernier, notre enquête avait permis de dévoiler que plusieurs employés de l'Institut de virologie de Wuhan sont tombés très malades début novembre 2019, avec des symptômes ressemblant à ceux de la grippe ou du Covid. Nous pensons qu'au moins trois de ces personnes ont été admises à l'hôpital - mais peut-être y en a-t-il eu beaucoup plus. Nous pensons également que certains membres de leur famille ont été infectés, et que peut-être l'une de leurs épouses est décédée en décembre. Il est possible qu'il s'agisse de cas de grippe, mais la procédure standard veut que les gens travaillant dans ces laboratoires soient vaccinés contre le plus de pathologies possibles, dont la grippe. Si l'on tient compte des temps d'incubation, il est probable que toutes ces personnes ont été infectées par le Covid-19, et non par la grippe, dès la fin du mois d'octobre.

Cette découverte était l'élément manquant pour comprendre ce qui a pu se passer à Wuhan. Depuis lors, plusieurs chercheurs de l'Institut de virologie ont disparu - peut-être morts ou que l'État policier communiste chinois a fait disparaître, pour avoir parlé, ou posé trop de questions. D'autres, apparemment, ont été promus pour leurs mérites par la République populaire, y compris le Dr Shi Zhengli, qui dirige le Centre des maladies infectieuses émergentes de l'Institut de virologie de Wuhan. Qu'ont-ils fait pour être récompensés?

Comment avez-vous procédé au cours de votre enquête?

J'ai considéré cette affaire comme une vaste scène de crime, plutôt que comme une analyse conventionnelle de renseignements. J'ai essayé de formuler des hypothèses sur les causes probables et de reconstituer ce qui a pu se passer à l'aide de renseignements et d'informations en provenance de plusieurs sources. Beaucoup d'informations importantes non classifiées étaient disponibles, mais n'avaient pas été examinées de manière exhaustive. Il s'agissait parfois simplement de les rassembler et de les mettre dans un ordre cohérent. Ce qui est plus facile à dire qu'à faire, mais faisable. Et c'est notamment ce qu'a fait un extraordinaire groupe de chercheurs sur internet, appelé Drastic, qui comprend d'ailleurs un certain nombre de scientifiques et d'enquêteurs français (<https://drasticresearch.org>).

Une partie de mon problème pendant l'enquête était que mon propre gouvernement ne comprend pas toujours les questions scientifiques, ou les questions de prolifération technologique. Pour combler les lacunes, nous avons recherché des informations spécifiques, à des dates précises, et consulté des scientifiques spécialistes des questions de biologie synthétique.

J'avais moi-même des compétences en matière d'enquête sur les réseaux financiers clandestins. J'avais participé à l'enquête qui avait permis de dévoiler le réseau de prolifération nucléaire d'A. Q. Khan, le scientifique responsable du programme nucléaire pakistanais, puis participé aux efforts contre le programme nucléaire iranien. J'ai également travaillé sous les Administrations Bush et Obama dans les enquêtes sur les réseaux de financement d'al-Qaïda, de l'Iran, du Hezbollah et de l'État islamique. De surcroît, en tant qu'investisseur de longue date en capital-risque dans le domaine de la biotechnologie, j'ai également de nombreux contacts dans le monde scientifique. Tout le monde n'était pas du même avis, mais nous étions absolument apolitiques et déterminés à faire toute la lumière sur ces éléments.

Que penser de l'attitude de la Chine?

Depuis le début, la Chine a une attitude particulièrement troublante. J'étais à Pékin en 2003, en tant que conseiller du Département d'État, lorsque le Centre américain de contrôle des maladies est arrivé pendant l'épidémie de Sras. À l'époque, les responsables chinois de la santé partageaient beaucoup d'informations, même s'ils ne voulaient pas que la presse ou leur population le sache. Je ne veux pas dire que notre coopération était totale, mais nous avions accès à un certain nombre de données et, surtout, nous avions des équipes sur le terrain. Il n'y avait pas encore cette grande muraille de silence qui s'est depuis refermée sur le pays. Cette fois-ci, la Chine est restée impénétrable. Les autorités de Pékin viennent d'annoncer qu'elles refusaient toute coopération future. La question est de savoir pourquoi la Chine se comporterait-elle de manière aussi suspecte si elle n'avait pas quelque chose à cacher? Une fuite de laboratoire n'est pas certaine à 100 % mais, à ce stade, c'est la seule hypothèse qui ait du sens, et qui soit cohérente avec ce que nous savons.

Quel est selon vous le scénario le plus probable?

À mon avis, les autorités chinoises ont tenté de contrôler un accident de laboratoire dès le mois d'octobre, peut-être même avant. Elles ont essayé d'éradiquer et de contrôler la propagation du virus, mais elles ont échoué. Il est également possible qu'un accident se soit produit et qu'il n'ait pas été immédiatement signalé aux autorités centrales. La Chine est un pays très paranoïaque, où les personnes qui ne respectent pas le parti sont emprisonnées ou exécutées.

Si vous regardez la chronologie, qui est toujours révélatrice, vous voyez une série de dates intéressantes. On remarque notamment que le dossier de Wuhan a été pris en charge par l'armée populaire chinoise, à partir du 22 ou 23 janvier. La responsable désignée pour les opérations est le général de division Chen Wei, la spécialiste des armes biologiques. Son adjoint était le colonel Cao Wuchun, l'expert en épidémiologie de l'armée chinoise, qui était également, et ce n'est pas une coïncidence, conseiller principal de l'Institut de virologie de Wuhan. Il s'agit là d'un aveu sérieux selon lequel l'Institut avait des liens avec la recherche militaire chinoise. Les militaires n'ont pas l'habitude de gérer des problèmes de santé publique. S'ils ont pris en charge la crise, cela signifie que le programme était un problème qu'ils devaient régler et qu'ils savaient exactement ce qui se passait dans le laboratoire de Wuhan.

Les militaires étaient donc associés aux recherches en virologie

Les Chinois ont l'habitude de militariser les programmes civils. Ils l'ont fait avec la recherche spatiale, l'aéronautique, les missiles, les lasers, la cybernétique et l'énergie nucléaire. Ils l'ont fait aussi avec la recherche biologique. En 2007, les responsables de l'armée populaire chinoise ont commencé à parler de la guerre biologique comme de l'avenir des conflits. Et quand ils parlent de guerre biologique, il s'agit évidemment de biologie synthétique. À partir de 2010, ils ont communiqué chaque année sur leurs recherches dans le domaine de la défense biologique, mentionnant qu'elles étaient menées par l'Institut de virologie de Wuhan. À partir de 2016, plus rien! Ils ont entièrement cessé de communiquer sur ces programmes. Et c'est exactement à ce moment-là que les Français ont perdu le contrôle de leur laboratoire.

Cet événement aurait dû être le premier signal d'alarme. Avec le recul, nous aurions dû cesser immédiatement toute coopération avec la Chine lorsque les Français ont commencé à perdre l'accès à leur laboratoire DSL4, vers 2015-2016, et qu'en 2018 ils en ont été expulsés. C'était une trahison totale de ce que la France essayait de faire pour aider le peuple chinois. Pourtant, le gouvernement américain n'y a pas prêté attention. Le NIH (Institut national de la santé), l'Usaid et le département de la Défense ont même semblé étendre leur rôle à Wuhan, presque comme pour profiter de l'absence de la France, plutôt que de tirer la sonnette d'alarme.

Pourquoi est-il important de connaître l'origine du Covid-19?

Le monde entier a été victime de cette pandémie. Ce n'est pas seulement une tragédie, c'est un crime. Nous devons savoir comment elle s'est répandue. Le rôle de la République populaire de Chine dans cette affaire et la désinformation délibérée

pratiquée par les autorités chinoises vis-à-vis du monde entier sont au centre de cette affaire, quelle que soit la façon dont on l'envisage. Le peuple chinois n'est certainement pas responsable. Mais Xi Jinping et ses acolytes le sont manifestement. Je pense aussi qu'il faut des sanctions contre la Chine et un contrôle international beaucoup plus strict de la recherche en virologie, en particulier des expériences de gain de fonction. Si nous ne le faisons pas, cela se reproduira.

Le Figaro (site web)

vendredi 4 juin 2021 - 20:10 UTC +02:00 867 mots

Vox ; Vox Société

Matthieu Bock-Côté: « Le concept de “racisme systémique” en délire »

Bock-Côté, Mathieu

CHRONIQUE - Cette inquisition vient d'atteindre son sommet aux États-Unis avec l'université Princeton qui s'en prend au «racisme systémique» en abolissant, dans son département d'études classiques, l'obligation de maîtriser, et même d'étudier, le grec et le latin.

Plus rien ne résiste au concept de « racisme systémique ». Ses promoteurs parviennent à trouver sa trace dans les moindres replis de l'organisation sociale. Toutes les institutions, même les plus improbables, sont appelées à s'y soumettre et à s'en reconnaître coupables, à travers un rituel public où chacun raconte le moment de sa prise de conscience et annonce un grand programme pour s'arracher à sa logique et à la structure sociale dans laquelle il serait encastré.

Ainsi, ces derniers jours, on apprenait que l'Association des diététistes du Canada s'accusait de « racisme systémique » et annonçait vouloir réviser sa pratique professionnelle à la lumière de l'antiracisme révolutionnaire de Ibram X. Kendi. Les recommandations alimentaires des diététistes n'étant pas adaptées aux populations nouvelles s'étant installées au Canada au fil des dernières années, elles seraient donc discriminatoires et systématiquement racistes. Il fallait y penser.

Quelques jours plus tard, Justin Trudeau, le premier ministre canadien, a annoncé un programme de prêts réservé aux entrepreneurs noirs, en faisant ici de la discrimination raciale un principe explicite, revendiqué, sous le signe du progrès et de l'inclusion. Autrement dit, selon la couleur de votre peau, vous aurez plus ou moins de chance de bénéficier des prêts gouvernementaux. C'est seulement ainsi que sera vaincu le «racisme systémique» apparemment inscrit dans la structure même de la fédération canadienne.

On se rappellera aussi qu'en mai, la ville de Hamilton, en Ontario, a décidé, dans la lutte contre le Covid-19, de prioriser la vaccination des populations «racisées», encore une fois, au nom de la lutte contre le «racisme systémique» pour enfin renverser la «suprématie blanche», qui serait le véritable fondement des sociétés occidentales. Ce narratif, comme on dit aujourd'hui, peut s'appliquer à n'importe quelle situation, comme s'il avait une portée universelle.

Mais cette inquisition vient d'atteindre toutefois un sommet aux États-Unis avec la volonté de l'université Princeton de s'en prendre au «racisme systémique» en abolissant, dans son département d'études classiques, l'obligation de maîtriser, et même d'étudier, le grec et le latin. Cette obligation serait discriminatoire. Traduisons: pour ouvrir grandes les portes des études classiques, il faut désormais réduire drastiquement les exigences qui y étaient associées. L'excellence n'est plus qu'un résidu aristocratique à pulvériser, au nom de la démocratisation du savoir, qui justifie tous les massacres.

Sans surprise, Princeton justifie cette réforme au nom des événements ayant secoué les États-Unis suite à la mort tragique de George Floyd. Encore une fois, cette dernière est traitée à la manière d'une révélation religieuse, dévoilant l'intime nature d'une civilisation qui devrait désormais se repentir pour renaître, lavée enfin de son péché originel colonial. Ceux qui l'évoquent dans des formules psalmodiées ne sont pas loin de transformer son malheur en sacrifice christique pour qu'enfin s'affaisse le «racisme systémique».

Mais derrière cette guerre contre les discriminations se cache en fait une guerre contre la culture. En dissociant les études classiques des langues anciennes, comme s'il s'agissait de vieilles béquilles ou de colifichets discriminatoires, c'est aux sources mêmes de la civilisation occidentale qu'on s'en prend. C'est ce qu'avait reconnu Dan-el Padilla Peralta, qui enseigne l'histoire

antique à Princeton et **qui soutenait, il y a quelques mois, dans le *New York Times* qu'il fallait en finir avec son champ d'études pour en finir avec la «suprématie blanche» - à tout le moins, il fallait l'affranchir pour de bon de la «blanchité».** Autrement, on détruira la civilisation occidentale en détruisant ses fondements, ce qui, techniquement, n'est pas si mal vu. 1492 ne suffit plus: il faut toujours remonter plus loin pour retrouver le péché originel de la civilisation maudite.

Allan Bloom l'avait noté parmi les premiers, ce sont les institutions censées conserver la culture et la garder vivante qui aujourd'hui, l'annihilent et l'empoisonnent. L'héritage qui devait être enrichi y est répudié, presque maudit, déconstruit par des militants qui n'ont comme culture que leur idéologie. C'est une authentique névrose raciale qui s'empare des sociétés occidentales, désormais traversée par le désir de s'anéantir, comme si leur disparition pouvait rédimier l'humanité, et lui permettre d'enfin de se délivrer du mal, associé à la figure luciférienne de l'homme blanc. **Si les études classiques doivent y passer et le grec et le latin sacrifiés, c'est pour effacer jusqu'à ses premières traces, pour recouvrir ses origines du mythe d'une grande noirceur, qui le condamnera à jamais.**

Le Figaro (site web)

vendredi 4 juin 2021 - 16:56 UTC +02:00 1266 mots

Actualité ; Société

Le laboratoire de l'anti-islamisme

VU D'AILLEURS - La polémique suscitée par la «carte de l'islam» en Autriche constitue un nouveau point culminant dans un conflit particulièrement passionné. Car le pays réprime violemment les mouvements islamistes depuis des années. En Allemagne, les politiciens commencent tout doucement à apprendre de la stratégie autrichienne.

Par Klaus Geiger (Die Welt)

La façade bigarrée et fantaisiste du Musée Hundertwasser ne passe pas inaperçue. Juste au coin de la rue, dans le quartier viennois de Weißgerber, se trouve une maison qui, quant à elle, est loin d'attirer l'attention. Derrière la porte grise de cet immeuble d'habitation se trouve la mosquée Tuna. Il s'agit de l'une des centaines de petites mosquées discrètes qui ont vu le jour en Autriche — tout comme en Allemagne. Souvent, seuls les initiés savent où elles sont situées et ce qui y est prêché.

Cette mosquée du quartier viennois de Weißgerber constitue l'un des plus de 600 points figurant sur une carte qui, depuis des jours, suscite l'émoi en Autriche. Le gouvernement du chancelier fédéral Sebastian Kurz a en effet présenté une «?carte de l'islam?», dont l'objectif est de renseigner sur les institutions musulmanes présentes dans le pays.

On peut par exemple y apprendre que la mosquée Tuna est gérée par la Fédération islamique (FI). Il s'agit de la branche autrichienne du mouvement Millî Görüs, qui est également actif en Allemagne et fait l'objet d'une surveillance de l'Office pour la protection de la Constitution depuis de nombreuses années.

Dans les notes textuelles accompagnant la carte interactive, on peut lire que la FI gère environ 70 mosquées en Autriche, que ses imams sont généralement formés en Égypte et que la plupart ne parlent pas allemand. On apprend aussi que le mouvement Millî Görüs s'efforce de promouvoir un «?mode de vie islamique conforme à la charia?» qui, pour ses adeptes, «?prévaut sur le contexte régional, culturel et social d'une société?».

Cette carte de l'islam est la dernière offensive d'une politique dans le cadre de laquelle, ces dernières années, l'Autriche s'est muée en une sorte de laboratoire se livrant à une lutte sans compromis contre l'islam politique. Et aujourd'hui, l'Allemagne se tourne vers son voisin pour comprendre quelles sont les conséquences de cette stratégie anti-islamisme. Pour certains acteurs de la politique allemande, l'Autriche est clairement devenue un modèle à suivre. D'ailleurs, les idées récemment avancées par le groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag ressemblent en grande partie à ce qui existe déjà là-bas.

Une carte de l'islam vivement critiquée

Les rapports entre le gouvernement de Vienne et les associations islamiques sont particulièrement tendus, et les critiques formulées à l'encontre de cette carte sont nombreuses. «?Cette criminalisation de la vie musulmane doit cesser au plus vite, et la carte de l'islam doit être mise hors ligne?», s'est indignée la Jeunesse musulmane d'Autriche (MJÖ). «?En publiant les noms, fonctions et adresses d'institutions musulmanes ou considérées comme musulmanes, le gouvernement a clairement franchi une limite.?»

Alors que la MJÖ souhaite porter plainte contre cette carte, le partenaire de coalition vert du Parti populaire autrichien (ÖVP) au pouvoir s'est également montré particulièrement «?irrité?» par le document. Quant aux sociaux-démocrates, ils n'ont pas hésité à formuler des critiques encore plus acerbes : «?Je rejette fondamentalement toute stigmatisation des religions?», a déclaré le maire SPÖ de Vienne, Michael Ludwig, au quotidien «?Standard?». «?Cette carte ne contribue absolument pas à l'intégration, mais favorise la division sociale.?»

Telles sont les deux principales accusations formulées à l'encontre de la carte : toutes les institutions islamiques y seraient reprises — qu'elles aient ou non des tendances politiques problématiques — avec publication des noms et adresses exacts — ce qui est discutable au regard de la loi sur la protection des données et compromet la sécurité des personnes concernées. La ministre autrichienne de l'Intégration Susanne Raab, qui est à l'origine de cette carte élaborée par des scientifiques, voit les choses autrement. Les données utilisées sont toutes accessibles au public, que ce soit sur Internet ou via le registre des associations, assure Madame Raab au journal DIE WELT.

«?Si vous me dites aujourd'hui que vous souhaitez fonder une association islamique, mais que vous ne voulez pas qu'on le sache, qu'on ait connaissance de ce que vous y faites ou que soit révélée votre identité, c'est que vous préférez prêcher dans des arrières-salles privées, et il est là le problème.?» Pour elle, cette carte servirait également les intérêts des musulmans qui refusent de se mêler à des mouvements extrémistes. «?Après tout, ils doivent pouvoir savoir dans quelle mosquée ils se rendent et quelles sont les structures et idéologies qui la sous-tendent.?»

Susanne Raab est une confidente de longue date du chancelier autrichien Sebastian Kurz. Elle a déjà travaillé sous la direction de l'actuel chef du gouvernement lorsqu'il était encore secrétaire d'État à l'Intégration au début de sa carrière politique, en 2011. Les grandes lignes de la politique de lutte contre l'islam politique datent de cette époque. La loi sur l'islam, qui stipule que le droit autrichien prime toujours sur les règles de la religion islamique, est en vigueur depuis 2015. C'est notamment sur la base de cette loi qu'en 2018, Sebastian Kurz a fait fermer plusieurs mosquées et expulser des dizaines d'imams turcs, s'attirant à l'époque les foudres du président turc Recep Tayyip Erdogan.

Un échange avec l'Autriche serait «expressément souhaité»

L'Allemagne n'a pas encore défini de ligne de conduite claire concernant ses rapports avec les associations islamiques. En avril, le groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag a publié une prise de position dans laquelle il appelle, avec une clarté sans précédent, à l'élaboration d'une nouvelle stratégie pour l'Allemagne. Ainsi, l'Allemagne se focaliserait beaucoup trop sur les islamistes enclins à la violence, peut-on lire dans ce document.

Dans le même temps, cependant, les «?représentants de l'islamisme politique?» en Allemagne seraient «?perçus comme des représentants religieux légitimes et non comme des adeptes d'une idéologie extrémiste?». Ce qu'il faudrait, c'est une «?vue d'ensemble systématique et détaillée?» et une mise en relation des connaissances disponibles dans l'ensemble de l'Europe. À cet effet, un centre de documentation portant sur l'«?Islamisme politique en Allemagne et en Europe?» devrait être créé. «?Une mise en réseau et l'échange avec des institutions similaires, par exemple en Autriche, sont expressément souhaités.?»

En Autriche, la coalition noire-verte a créé un tel centre de documentation l'année dernière. La carte de l'islam est l'un de leurs premiers grands projets. Bien évidemment, la suite des événements en Allemagne dépend également du résultat des élections au Bundestag. Mais même si le prochain chancelier est à nouveau issu des rangs de la CDU, des points d'interrogation subsistent.

Récemment, le candidat au poste de chancelier Armin Laschet a été vivement critiqué lorsqu'il a annoncé qu'il souhaitait à nouveau coopérer avec l'association islamique du Ditib dans le cadre de l'enseignement religieux islamique en Rhénanie-du-Nord-Westphalie. L'organisation est en effet directement subordonnée au Diyanet (DIB), la direction des affaires religieuses du gouvernement turc.

Si la chancellerie du Land d'Armin Laschet a assuré que des «?changements substantiels?» avaient été apportés aux statuts du Ditib, les experts ne parviennent pas à déterminer à l'unanimité si ces mesures lui garantissent désormais une véritable indépendance vis-à-vis de la Turquie. L'organisation sœur du Ditib en Autriche s'appelle l'ATIB. Et voici ce qu'on peut lire dans les notes accompagnant la carte de l'islam en Autriche : «?Même si ses représentants tentent de le nier, la mission de l'ATIB, selon de nombreux rapports et enquêtes, est fortement influencée par le DIB d'Ankara.?»

<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/cancel-culture-der-raum-des-politischen-diskurses-wird-eng-17344077.html?premium>

POLITISCHE KORREKTHEIT:

Die Schließung der Demokratie

- VON PETER GRAF KIELMANSEGG
- -AKTUALISIERT AM 21.05.2021-12:57



Eine „politische Pandemie“, und ausgerechnet die Universitäten bilden darin eine Avantgarde: Der Wirtschaftswissenschaftler und AfD-Gründer Bernd Lucke (Mitte) versucht am 16. Oktober 2019 an der Universität Hamburg seine Antritts-Vorlesung zu halten. Die Veranstaltung muss wegen der Proteste von Studenten abgebrochen werden. Bild: dpa

Radikale Minderheiten verengen Schritt für Schritt den Raum des politischen Diskurses. Sie tun das **im Namen der Demokratie** – doch die soll nur noch für Gleichgesinnte gelten. Alle anderen werden **ausgeschlossen**.

Lange haben wir es für eine Selbstverständlichkeit gehalten: **Demokratie und die offene Gesellschaft – das sind zwei Seiten einer Medaille.** **Karl Popper**, dessen Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ diesem Begriff Geltung verschaffte, hat es so gesehen. Im Schatten der Totalitarismen seiner Zeit, mit denen sein Buch sich auseinandersetzte, schien es, als habe er nur etwas ganz und gar Offensichtliches ausgesprochen. **Offene Gesellschaft – das heißt im Kern Respekt vor der Freiheit des Denkens und des Redens als Fundament des gesellschaftlichen und des politischen Lebens.** Wie sollte Demokratie ohne diesen Respekt möglich sein? **Und wie anders könnte dieser Respekt institutionalisiert werden als in einer rechtsstaatlich verfassten Demokratie?**

Gehören Demokratie und offene Gesellschaft wirklich untrennbar zusammen? Ziemlich genau ein Jahrhundert vor Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ hatte Alexis de **Tocqueville** in seiner epochalen Analyse der jungen amerikanischen Demokratie eine **Gegenthese** formuliert: **Zu den Feinden oder richtiger zu den Gefährdern der offenen Gesellschaft kann gerade auch die Demokratie gehören.** Nicht der demokratisch verfasste Staat war es, von dem Tocqueville die Gefahr für die Freiheit des Denkens, des Redens, des Schreibens ausgehen sah, sondern die demokratische, die vom Geist der Demokratie geprägte Gesellschaft.

In Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen – das einschlägige Kapitel trägt die Überschrift „**Über die Allmacht der Mehrheit in den Vereinigten Staaten und ihre Wirkung**“ –, beschrieb Tocqueville als einen der stärksten Eindrücke, die er von seiner Reise mitbrachte, den ungeheuren **Konformitätsdruck, den die Mehrheit mit ihren Anschauungen auf die ausübt, die anders denken als sie.** Er erkannte darin eine **neue Art von Despotismus.** „**Ich kenne kein Land, in dem im Allgemeinen weniger geistige Unabhängigkeit und weniger wahre Freiheit herrscht als Amerika**“ – mit diesem dramatischen Satz leitete Tocqueville die Schlüsselpassage des Kapitels ein. Und er fuhr fort: „Die Mehrheit umspannt in Amerika das Denken mit einem erschreckenden Ring.“



Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. :Bild: privat

Bestimmte Themenfelder werden zu Tabuzonen

Sodann beschrieb Tocqueville genauer, was den neuen Despotismus vom traditionellen Despotismus unterscheidet: **Der neue Souverän, die Mehrheit „sagt nicht mehr: entweder du denkst wie ich oder du bist des Todes, er sagt: du bist frei, nicht so zu denken wie ich; du behältst dein Leben, deinen Besitz, alles; aber von dem Tage an bist du unter uns ein Fremdling.** Näherst du dich deinen Mitmenschen, werden sie dich wie ein unreines Wesen fliehen, und selbst die, die an deine Unschuld glauben, werden dich verlassen, denn auch sie würden gemieden. Ziehe hin, ich lasse dir das Leben, es wird aber für dich schlimmer sein als der Tod.“ Mag der Staat noch so sehr durch Grundrechte gezähmt sein, respektiert die Gesellschaft die Bedingungen der Möglichkeit der Freiheit nicht, so gibt es keine Freiheit – das ist die Quintessenz von Tocquevilles Befund.

Fast zweihundert Jahre nach Tocquevilles Amerika-Buch wissen wir: Er hat recht behalten mit seiner Warnung, dass Konformitätsdruck zu einer dramatischen Gefährdung der Freiheit in der Demokratie werden kann. Er hat recht behalten mit seiner Wahrnehmung, dass Stigmatisierung die tödliche Waffe des Konformitätsdrucks ist. Nicht recht behalten hat er aber mit seiner Annahme, dass es die Mehrheit sei, von der die Gefahr des neuen gesellschaftlichen Despotismus ausgeht.

Für die westlichen Demokratien unserer Tage jedenfalls gilt: Es sind von unerschütterlicher Selbstgewissheit getragene, **oft kleine, aber sehr aggressive Minderheiten**, die „das Denken mit einem erschreckenden Ring zu umspannen“ versuchen, die das Ideal der offenen Gesellschaft aufkündigen **und die Prozesse der Schließung der Demokratie im Namen der Demokratie in Gang setzen.**

Schließung der Demokratie meint: Der Raum freien politischen Diskurses wird Schritt für Schritt verengt. Bestimmte Themenfelder werden besetzt und zu Tabuzonen erklärt, in denen **sanktionsbewehrte Sprachregelungen** gelten. Sie werden, heißt das, **für den freien Diskurs gesperrt.** Erfolg können die jeweils aktiven Minderheiten damit nur haben, wenn sie **Mitläufer** finden, die den Tabuisierungen im öffentlichen Raum Nachdruck und Breitenwirkung verschaffen. **Und wenn denen, die anderen Sinnes sind, der Mut zum Widerspruch fehlt.**

„Wir sind die Demokratie“

Das Selbstverständnis derer, die Schließungskampagnen betreiben, lässt sich auf die Formel bringen **„Wir sind die Demokratie“.** Die Nähe der Formel zum populistischen Schlachtruf **„Wir sind das Volk“ ist alles andere als zufällig.** Hier wie dort geht es um **Exklusion im Namen der Demokratie**, Exklusion derer, die anders sind, Exklusion derer, die anders denken. **Demokratie als geschlossene Gesellschaft Gleichgesinnter** – das ist das Ideal, das hinter der Gewissheit „Wir sind die Demokratie“ steht. **Andersdenkenden nicht mehr zuzuhören, nicht mehr mit ihnen zu reden, sie, wenn es möglich ist, aus der Öffentlichkeit zu verbannen ist die Handlungsmaxime**, die aus diesem Ideal folgt. Wer nicht so denkt, redet, schreibt, agiert wie wir, gehört nicht dazu.

Dabei ist von den beiden Spielarten demokratischer Selbsterhöhung die progressive, von der Überzeugung „Wir sind die Demokratie“ getragene die gefährlichere, jedenfalls in den deutschen Verhältnissen. Denn dem Populismus, der von rechts her kommt, stellt sich hierzulande ein starker Widerstand fast aller Kräfte entgegen, die in dieser Gesellschaft etwas gelten.

Schließungskampagnen hingegen, die der Devise folgen „Wir sind die Demokratie“, **finden erstaunlich starke Resonanz und Unterstützung in der intellektuellen Welt, den Medien, den Universitäten**. Und der **Mut, ihnen entgegenzutreten, ist nicht sehr verbreitet**, auch in der Politik nicht. Schließlich tragen diese Kampagnen **das Banner demokratischer Ideale vor sich her, oft unter Berufung auf das Recht des Opfers vergangenen, fortwirkenden Unrechts**.

Das Instrument der Schließung **ist die Ächtung**, die Verhängung der Acht im Namen der Demokratie. Wer geächtet ist, **steht außerhalb der demokratischen Diskursgemeinschaft. Er ist kein Mitbürger mehr, dem man in der politischen Auseinandersetzung Argumente schuldet**. Ächtung trifft auch den, der sich mit einem Geächteten noch auf ein Gespräch einlässt. Er hat sich durch Kontakt infiziert. Die Exklusionsstrategie kennt keine Halbheiten.

Durch Kontakt infiziert

Nicht selten wird dem Geächteten zugerufen, Kritik müsse er aushalten; das gehöre zur Demokratie. Dieser Zuruf hat etwas Zynisches. Es handelt sich ja gerade nicht darum, dass Argumenten Argumente entgegengesetzt werden, wie es im demokratischen Streit der Meinungen sein soll. **Es handelt sich darum, dass Andersdenkende als Personen disqualifiziert werden**. Man erklärt sie zu „Unberührbaren“ im öffentlichen Diskurs der demokratischen Gesellschaft.

Die Frage drängt sich auf, wie Kampagnen, die so offensichtlich den Geist der Demokratie verleugnen, im Namen der Demokratie geführt werden und erstaunlich erfolgreich sein können. Eine mögliche Erklärung lautet, dass Gesellschaften sich in diesen Kampagnen an **Traumata** abarbeiten, die in einem tief in ihre Geschichte eingebetteten epochalen Unrechtsgeschehen ihre Wurzeln haben: dem zähen Festhalten an der Institution **Sklaverei** im Fall der Vereinigten Staaten, der Vergangenheit als Großmacht des Kolonialismus im britischen Fall, dem Menschheitsverbrechen des **Holocausts** im deutschen – **symbolische Wiedergutmachung als Leitmotiv der Demokratieschließung**, die eben deshalb auch **mit dem besten Gewissen** betrieben werden kann.

In diesen Erklärungsversuch fügt sich ein, dass inzwischen Genderbewegungen verschiedener Couleur, Minderheiten, die sich über ihre geschlechtliche Identität definieren, Schlüsselakteure in den Kampagnen der Demokratieschließung geworden sind. Auch hier legitimiert der Status des Opfers vergangenen oder auch gegenwärtigen Unrechts, den die Akteure für sich in Anspruch nehmen, ihren Feldzug gegen die, die als andersdenkend wahrgenommen werden.

Eine politische Pandemie

Was immer zur Erklärung des Phänomens zu sagen sein mag – man kann das Bestreben vielfältiger Kräfte, den Raum freien politischen Diskurses im Namen der Demokratie Schritt für Schritt einzuengen, bei aller Varianz zwischen den Gesellschaften des Westens als eine Art von politischer Pandemie beschreiben. Deutschland hat teil an dieser politischen Pandemie, aber es stellt sich doch auch als ein Sonderfall dar. Natürlich ist es seine Geschichte, die Deutschland immer wieder zu einem Sonderfall macht, die zwölfjährige Verbrechensherrschaft des Nationalsozialismus, die dem Land für alle Zukunft eine einzigartige Bürde auferlegt hat, auferlegt auch dadurch, dass es die Bürde angenommen hat.

Im Schatten dieser Vergangenheit konnte sich eine spezifisch deutsche Schließungsstrategie herausbilden. Wer in den Vergangenheitsschatten gerückt wird, ob zu Recht oder Unrecht, wird zur Unperson. Davor sind nicht viele gefeit. Dem, der Vorfahren hat, die in den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland gelebt haben, solle, so wurde es jüngst mit einigem Beifall vorgeschlagen, das Schild „Nazihintergrund“ umgehängt werden. Die Assoziationen, die dieses Etikett heraufbeschwört, sind willkommen.

Aber es muss gar nicht explizit auf den Nationalsozialismus Bezug genommen werden. Schon das Etikett „rechts“ weist in die gewünschte Richtung, ohne dass es einer genaueren Begründung bedürfte. „Gegen rechts“ ist denn auch die Kampfparole dieser spezifisch deutschen Strategie. Sie unterstellt, dass es „rechte“ politische Haltungen und „rechte“ politische Bewegungen nicht gibt, die den demokratischen Verfassungsstaat bejahen und deshalb einen legitimen Anspruch auf politische Mitgestaltung unseres Gemeinwesens haben. Die Formel „gegen Rechts“ hebt die Unterscheidung zwischen einem demokratiekonformen, vielleicht sogar der Demokratie bekömmlichen Konservatismus und einem demokratiefeindlichen Rechtsextremismus bewusst auf.

Dass linke politische Kräfte ein Interesse daran haben, diese Grenzlinie zu verwischen, kann niemanden überraschen. Wie weit sie dabei Unterstützung finden, im Sprachgebrauch der öffentlich-rechtlichen Medien etwa, sogar der Kirchen, überrascht schon eher. Es hat gewiss nicht nur, aber doch auch mit dieser Schließungsstrategie zu tun, dass die Union allmählich eine Partei der linken Mitte geworden ist – die Strategie zielt ja darauf, das Spektrum legitimer politischer Standorte im demokratischen Wettbewerb zu halbieren.

Universitäten als Avantgarde

Es fällt auf und macht betroffen, dass ausgerechnet Universitäten eine Art von **Avantgarde in den Schließungsfeldzügen bilden, vor allem in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Deutschland**. Alle drei Gruppen von Beteiligten treten uns im akademischen Milieu geradezu exemplarisch entgegen: die **aktiven Minderheiten**, die den Feldzug führen, die **Mitläufer**, die es für opportun halten, dabei zu sein, und die, **denen der Mut zum Widerspruch fehlt**, weil sie Ächtung fürchten.

Müsste nicht das **Wahrheitsethos der Wissenschaft die Universität** wie keine andere Institution auf das Prinzip Offenheit verpflichten, auf die Bereitschaft, zuzuhören, Antworten im offenen Austausch der Argumente zu suchen? Oder sind gar nicht die Wissenschaftler die treibende Kraft, sondern die Universitätsverwaltungen, denen es um das Bild geht, das sich die Öffentlichkeit von ihrer Institution macht? Wie auch immer – **es bleibt ein Rätsel, dass gerade Universitäten nicht begreifen, wohin der Weg der Gesinnungsschulungen und Gesinnungsprüfungen führt: in die Welt von „1984“**.

Die Schließungsprozesse, das versteht sich von selbst, sind in hohem Maße **themenbezogen** – jeder kennt die Themen, bei denen inzwischen höchste Vorsicht in allen öffentlichen Äußerungen geboten ist. Aber ihre Wirkungen sind keineswegs auf diese Themenbereiche beschränkt. Die Kampagnen verändern das gesellschaftliche Klima und die Tonart, in der eine Gesellschaft mit sich selbst im Gespräch ist, von Grund auf, weit über einzelne Themenfelder hinaus.

An drei Beispielen will ich verdeutlichen, was es heißt, ein Themenfeld zu besetzen, um es für die freie Diskussion zu schließen. Dabei ist die Absicht nicht, die Sache selbst, um die es jeweils geht, aus- oder auch nur anzudiskutieren. Es geht darum, **konkret vor Augen zu führen, warum eine Demokratie sich selbst preisgibt, wenn sie Schließungskampagnen, wer immer sie betreibt und wie immer sie gerechtfertigt werden, nicht entgegentritt**; wenn sie duldet, dass ein Diskussionsverbot nach dem anderen Geltung gewinnt. Auf allen drei Feldern geht es um Fragen von existenzieller Bedeutung für das Gemeinwesen, um Fragen also, bei denen auch die Freiheit des Diskurses im politischen Meinungskampf von existenzieller Bedeutung ist.

(1) Demokratie und Diversität

Bejahung von **Diversität** – diese Maxime hat das Selbstverständnis der westlichen Demokratien in ihrer jüngsten Entwicklungsphase wie keine andere bestimmt. Aber der allgemeine Diversitätseнтуhusiasmus hat es eher schwierig gemacht, die Frage, wie die Demokratie mit Diversität umgehen solle, so zu diskutieren, wie sie sich der Demokratie stellt.

Soll sie sich auf den Abbau tatsächlicher, konkreter Diskriminierung – und Diskriminierungsvorwürfe sind es ja, die die Diversitätsdebatten bestimmen – konzentrieren? Oder hat sie die demokratische Bürgergesellschaft zu einer ständischen Gesellschaft neuer Art umgebaut, einer Gesellschaft, deren Stände Identitätskollektive sind, die sich in strikter Subjektivität, und das heißt eben auch ein Stück weit

Beliebigkeit, konstituieren? Es ist offensichtlich, dass hier vor allem das demokratische Verständnis von Repräsentation zur Debatte steht.

Für kaum ein Themenfeld sind inzwischen so **drakonische Sprachregelungen** durchgesetzt worden wie für dieses. **Dabei gilt gerade hier, dass Freiraum des Denkens und Redens gebraucht wird.** Es mag heikel sein zu fragen: **Was ist Rassismus, und wann ist einer ein Rassist?** Oder: **Wann schlagen berechnete Diskriminierungsanklagen in unberechtigte Privilegierungsforderungen um? Und wann in Herrschaftsansprüche** – Ansprüche, die Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen umzuformen, ohne Rücksicht selbst auf überwältigende Mehrheiten? Aber es ist legitim, ja notwendig, so zu fragen. Herrschaftsansprüche haben übrigens zunächst oft die Sprache im Visier, aber dahinter natürlich dann auch das, was die Sprache auf den Begriff bringt.

(2) Politisches Streitthema Migration (+Islam)

Eng benachbart der Diversitätsthematik ist das politische Streitthema **Migration**. Es ist etwas aus dem Fokus geraten, überlagert vor allem von der Pandemie. Aber es kann keinen vernünftigen Zweifel daran geben, dass **die Wanderungsbewegungen aus den Armut- und Unruheregionen des Globus** in die reichen und sicheren Regionen **eine der großen Herausforderungen für viele westliche Demokratien bleiben werden.**

Dass der Zustrom von Flüchtlingen aus anderen Kulturräumen in den betroffenen Demokratien **ein zentraler Gegenstand des politischen Konfliktes** geworden ist, könnte zu der Frage Anlass geben: Kann denn von Schließung hier überhaupt die Rede sein? Das Thema ist doch auf dem Markt demokratischen Meinungsstreites höchst präsent. Ja, das ist es – aber in einer Deformation, die deutlich widerspiegelt, **dass auch auf diesem Feld eine wirksame Schließungskampagne geführt wird.**

Auch und gerade in der Migrationsdiskussion ist die Symmetrie des demokratischen Diskurses verloren gegangen, jedenfalls in Deutschland. **Die Fragen, um die es geht** – „Wie weit sollen Demokratien ihre Grenzen öffnen? Wie weit können sie es ohne Selbstgefährdung tun?“ –, **werden nicht so erörtert, als hätten beide Seiten valide, legitime Argumente.** Oft hat es den Anschein, als stünden sich weltoffene Menschenfreunde und fremdenfeindliche Ethnonationalisten gegenüber. **Gut und Böse ist klar geschieden. Die Frage „Wie weit sollten, wie weit können Demokratien ihre Grenzen öffnen?“ wird umformuliert in die Frage „Darf man Menschen in Seenot ertrinken lassen?“.** Mit der Frage ist auch **die Antwort gegeben.** Denen, die die Moral auf ihrer Seite haben, stehen Unmenschen gegenüber.

Natürlich gibt es wirkliche Islamophobie

Die verhängnisvolle Folge dieser Strategie ist, **dass der politische Einspruch gegen faktisch offene Grenzen in vielen betroffenen Demokratien tatsächlich eine Sache fremdenfeindlicher Parteien am rechten Rand geworden ist.** Deutschland gehört zu ihnen. Das Schwert der moralischen Verurteilung, das über dem an sich legitimen und notwendigen Meinungsstreit hängt, **erzwingt einen für die Demokratie höchst schädlichen Konformismus.** **Menschen finden sich vor die Alternative gestellt, sich entweder in diesen Konformismus einzufügen oder sich dem rechten Rand zuzuwenden.**

Wer hierzulande über Migration nachdenkt, muss auch über die Thematik **„Der Islam und Europa“** nachdenken. **Die Frage, ob der Islam – jedenfalls in den Ausprägungen, in denen er in der islamischen Welt dominiert – mit den Traditionen und Werten Europas vereinbar ist, ist legitim und muss gestellt werden.** Dasselbe gilt für die Frage, welchen Islam Europa aufnehmen kann, ohne sich selbst zu beschädigen.

Aber auch dieser Diskussion tritt eine Schließungskampagne mit ihrem charakteristischen Instrumentarium entgegen. Islamophobie ist ihr Schlüsselbegriff. Das Wort Phobie signalisiert, dass ein blinder, ja krankhafter Hass am Werk ist. **Wer einer Phobie verfallen ist, ist kein ernst zu nehmender Diskussionspartner mehr.** Das Wort ist denn auch in allen Schließungsfeldzügen sehr präsent. Aber ist, wer zweifelnd, skeptisch die Frage stellt, wie Europa und der Islam zueinander stehen und unter welchen Voraussetzungen die Integration dieser fremden Religion und Kultur gelingen kann, notwendig von blindem

Hass oder blinder Furcht getrieben? Fragt er nicht vielleicht, alles andere als blind, weil er sich um die Bewahrung dessen sorgt, was Europa zu Europa macht? **Natürlich gibt es wirkliche Islamophobie. Aber wenn das Wort genutzt wird, um jede kritische Auseinandersetzung mit dem Islam zu ersticken, muss man widersprechen – entschieden.**

(3) Familie als Konstrukt

Das dritte Themenfeld, das ich exemplarisch nennen will: die **Familie**. Familie nicht von den Bedürfnissen des Kindes, sondern von den Lebensplänen und Lebenswünschen der Erwachsenen her zu denken ist der die Entwicklung beherrschende Zug der Zeit. Familie wird dadurch zu einem fast beliebigen Konstrukt, das sich diesen Plänen und Wünschen immer wieder neu anzupassen hat. Worauf es hier ankommt: Über diesen Wandel offen, kontrovers zu diskutieren, ihn zum Gegenstand des demokratischen Meinungsstreites zu machen wird immer schwieriger.

Auch hier, heißt das, sind Schließungsprozesse in Gang. Kann man, ohne als homophob geächtet zu werden, noch öffentlich dafür eintreten, dass Kinder Vater und Mutter brauchen, und zwar in einer stabilen Familiengemeinschaft für die ganze Zeit ihres Heranwachsens? Kann man, ohne als homophob geächtet zu werden, noch die Ansicht vertreten, **dass die Ehe zwischen Mann und Frau eine andere gesellschaftliche Bedeutung hat als andere Partnerschaften, weil nur aus der Gemeinschaft von Mann und Frau Kinder hervorgehen können und weil diese Gemeinschaft die dem Kind in seinem Heranwachsen förderlichste ist?** Noch einmal: Es geht hier nicht darum, die Fragen selbst aus- oder auch nur anzudiskutieren. **Es geht um die Verteidigung der Möglichkeit, den gesellschaftlichen Diskurs überhaupt zu führen – als Diskurs unter Bürgern, die einander zuhören und einander respektieren.**

Wir haben begonnen mit der Formel von den zwei Seiten einer Medaille. Das Verhältnis von Demokratie und offener Gesellschaft zueinander ist komplexer als diese Formel. Schließungskampagnen, die bestimmte Themen im Visier haben, machen aus einer offenen Gesellschaft noch keine geschlossene. Aber sie beschädigen den demokratischen politischen Prozess. Je erfolgreicher sie sind, desto mehr geht es an die Substanz der Demokratie.

Der Geist des erzwungenen Konformismus ist nicht der Geist der Demokratie, auch dann nicht, wenn dieser Zwang im Namen der Demokratie ausgeübt wird. Um der Demokratie willen müssen wir uns deshalb gegen jeden Versuch wehren, es seien Mehrheiten oder Minderheiten, die ihn unternehmen, „unser Denken“ – noch einmal Tocquevilles Worte – „mit einem erschreckenden Ring zu umspannen“.

Éric Rochant : "La fin de la fin des idéologies"

Complaisances aveugles envers l'islamisme, essor de l'idéologie "woke"... Les nouvelles radicalités inquiètent le célèbre réalisateur, qui livre ici un plaidoyer pour l'universalisme.



Le réalisateur d'"Un monde sans pitié" et du "Bureau des Légendes" prend part au débat.
Bruno Coutier / Bruno Coutier via AFP

Par Eric Rochant

publié le 25/03/2021 à 11:10 , mis à jour à 12:59

Le communisme avait, contre toute attente, atteint sa limite. Ce régime totalitaire qui devait durer au-delà de ses gouvernants, à l'opposé des dictatures militaires d'Amérique du Sud, s'effondrait de lui-même, confronté à la mondialisation de l'époque, où les vidéocassettes et la télévision jouaient le rôle émancipateur d'Internet. Il est toujours préférable de se couper du monde pour soumettre un peuple. Les personnages y erraient dans un monde laissé à lui-même, où les idéologies avaient fait tellement de mal qu'il fallait s'en méfier. Les grandes idées généreuses n'étaient que des prétextes pour briser les âmes.

Du coup, plus d'idéologie, seulement le Grand Marché Européen et l'amour... Il n'y avait pas de quoi se réjouir.

On pouvait danser et fêter la fin des grandes illusions qui avaient fait des millions de morts, les yeux grands ouverts. "Les yeux grands fermés", dirait Kubrick. Car la force de l'illusion est sans limite. L'existence nous angoisse trop pour ne pas lui imposer un sens, avec la violence qu'il faut, à la mesure de notre perte.

Il suffisait d'attendre un peu, attendre que la foi dans le marché s'estompe.

Puis est née cette nouvelle idéologie, née de la misère peut-être, de la frustration plus sûrement, de l'humiliation, du sentiment d'avoir été floué et violenté : l'Islamisme. Né en 1979, dix ans avant la fin de son grand Cousin. En un seul mot, l'Islam, cette grande religion monothéiste, était placé au cœur d'un projet politique voire révolutionnaire. On parlait de République... islamique. Une idée, une religion et un projet politique de libération... et alors évidemment tout est possible, tout est permis.

Pour le bien de tous, le bonheur de chacun, on peut accepter tous les sacrifices. A cet égard le communisme était aussi une religion. Il faut un ennemi dont on contestera le pouvoir et il faut aussi une victime à défendre car sinon on ne se situe pas suffisamment du côté du Bien.

Seul le Bien nous permet tranquillement de faire le mal.

Si on n'en trouve pas, il faut en inventer, élever les uns au statut de dictateur et les autres au statut de victime. C'est la force de l'idéologie qui se fonde sur le déni du Réel et la réalisation du fantasme. La réalité n'est qu'une fiction qu'il faut détruire pour la remplacer par une autre. Une autre qui servira mieux notre volonté de pouvoir.

Ça a donc commencé le 11 septembre 2001 avec cette idée de "l'arme du pauvre" en parlant du terrorisme islamiste. L'arme du pauvre donc l'arme légitime. Les terroristes (ceux qui se faisaient sauter dans les bus israéliens, ceux qui envoyaient les avions de ligne dans les tours du WTC, ceux qui posaient des bombes dans les trains ou métros de Madrid et Londres), avaient raison de tuer des innocents car personne n'est innocent - l'idée du mâle blanc coupable n'est pas très loin. Ils étaient en guerre contre bien plus puissant qu'eux. Ils avaient le droit de tuer au moins autant que les bombes US et comme ils étaient loin du compte, ils avaient le droit de tuer autant qu'ils le pouvaient. Chapitre 1.

Ça a continué avec les systématiques "pas d'amalgame" brandis à chaque attentat en France : Merah, Charlie, le Bataclan. Le premier réflexe, avant la compassion (qui ne venait pas), avant la condamnation (de pure forme), était de prévenir une éventuelle et peut-être immédiate répression des musulmans consécutive à l'acte de terreur lui-même. Tout de suite protéger les musulmans, comme s'il était si naturel de penser qu'ils allaient être les victimes collatérales d'attentats dans lesquels, déjà, nombre d'entre eux étaient tombés.

Était-ce un fantasme ou était-ce un calcul ?

A chaque attentat islamiste, il s'agissait tout de suite d'évoquer une réaction contre les musulmans afin justement de dessiner un monde mûr pour tous les séparatismes. C'est le projet des Islamistes eux-mêmes : monter la société contre les musulmans qui vivent en son sein afin de créer une dichotomie propice au renversement de pouvoir. Chapitre 2.

Et maintenant l'accusation d'islamophobie. Comme elle est utile ! Et efficace car elle joue sur la culpabilité (blanche). Combattre ou critiquer l'islamisme politique radical serait faire preuve de racisme envers les musulmans. Le concept d'islamophobie est la mise en oeuvre de l'amalgame honni. Ce sont les accusateurs qui le pratiquent. Toujours le même projet. Puisque les attentats eux-mêmes ne parviennent pas à fracturer la société, l'accusation d'islamophobie prendra le relais.

L'islamisme est un projet politique radical et souvent violent. Ça n'est pas une religion. Combattre l'islamisme n'est évidemment pas combattre l'Islam ni les musulmans. Nous devons lutter contre ce projet politique qui tue, conteste les valeurs républicaines et rejette la démocratie. Ceux qui parlent d'islamophobie à ce sujet, par calcul ou par naïveté, participent du projet islamiste en faisant justement l'amalgame qui permettrait à terme de diviser la société. Les idiots utiles de l'islamisme sont autant de droite que de gauche. On y trouve des politiques cyniques, des intellectuels en perdition, des mouvements et associations instrumentalisés et radicalisés.

Toute radicalité est bonne à prendre.

Le rêve des islamistes : que tout le monde soit d'extrême droite ou d'extrême gauche. Leur ennemi : la raison, la rationalité, la modération. Bref tout ce qui peut nous faire vivre en paix.

Là-dessus viennent s'adjoindre de nouvelles idéologies, celles des mouvements racialistes, indigénistes, décoloniaux, les wokes (les "éveillés"... Cela me fait penser au rôle d'avant-garde du parti communiste léniniste), bref les "intersectionnels". Ceux-là s'en prennent au mâle blanc qui est en nous, qui se niche aussi chez les femmes (les mauvaises féministes), les mauvais racisés (ceux qui ne comprennent pas et qui luttent trop simplement contre le racisme réel, concret).

Un mouvement qui se caractérise non par l'antiracisme mais par l'anti-antiracisme.

Un mouvement qui se caractérise par une lutte contre le langage plutôt que les actes.

Un mouvement qui verse dans l'intimidation, le harcèlement, la censure.

Un mouvement qui s'oppose aux universalistes antiracistes. Ceux-là, il faudrait les éduquer comme il faut éduquer les blancs et leur faire comprendre à quel point ils ont le mal en eux. Ça commence par des ateliers et ça finit par des camps.

Que tant de jeunes soient impressionnés par cette idéologie participe de la générosité et du romantisme propre à la jeunesse. Cette générosité, ce souci de l'autre, s'est autrefois incarnée à travers des mouvements comme "touche pas à mon pote". Qu'on souhaite laisser tranquille son prochain, ne pas lui reprocher sa religion, sa couleur de peau, sa sexualité, c'est cette générosité de la jeunesse qui l'exprime. Cette générosité est aujourd'hui instrumentalisée par une idéologie raciste, radicale, retorse et dangereuse à tous égards.

C'est pourquoi *Un Monde Sans Pitié* est bien loin.

Nous vivons depuis quelque temps la fin de la fin des idéologies.

Et le retour de tous les dangers qu'elles peuvent de nouveau créer.

28 MAI 2021

« Décrire, comprendre, transmettre, agir : voilà à quoi nous voulons que servent nos recherches »

Florent Gougou, maître de conférences de science politique à Sciences Po Grenoble et au laboratoire Pacte, @FlorentGougou, et Simon Persico, Professeur de science politique à Sciences Po Grenoble et au laboratoire Pacte, @SimPersico

Comment définiriez-vous l'objectivité en sciences sociales ?

L'objectivité des sciences sociales est un idéal. Cet idéal est approché quand les éléments de preuve utilisés par une chercheuse A pour analyser le monde social sont indépendants de ses préférences morales et politiques. Cet idéal signifie qu'une chercheuse B dont les préférences politiques seraient opposées à celles de la chercheuse A aboutirait aux mêmes résultats si elle utilisait le même protocole pour collecter et analyser les mêmes données.

En ce sens, nous définissons l'objectivité comme une forme d'honnêteté intellectuelle que nous proposons d'évaluer à l'aune de deux critères : la systémativité de la collecte des données et la transparence du protocole d'enquête. Mais que signifient concrètement ces deux critères ? Le critère de la systémativité signifie qu'une recherche tendant à l'objectivité ne doit pas écarter les faits qui ne conviennent pas, le second que cette recherche ne doit pas mettre sous le tapis les éventuelles faiblesses du dispositif d'enquête. Ce sont ces normes du travail scientifique qui jalonnent notre chemin vers l'objectivité.

L'idéal d'objectivité ne signifie pas que la recherche en sciences sociales doive être une activité standardisée qui n'utiliserait qu'un seul type de protocole. Au contraire : dans la mesure où les faits sociaux ne sont pas strictement reproductibles, l'objectivité exige que les sciences sociales soient pluralistes. Face aux résultats de la chercheuse A, une chercheuse B doit pouvoir poser et tester des hypothèses alternatives, utiliser d'autres techniques d'enquête, mobiliser d'autres données, étendre le champ de l'enquête dans le temps ou dans l'espace. Bref, elle doit pouvoir faire avancer la connaissance et éventuellement susciter la controverse, pourvu qu'elle le fasse avec la même systémativité dans sa collecte des données et la même transparence dans son protocole d'enquête. Le débat scientifique a toute sa place en sciences sociales s'il est basé sur la confrontation de preuves robustes.

Cette conception de l'objectivité nous pousse à préférer certaines approches épistémologiques plutôt que d'autres : celles qui s'appuient sur les données plutôt que sur un simple appareillage conceptuel, aussi élégant, critique, philosophique ou mathématisé soit-il. De ce point de vue, les sciences sociales doivent, selon nous, se garder de deux écueils. Le premier revient à jeter l'objectivité avec l'eau du bain de la neutralité, en considérant que le discours scientifique, parce qu'il est socialement ou politiquement situé – ce qu'il est – peut se satisfaire d'analyses subjectives, normatives ou militantes, fondées sur un terrain d'enquête parcellaire et/ou mal exploité. Le second écueil revient à privilégier des modèles d'équation complexes à la qualité des données mobilisées.

Ce serait bien dommage. En effet, quand elles s'appuient des données pertinentes, clairement exposées, les sciences sociales produisent des éléments de connaissance objectivement probants et socialement importants. Prenons l'exemple des discriminations et des préjugés à l'encontre de certains groupes, pour lesquelles nous disposons désormais d'une accumulation de preuves.

Les enquêtes par questionnaire auprès d'échantillons représentatifs de la population démontrent, depuis de nombreuses années, que les personnes juives, noires ou musulmanes sont victimes de nombreux préjugés négatifs. Les études de terrain, qu'elles soient expérimentales, ethnographiques ou fondées sur des archives et des entretiens, montrent que ces préjugés ont des conséquences objectives sur la vie de ces personnes : dans leur rapport à la police et aux administrations comme dans l'accès au logement ou à l'emploi. Les méta-analyses qui font une compilation statistique des enquêtes existantes confirment ces résultats. D'autres travaux montrent que ces discriminations peuvent être renforcées par le cadrage de ces questions dans le débat public ou les décisions législatives : **un récent article dans une revue de référence pour la science politique mondiale montre ainsi que la loi de 2005 interdisant le voile dans les écoles françaises a nui à la réussite éducative des filles musulmanes, à leur trajectoire sur le marché du travail et à la composition de leur famille.**

Tous ces résultats méritent évidemment d'être répliqués, débattus, affinés, mais ils permettent d'ores et déjà de mesurer objectivement l'ampleur et la nature des inégalités qui structurent notre société. Ils ne peuvent être rejetés en bloc comme ils le sont trop souvent dans le débat public, que ce soit par des universitaires ou des responsables politiques.



La neutralité du chercheur est-elle possible et souhaitable ?

Si l'objectivité est un idéal, nous pensons que la neutralité des chercheuses est une chimère. Nous sommes tous deux à la fois des *chercheurs* qui travaillent sur la vie politique démocratique et des *citoyens* qui ont des préférences sur le fonctionnement de cette vie politique, inutile de le nier. C'est d'ailleurs ce qui rend la recherche de l'objectivité d'autant plus importante : c'est pour se prémunir du risque de voir nos préférences affecter nos résultats que nous insistons sur la systématisme de la collecte des données et sur la transparence du protocole d'enquête.

Chaque année, dans un de nos cours de méthodologie de la recherche au niveau master, nous faisons lire et discuter les deux premiers chapitres d'un ouvrage important d'épistémologie des sciences sociales écrit par Pierre Favre, un chercheur qui a longtemps enseigné à Sciences Po (et dont Simon a eu la chance de suivre des enseignements au début des années 2000). **Le titre-manifeste de ce livre, *Comprendre le monde pour le changer*, montre à quel point la neutralité des chercheuses, si tant est qu'elle soit possible, n'est pas souhaitable.**

La neutralité est-elle possible pour ce qui concerne la première mission que nous assigne Pierre Favre, *comprendre le monde* ? C'est peu probable. Toute scientifique qui s'engage dans un projet de recherche en sciences sociales, qui choisit un objet et une question de recherche, est guidée par son intérêt intellectuel quand ce n'est par ses préférences. Si toutes les scientifiques

ne partagent pas le même rapport à leur objet, derrière les grands noms des sciences sociales se cachent souvent des passionnées de leurs sujets, convaincues que la méthode scientifique offre les outils appropriés pour objectiver, comprendre et analyser le bout du monde social qui les intéresse. **Car la recherche de l'objectivité est, nous l'avons déjà dit, la condition nécessaire à une méthode scientifique qui ne sera jamais tout à fait neutre. C'est de cela dont parlait Max Weber quand il appelait à la neutralité axiologique des scientifiques.**

Si la neutralité n'est pas vraiment possible, on comprend, à lire Pierre Favre, qu'elle n'est pas non plus souhaitable, **puisque qu'il nous invite à utiliser la connaissance produite et accumulée par les sciences sociales pour changer le monde.** Nous sommes aujourd'hui convaincus que les résultats de la recherche méritent d'être communiqués plus largement pour pouvoir servir le débat public, **même si cela oblige à prendre position.** Dans ce cadre, nous considérons que les arguments fondés sur la science ont une valeur particulière : celle de l'objectivité et de la réfutabilité. De ce point de vue, nous différencions les arguments scientifiques des arguments *des* scientifiques : un titre universitaire ne garantit pas la robustesse des résultats mobilisés.

Pour autant, le métier de scientifique en sciences sociales ne peut se limiter à prendre la parole dans des tribunes ou sur des plateaux télévisés. Il implique le respect de formats et de codes qui sont ceux des sciences, notamment l'évaluation et la critique par les autres scientifiques. Cela étant, le corollaire est vrai : ne publier que dans des revues à haut h-index [un indice qui mesure la diffusion des travaux scientifiques via le nombre de citations par d'autres travaux] ne peut être satisfaisant. Le nombre de lecteurs de ces revues est très limité et l'hyperspécialisation y règne souvent en maître.

Pour être utiles au plus grand nombre, les sciences sociales doivent donc sortir (du confort) de leurs arènes classiques de production et de discussion. Et une fois dans l'arène publique, les scientifiques doivent accepter que leurs prises de position soient soumises à l'évaluation critique, d'un point de vue scientifique comme d'un point de vue politique. Et alors, leurs prises de position sont autant d'invitations à des réponses argumentées, fondées sur des données, permettant de faire progresser la connaissance.

Quelle place les méthodes occupent-elles dans votre démarche de chercheur ?

Les méthodes, au sens large, occupent une place centrale dans notre démarche. Cela se matérialise, d'abord dans notre souci de collecter, de produire, mais aussi de rendre disponibles à la communauté scientifique les données dont nous avons besoin pour répondre aux questions que nous nous posons : résultats des élections, réponses à des enquêtes par questionnaire, analyses de programmes électoraux, contenu des législations, caractéristiques sociologiques et politiques des responsables politiques, etc. Cette diversité des données renvoie à la diversité des questions de recherche qui nous ont guidé depuis le début de nos carrières : **les catégories populaires sont-elles acquises à la droite radicale ? L'écologie est-elle un enjeu qui dépasse les clivages existants ? Les responsables politiques respectent-ils leurs promesses ? Quelles évolutions ont marqué le système partisan français ?** Chaque question implique de trouver les données les plus à même d'y répondre, et de choisir une méthode appropriée pour les collecter et les analyser.

Nos choix en la matière sont guidés par quelques convictions, qui se sont forgées au cours de nos différentes recherches : souvent, c'est notre stratégie de collecte systématique de données qui nous a permis d'aboutir à des résultats originaux. Ces convictions, nous les avons également affirmées grâce aux nombreux enseignements de méthode que nous avons animés, et qui ont donné lieu à de multiples discussions entre nous et avec les étudiantes.

Ces convictions s'articulent autour d'un grand principe que nous mettons désormais en œuvre dans tous nos travaux : commencer par une description fouillée et précise de nos objets d'enquête. Nous sommes aujourd'hui convaincus que la tâche première des sciences sociales devrait être de décrire le réel de la manière la plus efficace possible. Évidemment les choix de catégorisation de ce réel ne sont jamais neutres : ils doivent être explicités et rester ouverts à la controverse scientifique. Il n'en demeure pas moins que notre mission est d'abord de rendre intelligible la formidable complexité du monde social. De ce point de vue, nous sommes sensibles à ne pas nous situer exclusivement du côté de l'*explication* des phénomènes politiques.

Pour cela, nous privilégions la collecte de données sélectionnées parce qu'elles nous semblent les plus pertinentes pour éclairer le phénomène qui nous intéresse et tester les hypothèses que nous avons formulées – dans ce cadre, nous nous situons clairement dans une épistémologie hypothético-déductive. Pour parvenir à cet objectif, nous avons recours dès que possible à des données exhaustives, ainsi qu'à des échantillons représentatifs ou qui s'en approchent le plus possible. Nos données sont le plus souvent quantitatives, car elles offrent l'avantage de pouvoir décrire la fréquence des phénomènes que nous observons, même si elles pèchent par la simplification du réel qu'elles peuvent impliquer. Enfin, nous sommes des adeptes de la comparaison, dans le temps comme dans l'espace. Cela a des implications dans la manière d'organiser notre travail qui, parce qu'il veut s'appuyer sur des bases de données larges et robustes, doit être collectif.

Pourriez-vous présenter un exemple de recherche, idéalement issue de vos propres travaux, pour illustrer les enjeux et les tensions autour de l'objectivité et de la neutralité en sciences sociales ?

Nos travaux respectifs sur les évolutions du système partisan français, sur les élections et sur l'écologie politique nous ont mené à suivre de près les récents succès des écologistes français aux élections européennes et municipales. Le choix de cet objet est tout sauf neutre pour l'un, qui se déclare volontiers compagnon de route des Verts (Simon). Il n'a pas cette dimension émotionnelle pour l'autre, qui n'a jamais été engagé dans un parti (Florent).

Indépendamment de nos préférences personnelles et de ces rapports différenciés à l'écologie politique, nous avons pu mesurer, à partir des données électorales initialement collectées par le Ministère de l'Intérieur – des données froides et inexploitable sans notre long travail de recodage et de nettoyage – l'ampleur de la dynamique des écologistes et montrer qu'elle ne se réduit pas aux grandes villes. Nous avons également pu identifier quelques régularités dans les victoires écologistes lors des dernières élections municipales – avoir su rassembler d'autres forces de gauche derrière eux dès le premier tour, ne pas faire face à un maire sortant — et souligner par là-même les limites de cette dynamique électorale.

Ces résultats ne sont pas sans conséquences quand il s'agit de penser le futur électoral proche, que l'on pense aux scrutins départementaux et régionaux de 2021, ou à l'élection présidentielle de 2022. Le problème, et c'est un autre des arguments majeurs développés par Pierre Favre, c'est si les sciences sociales peuvent expliquer ce qui s'est passé, leur capacité à prédire ce qui va se passer est plus incertaine et limitée. Impossible, donc, de tirer de l'analyse des élections passées des prédictions assurées pour les élections futures. Nous devons nous en tenir à poser des hypothèses relatives à des scénarios plus ou moins probables. C'est ainsi que nous sommes arrivés à l'idée que, dans une situation où l'espace électoral de la gauche et des écologistes est profondément affaibli, une stratégie qui verrait les écologistes partir presque seuls au premier tour, en concurrence avec des listes communiste, insoumise et/ou socialiste, diminuerait leurs chances de succès. Cela vaut pour les élections départementales et régionales, bien sûr, mais pas seulement.

Que faire d'une telle idée, fondée sur une étude objective de ce qui s'est passé, pour mieux envisager ce qui pourrait se passer selon tel ou tel scénario d'alliance ? Nos réponses ont alors divergé. Après avoir produit ensemble une note d'analyse sur cette question, l'un s'est engagé dans une défense acharnée de l'option du rassemblement le plus large de la gauche derrière les écologistes dans les sphères partisans, sans y parvenir finalement (Simon), alors que l'autre a préféré ne pas se lancer dans cette bataille (Florent).

Décrire, comprendre, transmettre, agir : voilà à quoi nous voulons que servent nos recherches. Une même objectivité et les mêmes méthodes, des formes d'engagement différentes, et au final, une même conviction : les résultats issus des sciences sociales peuvent éclairer le débat public et offrent des arguments de grande valeur. Cela oblige les scientifiques que nous sommes à les faire circuler.

Nous avons décidé de nous prêter à cet exercice à quatre mains car nous menons ensemble la quasi-totalité de nos travaux de recherche (et assurons ensemble la moitié de nos obligations d'enseignement). Ce sont ainsi nos convergences, à commencer par notre volonté de rendre intelligible au plus grand nombre toute la complexité du fonctionnement des régimes politiques démocratiques contemporains, que nous avons partagé. Ce sont aussi quelques divergences que nous avons fait apparaître, ici ou là, dont la plus évidente concerne les modalités de diffusion de nos résultats.

Le Figaro (site web)

dimanche 6 juin 2021 - 18:40 UTC +02:00 1020 mots

Économie ; Conjoncture

Jean-Pierre Robin: «Christine Lagarde est le véritable ministre des Finances en France»

Robin, Jean-Pierre

CHRONIQUE - L'hyperpuissance de Bercy contraste avec sa dépendance financière.

Nicolas Sarkozy, président de la République élu le 6 mai 2007, l'avait nommée à Bercy ministre de l'Économie, des Finances et de l'Emploi. Et quatre ans plus tard, il la propulsa à la direction générale du Fonds monétaire international dans des conditions rocambolesques (départ de Dominique Strauss-Kahn), à une époque où la France faisait encore la pluie et le beau temps dans l'organisation financière internationale sise à Washington. Nouvel avatar pour Christine Lagarde, en juillet 2019, Emmanuel Macron lui propose la présidence de la Banque centrale européenne, non sans avoir auparavant pris langue avec la chancelière allemande Angela Merkel.

Le chef de l'État avait eu alors l'impression de faire «un bon coup», imposant pour la deuxième fois une tête française à Francfort, le siège de la seule institution européenne à exercer un pouvoir fédéral. Savait-il qu'il nommait celle qui allait assurer les fins de mois dans son propre pays? Par la force des choses, la présidente de la BCE est devenue «le contrôleur général des Finances» de la France, en charge de faire rentrer l'argent dans les caisses, disait-on sous l'Ancien Régime.

À chacun d'en juger sur pièces, sonnantes et trébuchantes. **L'an dernier, la BCE, de concert avec la Banque de France - son bras séculier sur les marchés financiers pour les opérations faites au nom de la France conformément aux traités européens -, a acheté à hauteur de 186,1 milliards d'euros des titres de dette française. Soit l'équivalent de 88% de tous les besoins de financement de nos administrations publiques déficitaires de 212 milliards d'euros en 2020 (selon l'Insee). À ce jour «l'Eurosystème», comme on désigne cet ensemble consanguin où la BCE est la filiale des banques centrales nationales, détient quelque 650 milliards d'euros de titres français, le quart de notre dette publique.**

Bon prince, Bruno Le Maire, le ministre de l'Économie, des Finances et de la Relance, l'admet volontiers: *«Jamais il n'y aurait eu de "quoi qu'il en coûte" sans l'intervention de la BCE.»* Tel est le constat qu'il dresse dans un livre écrit à chaud, *L'Ange et la Bête, mémoires provisoires*, où il raconte l'immense pouvoir administratif digne de Colbert qui est le sien et qui n'a d'égal que le dénuement de ses comptes.

«Bercy», appellation mythique, statue du Commandeur de la vie économique française, peut se prévaloir d'une hyperpuissance unique au monde. Cette forteresse de béton dont les pieds plongent dans la Seine, bénéficiant pour cela d'une dérogation contraire au code d'urbanisme de Paris, **administre à la fois les finances de l'État et l'économie du pays entier.** Voilà une spécificité dont on ne saurait sous-estimer les conséquences pratiques. **Aucun autre pays démocratique ne pratique une telle (con)fusion, ni au Royaume-Uni, ni au Japon, pas plus qu'aux États-Unis ou en Allemagne où l'on prend grand soin de distinguer les deux domaines, chacun ayant sa logique propre.** À la tête d'une escouade de cinq ministres délégués dont il assure l'unité de commandement, Bruno Le Maire est ainsi amené à gérer le mécontentement des abonnés du compteur Linky et l'avenir du nucléaire, à décider de ce qui est essentiel et ne l'est pas dans le commerce. De même arbitre-t-il les impôts devant le Parlement national tout en traitant de la fiscalité des Gafa au sein du G7, etc.

Dans le même bateau

Que les bataillons de Bercy déploient leurs 131.000 fonctionnaires sur l'ensemble du territoire, quand le ministère des Finances allemand se contente de 1965 fantassins et son homologue suédois de 508, n'est certes pas

pleinement significatif: l'Allemagne est un pays fédéral et, en Suède, les services publics sont assurés par des agents de statut privé. L'hyper-administration française n'en est pas moins flagrante comme en témoigne le labyrinthe des 42,8 kilomètres du siège parisien de Bercy, qu'arpentent quotidiennement quelque 5100 fonctionnaires, répartis en une vingtaine de directions d'administration centrale, lesquelles auscultent l'économie et les finances du pays sous toutes les coutures. La crise sanitaire aura rendu leur pouvoir de réglementation et de contrôle encore plus exorbitant. Des prêts garantis par l'État (PGE) aux fonds de solidarité divers et variés, les tuyaux de perfusion ont porté le dirigisme étatique à un paroxysme inouï. Et il s'affirme avec d'autant moins de complexe que la violence de la récession économique prédispose à la servitude volontaire.

Étrange coïncidence pourtant, le modèle français d'administration conjointe des Finances et de l'Économie a mis au rancart la politique industrielle (alors qu'elle est bichonnée au niveau des Länder allemands). **Autre inconséquence, l'Hexagone affiche aujourd'hui des taux d'endettement records en Europe, tant pour l'État que pour les entreprises privées, comme le montrent les statistiques de la Banque de France.**

Décideurs publics et acteurs privés sont dans le même bateau face à la crise? Sans doute. **Mais l'embarcation prend l'eau et seules les liquidités versées par la BCE permettent de la remettre à flot. Qui finance, commande: Christine Lagarde est en dernier ressort la vraie «patronne» de Bercy comme l'appellent familièrement ses proches.** Et derrière elle, la décision incombe au conseil des gouverneurs de la BCE qui décide de façon collégiale des volumes de rachat de titres publics - ouf, ils sont garantis jusqu'en mars 2022. **Avec en embuscade Bruxelles qui vient de prolonger jusqu'en 2023 la suspension des règles du pacte de stabilité budgétaire - second ouf, ô combien temporaire. Loin d'être une forteresse vide, Bercy est un colosse aux pieds d'argile quand bien même il les baigne impudemment dans la Seine.**

Le Figaro (site web)

dimanche 6 juin 2021 - 20:30 UTC +02:00 2687 mots

Jacques Julliard:
«La bombe islamiste contre le compromis laïque»

Julliard, Jacques

CHRONIQUE - Nous croyions en avoir fini, en France, avec la question de la religion dans ses rapports avec la politique, mais voilà que celle-ci ressurgit avec la poussée de l'islam. L'historien et essayiste, que nos lecteurs retrouvent chaque premier lundi du mois, souligne combien le regain d'intérêt intellectuel pour les origines et le devenir du christianisme est significatif.*Jacques Julliard est éditorialiste de l'hebdomadaire Marianne.*

La religion dans ses rapports avec la politique: voilà une question qu'en Occident, et en France particulièrement, on avait, après de vifs affrontements, crue dépassée et qui ressurgit aujourd'hui avec l'implantation progressive de l'islam en terre jadis chrétienne. À cette question, redevenue fondamentale et même obsessionnelle, les intellectuels qui se réclament du marxisme, ou encore de la «French Theory», comme disent les Américains, les partis et notamment les partis de gauche, mais aussi les Églises, et spécialement l'Église catholique, répondent par un silence à proprement parler sidérant.

De la nécessité d'une religion civile

Non que la question soit nouvelle. La majorité des philosophes du XVIIIe siècle croient à la nécessité d'une religion populaire, soit d'une façon purement utilitariste ou même cynique à la manière de Voltaire (*«Je veux que mon procureur, mon tailleur, mes valets croient en Dieu; et je m'imagine que j'en serai moins volé!»*), soit de façon morale et existentielle, à la manière de Rousseau (*«Conscience, conscience, instinct divin, immortelle et céleste voix; (...) juge infaillible du bien et du mal, qui rends l'homme semblable à Dieu»*, s'écrie dans une prosopopée célèbre le vicaire savoyard). Le même Rousseau a ajouté au livre IV du *Contrat social* un huitième chapitre, «De la religion civile», qui n'existait pas dans la conception et la rédaction première du livre. **Rousseau y soutient la nécessité d'une religion civile et cérémonielle, assez proche de ce que les hommes de 93 imagineront après avoir éliminé le catholicisme. Il reproche du reste à Jésus, en établissant la séparation du religieux et du politique (nous dirions du spirituel et du temporel), d'avoir introduit dans la société des divisions intestines incessantes, tandis que «Mahomet eut des vues très saines» en unissant les deux.** Diable! Mais quand il s'agit de donner un contenu à sa religion, il se prononce pour le christianisme de l'Évangile: *«Par cette religion sainte, sublime, véritable, les hommes enfants du même Dieu se reconnaissent tous pour frères.»*

Allez comprendre! Le véritable inventeur du «en même temps», ce n'est pas, comme on le croit, Emmanuel Macron, mais Jean-Jacques Rousseau en personne... À des degrés divers, la plupart des grands esprits du XIXe siècle français ont pensé comme Rousseau, de Benjamin Constant à Renan et à Tocqueville. **On connaît chez l'auteur de *La Démocratie en Amérique* le rôle fondamental de la religion pour établir l'unité de la société.** On notera en revanche la position, pleine de profondeur et de finesse de Benjamin Constant, qui toute sa vie a réfléchi au problème. *Après avoir précisé qu'il n'aurait « pas mauvaise opinion d'un homme éclairé, si on me le présentait comme étranger au sentiment religieux; mais un peuple incapable de ce sentiment me paraîtrait privé d'une faculté précieuse et déshérité par la nature »* (1), il considère que ce serait faire injure à la religion que de la cantonner dans le rôle utilitariste de garde-fou contre les errements du peuple. Mettre la religion *«dans la dépendance de cette utilité», «il n'y a rien de plus propre à détruire toute religion».*

On ne saurait mieux dire. Il n'est pas jusqu'à la **France agnostique et anticléricale, celle de la loi de séparation de 1905**, qui ne rentre dans cette épure. **Car l'immense majorité des progressistes, des radicaux et des socialistes du XXe siècle commençant, étaient des agnostiques spiritualistes qui, tout en supprimant la référence à la transcendance, conservaient précieusement l'humanisme universaliste, commun au christianisme, à la philosophie des Lumières, voire au socialisme lui-même.**

La bombe islamiste contre le compromis laïque

Le compromis implicite, synonyme de paix spirituelle entre les Français, et de paix religieuse entre l'Église et l'État, entre la foi et la laïcité, a duré tout au long du XXe siècle, même si l'affaiblissement concomitant du christianisme, de l'humanisme et du socialisme, le rendait chaque jour un peu plus fragile, un peu moins propre à fonder en esprit et en vérité le pacte social lui-même. Dans le dernier quart du XXe siècle, c'est la religion du progrès et de la consommation qui semblait prendre une place laissée vide et tenir lieu, à défaut de lien social véritable, d'intérêt commun aux diverses catégories de citoyens. Une religion de l'individu, fondée sur les droits de l'homme à la jouissance privée, se mettait en place à bas bruit, de peur de réveiller les esprits lucides de la période.

Au premier chef d'entre eux, André Malraux, qui déclare le 3 juin 1956: «*La nature d'une civilisation, c'est ce qui s'agrège autour d'une religion. Notre civilisation est incapable de construire un temple ou un tombeau. Elle sera contrainte de trouver sa valeur fondamentale, ou elle se décomposera. C'est le grand phénomène de notre époque que la violence de la poussée islamique.*» (2)

Texte prophétique. Fulguration géniale. C'est le compromis bancal, fondé sur le rétablissement de la société civile au profit de l'État, et sur la dégradation de l'humanisme en individualisme qui, symboliquement, a volé en éclats en même temps que les tours jumelles du World Trade Center de New York le 11 septembre 2001, c'est-à-dire à l'orée du XXIe siècle. Car enfin, **c'est bien aux valeurs purement mercantiles et consuméristes de l'agnosticisme individualiste que l'islamisme déclarait la guerre, djihad qui n'est pas, contrairement à ce que l'on croit en Occident, fondé exclusivement sur le terrorisme, mais sur la confrontation des valeurs.** La violence qui nous est faite chaque jour par l'islamisme n'est pas une violence de voyous, c'est une violence sacrée, ou plutôt qui se veut telle et qui a pour but de faire ressentir le caractère purement dérisoire de notre civilisation technicienne.

Défaite de l'humanisme?

Si, en ce vingtième anniversaire de l'effondrement des tours jumelles, on fait le bilan des réactions des Occidentaux face à l'agression, on ne peut qu'être consterné par la médiocrité de la réplique. Non seulement les Européens ont persévéré dans la dénégation de toute identité (les fameuses racines chrétiennes qu'ils sont les seuls à ne pas reconnaître comme leurs) mais ils se sont ingéniés à donner de leur civilisation l'idée la plus misérable qui se puisse imaginer. En France, on s'est obstiné à y détruire tout ce qui pouvait ressembler à un projet intellectuel et spirituel, propre à unir les Français et inciter les nouveaux arrivants à s'y intégrer. L'Éducation nationale est redevenue une simple instruction publique, et dans ce domaine n'a cessé de régresser jusqu'à évoluer tendanciellement vers le tiers-monde: un niveau en mathématiques devenu, tous pays confondus, l'un des plus bas du monde; un recul de la recherche scientifique dont la crise du Covid vient de donner une illustration navrante; un illettrisme qui progresse et une langue française en cours de décomposition: c'est le moment où nos élites, avec un sens rare de l'opportunité, préconisent l'élargissement de la langue arabe ainsi que des langues régionales dans notre système éducatif. Pour couronner le tout, un président de la République étranger au génie culturel national, rétif à l'universalisme, qu'il soit chrétien, humaniste ou socialiste, et acquis implicitement au communautarisme.

Le christianisme, religion de la séparation

D'où la question que pose Dominique Reynié dans une remarquable contribution à l'ouvrage collectif qu'il a dirigé, *Le XXIe siècle du christianisme* (Les Éditions du Cerf). Soulignant à son tour que «**les principes qui fondent la société démocratique entrent en résonance avec les valeurs chrétiennes**», il se demande «*ce que pourrait signifier la sortie simultanée du politique et du religieux*» (p. 43). Autrement dit, de la démocratie et du christianisme.

Certes la religion n'est pas en recul, bien au contraire. La sécularisation grandissante de l'Europe, et notamment de la France, ne doit pas induire en erreur: **dans le monde, islam et christianisme continuent de progresser, le premier plus rapidement que le second.** Selon les données du Pew Research Center, les chrétiens constituent le groupe le plus nombreux avec 2,3 milliards de fidèles, suivis des musulmans, 1,8 milliard, des hindous, 1,1 milliard, et des bouddhistes, 500 millions. Les personnes sans affiliation religieuse ne constituent que 16% de la population mondiale, **mais que signifient ces chiffres globaux par rapport à la foi individuelle, en particulier dans les pays, nombreux, où il n'est pas possible de déclarer son athéisme?**

Ce qui est certain, c'est que si l'on fait un sort particulier aux Ouïgours de Chine et aux Rohingyas de Birmanie, **la religion la plus persécutée à travers le monde est le christianisme, notamment dans la quasi-totalité des pays musulmans.** On aboutit, par exemple, dans le pourtour du monde méditerranéen, à une véritable inversion du paysage religieux. Alors que dans le passé, sa façade septentrionale était presque complètement mono-chrétienne, tandis que sa façade méridionale et orientale était pluraliste (musulmans, chrétiens, juifs), c'est aujourd'hui le contraire qui est en train d'advenir, **par élimination systématique des chrétiens et**

des juifs dans les pays à dominante musulmane. Le cas des chrétiens d'Orient est particulièrement dramatique et révoltant, dans l'indifférence totale des Européens.

Or, comme le souligne Dominique Reynié, la guerre faite au christianisme en Asie et en Afrique est une guerre à l'autonomie du religieux, c'est-à-dire au principe de séparation entre le temporel et le spirituel: **ce que Jésus lui-même a théorisé le premier et que nous appelons en France laïcité. Or la séparation du temporel et du spirituel est rigoureusement contraire à l'islam.** D'où sa difficulté à concevoir et admettre la démocratie, et l'énorme problème que constitue pour cette dernière la marche en avant de l'islam. Certes, historiquement, le **catholicisme**, sous les espèces de la papauté, a tout fait, elle aussi, pour réunir «les deux glaives» sous l'autorité du spirituel. **Mais c'était en contradiction formelle avec la pensée de son fondateur («Mon royaume n'est pas de ce monde»).** **C'est pourquoi elle a pu, non sans mal, se rallier à la séparation des pouvoirs, c'est-à-dire à la démocratie et à la laïcité.**

C'est ce principe de séparation qui est aujourd'hui menacé par l'islam sous différentes formes de «désécularisation», mais aussi par la crise générale de l'universalisme, par l'imposition de la catégorie du vivant (écologie, animalisme) sur la primauté historique du spirituel, voire par la tentation de l'eugénisme contenue dans le «posthumanisme». À des signes comme ceux-là, dont il faudrait détailler les avatars, on mesure combien la démocratie, telle que nous la concevions depuis Athènes, est liée aux diverses formes de l'humanisme, et capable de périr avec elles.

Le génie du christianisme

Autrement dit, alors que, **vu de l'Occident, le monde paraît entré dans un processus irréversible de sécularisation, finalement conforme au génie du christianisme,** à certains égards, qui fait de lui l'agent de sa propre extinction («*la religion de la sortie de la religion*», comme dit Marcel Gauchet), **on peut se demander si ce n'est pas un chemin inverse qui est amorcé, celui d'une «désécularisation».** C'est la question que posent deux auteurs d'inspiration très différente, Dominique Reynié, déjà cité, et Alain de Benoist dans un vigoureux essai de théologie politique, *La Puissance et la Foi* (Pierre-Guillaume de Roux). Si l'on ajoute qu'en marge de ses positions politiques exprimées dans la revue d'extrême droite *Éléments*, le même Alain de Benoist vient de publier *L'Homme qui n'avait pas de père* (Krisis), immense dossier sur Jésus dont l'érudition n'a d'égale que la rigueur, on ne peut qu'être impressionné par le surcroît **d'intérêt intellectuel qui se manifeste aujourd'hui autour de la question des origines et du devenir du christianisme.** Auquel il faut ajouter le grand dossier, *Après Jésus. L'invention du christianisme*, sous la direction de Roselyne Dupont-Roc et Antoine Guggenheim (Albin Michel) venant après l'*Encyclopédie Jésus* publiée aux mêmes éditions. Et encore, dans un ordre différent, l'essai très enlevé de Jean-Marie Rouart: *Ce pays des hommes sans Dieu* (Bouquins Essai) où l'académicien revient sur l'échec à long terme de Vatican II («*Une Église sous influence protestante*») et plaide pour un sursaut chrétien à partir de la tradition.

La conclusion que l'on peut tirer de ces études et des interrogations qu'elles suscitent est que **le processus de sécularisation, c'est-à-dire de séparation du spirituel et du temporel, accompagné d'une «érosion systématique des pratiques, des croyances et des valeurs religieuses»** (Norris et Inglehart) **est loin d'être achevé.** D'un point de vue cyniquement laïciste, on serait tenté de dire que la sécularisation du monde, étant donné l'inanité de la pensée postmoderne, a plus que jamais besoin du christianisme pour s'imposer... On peut même aller plus loin et soutenir que **sans le secours permanent du principe chrétien d'égale dignité des hommes créés à l'image de Dieu, la philosophie des droits de l'homme est assise sur le vide,** et se trouve fragilisée par la pensée infrahumaniste - de type écologie - ou suprahumaniste - de type intelligence artificielle -. La modernité est ainsi renvoyée à ces «*idées chrétiennes devenues folles*» selon le mot de G. K. Chesterton. À quoi l'on pourrait ajouter «à la recherche d'un asile», c'est-à-dire d'un lieu propre à les protéger et à les guérir.

Mais qu'est-ce qui rend folles les idées chrétiennes, sinon la politique? Dans le sillage de la théologie politique de Carl Schmitt, Alain de Benoist considère l'allégorie du péché originel comme le fondement de toute espèce de théorie politique réaliste, qui tient compte de cette fatale aliénation. Ainsi pensent Joseph de Maistre et Donoso Cortes, et Hegel lui-même, qui voit dans la chute consécutive au péché originel, l'étape décisive de l'humanisation de l'être humain comme sujet pensant, mais aussi comme sujet moral, accessible à la connaissance du Bien et du Mal. Du reste, souligne encore Alain de Benoist, pour le saint Augustin de la *Cité de Dieu*, la politique n'est autre chose que la condition de l'homme après le péché.

Et Rousseau lui-même, à sa façon. Certes, il n'y a pas de péché originel chez l'auteur des deux *Discours*, mais il existe bel et bien une chute, consécutive à la socialisation de l'homme, qui fait d'un être bon par nature un être méchant en société.

Ce réalisme politique est nécessairement de droite. Il conduit tout droit à la tentation du cynisme et de l'autorité. **Et si le seul réalisme compatible avec la démocratie était celui d'un homme de gauche qui croirait au péché originel?**

1) Admirable chapitre 17, «De la liberté religieuse» des *Principes de politique* («De la liberté chez les modernes», Pluriel, 1950, p. 390-407).

2) Transcription d'Élisabeth de Miribel. Institut Charles de Gaulle.

194,110

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/deficits-quand-les-bornes-sont-franchies-il-n-y-a-plus-de-limites-20210607>

Le Figaro (site web)

lundi 7 juin 2021 - 19:26 UTC +02:00 872 mots

Vox ; Vox Économie

Déficits: quand les bornes sont franchies, il n'y a plus de limites

Robin, Jean-Pierre

ANALYSE - Le seul budget de l'État verra son déficit atteindre 220 milliards d'euros contre 178 milliards l'an dernier. Qu'est-ce qui cloche dans le fonctionnement de notre économie et de sa sphère publique?

Un confinement ça va, trois confinements bonjour les dégâts. On croyait que les finances publiques avaient touché le fond de l'abîme en 2020 et que la reprise économique allait les requinquer. Erreur. L'exercice 2021 sera pire et l'ensemble des déficits - État, collectivités territoriales et comptes sociaux - représentera 9,4 % du Produit intérieur brut, contre 9,2 % l'année précédente, prévient Bercy.

Cette prévision paraît d'autant plus effarante que le PIB - la production de richesses du pays - devrait progresser de 5 % cette année selon le ministère des Finances. C'est dire qu'en chiffres absolus, l'évolution du déficit est encore plus abyssale que ne le laissent penser les pourcentages dont on notera une fois encore l'effet lénifiant sur l'opinion publique. Le seul budget de l'État verra son déficit atteindre 220 milliards d'euros contre 178 milliards l'an dernier. Qu'est-ce qui cloche dans le fonctionnement de notre économie et de sa sphère publique?

Bruno Le Maire avance trois explications à ce double dérapage car non seulement le tableau se noircit d'une année sur l'autre, mais la dégradation des comptes de l'État stricto sensu sera également supérieure de 49 milliards d'euros à ce qui avait été prévu dans la loi de finances 2021 initiale votée par le Parlement. «*Nous continuons à aider un certain nombre de secteurs et d'entreprises* », plaide le ministre des Finances: on l'avait compris, le «*quoi qu'il en coûte*» reste un impératif catégorique même si Bercy ne cesse d'en annoncer la sortie comme les carabiniers à l'opéra qui chantent «*marchons, marchons* » tout en restant sur place.

Deuxième justification, «*il y a une partie du plan de relance qui est décaissé*» dit laconiquement le ministre. Enfin, «*nous reportons un certain nombre de dépenses de 2020 sur 2021*», explique Bruno Le Maire, gêné aux entournures au point de parler au présent pour désigner un acte passé! En clair, l'État a reporté sur l'exercice comptable suivant des dépenses de 2020. Cet aveu n'est pas réellement une surprise quand on se souvient qu'en novembre dernier, le ministre des comptes publics Olivier Dussopt, avait présenté une énième loi de Finances rectificative 2020 avec un déficit calibré à 223 milliards d'euros ; or deux mois plus tard, à la clôture des comptes, en janvier 2021, ce déficit avait été ramené par magie à 178 milliards. C'est ce qu'on appelle du «*window dressing*», de l'habillage de bilan dans le jargon comptable.

Les reports d'une année sur l'autre sont à vrai dire classiques. Demain est un autre jour et on espère que la conjoncture s'améliorera et absorbera les dérapages. Sauf que le retour à meilleure fortune a été plus tardif qu'escompté et qu'il a fallu se résigner à un troisième confinement. D'où ces coups d'accordéon violents qui se chiffrent en dizaines de milliards d'euros.

On se rappelle qu'Édouard Philippe avait demandé à son arrivée à Matignon un audit à la Cour des comptes. Celle-ci avait alors rectifié les perspectives 2017 de déficit, le rehaussant de 2,9 % à 3,2 % du PIB, tout en stigmatisant «*l'insincérité*» des comptes sous François Hollande. En tant qu'ancien premier ministre, Manuel Valls, avait exprimé son indignation face à une telle accusation effectivement très grave, car le principe de «*sincérité budgétaire*» est inscrit dans la Constitution (article 32 de la LOLF, la loi organique de 2001).

Autres temps autres mœurs? On n'est pas au lendemain d'une élection présidentielle mais dans l'attente d'une nouvelle. Quant aux pratiques d'enjolivement des comptes, la tentation est éternelle et la conjonction d'une crise économique historique et d'une campagne électorale n'incite pas à la rigueur.

On peut en tout cas faire crédit à Emmanuel Macron de ne pas «jouer petit bras», comme on dit à Roland-Garros. De l'audace, toujours de l'audace. Le «quoi qu'il en coûte», la doctrine définie en mars 2020, est son image de marque. «Sky is the limit» (il n'y a pas de limite, tout est possible), avait-il répondu en septembre 2016 quand on lui demandait s'il pourrait -être candidat à la présidentielle 2017. De là à considérer que «la fin justifie les moyens» et que le budget sera sacrifié sur l'autel de la réélection espérée, honni soit qui mal y pense.

Ses adversaires potentiels et leurs propositions souvent abracadabrantesques ne font-ils pas assaut de démagogie? C'est bien le problème. Les comptes publics n'inquiètent plus personne. Quand on a franchi les bornes il n'y a plus de limites, disait le sapeur Camember.

Pourquoi une réforme reste indispensable

Les retraites sont le premier poste de dépenses publiques, les réformer est une nécessité économique et sociale.

Renault, Marie-Cécile

INSPIRÉ par des économistes de gauche et la CFDT, Emmanuel Macron avait l'ambition de mener une réforme systémique, modifiant le système de fond en comble, quitte à perturber tous les référentiels des Français. Il en convient désormais, le choc était trop brutal. Si le chef de l'État a la lucidité de renoncer au Grand Soir, réformer les retraites reste en revanche plus que jamais une nécessité, voire une urgence. Et cela pour quatre raisons.

Avec 327,9 milliards d'euros en 2019, les retraites constituent le premier poste de dépenses publiques. Soit 13,5 % du PIB, loin devant ses voisins. Or, après avoir été remis d'équerre grâce à la réforme de 2010 menée par Éric Woerth sous le quinquennat de Nicolas Sarkozy, qui a relevé l'âge légal de départ de 60 à 62 ans, le système des retraites est à nouveau en déficit depuis 2017.

Car la réforme n'est pas une adaptation une fois pour toutes, mais un processus continu, qui conduit à adapter grosso modo tous les dix ans le système aux conditions du moment. La crise du Covid est venue aggraver la situation et rend un peu plus nécessaire de prendre les mesures qui s'imposent. Résultat, le Conseil d'orientation des retraites (COR), qui doit remettre son rapport annuel jeudi prochain, ne pourra que constater la dégradation des comptes, comme il l'a déjà fait fin novembre : le déficit des retraites a atteint 23,5 milliards d'euros en 2020, et le retour à l'équilibre n'interviendra au mieux qu'en 2045, en prenant des hypothèses optimistes. Sinon, il pourrait rester durablement déficitaire au moins jusqu'en 2070. Quant au Conseil de suivi des retraites (CSR) - une instance chargée d'éclairer le gouvernement en fonction de l'évolution financière du système -, qui doit se prononcer quelques jours après le COR, il tire déjà la sonnette d'alarme depuis trois ans, et ne pourra qu'exhorter une nouvelle fois le gouvernement à agir pour redresser la barre.

Transparence dans le système

Si réformer les retraites est une nécessité économique, c'est aussi une nécessité sociale. Faute d'action, le boulet de la dette accumulée sera laissé aux jeunes générations. Personne ne souhaite faire ce cadeau empoisonné à ses enfants. Ou alors, c'est prendre le risque de devoir geler les pensions des retraités, comme en 2019 et 2020, quand elles ont été désindexées de l'inflation de manière dérogatoire. Personne ne souhaite faire subir cela à ses parents. Car les pensions augmentant alors moins vite que les prix, cela se traduit par une perte de pouvoir d'achat pour les retraités. Certes, ces derniers ont aujourd'hui un niveau de vie supérieur de 6 % à celui des actifs, et certains voudraient les voir payer une partie de la facture de la crise. Mais leur niveau de vie a déjà baissé en 2018, en raison de la baisse des pensions nettes moyennes, de la hausse de la CSG et de la non-revalorisation des pensions de base. Sur le moyen terme, le niveau de vie des retraités devrait devenir inférieur à celui de l'ensemble de la population dès 2026, selon le CSR. Personne n'a à gagner à monter les uns contre les autres et enclencher une guerre de générations.

Par ailleurs, le besoin de simplification, d'équité et de transparence dans le système de retraite, défendu à juste titre par Emmanuel Macron, reste plus que jamais d'actualité. C'est d'ailleurs sur ces grands principes que le chef de l'État avait d'abord rallié tout le monde à son projet, avant que la complexité encore plus grande du nouveau système ne perde chacun. Il n'en demeure pas moins que les privilèges les plus flagrants, à commencer par ceux des régimes spéciaux, doivent être corrigés.

Enfin, c'est également une nécessité aux yeux de l'Europe. Faute de réforme courageuse comme l'ont fait ses partenaires européens, la France prend le risque de s'isoler. En Angleterre, l'âge de départ est à 66 ans et en Allemagne à 65 ans et 8 mois (jusqu'à 67 ans en 2029). Bref, pour s'en sortir, il faudra globalement que chacun travaille un peu plus longtemps. L'Hexagone ne peut continuer à être le pays où l'on part le plus tôt, avec le niveau de pension le plus élevé, et l'espérance de vie la plus longue. Chacun peut le souhaiter, personne ne peut le défendre.

Comment définiriez-vous l'objectivité en sciences sociales ?

On peut définir l'objectivité de manière assez simple en combinant un volet négatif et un volet positif : en négatif, l'objectivité consiste à se démarquer de toute forme de subjectivité, qu'elle idéologique, religieuse ou artistique, et en positif elle implique de faire reposer ses conclusions sur une démonstration cohérente étayée par des preuves vérifiables.

Ce cadre est un peu grossier mais il permet déjà d'écartier les énoncés qui ne relèvent pas de la science. Par exemple, l'écriture inclusive n'appartient pas au registre scientifique car ses partisans vont avoir beaucoup de mal à démontrer que la graphie d'une langue est à l'origine des inégalités entre les hommes et les femmes.

Pour autant, l'objectivité est-elle aisément accessible en sciences sociales ? Ce n'est pas certain, mais il faut au moins distinguer le registre descriptif et le registre explicatif. **Dans le registre descriptif, il est parfaitement possible d'être objectif.** Rien n'interdit en effet de rendre compte objectivement de phénomènes tels que les évolutions sociodémographiques, les résultats électoraux, les opinions publiques, les programmes des partis politiques, les idées politiques, les politiques publiques, le déroulement des crises, etc. Certes, des désaccords peuvent toujours se produire car les instruments de connaissance et de mesure sont loin d'être parfaits, y compris lorsqu'on dispose de statistiques (songeons aux divergences sur l'évolution de la délinquance, qui augmente pour les uns, mais qui est stable ou en baisse pour les autres). Certains concepts sont également plus opératoires et consensuels que d'autres, et certains phénomènes sont plus faciles à documenter que d'autres.

Mais c'est surtout dans le registre explicatif que l'objectivité est plus délicate. Les mêmes phénomènes peuvent être vus de manières différentes : le populisme est-il un mouvement anti-démocratique ou exprime-t-il au contraire une volonté de réintroduire la démocratie dans des systèmes politiques gagnés par l'élitisme (<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13510347.2011.572619>) ? Stanley Milgram a beau avoir produit des résultats très originaux à partir d'une expérimentation spectaculaire sur la soumission à l'autorité, il en a tiré une théorie excessive concernant « l'état agentique ». **Même lorsqu'on a affaire à des phénomènes anciens comme la Révolution française ou la guerre de 1914, il est difficile d'obtenir un consensus sur les causes.**

La difficulté augmente lorsque les sujets sont sensibles ou clivants, d'une part parce que les passions interviennent, d'autre part parce que la gamme des interprétations possibles recoupe celles qui sont disponibles sur le marché des idées politiques. **Bien sûr, une interprétation partisane n'est pas nécessairement une interprétation fautive : après tout, les libéraux qui analysaient le communisme comme un mouvement totalitaire n'avaient pas tort.**

Néanmoins, ce chevauchement des interprétations constitue un défi pour les sciences sociales.

Durkheim en faisait déjà la remarque : « *le rôle de la sociologie doit consister à nous affranchir de tous les partis, non pas tant en opposant une doctrine aux doctrines, qu'en faisant contracter aux esprits une attitude spéciale que la science peut seule donner par le contact direct des choses* »

(http://classiques.uqac.ca/classiques/Durkheim_emile/regles_methode/regles_methode.html). Autrement dit, la sociologie doit s'efforcer de proposer une manière distincte de voir les choses. Pour ma part, je pense qu'il faut s'attacher à l'analyse des causes. **Par exemple, le but n'est pas de justifier la parité en politique ou le mariage gay, mais de comprendre pourquoi de telles réformes ont été adoptées. Un tel objectif implique de restreindre la réflexion aux domaines qui sont accessibles à une documentation minimale et pour lesquels il est possible d'appliquer une démarche scientifique, c'est-à-dire reposant sur des hypothèses claires et cohérentes, et visant à identifier des causalités.**

La neutralité du chercheur est-elle possible et souhaitable ?

La neutralité n'est pas toujours bonne en soi. On peut tout d'abord rappeler qu'il existe en science politique une tradition philosophique qui propose une réflexion de type normatif sur le bien et le juste : c'est la tradition léguée par Aristote, Hobbes ou Rousseau. Cette tradition, qui n'a rien perdu de sa légitimité, vise moins à respecter la neutralité épistémologique qu'à chercher une réponse aux débats éthiques, par exemple est-il juste de désobéir à la loi ou de donner des droits spécifiques aux minorités ?

Ensuite, il existe un type de neutralité qui n'est pas très intéressant : c'est la neutralité qui consiste à produire un discours tiède et peu impliquant, ou à ne pas prendre parti dans un débat académique qui voit s'affronter des thèses antagonistes, par exemple sur l'existence d'un nouvel antisémitisme. La neutralité relève ici plutôt de l'attentisme ou du confort personnel. Evidemment, il n'est pas toujours simple de trancher certains débats (par exemple l'immigration est-elle bénéfique pour les sociétés de départ et d'arrivée ?) mais, paradoxalement, ce sont souvent les thèses fortes qui nourrissent les controverses scientifiques, à l'image du « choc des civilisations » de Samuel Huntington, l'un des livres les plus contestés mais aussi les plus commentés.

La neutralité est-elle néanmoins possible ? Tout dépend de ce que l'on entend par neutralité : neutralité par les effets ou par les valeurs ? Dans le premier cas, la neutralité est quasiment impossible car, par définition, toute activité ou intervention publique, même strictement factuelle, a des effets sociaux. Nul n'est à l'abri d'une récupération de son travail : si un parti conservateur reprend à son compte une étude qui montre que la pornographie a des effets négatifs sur les jeunes, cela ne veut pas dire que cette étude manque de neutralité, mais on ne pourra pas dire qu'elle n'a pas eu d'impact sur le débat public. Beaucoup de militants vont aujourd'hui chercher dans les sciences sociales des résultats qui servent leur cause afin de donner une caution scientifique à leur combat.

Si l'on se situe maintenant sur le terrain des valeurs, la réponse est plus complexe. Certes, personne ne peut prétendre être dénué de convictions ou de croyances. Chacun est le produit d'une histoire, et tout chercheur est porteur d'une conception du Bien qui influence ses choix, voire ses objets de recherche et sa manière de les aborder. Si Durkheim a réfléchi sur le suicide et Weber sur le protestantisme, ce n'est pas tout à fait un hasard.

Pour autant, l'existence de valeurs invalide-t-elle toute recherche ? Pas forcément parce que, nous autres modernes, avons développé et cultivé certaines aptitudes. Nous sommes travaillés par des appartenances et des identités multiples, nous savons faire preuve d'empathie à l'égard d'autrui, et, surtout, nous avons

reçu une formation intellectuelle qui nous apporte des connaissances et une certaine réflexivité. Nous sommes capables de sortir de notre zone de confort, de suivre des raisonnements argumentés, de respecter des méthodologies éprouvées, autant de principes qui permettent de tenir à distance les croyances et les idées fausses. De surcroît, il existe une communauté savante qui offre des occasions d'échanges et de confrontations, ce qui permet normalement d'écarter les théories hasardeuses.

Mais ces filtres ne résolvent pas tous les problèmes. On découvre souvent après coup que le discours scientifique a été marqué par son époque. De plus, la neutralité n'est pas automatique ; elle dépend beaucoup des circonstances et des enjeux du moment. Durkheim et Weber ont beau avoir plaidé pour la neutralité de la science, ils sont intervenus publiquement pour plaider la cause de leur pays respectif pendant la Première guerre mondiale. Il faut aussi tenir compte de la volonté réformatrice qui habite traditionnellement les sciences sociales. Les chercheurs qui travaillent sur les inégalités, les discriminations ou la démocratie participative manifestent souvent l'intention d'agir sur les politiques publiques. Ce désir d'action prend parfois une tournure plus radicale car il existe une tradition révolutionnaire, léguée par le marxisme, qui entend utiliser les sciences sociales comme un outil de libération au service des groupes considérés comme dominés.

Par ailleurs, trois facteurs contribuent aujourd'hui à rendre la neutralité plus malaisée. D'abord, les connexions entre les sciences sociales et les institutions publiques se sont considérablement renforcées, et ce de différentes manières : auditions, expertises, think tanks, financements, nominations dans des autorités administratives, etc. Ensuite, les étudiants ont pris une grande place dans la vie universitaire (ils siègent dans les instances de direction et interviennent beaucoup plus qu'avant dans l'évaluation des enseignements) ce qui accroît la pression morale qu'ils peuvent exercer. Enfin, la révolution numérique donne davantage de moyens aux chercheurs pour exprimer leurs points de vue en venant compléter les moyens traditionnels que sont la tribune de presse et la pétition.

Quelle place les méthodes occupent-elles dans votre démarche de chercheur ?

Elle est très grande puisque mes publications en tant que chercheur reposent largement sur des données d'enquêtes quantitatives. Depuis mon doctorat de science politique, qui m'a conduit à mettre en place une enquête auprès de 1500 lycéens et de leurs parents pour étudier la transmission des opinions politiques, j'ai réalisé plusieurs enquêtes, mais j'ai surtout été amené à exploiter des enquêtes réalisées par autres chercheurs, qu'elles soient locales, nationales ou internationales (de type EVS ou ISSP). J'ai aussi réalisé des entretiens mais plutôt durant les phases préparatoires de mes enquêtes. La seule fois où j'ai vraiment exploité des entretiens, c'était pour une étude sur les Guignols de l'info (<https://www.cairn.info/revue-francaise-de-science-politique-2005-4-page-691.htm>). J'ai aussi fait de l'analyse de discours en étudiant la façon dont les partis extrémistes ont perçu et analysé le « Printemps arabe » (<https://www.editions-harmattan.fr/livre-extremismes-europeens-et-mondes-arabo-musulmans-rapprochements-strategiques-et-convergences-ideologiques-bernard-bruneteau-yves-santamaria-9782379990700-69891.html>).

Ma conviction est que les données quantitatives sont généralement plus satisfaisantes lorsqu'il s'agit d'engager un processus d'objectivation. Les méthodes qualitatives comme l'entretien ou l'observation sont évidemment très précieuses, et je plaide en leur faveur auprès des étudiants car elles invitent à se mettre à l'écoute des gens ou à visualiser les comportements, mais l'avantage des données quantitatives (qu'elles soient d'ailleurs issues d'enquêtes ou non) est qu'elles exercent une contrainte très forte sur le chercheur, ce qui renforce l'objectivité, même si ce n'est pas une garantie. La quantification présente au moins trois grands mérites que les autres données ne possèdent pas : elle fixe des ordres de grandeur, elle met en évidence des corrélations et elle donne la possibilité de contrôler les principaux facteurs explicatifs.

J'ajoute cependant deux remarques. La première est que la science politique est loin de se réduire à l'exploitation des données empiriques recueillies auprès des individus. Elle nécessite aussi d'analyser des réalités qui ne sont pas toujours accessibles aux méthodes des sciences sociales. L'étude des élections ou des politiques publiques implique par exemple de tenir compte des stratégies des acteurs, ce qui passe inévitablement par un travail de reconstitution et d'interprétation en recoupant diverses informations.

La seconde remarque est que, à côté de mes activités de chercheur, je suis également enseignant. Or, dans l'enseignement, la question des méthodes et de la neutralité se pose aussi, mais de manière différente. L'enseignement n'est pas une science exacte, surtout dans les IEP où la culture générale ainsi que les débats d'actualité occupent une place importante, comme en témoigne l'épreuve du Grand oral.

Sauf dans certains cours, et plutôt en second cycle, les enseignants ne peuvent pas se prévaloir du titre d'expert : on enseigne rarement sur son sujet de thèse. Un cours n'est pas un article de recherche ; il a pour objectif de transmettre des informations, mais aussi de nourrir la réflexion et d'ouvrir des horizons. Chaque séance est singulière, rarement rejouable à l'identique. L'enseignement comporte une dose d'imperfections et de tâtonnements, une part d'aléa ; il peut suivre des cheminements non prévus, se nourrir d'une actualité dramatique, provoquer des émotions.

Un cours est aussi une rencontre entre des personnes qui ont des attentes et des regards différents. Un groupe est constitué d'éléments hétérogènes dont les interactions ne produisent jamais les mêmes effets. Lorsque j'étais étudiant, j'attendais (souvent en vain) que les enseignants fassent part de leurs propres conclusions, non pas pour les singer mais pour pouvoir me situer. La réflexion a besoin de confrontations. Dans l'enseignement supérieur, le professeur n'est pas une machine, et encore moins un simple distributeur de parole. Il doit aussi savoir proposer des contre-arguments, prendre le contre-pied des idées couramment admises. Si l'enseignement supérieur cesse d'être un lieu où l'on met en cause les dogmes et les tabous, où le fera-t-on ? De leur côté, les étudiants doivent apprendre à être dérangés. Ils doivent d'autant plus accepter d'être confrontés à des avis divergents que, plus tard, ils devront faire face à des discordances et des conflits. Il ne faut donc pas chercher à les protéger, et encore moins à les formater.

Pourriez-vous présenter un exemple de recherche, idéalement issue de vos propres travaux, pour illustrer les enjeux et les tensions autour de l'objectivité et de la neutralité en sciences sociales ?

C'est une question que je me pose constamment, moi qui ai choisi, voici une dizaine d'années, de travailler sur l'islam et les musulmans en France, à la fois dans mes enseignements et dans mes recherches.

Peut-on aborder froidement un sujet aussi brûlant ? Si l'on entend par « froidement » une analyse dénuée d'émotion, la réponse est franchement négative car, comme beaucoup de monde, j'ai été très affecté par les drames qui ont frappé notre pays depuis 2012. Je m'intéresse aussi beaucoup aux tensions et cristallisations qui se manifestent autour de l'islam, qui sont immenses, presque d'ordre tectonique, ce qui me conforte dans l'idée que ce sujet constitue l'un des grands défis de notre époque.

Lorsque j'ai commencé à m'intéresser à ces questions, j'avais le sentiment que les sciences sociales et politiques s'en préoccupaient assez peu, ou qu'elles le faisaient de façon trop morale. J'ai par exemple constaté que l'importance de la religion chez les jeunes musulmans avait tendance à être minorée ou relativisée. C'est ce que j'ai essayé de montrer à partir de données françaises locales (<https://www.cairn.info/revue-francaise-de-sociologie-1-2011-2-page-311.htm>) ou nationales (<https://www.erudit.org/en/journals/ps/1900-v1-n1-ps01072/1021356ar/>).

Après les attentats de 2015, on a vu des universitaires adopter des positions très engagées. Le sujet est devenu encore plus clivant, notamment sur les questions de religion et de laïcité.

Pour l'enseignant que je suis, cette situation complique la tâche, tout en la rendant plus stimulante. Dans mon cours spécialisé « Islam et musulman dans la France contemporaine », je marche sur des œufs tant les passions sont à vif. Comment trouver le bon équilibre entre le souci de ne pas heurter et la nécessité de soulever les problèmes, y compris en présentant des arguments que les étudiants n'aiment pas entendre ? Faut-il éviter les points sensibles ou au contraire les aborder frontalement, tout en sachant qu'il existe désormais, sur ce sujet, des risques pour sa sécurité personnelle ?

Une autre difficulté est de savoir s'il est possible de faire le tri entre les analyses pertinentes et celles qui le sont moins. Suis-je moi-même capable de le faire ? Au nom de quoi mes analyses, ou du moins celles qui me semblent convaincantes, sont-elles plus neutres que celles avec lesquelles je suis en désaccord ?

Je n'ai évidemment pas de réponse mais il me semble que les règles de base de la démarche scientifique permettent d'établir des hiérarchies. C'est ainsi que la thèse d'Olivier Roy sur « l'islamisation de la radicalité » (https://www.lemonde.fr/idees/article/2015/11/24/le-djihadisme-une-revolte-generationnelle-et-nihiliste_4815992_3232.html), qui a connu un grand succès, est certes très stimulante mais elle a pour défaut de ne pas s'appuyer sur une démonstration empirique.

De même, sur la question hautement sensible de l'islamophobie, on est frappé par le manque d'arguments, ou par la présence d'interprétations erronées, comme l'a très bien analysé Philippe d'Iribarne (<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/2019/04/01/31003-20190401ARTFIG00100-islamophobie-une-arme-d-intimidation-pour-dissuader-d-observer-la-realite.php>). J'ai moi-même pu montrer, à l'aide de l'enquête sur les valeurs des Européens (EVS), que c'est en France que l'on enregistre la plus faible proportion de gens qui refusent d'avoir des voisins musulmans (<https://theconversation.com/dis-moi-qui-tu-ne-veux-pas-pour-voisin-les-europeens-et-la-tolerance-131499>).

Le manque de preuves est encore plus flagrant pour la thèse de « l'islamophobie d'Etat », reprise encore récemment par le politologue Jean-François Bayart (https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/jean-francois-bayart-que-le-terme-plaise-ou-non-il-y-a-bien-une-islamophobie-d-etat-en-france_6057987_3232.html). On doit pourtant lui objecter qu'il

n'existe pas en France de lois ou de politiques discriminatoires fondées sur la religion, ou bien que l'Etat français entretient des relations diplomatiques étroites avec plusieurs pays musulmans au point de laisser ces derniers exercer un certain contrôle sur les différentes composantes de l'islam de France.

La question est de savoir pourquoi certains universitaires s'avèrent perméables à l'égard d'analyses aussi contestables. Il faut peut-être y voir une illustration des analyses de Thomas Kuhn sur le fonctionnement des communautés savantes et l'incommensurabilité des paradigmes (<https://www.cairn.info/histoire-et-philosophie-des-sciences--9782361060398-page-163.htm>). Les sciences sociales, qui se recrutent majoritairement dans les milieux éduqués et urbanisés de la société, ont tendance à se faire les porte-paroles de certaines valeurs. Elles adoptent des grilles de lecture qui rendent réfractaires aux anomalies. Là se trouve l'un des défis pour les sciences sociales et politiques : comment éviter l'enfermement de la réflexion dans les cercles académiques ? Comment garantir la pluralité et la diversité des analyses, tout en respectant les règles minimales de la démonstration scientifique ?

Let's talk about sex

A backlash against gender ideology is starting in universities

Academics are speaking up against the stifling of debate



International

Jun 5th 2021 edition

WASHINGTON, DC

Hours before **Jo Phoenix, a professor of criminology at Britain's Open University, was due to give a talk at Essex University** about placing transgender women in women's prisons, students threatened to barricade the hall. They complained that Ms Phoenix was a "transphobe" likely to engage in "hate speech". A flyer with an image of a gun and text reading "**shut the fuck up, terf**" (**trans-exclusionary radical feminist, a slur**) was circulating. **The university told Ms Phoenix it was postponing the event.** Then the sociology department asked her for a copy of her talk. Days later it told her it had voted to rescind its invitation, and would issue no more. **Ms Phoenix says she was "absolutely furious and deeply upset"** about both the damage to her reputation and to academic freedom.

Essex University's vice-chancellor asked Akua Reindorf, a lawyer who specialises in employment and discrimination law, to investigate. Eighteen months later, in mid-May, the university published Ms Reindorf's report on its website. **It said Essex had infringed Ms Phoenix's right to freedom of expression and that its decision to "exclude and blacklist" her was also unlawful.** It advised the university to apologise to Ms Phoenix and to Rosa Freedman, a professor of law at Reading University whom it had excluded from an event during Holocaust Memorial Week "because of her views on gender identity". (Essex in the end allowed Ms Freedman to attend.)

Ms Reindorf's report marks a challenge to the transgender dogma that originated on American campuses and has spread to universities around the English-speaking world. Its proponents hold that gender identity—the feeling that one is a man or a woman—is as important as biological sex and that trans people should in all circumstances be regarded as the gender with which they identify. This has increasingly influenced policy-makers: several places allow trans women into spaces that were once reserved for females, from sports teams to prisons and shelters for victims of domestic violence.

The opposing viewpoint, which is often described as "**gender-critical**", might once have been considered mainstream. It argues that, since biological sex is unchangeable, even with hormones, surgery or any other

form of treatment, the conviction that one has been born in the wrong body should not be dispositive. Gender critics argue that biological differences between the sexes make the continued provision of female-only spaces necessary. Trans activists say that trans women should have access to those places, too. “The emphasis that so-called gender-critical women place on what they describe as threats to women ignores the fact that trans women are overwhelmingly those who are threatened in single-sex spaces,” says Lisa Miracchi, an assistant professor at the University of Pennsylvania who has signed open letters disapproving of gender-critical feminists.

The arguments the two sides put forward, in other words, are complex and debatable. But many trans activists think that any disagreement is tantamount to hate speech and try to suppress it. Some universities with policies that reflect the belief that trans women are women have acted on complaints about people who do nothing more than express a contrary view. In May, after students at Abertay University in Dundee reported that a student had said at a seminar that women have vaginas and men are stronger, the university launched an investigation.

In some cases, academics who have objected to “gender ideology”—the view that gender identity should trump biology—have been removed from professional posts. In April Callie Burt, an associate professor at Georgia State University, was fired from the editorial board of *Feminist Criminology*. She was told her presence might deter others from submitting manuscripts. The problem appears to have been her criticism of the conflation of sex and gender identity in proposed anti-discrimination legislation. Last June Kathleen Lowrey, an associate professor of anthropology at the University of Alberta, was removed as the chair of an undergraduate programme after students complained they felt unsafe. She says she reckons gender-critical posters on her office door were to blame.

Yet the most worrying effect is likely to be invisible. An unknown number of university employees avoid expressing their opinion for fear it will damage their career or turn them into pariahs. The report about Essex says witnesses described a “culture of fear” among those with gender-critical views. This is unlikely to be limited to one university. The report also argues that expressing the view that trans women are not women is not hate speech and is not illegal under British law, whatever university policies might suggest.

The fight back

The report is likely to embolden gender-critical academics in Britain, at least, where they are already more outspoken. There are signs that a backlash to gender ideology is building elsewhere, too. In February, when Donna Hughes, a professor of women’s studies at Rhode Island University, published an article critical of gender ideology, petitions sprouted calling for her to be fired. Her university denounced her and warned that the right to free speech was “not boundless”. Ms Hughes, who is a co-founder of the Academic Freedom Alliance (afa), which was launched in March, says her university encouraged students to file complaints. She hired an “aggressive” lawyer. In May the afa announced the university had dropped its investigations into Ms Hughes and affirmed her right to speak.

Ms Hughes’s example is striking **because in America, where concerns about free speech in universities tend to focus on racial sensitivities,** gender-critical views are rarely expressed publicly. This is partly because there is no federal legislation that specifically protects trans (or gay) people from discrimination, which lends a particular urgency to lgbt activism. Jami Taylor, a professor of political science at the University of Toledo and a trans woman, says she has experienced “transgender-related bias” throughout her career, from being called “it” by students and a colleague to being guided to the men’s bathroom.

America’s political polarisation makes it harder yet to debate such topics. Trans activists often portray gender criticism as a far-right cause. Though it is becoming that, too, it is a topic on which leftist feminists and social conservatives find agreement. In Britain most outspoken gender-critical academics are left-leaning, atheist feminists. Some in America are, too.

Their chief concern is the preservation of female-only spaces. In February Holly Lawford-Smith, a professor of philosophy at the University of Melbourne, launched a website (noconflicttheysaid.org) which invited

women to describe their experiences of sharing female-only spaces with trans women. It is not a research project and its reports are unverified. Most describe a feeling of discomfort rather than any form of physical assault. Soon afterwards, around 100 of her colleagues signed an open letter claiming the website promoted “harmful ideology”. It called for “swift and decisive action by the university”. Ms Lawford-Smith kept her job, but there have been at least two marches at the university decrying that. “I think people quite enjoy having a nemesis on campus,” she says.

How did an ideology that brooks no dissent become so entrenched in institutions supposedly dedicated to fostering independent thinking? Pressure groups have played a big part. In Britain most universities and many public-sector bodies have joined the Stonewall Diversity Champions scheme, which means they have drawn up policies that reflect the group’s position on trans identity. The report about Essex said the university’s policy “states the law as Stonewall would prefer it to be, rather than the law as it is”, and could cause the university to break the law by indirectly discriminating against women. It recommended that Essex reconsider its relationship with Stonewall. Several bodies, including the government’s equality watchdog, have since left the Champions scheme.

The influence of pressure groups exemplifies the other big reason trans ideology has gained a foothold in academia: its elision with the rights of gay people. Many organisations established to defend gay rights have morphed into trans-rights groups. Tamsin Blaxter, a research fellow at Gonville & Caius College, Cambridge and a trans woman, says that academia has become a lot more welcoming to trans people, thanks largely to Stonewall. But some gay people disagree with its new focus. In 2019 some supporters split from the group, in part owing to concerns that its stance encourages gay people to redefine themselves as trans (and straight), to form the lgb Alliance. Similar groups have sprung up around the world.

Students increasingly express gender-critical views. This year a group of feminist students in Cambridge ran a “replatforming” event for gender-critical scholars who had been excluded from academic events (Ms Phoenix was among the speakers). Sophie Watson, one of the organisers, says she has lost friends over the issue. “There’s so much fear over using the wrong language—to disagree with the line that trans women are women is really considered hateful,” she says.

Campus revolt

Gender-critical academics hope that as more of them speak out, others who share their concerns but were afraid to express them will feel emboldened. When Kathleen Stock, a professor of philosophy at Sussex University and one of Britain’s most prominent gender-critical academics, was given a government award for services to education last December, hundreds of academics from around the world signed an open letter denouncing her. More than 400 signed a counter letter in her defence. But many people, she says, prefer to express their support privately.

Universities will no doubt watch how the debate evolves outside academia, especially in the courts. The dangers of eroding free speech are becoming increasingly apparent as judges rule on matters from the medical treatment of trans-identifying children to people who have been sacked after being accused of transphobia. If Maya Forstater, a British researcher who lost her job because of her gender-critical views, wins her appeal against the ruling of an employment tribunal that this was lawful, universities may become quicker to defend their gender-critical employees.

Regulation may also play a part. **In February the British government announced proposals to strengthen academic freedom at universities, including the appointment of a free-speech champion.** Some (though not all) gender-critical academics welcome the idea. **In America lawsuits invoking free speech may make a difference. But it would be better if universities, which owe their success to a tradition of dissent and debate, did in fact defend it.**

Jean-François Bayart : « Que le terme plaise ou non, il y a bien une islamophobie d'Etat en France »

TRIBUNE

Jean-François Bayart

Sociologue

La dénonciation de « l'islamo-gauchisme » repose sur une méconnaissance confondante de l'histoire et révèle **la consolidation d'un « républicano-maccarthysme » au cœur même de l'Etat** et des médias, accuse le professeur de sociologie politique dans une tribune au « Monde ».

Publié le 31 octobre 2020 à 02h53 - Mis à jour le 31 octobre 2020 à 06h50 Temps de Lecture 4 min.



Le ministre de l'éducation Jean-Michel Blanquer à l'Assemblée nationale, le 27 octobre. ALAIN JOCARD / AFP

Tribune. Au lendemain des attentats de 2015, j'avais publié un petit essai, *Les Fundamentalistes de l'identité* (Karthala, 2016), dans lequel j'exprimais ma crainte de voir la France prise en otage par l'inimitié complémentaire entre salafistes et laïcards. Nous y voilà. L'effroi, le dégoût et la colère qu'inspirent l'assassinat de Samuel Paty et l'attentat de Nice offrent un effet d'aubaine aux idéologues qui s'arrogent le monopole de l'indignation et de la définition de la République. La dénonciation de « l'islamo-gauchisme » trahit un manque de *securitas*, cette tranquillité d'esprit que les stoïciens revendiquaient face au danger, et qui est l'antipode de la panique sécuritaire.

Que le terme plaise ou non, il y a bien une islamophobie d'Etat en France, dès lors qu'un ministre de l'intérieur déclare, à propos des « Auvergnats » bien sûr, que « quand il y en a un, ça va », et que « c'est quand il y en a beaucoup qu'il y a des problèmes » [phrase prononcée par Brice Hortefeux en 2009], au cours d'un quinquennat qui institue un ministère de l'immigration, de l'intégration, de l'identité nationale.

« Le professeur que je suis éprouve d'un sentiment de colère devant l'hypocrisie d'une élite politique qui, soudain, redécouvre l'enseignant »

Il y a bien une islamophobie d'Etat lorsque sa police pratique une discrimination certes illégale, mais systémique, à l'encontre d'une partie de la jeunesse assignée à ses origines supposées musulmanes. Cet Etat n'est pas « neutre entre les religions », comme le souhaitait l'écrivain Ernest Renan [1823-1892]. Il n'a cessé, ces dernières décennies, de valoriser le christianisme et le judaïsme en développant une laïcité dite « positive » à leur égard, et de vouloir se subordonner politiquement l'islam pour le contrôler sous prétexte de l'éclairer.

Il y a aussi **une islamophobie capitaliste** lorsque de grandes chaînes privées font preuve de tant de complaisance à l'égard de chroniqueurs dont la haine de l'islam est le fonds de commerce.

Méconnaissance de l'histoire

Il n'est pas vrai qu'expliquer est justifier. C'est se donner les moyens d'une politique. S'en tenir à l'« islam », c'est souvent oublier d'autres facteurs. Par exemple celui de la guerre : Al-Qaida est née de celles d'Afghanistan contre l'armée soviétique (1979-1992) et de la première guerre du Golfe (1990-1991) ; Daech est née de l'occupation américaine de l'Irak, en 2003. S'interdire de le savoir, c'est remonter la machine du dieu Mars en ignorant, par exemple, que le djihadisme au Sahel nous parle moins de l'islam que d'une crise agraire. [Aucune opération « Barkhane » \[nom de la force française antidjihadiste au Sahel\]](#) n'apportera de solution à ce problème.

La dénonciation de « l'islamo-gauchisme » repose sur une méconnaissance confondante de l'histoire. En ce sens, ceux qui le pourfendent sont bien la symétrie idéologique des fondamentalistes musulmans. Les uns s'inventent la Médine du Prophète de leurs rêves, les autres la III^e République de leur passion. Outre qu'il est amusant de voir invoquer, pour « protéger les femmes de l'islam », une République qui leur a refusé le droit de vote, la conception « intransigeante » de la laïcité est un contresens. Les Pères fondateurs de la III^e République s'en faisaient une idée « transactionnelle », récusaient l'« intransigeance », voulaient le « consensus », à l'instar de Gambetta [1838-1882]. (Re)lisez vos classiques, Manuel Valls !

Colère devant l'hypocrisie de l'élite politique

Et notamment la *Lettre aux instituteurs* (1883) de Jules Ferry, dans le respect que nous devons à Samuel Paty et la répugnance que nous inspire son assassin. « *Avant de proposer à vos élèves un précepte, une maxime quelconque, demandez-vous s'il se trouve, à votre connaissance, un seul honnête homme qui puisse être froissé de ce que vous allez dire. Demandez-vous si un père de famille, je dis un seul, présent à votre classe et vous écoutant, pourrait de bonne foi refuser son assentiment à ce qu'il vous entendrait dire. Si oui, abstenez-vous de le dire* », écrivait le fondateur de l'école publique.

Mais écoutons aussi son contradictoire, non moins républicain, Jules Simon [1814-1896], qui préférait à l'école publique l'instruction publique, éventuellement confiée aux familles ou à l'Eglise : « *Nous croyons qu'une école est assez neutre si elle permet à un athée qui s'y trouvera par hasard, sur cent élèves croyants, de sortir pendant qu'on explique leur croyance aux quatre-vingt-dix-neuf autres* ». Les hommes politiques de la III^e République avaient une pensée autrement plus subtile et profonde que celle de ces fondamentalistes contemporains. La III^e République était la République des professeurs, et non celle des managers.

Remise en cause de la liberté de pensée

L'affliction qu'éprouve le professeur que je suis, devant tant d'ignorance, s'accompagne d'un sentiment de colère. Colère devant l'hypocrisie d'une élite politique qui, soudain, redécouvre l'enseignant et le met au cœur de son dispositif, comme elle l'a fait il y a six mois avec les infirmières, mais n'a cessé depuis quarante ans de malmenier financièrement et idéologiquement l'hôpital et l'école. Colère devant le viol de la loi du 26 janvier 1984 – qui garantit aux enseignants et aux chercheurs, dans son article 57, « *une entière liberté d'expression dans l'exercice de leurs fonctions* » – par Jean-Michel Blanquer, ministre de l'éducation nationale, quand il s'en prend aux « *ravages* » de l'islamo-gauchisme « *à l'université* ».

Colère encore devant le vote par le Sénat, dans la nuit du 28 octobre, d'un amendement au projet de loi de programmation de la recherche (LPR) qui conditionne l'exercice des libertés académiques au « *respect des valeurs de la République* ». Cette dernière notion n'a jamais fait l'objet d'une définition juridique ou réglementaire. La rendre opposable à l'exercice des libertés académiques reviendrait à subordonner celles-ci aux pressions de l'opinion ou du gouvernement. L'amendement contrevient d'ailleurs au principe d'indépendance des universitaires, intégré au bloc de constitutionnalité après la décision 93-322 DC rendue par le Conseil constitutionnel, le 28 juillet 1993.

La dénonciation de l'islamo-gauchisme n'est que la remise en cause de la liberté de pensée. Elle révèle la consolidation d'un républicano-maccarthysme au cœur même de l'Etat et des médias. Elle signale un mouvement de fond, une sorte d'« apéro pastis » qui, tout comme le mouvement du *Tea Party* aux Etats-Unis, pave la voie à un avatar hexagonal du trumpisme.

Jean-François Bayart, professeur de sociologie politique à l'Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID, Genève), dernier ouvrage paru : « L'illusion identitaire » (Fayard, 2018).

Haendel : La Royal Academy of Music de Londres va-t-elle « décoloniser » la mémoire du compositeur ?



Par [Philippe Gault](#)

Publié le 26/05/2021 à 11:33 | Modifié le 26/05/2021 à 13:41

Un article du Telegraph crée la polémique Outre-Manche. Selon le quotidien britannique, la Royal Academy of Music de Londres, que Georg-Friedrich Haendel dirigea à sa création, souhaiterait supprimer un certain nombre de traces mémorielles du grand compositeur, qui aurait investi dans une compagnie de traite d'esclaves. Une accusation que l'institution réfute.

Georg-Friedrich Haendel a dirigé la Royal Academy of Music de 1719 à 1728

Georg-Friedrich Haendel aura marqué l'histoire de la Royal Academy of Music dont il assura la direction musicale à sa création, de 1719 et 1728. Mais trois siècles plus tard c'est le passé « colonialiste » du grand compositeur d'origine prussienne que le plus ancien conservatoire du Royaume-Uni met en cause. En 2015, en effet, un chercheur américain a révélé que *Georg-Friedrich Haendel* avait investi, dans la Royal Africa Company, un des principaux marchands d'esclaves au début du XVIIIe siècle.

Selon l'édition dominicale du *Telegraph*, la Royal Academy of Music aurait ainsi décidé de réaménager une partie de sa collection, dont les éléments mémoriels liés au compositeur incriminé. Le quotidien indique par exemple que l'institution aurait l'intention de retirer des portraits et des sculptures représentant Haendel, des manuscrits dont certaines de ses partitions originales, mais aussi des instruments de l'époque (pianos, violons notamment) dont certains éléments ont été fabriqués avec de l'ivoire et de l'ébène importés d'Afrique.

La Royal Academy of Music déclare ne posséder aucun manuscrit original de Haendel

Dès le lendemain de la parution de cet article, la Royal Academy of Music a tenu à démentir certaines assertions publiées. Dans son communiqué, l'institution indique: « *Il n'est pas prévu de se débarrasser des instruments des collections de l'Académie. Les examens que nous entreprendrons concernent uniquement le stockage des collections sur place et la façon dont nous interprétons les éléments de nos collections. Il n'est pas question d'exposer les instruments de musique en fonction de leur provenance ou de leurs associations* » et précise « *De plus, l'article du Telegraph indique que nous détenons une – vaste collection de manuscrits de Georg-Friedrich Handel – or nous ne possédons aucun manuscrit original du compositeur* ».

Néanmoins, la Royal Academy of Music confirme que, dans le cadre de la formation de ses élèves « *Il est essentiel qu'ils comprennent les forces culturelles, politiques et socio-économiques qui ont façonné les traditions musicales, ainsi que les problèmes qui la façonnent dans le présent, comme la pandémie et les questions autour de l'égalité, de la diversité et de l'inclusion. Ce qui passe, notamment, par la compréhension des contextes dans lesquels des figures emblématiques telles que Haendel et Mozart ont travaillé. Mais nous n'avons supprimé aucun compositeur de nos programmes* ».

Philippe Gault

La Croix (site web)

Famille, mercredi 9 juin 2021 860 mots

Décolonialisme, islamophobie... Les étudiants de Sciences-Po déstabilisés par les polémiques Abonnés

Mikael Corre

Enquête L'organisation d'un « Mois décolonial » par une association de cet Institut d'étude politique (IEP) a relancé de vieilles polémiques. Certains accusent l'école d'être le creuset de l'« islamogauchisme », quand d'autres crient à l'instrumentalisation.

Commenter Réagir Envoyer par mail Envoyer Partager sur Facebook Partager Partager sur Twitter Twitter

Cette année, Sciences-Po Grenoble s'est déchiré. Sur l'islamophobie, le décolonialisme et, avant cela, sur les violences sexuelles et sexistes. « C'est une accumulation de tensions, accrues par la crise du Covid, décrit Ingrid (1), étudiante à l'école. Plutôt que d'échanger dans les amphis, après les cours, tout s'est passé sur les réseaux sociaux. Et c'est parti en vrille. »

Le 4 mars dernier, les controverses débordent de l'enceinte de la grande école iséroise avec l'affichage du nom de deux professeurs accusés de « fascisme » et « d'islamophobie », dont un enseignant d'allemand ayant critiqué l'emploi du terme islamophobie dans l'intitulé d'un groupe de travail.

? GRAND-FORMAT. L'université dépassée par les questions identitaires

Un syndicat étudiant relaie ces accusations sur un réseau social, le parquet ouvre une enquête, le ministre de l'intérieur se rend sur place et l'un des enseignants ciblés entame une tournée des chaînes d'information pour dénoncer la « cancel culture » (2) qui minerait l'Institut d'études politiques (IEP) de Grenoble depuis une poignée d'années. « On a tout entendu, qu'on était islamogauchistes ou 'woke' (3)... On nous a fait passer pour des extrémistes », regrette Lionel, pour qui « plus de 70 % » des étudiants « n'ont rien à voir avec ces caricatures ».

Le contexte particulier de la crise

Comme Ingrid, Lionel en veut à son professeur d'allemand d'avoir porté le débat sur Cnews et BFMTV : « Je l'aime bien ce prof, il est très provoc, mais sympa. Après, il se décrit comme libéral, plutôt à droite, et on a d'autres enseignants très à gauche, du coup je vois pas bien le problème. On n'a plus 15 ans, on sait se faire nos opinions. La discussion sur l'islamophobie, si elle avait pu avoir lieu dans une salle et pas par mail, on n'en serait pas là... »

« L'étudiant a raison, s'il n'y avait pas eu le confinement, si on avait été autour d'une table, cette affaire n'aurait pas vu le jour, confirme Klaus Kinzler, le professeur d'allemand, dont le ton dans les échanges de mails a pu être acide, voire brutal. Mais regardez la dernière affaire, l'organisation de ce Mois décolonial soutenu par l'école (la direction de Sciences-Po, la ville et l'Université Grenoble-Alpes, au départ présentées comme partenaires, se sont désolidarisés), c'est bien le signe qu'il y a un problème. »

Un « climat de violences entre étudiants »

Le choix par l'IEP de Grenoble de subventionner ce festival qui commence ce jeudi 10 juin et vise à « déconstruire l'imaginaire post-colonial », a été pris en début de semestre en Conseil des études et de la vie étudiante, explique le professeur, « une instance où des étudiants extrémistes ont pris le pouvoir ». Le constat est sans doute exagéré, mais plusieurs étudiants confirment le « climat toxique » installé par plusieurs groupes très militants.

Deux inspecteurs dépêchés par le ministère de l'enseignement supérieur concluaient d'ailleurs en avril à un « climat de violences entre étudiants », pointant la responsabilité de plusieurs associations. « Ce ne sont pas plus de 50 personnes de l'école, mais si

vous n'épousez pas leur discours, leurs méthodes de lutte, ça peut être violent, explique une étudiante. Pas physiquement, mais en ligne vous pouvez vous faire lyncher. »

Lionel, qui leur en veut « encore plus qu'à Kinzler et au Covid d'avoir ruiné l'année », cite Contre-courant, qui se vante d'être « l'asso la plus à gauche de Sciences-Po Grenoble », co-organisatrice du Mois décolonial, mais aussi l'Union syndicale (une scission de l'Unef), ou encore En tout genre !

« Ça a commencé au moment de #SciencesPorcs », raconte-t-il. « Tout le monde a été secoué d'apprendre qu'il y avait autant de violences sexuelles et sexistes dans les soirées de l'école, reprend Ingrid, qui dit en avoir été elle-même victime. Mais l'Union syndicale et En tout genre ! en ont fait une lutte extrémiste. Tous les hommes étaient désignés comme des violeurs, la direction comme complice... »

« Les étudiants n'ont pas vu à quel point l'administration a refusé le dialogue, se défend un membre de l'Union syndicale. Après on a peut-être fait des erreurs, mais c'est un gâchis. Entre ça et le Covid, plein d'étudiants n'ont pas réussi à suivre les cours. Il y a eu des burn-out, des dépressions. » Sollicitée, la direction de l'IEP n'a pas souhaité nous répondre.

Plusieurs mois de crise

Décembre 2020. Début de la polémique sur l'islamophobie entre deux professeurs.

Février 2021. Le mouvement #SciencesPorcs se propage, dénonçant les violences sexuelles et sexistes commises au sein de différents IEP ou dans des soirées étudiantes.

Mars. Affichage des noms des deux enseignants sur les murs de l'institut.

Avril. Remise par deux inspecteurs d'un rapport concluant au « climat délétère » au sein de l'établissement.

Juin. Organisation du « Mois décolonial ».

(1) Tous les prénoms ont été changés

(2) Littéralement, la « culture de l'annulation » des idées jugées blessantes pour une communauté, conservatrices.

(3) Littéralement « éveillé », le terme désigne une personne consciente de l'oppression subie par les minorités.

KOMMISSION GEGEN KARLSRUHE:

Es droht eine Verfassungskrise

- EIN KOMMENTAR VON WERNER MUSSLER
- -AKTUALISIERT AM 09.06.2021-18:27



Von der Leyen und Merkel am 25. Mai 2021 in Brüssel Bild: AFP

Endlich tritt der Konflikt zutage, der für das Karlsruher Urteil entscheidend ist. Doch man fragt sich: Was hat die Kommission geritten?

Es hat sein Gutes, dass die EU-Kommission gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen des EZB-Urteils des Bundesverfassungsgerichts einleitet. Denn jetzt tritt endlich der Konflikt klar zutage, der für die Karlsruher Richter wirklich entscheidend ist.

Das Anleiheaufkaufprogramm PEPP der Europäischen Zentralbank hat sie in ihrem Urteil vom Mai 2020 nur am Rande interessiert. Es erschien ihnen als geeigneter Aufhänger, um die Legitimation des Handelns von EU-Institutionen zu prüfen, ohne die frontale Konfrontation mit dem Europäischen Gerichtshof suchen zu müssen.

Die EU-Kommission lenkt den Blick nun auf die Kernfrage, die auch durch viele Karlsruher Europa-Urteile nie geklärt worden ist: Wie weit reicht der vom Europäischen Gerichtshof vor langer Zeit erhobene Anspruch, dass das Europäische Recht Vorrang vor dem nationalen habe? Und wer darf darüber letztlich entscheiden, Karlsruhe oder Luxemburg?

Jenseits richterlicher Eitelkeiten hier wie dort ist es aller Ehren wert, über diese Frage zu streiten. Dennoch fragt sich, was die Kommission geritten hat. Denn sie rührt an eine fragile juristische und politische Machtbalance, die der EU seit vielen Jahren Stabilität gibt.

Karlsruhe hat die EU unscharf, aber treffend als „Staatenverbund“ beschrieben – was heißen soll, dass sie kein Bundesstaat ist, aber doch deutlich mehr als ein lockerer Zusammenschluss unabhängiger Nationalstaaten. Das nun eröffnete Verfahren greift diese Zuschreibung frontal an. Will die Kommission auf juristischem Wege einen europäischen Bundesstaat aus dem Hut zaubern?

Es ist töricht, diese hochpolitische und eben nicht juristische Diskussion überhaupt auf diesem Wege vom Zaun zu brechen. Noch unklüger ist es, dies jetzt zu tun, wo sich in Deutschland der Ärger über Brüsseler Versäumnisse in der Corona-Krise halbwegs beruhigt hat und der Wahlkampf vor der Tür steht. Kommissionschefin Ursula von der Leyen will wohl vermeiden, dass Karlsruher Urteile oberste Gerichte anderswo – in Polen, Ungarn und Frankreich – verleiten, sich über den Vorrang des EU-Rechts hinwegzusetzen. Weil völlig unklar ist, wie sie dieses Ziel erreichen könnte, droht sie die EU erst recht in eine Verfassungskrise zu stürzen.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ezb-kritiker-gegen-bruessel-die-kommission-stellt-die-ultimative-machtfrage-17381050.html>

EZB-KRITIKER GEGEN BRÜSSEL:

„Die Kommission stellt die ultimative Machtfrage“

- VON CORINNA BUDRAS, BERLIN UND WERNER MUSSLER, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 09.06.2021-18:17



Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wehen die Fahnen der EU und Deutschlands gleich hoch Bild: dpa

Die EU-Kommission hat wegen des Karlsruher EZB-Urteils ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. Die Reaktionen reichen von Unterstützung bis Kopfschütteln. Die Kläger gegen die EZB reagieren mit beißender Kritik.

Die EU-Kommission sieht wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Anleiheaufkäufen der Europäischen Zentralbank in Deutschland fundamentale Rechtsprinzipien verletzt und eröffnet deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. **Das Spektrum der Reaktionen auf diese spektakuläre Entscheidung reichte am Mittwoch in Brüssel von Unterstützung bis Kopfschütteln**, in Deutschland äußerten vor allem die Kläger im Karlsruher Verfahren scharfe Kritik.

„Damit stellt die Kommission die ultimative Rechts- und Machtfrage in der EU“, kritisierte der Ökonom und AfD-Mitbegründer Bernd Lucke, der die Karlsruher Entscheidung zum Anleihenkaufprogramm PSPP vor rund einem Jahr mit erstritten hat. „Sie will durchsetzen, dass auch der schutzwürdigste Identitätskern der nationalen Verfassungen vom EU-Recht überlagert wird. Damit provoziert die Kommission enorme Konflikte in der EU, weil sie ihre souveränen Mitgliedstaaten wie nachgeordnete Gliedstaaten behandelt.“

Gauweiler: Brüssel schadet sich selbst

Auch der ehemalige CSU-Politiker und Kläger Peter Gauweiler pocht darauf, dass sich Deutschland die Möglichkeit des Eingreifens in extremen Ausnahmefällen bewahrt. **Das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte „Ultra-Vires-Prinzip“, das den Kompetenzen von EU-Institutionen und speziell dem Europäischen Gerichtshof Grenzen setzt, sei geltendes Verfassungsrecht, das nicht Gegenstand eines Vertragsverletzungsverfahrens sein könne**, sagte Gauweiler der F.A.Z. „**Alle EU-Vertragsstaaten wissen, dass Deutschland ohne Beachtung dieses Prinzips dem Lissabon-Vertrag niemals zugestimmt hätte.**“

Dass EU-Organe nur innerhalb ihrer Kompetenzen handeln und nicht von Brüssel aus verschoben werden dürfen, sei bisher Geschäftsgrundlage der Verträge gewesen. **Die EU-Kommission schade sich mit der Verfahrenseröffnung selbst**, „weil sie durch diese Missachtung der Volkssouveränität ihrer Mitgliedsstaaten und des Demokratieprinzips die Zweifel an ihrer eigenen Vertragstreue weiter stärkt“, sagte Gauweiler.

Markus Kerber, Münchener Ökonom und Jurist, auch er ein Kläger in Karlsruhe, sagte, er sei glücklich über das Vertragsverletzungsverfahren, „dessen Bedeutung wohl in der einschüchternden Wirkung auf Karlsruhe liegen dürfte“.

Als Begründung für ihren Schritt nennt die EU-Kommission, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung den Vorrang des europäischen Rechts in Frage stellt. Dieser Vorrang ist in den EU-Verträgen angelegt und vom Europäischen Gerichtshof in vielen Entscheidungen ausbuchstabiert worden. In Frage steht aber, unter welchen Umständen er gilt. Die „Ultra-vires“-Doktrin der Karlsruher Richter stelle praktisch einen Verstoß gegen das EU-Recht dar.

Wenn das Schule mache, dann könnte das zu einem „Europa à la carte“, sagte ein Kommissionssprecher. Europäisches Recht müsse aber überall und für alle Bürger gleich angewandt werden. **Unverständnis überlag in Brüssel auch mit Blick auf den Zeitpunkt.** Laut Karlsruher Urteil sollten Bundesregierung und Bundestag darauf hinwirken, dass die EZB nachträglich prüft, ob die Anleihekäufe verhältnismäßig waren. Das ist inzwischen erledigt, wie das Verfassungsgericht Ende April selbst bestätigte. **Man hätte den Konflikt also ruhen lassen können.**

Aber das ging aus Sicht der EU-Kommission nicht, weil inzwischen andere das deutsche Urteil für sich nutzen. Der **polnische** Regierungschef Mateusz Morawiecki hatte schon 2020 von einem „der wichtigsten Urteile in der Geschichte der Europäischen Union“ gesprochen. Die Luxemburger Richter hatten Polen Ende Mai in einer einstweiligen Anordnung verpflichtet, die Förderung von Braunkohle im Tagebau Turow zu stoppen. Doch Morawiecki widersprach. Man werde nicht die Energiesicherheit polnischer Bürger aufs Spiel setzen, „nur weil irgendwer im (Europäischen) Gerichtshof diese oder jene Entscheidung getroffen hat“, sagte der Regierungschef damals. Dieser Konflikt ist auch nach Erläuterung aus der EU-Behörde der eigentliche Hintergrund der Verfahrenseröffnung.

Das Verfahren richtet sich formal an die Bundesregierung. **Freilich wünscht sich die Kommission nicht nur von dieser, sondern vor allem von der Karlsruher Richtern die Zusicherung, am Vorrang des EU-Rechts nicht rütteln zu wollen. Wegen der richterlichen Unabhängigkeit und des Selbstverständnisses des Bundesverfassungsgerichts dürfte dieser Wunsch kaum in Erfüllung gehen.** Deshalb fragen sich viele Brüsseler Beobachter, was am Ende des Verfahrens stehen könnte.

Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber nannte die Kommissionsentscheidung „schwer nachvollziehbar“. Bundesregierung und Bundestag, die ihm EZB-Verfahren die Beklagten waren, hätten sich nach dem Karlsruher Urteil „stets bemüht, ein schwieriges Urteil klug umzusetzen“, sagte Ferber. Die deutsche Politik, die sich jetzt mit dem Verfahren auseinandersetzen müsse, habe sich „nichts zuschulden kommen lassen“ und die von Karlsruhe beanstandeten Tatbestände schon aus dem Weg geräumt. Deshalb sei das Verfahren „mehr als unangemessen“. Es gebe „keinen Grund für Brüsseler Prinzipienreiterei“.

«Cancel culture» : même Obama en a marre

Dans une interview à CNN diffusée lundi, l'ancien président américain a fustigé le manichéisme de la génération «woke» et de la «cancel culture».

Par **Paul Sugy**

Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 2 heures

Barack Obama en 2016. *Brendan Smialowski / AFP*

Face au journaliste Anderson Cooper, Barack Obama était invité à s'exprimer pour CNN au sujet de la situation politique de son pays, sur laquelle il porte un jugement sévère - et inquiet. S'il impute sans surprise en priorité à Donald Trump la responsabilité de la détérioration du climat démocratique, **il s'est également attardé sur l'irruption de la «cancel culture» et la radicalisation du politiquement correct, alors que les universités américaines semblent livrées plus que jamais à ce mouvement qui asphyxie la liberté d'opinion et d'expression sur les campus** (comme en témoignait il y a quelques jours encore un reportage du Figaro à Georgetown).

Donnant d'abord des gages aux militants antiracistes en estimant que l'histoire de la ségrégation «persiste et continue», l'ancien président n'a ensuite pas mâché ses mots, évoquant les «dangers» de la mode qui consiste selon lui «à condamner les gens en permanence», expliquant qu'il s'en rend compte à travers l'expérience de ses propres filles, Malia et Sasha, qui vivent cela de l'intérieur sur les campus d'université.

«Elles se rendent bien compte que cela va trop loin», commente-t-il encore, ajoutant que **«l'on ne peut pas exiger des gens qu'ils se montrent politiquement corrects en toutes circonstances».**

Il a ensuite distingué la lutte contre les discriminations, nécessaire selon lui, de la victimisation permanente par l'entremise notamment des réseaux sociaux.

Barack Obama avait également plaidé par le passé **déjà contre la vision manichéenne des interactions sociales prônée par le mouvement «woke»,** expliquant lors d'un sommet à Chicago que **«le monde est complexe, ambigu»** et s'était délibérément moqué des gens qui **«tweetent ou lancent un hashtag pour dénoncer l'emploi d'un verbe inadapté dans une phrase, puis se rasseyent et se sentent fiers d'eux».**

Cette gauche qui nous fait tant de mal

Les socialistes devraient dénoncer clairement les déconstructeurs

Renée Fregosi



Renée Frégosi © BALTEL/SIPA / 00884429_000041

Le PS devrait se consacrer à faire sa révolution copernicienne, plutôt que de chercher à faire l'union des gauches avec des déconstructeurs, des woke et les islamogauchistes. Un texte de Renée Fregosi, qui publie *Comment je n'ai pas fait carrière au PS: La social-démocratie empêchée* (Balland, mai 2021).

Aujourd'hui, seulement 24-25% des Français se disent de gauche tandis qu'entre 2017 et mai 2021, ceux qui se disent de droite ont progressé de 33% à 38% (février 2021 institut de sondage *Opinion Way*). Car être de gauche ce n'est plus lutter pour une répartition au plus grand nombre des biens matériels et culturels et souhaiter une mobilité sociale au mérite, favorisée par l'élitisme républicain. Être de gauche signifie désormais défendre les islamistes au motif que les musulmans sont systématiquement victimes de discriminations, acquiescer à la vulgate décoloniale et raciste anti-blancs, et souhaiter « faire du passé table rase » pour éradiquer la « vieille culture » comme souhaitait le faire Pol Pot bien avant Daech. Être de gauche c'est seriner la litanie des « éveillés », nouvelle secte politique animée par cette nouvelle « religion séculière », selon l'expression de Raymond Aron hier pour qualifier le communisme.

Mélenchon dépassé

La **dernière saillie** typiquement complotiste de Jean-Luc Mélenchon sonne peut-être le glas de son leadership « à gauche de la gauche ». Au demeurant, les idéologies radicales qui l'ont doublé en radicalité depuis quelques temps, ont le vent en poupe. Indigénisme, décolonialisme, racialisme, « cancel culture » et conscience « woke » de tout poil ont débordé les discours anti-oligarchiques et démagogues « populistes de gauche » du vieux tribun. S'imposent désormais un strict examen politiquement correct de la repentance occidentale, la flagellation blanche et la déconstruction systématique de la République. Cette nouvelle gauche sociétale, très « américaine » dans son style et ses origines, a rapidement acquis une position dominante et mène à pas de charge son travail de sape des fondements de nos démocraties sociales et libérales.

Il faut dire que le terrain a été préparé à ce radicalisme « intersectionnel » inquisitorial qui sature aujourd'hui le champ idéologique à gauche. Si le Front de gauche puis la France Insoumise (...)

Le Figaro (site web)

mercredi 9 juin 2021 - 20:04 UTC +02:00 1175 mots

Vox ; Vox Religion

Charles Jaigu: «Faire face à l'occidentalophobie»

Jaigu, Charles

CHRONIQUE - Dans cette conversation libre avec le philosophe Philippe Raynaud autour du dernier numéro de la revue « Commentaire », il apparaît que l'Occident s'accable de trop de maux. Trop, c'est trop!

Le poisson pourrit toujours par la tête. L'expression est souvent employée pour désigner la faillite des élites. En l'occurrence, elle est parfaitement adaptée au problème posé par le numéro 174 de la revue *Commentaire*, désormais codirigée par le philosophe Philippe Raynaud et l'économiste Philippe Trainar. Trois articles reviennent sur la dérive du féminisme (Nathalie Heinich), de l'islamo-gauchisme (Philippe Raynaud) et sur la décadence universitaire aux États-Unis (Arnaud Laferrère). **Il est urgent en effet de déconstruire les déconstructeurs, et de fourbir les arguments qui fortifieront ceux qui aujourd'hui refusent de se soumettre à la novlangue du «wokisme»**. Dans une interview accordée au *Figaro*, l'universitaire américaine d'origine palestinienne Lama Abu-Odeh, professeur de droit à Georgetown, **compare la prise de pouvoir idéologique de la nouvelle gauche radicale sur les campus américains au noyautage des universités des pays arabes par les fondamentalistes musulmans. Personne n'y prend garde, et soudain, la liberté d'enseigner a disparu.**

L'Université est souvent plus faible qu'il n'y paraît, et elle peut très vite se mettre au service d'une minorité agissante, au point d'oublier ce qui la définit en propre: la liberté de la recherche, la liberté d'opinion, et d'expression de ces opinions. C'est ce qui est en train de disparaître des universités américaines, soumises à la surenchère dévergondée d'un nouveau conformisme diversitaire.

Ce genre d'affrontements est-il si nouveau que ça? Philippe Raynaud, avec qui nous avons échangé en «visioconférence», nous met en garde contre l'impression que les événements d'aujourd'hui ne sont qu'une répétition de ceux d'hier. **« Il y avait le gauchisme étudiant d'une part, et d'autre part, un monde académique assez stable. Aujourd'hui, les autorités universitaires estiment nécessaire de sanctionner ceux des professeurs qui ne se soumettent pas à la nouvelle doctrine en cours »**. Les universités américaines ne sont pas les seules submergées par cette nouvelle poussée occidentalophobe. En France, au Collège de France, Science Po, les écoles normales, l'EHESS sont tentés d'embrasser le nouveau dogme décolonial. C'est le mantra qui précède toute intervention sur les sujets migratoires, historiques, philosophiques. Tout est bon dans le jambon de la déconstruction tant qu'il confirme le démembrement général de la matrice spirituelle (osons ce mot daté) de l'Occident. Nous n'avons jamais nié dans cette chronique **que la désoccidentalisation du monde est un fait**, en donnant la parole à des historiens qui en font l'inventaire (Sanjay Subrahmanyam, par exemple). Dans son ensemble, l'Occident se réjouit d'ailleurs de cette nouvelle polyphonie qu'il a lui-même suscitée. **Mais désormais, c'est la santé mentale de cette admirable civilisation qu'il faut protéger, et les articles de *Commentaire*, dans la vieille et bonne tradition aronienne, n'en font pas mystère.**

À vrai dire, paradoxalement, **c'est aux États-Unis, et non en Europe, que le phénomène a pris naissance**, et c'est là-bas que **l'occidentalophobie** ronge de l'intérieur l'âme désormais désarmée de l'université américaine. Pourquoi un tel tête-à-queue? Parce que le passé esclavagiste des États-Unis est beaucoup plus lourd à porter, et parce que l'intelligentsia américaine a longtemps cru qu'elle détenait une part de la légitimité anti-coloniale. Or ce petit jeu géopolitique a fait boomerang. **« Romain Gary avait répondu sèchement sur ce point à ses interlocuteurs américains qui lui faisaient un cours de morale sur la France en Algérie: ne vous racontez pas d'histoires, vous n'êtes rien d'autre que des pieds-noirs qui ont réussi ! »**, se souvient Philippe Raynaud pendant notre conversation. La dénonciation du passé colonial européen a donc nourri bien des opérations de déstabilisation de la CIA, qui n'était pas gênée d'affaiblir ce qui restait des prétentions hégémoniques du Vieux Continent en rejoignant les combats des gauches anti-coloniales.

Aujourd'hui, la gauche radicale est ravie de s'allier, non plus à l'Amérique bien pensante, mais à l'islam politique. Ils sont d'accord pour confondre l'Occident avec l'esclavage et les colonies. « Ce réductionnisme est aussi peu convaincant que celui qui

consiste à réduire Colbert au code noir et Bonaparte au rétablissement de l'esclavage . » On singularise les injustices commises par l'Europe et les États-Unis, et on minore les horreurs commises par tous les autres - faut-il revenir, encore une fois, sur l'esclavage en Afrique? **Les opinions occidentales finissent par s'habituer à l'idée, comme le souligne Raynaud, que « l'inconscient occidental est forcément mauvais »**. Pour compléter ce tableau, la destruction de l'environnement ruine définitivement la prétention occidentale à quoi que ce soit d'autre que disparaître définitivement de l'Histoire. C'est l'avantage du procureur qui n'instruit qu'à charge.

Parmi les sophismes de l'islamo-gauchisme, relayés par **un François Héran**, professeur au Collège de France, il y a cette idée que les études intersectionnelles et décoloniales forceront la société française à ne plus discriminer à l'embauche. « *Il y a bien sûr des préjugés, admet Raynaud, mais cette hypothèse d'une discrimination a un faible pouvoir explicatif. Il est beaucoup plus efficace de postuler la tendance de toute société à se reproduire, à persévérer dans la manière d'être .* » Et ce d'autant plus que « *les enquêtes d'opinion indiquent depuis longtemps que les Français prennent acte de l'existence d'une communauté musulmane en France et qu'ils ne souhaitent pas leur départ* ». Raynaud relève aussi que « **la laïcité française n'a cessé d'aménager une place à l'islam - des salles de prière aux mosquées** ». Il est aussi indéniable que « *les actes antisémites se multiplient depuis longtemps, les actes de vandalisme antichrétiens augmentent, mais les actes antimusulmans restent stables* ». Ajoutons encore, qu'étant **donné la répétition d'attentats spectaculaires sur le sol français depuis dix ans, on peut dire, sans exagération, que les Français sont tout sauf islamophobes.** En réalité, il y a **trois camps**. Le premier est nostalgique des nations d'hier. Il est ultraminoritaire: on ne reviendra pas en 1911. **Le second est** prêt à tout pour accélérer la **désoccidentalisation du monde** et il **rassemble dans le même effort l'extrême gauche antilibérale et l'islamisme radical. Le troisième est sur la défensive.** Il a peur d'affirmer que l'Occident n'est pas le mal radical, mais bien plutôt, malgré tout, **le meilleur des mondes possibles**. Citer Leibniz à ce sujet ce n'est pas faire du Pangloss. **La lucidité et l'autocritique sont l'une des grandes vertus occidentales, ne les confondons pas avec la haine de soi et le masochisme.**

https://www.lemonde.fr/idees/article/2021/04/09/francois-heran-la-liberte-d-expression-tend-aujourd-hui-a-etouffer-la-liberte-de-croyance_6076099_3232.html

« La liberté d’expression tend aujourd’hui en France à étouffer la liberté de croyance »

Le sociologue François Héran pense que certains défenseurs de l’universalisme républicain occultent l’ampleur des discriminations ethno-raciales et religieuses.

Propos recueillis par [Anne Chemin](#)

Publié le 09 avril 2021 à 04h26, mis à jour hier à 11h55



Un homme lors d’un rassemblement en hommage à Samuel Paty, à Strasbourg (Bas-Rhin), en octobre 2020. FREDERICK FLORIN / AFP

Elu en 2017 professeur au Collège de France sur la chaire « Migrations et sociétés », François Héran dirige l’Institut Convergences Migrations après avoir présidé aux destinées de l’Institut national d’études démographiques pendant plus de dix ans. Dans un texte écrit après l’assassinat de Samuel Paty, *Lettre aux professeurs sur la liberté d’expression* (La Découverte, 252 pages, 14 euros), le sociologue et démographe plaide en faveur d’une République qui sache faire vivre la « règle d’or du respect mutuel ».

Dans une démocratie libérale, écrivez-vous, la liberté d’expression et la liberté de conscience forment un « couple inséparable ». Comment se conjuguent-elles, en France, depuis 1789 ?

La liberté d’expression tend aujourd’hui à étouffer ou absorber la liberté de croyance alors que, historiquement, ce sont des tours jumelles. Dans la Déclaration des droits de l’homme et du citoyen de 1789, la Déclaration universelle des droits de l’homme de 1948 ou la Convention européenne des droits de l’homme de 1950, elles sont consacrées, l’une après l’autre, par des articles qui posent le principe de la liberté avant de rappeler qu’elle s’exerce dans les limites de la loi. A charge pour le législateur ou la justice de veiller à ce que ces limitations ne soient pas liberticides.

Mais rien n’est dit sur la façon d’articuler liberté d’expression et liberté de croyance, sans oublier le lien avec les libertés connexes : droit d’association, dignité des personnes, respect des droits d’autrui. La dure tâche de « mettre en balance » les libertés revient donc à la justice nationale et européenne. Or c’est un principe majeur parfois oublié en France : les libertés fondamentales sont « indivisibles », on ne peut pas

jouir de l'une en écartant les autres. La Convention européenne n'est pas un Mikado dont on pourrait retirer une poutre à sa guise, c'est un édifice cohérent.

Vous regrettez que, avec les débats sur les caricatures de Mahomet, la liberté d'expression ait aujourd'hui pris le pas sur la liberté de conscience. Quels sont, selon vous, les dangers de cette évolution ?

Rien n'est sacré pour la caricature : c'est dans notre tradition. Mais, depuis les attentats djihadistes, on sacralise la désacralisation en paralysant toute critique des caricatures. C'est un recul pour la liberté de conscience, mais aussi pour la liberté d'expression. C'est pourquoi je reprends, dans mon livre, les débats qui ont divisé le milieu des caricaturistes, dont Pétillon, qui travaillait à la fois au *Canard enchaîné* et à *Charlie Hebdo*. Peut-on mettre sur le même plan les caricatures qui ciblent l'extrémisme et celles qui avilissent la pratique des fidèles ? Peut-on exercer sa liberté d'expression en négligeant les niveaux d'expression ?

Ce n'est pas parce que les djihadistes confondent tout que nous devons remiser notre faculté de discernement. La Cour de Strasbourg rappelle que la satire blessante est légitime – à condition qu'elle contribue au débat démocratique. Où est le débat quand la « critique » ne fait qu'avilir la pratique religieuse ordinaire ? C'est le cas, par exemple, d'un dessin de Coco montré furtivement par Samuel Paty à ses élèves de quatrième : le prophète en prière est prosterné nu, vu de dos, une goutte au pénis, une étoile dans l'anus. Conscient du problème, le professeur avait invité les élèves choqués à quitter la salle.

Pour la même raison sans doute, l'association DCL [*Dessinez Créez Liberté*] créée par *Charlie Hebdo* s'était abstenue d'inclure cette caricature dans ses dossiers pédagogiques destinés aux élèves. Jean-Michel Blanquer, de son côté, a eu beau proclamer que « *la lâcheté n'est plus de mise* », il a refusé d'inclure les caricatures de Mahomet dans les manuels scolaires par respect pour la « *liberté pédagogique et éditoriale* ». C'est dire qu'il y a des limites à la liberté d'expression, même aux yeux de ses plus ardents défenseurs. La charte de la laïcité à l'école et le programme d'éducation morale et civique font d'ailleurs fi de la distinction spécieuse qui voudrait qu'on puisse offenser les croyances sans offenser les croyants : respecter autrui, c'est aussi respecter ses convictions religieuses. Quand on doit initier les élèves aux règles de la vie sociale, force est de revenir à la « règle d'or » qui a inspiré la déclaration de 1789 et les fondateurs de l'école républicaine : ne fais pas à autrui ce que tu ne voudrais pas qu'on te fasse.

Vous affirmez que l'ampleur des discriminations ethno-raciales en France se heurte à une « culture du déni » qui mine le lien social. Pourquoi ?

Nombre d'enquêtes et de testings attestent l'ampleur des discriminations ethno-raciales en France. Si vos origines maghrébines ou subsahariennes sont perceptibles, vos chances d'obtenir un entretien d'embauche sont, à diplôme égal, divisées par deux ou trois et l'écart s'accroît quand transparaît une appartenance à l'islam. Ce phénomène est passé sous silence par les pamphlets qui accusent les victimes de se complaire dans la victimisation et d'être portées par la « haine des Blancs ». On leur dénie le droit de dénoncer l'islamophobie, pourtant attestée par les données, et l'on décrète que ce mot doit être banni, parce qu'on y voit une offense à l'universalisme républicain. Or l'objectif est tout autre : il s'agit d'identifier les mécanismes qui empêchent la République de tenir ses promesses. Déni des réalités, convictions offensées, recours à la police des mots : on est dans une forme de « *cancel culture* ».

Pour les défenseurs de l'universalisme républicain, les adeptes des théories « raciales » ou « identitaires » mettent en péril l'égalité des droits – ils pensent notamment aux réunions non mixtes. Que répondez-vous ?

L'affaire des réunions non mixtes a pris des proportions démesurées. Si des groupes d'étudiantes ou d'étudiants préfèrent discuter en interne de leur expérience des discriminations, c'est parce que la réalité des discriminations est largement niée par le pouvoir exécutif ou législatif. Au lieu de voter des mesures concrètes, on se contente d'incantations sur l'universalisme républicain et le principe d'égalité. Qui s'offusque, par exemple, de l'existence de l'association Femmes de l'intérieur, fondée par les femmes

occupant des positions de responsabilité au ministère de l'intérieur ? Le feraient-elles si elles ne devaient pas unir leurs forces contre les obstacles et les préjugés ? Le bulletin d'adhésion porte en petits caractères que les hommes sont bienvenus s'ils partagent les idéaux de l'association mais, de fait, les réunions sont féminines et l'on y traite de sujets comme le harcèlement au travail. Où est le mal ?

L'affaire des réunions « non mixtes » a fait beaucoup de bruit pour rien. Ce n'est pas le rien qui m'inquiète, c'est le bruit – ces réactions en chaîne portées par quelques médias et qui ont fini par emballer le Sénat, tout cela parce qu'il est question de discrimination « raciale ». On peut s'octroyer ainsi, avec un maximum de rhétorique et un minimum d'enquête, un brevet de républicanisme. Eric Zemmour s'est offert le plaisir de railler « *cette gauche qui encourage le retour du racisme* » mais taxer de racisme ceux qui s'intéressent de trop près aux discriminations raciales, c'est aussi absurde que d'accuser les criminologistes d'être des criminels.

J'attends autre chose du Parlement. A quand la « nuit du 4 août » qui donnerait au Défenseur des droits les moyens de mettre sur pied un observatoire national des discriminations digne de ce nom, capable de mesurer périodiquement leur ampleur, y compris les discriminations indirectes, qui sont les plus fréquentes et brisent des vies par dizaines de milliers ? Les députés socialistes ont rejeté, en 2016, la formule anglaise [des récépissés d'interpellation](#). Les caméras embarquées, expérimentées çà et là, ont été récusées par les syndicats de police, qui ont également vilipendé la « [plate-forme de signalement](#) » lancée en février 2021 par Emmanuel Macron.

Après avoir affirmé que les sciences sociales étaient « gangrenées » par l'« islamo-gauchisme », la ministre des universités, Frédérique Vidal, a demandé au CNRS de distinguer les recherches « militantes » des recherches « scientifiques ». Estimez-vous qu'elle met en péril les libertés académiques ?

Il en va des libertés académiques comme de toutes les libertés : elles doivent faire l'objet d'une vigilance interne permanente. Les chercheurs doivent impérativement respecter les contraintes de méthode de chaque discipline. La controverse est cependant inhérente à l'activité scientifique et l'engagement en faveur de causes générales est le ressort de bien des vocations d'enseignants ou de chercheurs. Face à la concurrence, y compris celle des nouvelles générations, certains sont parfois tentés de déplacer le débat scientifique sur le terrain politique, voire judiciaire, en intéressant les médias à leur querelle, mais c'est une infime minorité. Laissons les chercheurs débattre de questions telles que la mesure de l'islamophobie, les études décoloniales, les méthodes intersectionnelles, etc. Rien ne justifie que des ministres interfèrent dans ces débats : ils sortent alors de leur ordre, comme disait Pascal. N'ont-ils pas d'autres affaires à régler ?

Anne Chemin

Z. El Rhazoui : “Ce mot-valise « islamophobie » est une imposture idéologique qui consiste à imposer le délit de blasphème

Zineb El Rhazoui, journaliste. 14 mai 2019

[Les articles de la revue de presse sont sélectionnés à titre informatif et ne reflètent pas nécessairement la position du Comité Laïcité République.]

"C'est triste de se dire qu'on en est là, en 2019, à défendre l'héritage des Lumières, les valeurs fondamentales qui sont l'ADN de la République française. [...] La laïcité, ce n'est pas une opinion, ce n'est pas un dogme, c'est tout simplement la liberté d'avoir une opinion. [...]"

Nous faisons face à un militantisme très agressif qui consiste à nous faire accepter, sous couvert de tolérance, d'acceptation de l'autre, non pas les individus différents mais les idéologies dont ils se revendiquent ! [...]"

Si tous les journaux de France avaient publié les caricatures de Mahomet dès la première affaire, qu'est-ce qu'ils auraient fait les terroristes, ils auraient exterminé toutes les rédactions du monde ? Ce n'était pas possible ! [...] Avoir peur ne nous exonère pas d'un certain devoir de courage. Surtout quand on est journaliste ! Parce que, quand on est journaliste, on a le devoir de crever les abcès de la société. [...] Les journaux qui ont dit à l'époque "Ah nous ne le faisons pas, parce que nous respectons l'islam", ou les musulmans, ou je ne sais pas, sous-entendaient que Charlie ne respectait pas l'islam, et quelque part que cet attentat était justifié. [...]"

Ce mot-valise « islamophobie » est un mot inventé de toute pièce, d'ailleurs qui qualifie l'"islamophobe" de malade [...], la phobie étant une peur injustifiée. [...] Mais la peur de l'islamisme est on ne peut plus justifiée. [...] C'est une imposture idéologique qui consiste à imposer le délit de blasphème. [...]"

Hassan el-Banna – le grand-père de Tariq Ramadan et créateur des Frères Musulmans en Egypte – n'a jamais caché son admiration pour Hitler. [...] La plupart des organisations, des structures, des associations, voire des partis politiques, islamistes aujourd'hui dans le monde sont plus ou moins tous sortis de la matrice des Frères musulmans, qui est une idéologie des années 30 ! [...]"

Nous avons une gauche, tenant historique du combat du progressisme et de l'anticléricalisme, qui a complètement trahi ces valeurs-là, elle a même trahi Karl Marx qui a toujours dit que la religion était l'opium du peuple. [...] Aujourd'hui en France, on a une gauche islamophile ! [...]"

Les dirigeants de ce pays n'ont pas compris que la plus belle prise de l'Islam politique, ce sera l'Europe, et notamment la France ! [...]"

Pour moi il n'y a pas d'islam "de France" mais un islam en France, pas plus qu'il n'y a un christianisme "de France" ou un judaïsme "de France" [...]"

Voir "[Les Terriens du samedi ! 1e partie](#)" (à partir de 11 min).

Le Figaro (site web)

mardi 13 avril 2021 - 12:03 UTC +02:00 1450 mots

Actualité ; Société

Kahina Bahloul, imame**«Le discours fondamentaliste est minoritaire mais assourdissant»**

Dans son livre *Mon islam, ma liberté* (Albin Michel), la première femme imame française donne sa vision d'un islam libéral qui souhaite vivre en harmonie avec les valeurs de la République.

Faire entendre, en France, la voix de l'islam libéral et réformiste, aujourd'hui étouffée par le discours assourdissant des fondamentalistes. C'est l'objet de l'ouvrage* de Kahina Bahloul première femme imame française. De père kabyle et de mère aux origines juive et catholique, cette franco-algérienne est née en 1979, cette année où Khomeiny a proclamé la République islamique d'Iran et où l'œuvre du grand mystique andalou, Ibn Arabi, a été interdite à la vente en Égypte. La jeune femme a grandi en Algérie, où elle a vécu la montée de l'intégrisme.

Diplômée en droit, arrivée en France à l'âge de 24 ans, elle a travaillé pendant 12 ans dans le secteur des assurances, avant d'entamer des études d'islamologie et de s'engager après les attentats de 2015. Co-fondatrice de l'association culturelle La Mosquée Fatima (une référence à la fille du Prophète), cette islamologue de tradition soufie a tenu son premier office en mai 2019. Jusqu'alors, aucun représentant officiel de l'islam de France n'a pris position en sa faveur. Son livre est actuellement en tête des ventes à la Fnac. La preuve, selon elle, que la «majorité silencieuse» des musulmans de France, a besoin d'entendre «un autre discours». Elle y explique que l'islam ne se conjugue pas forcément avec le voile, que ses imams peuvent être des femmes, que ses grands penseurs ne sont pas tous fondamentalistes et que sa lecture ne doit pas se réduire au littéralisme. Alors que le Conseil national du culte musulman (CFCM) connaît une crise sans précédent, elle regrette les «ambiguïtés» de l'État français à l'égard de cette instance qui «ne représente pas les musulmans de France» .

LE FIGARO. - Pourquoi avoir écrit ce livre ?

Kahina Bahloul. - Il faut sortir de l'hystérisation autour de l'islam, des polémiques et des tensions qui aboutissent à une polarisation des débats. Cet ouvrage a pour objet de montrer la richesse de la pensée musulmane. La tradition réformiste, que les penseurs font remonter au 17e siècle, s'est imposée depuis le 19e siècle. Elle trouve ses sources au Moyen-Âge, dans l'islam de Bagdad et d'Andalousie. Cet islam, rempli de spiritualité, s'inscrit dans la tradition des Lumières. Il n'est malheureusement pas assez étudié. Mais de plus en plus de musulmans aspirent aujourd'hui à ces éléments de réflexion. Cela va de pair, évidemment, avec l'éducation et le niveau intellectuel. Il est compliqué de «lever la tête» et d'écouter autre chose que le discours fondamentaliste, minoritaire mais assourdissant. Notre époque, marquée par le matérialisme et le positivisme, aboutit à l'hypernormativité. L'islam politique, en développant une lecture littéraliste du Coran, a utilisé et accentué cette normativité, pour aller vers un islam populiste.

Le CFCM, qui a vocation à représenter les musulmans de France auprès de l'État français, connaît aujourd'hui une crise sans précédent. Que nous dit cette crise ?

Cette crise ne fait que révéler une problématique ancienne. L'État a créé cette instance car il avait besoin d'un interlocuteur. Mais le CFCM n'est pas représentatif des musulmans de France. Sa représentativité, fondée sur le nombre de m² de mosquée, est en soi absurde. Beaucoup de musulmans pratiquants ne vont pas à la Mosquée. Par ailleurs, on sait parfaitement que ces m² sont financés par les pays étrangers. Je ne me reconnais pas du tout dans cet islam consulaire, dit «des pays d'origine». Dans ce chaos, il est difficile de faire entendre la voix de l'islam libéral, qui souhaite vivre en harmonie avec les valeurs

de la République. Une majorité silencieuse. L'État français a une position ambiguë : il affiche le combat contre le fondamentalisme sans écouter réellement l'islam de France. Il continue de fonctionner sur le lien avec ses anciennes colonies.

Comment sortir de cette situation ?

L'urgence est de refonder la représentativité de l'islam de France, en partant de qui existe sur le terrain. Il faut associer les musulmans libéraux et pas uniquement les vieilles instances. L'État français doit accompagner cela, par un projet financier notamment. Les fondamentalistes utilisent trop souvent la laïcité, un concept complexe, contre elle-même. Si l'État ne joue pas son rôle, il laisse le vide se remplir, et ce sont des pays étrangers, comme la Turquie, qui s'engouffrent dans la brèche.

Que pensez-vous de la polémique sur la mairie de Strasbourg, qui a fait voter «le principe d'une subvention» pour la construction d'une mosquée portée par l'association turque Millî Görüs ?

Nous sommes, là encore, dans une grande confusion et dans l'ambiguïté. Les collectivités d'Alsace-Moselle, qui sont sous le régime du Concordat, peuvent financer le culte. Le chantier de cette mosquée date d'une dizaine d'années. Quant à l'association Millî Görüs, elle fait partie du CFCM depuis 20 ans. En cela, elle est un interlocuteur de l'État. Et l'on se réveille maintenant ?

La Charte des principes de l'islam – qui rappelle que les principes de la République passent avant les convictions religieuses, pose l'égalité homme-femme et rejette toute forme de discrimination — a été adoptée par cinq fédérations du CFCM, et rejetée par trois autres. Que pensez-vous de cette Charte ?

Son principe même est problématique, car contraire à l'idée laïque. Cette charte donne l'impression que l'État organise une lecture théologique de l'islam. Par ailleurs, le rôle du CFCM est d'organiser le culte, pas de dicter une interprétation des textes. L'islam que je représente prône une lecture progressiste, qui passe notamment par une reconnaissance de l'exercice de l'imamat par des femmes. Or l'islam du CFCM, orthodoxe quand il n'est pas fondamentaliste, ne reconnaît pas les imames, alors même que rien n'interdit à une femme de diriger la prière. Nous savons donc d'emblée que l'islam libéral sera exclu du futur conseil des imams de France, qui doit faire suite à cette charte. Cela revient à dire que si l'on est musulman, on doit rester sur des schémas archaïques et moyenâgeux. Jusqu'à quand l'État français va-t-il continuer de placer la femme musulmane sous la tutelle de l'homme musulman ?

Comment devient-on imam en France ? Pourquoi avez-vous choisi de l'être en 2019 ?

On devient Imam parce que l'on a un savoir religieux et qu'une congrégation religieuse adhère à votre discours. L'islam est en cela plus proche du judaïsme que du Christianisme et de son autorité cléricale centrale qui organise le culte. Je suis devenue Imame par envie, mais aussi par nécessité, pour que les femmes aient leur place dans le culte musulman. Après les attentats de 2015, j'ai créé «Parle-moi d'islam», une association de citoyens proposant un discours contre le radicalisme religieux et promouvant un islam libéral. En 2019, j'ai cofondé, avec le théologien mutazilite et philosophe Faker Korchane, la mosquée Fatima. Les prêches, en français, sont conduits alternativement par un imam et une imame. Les femmes, libres de porter ou non le voile, peuvent y prier aux côtés des hommes. J'en avais marre de voir les femmes reléguées dans des lieux de prière souvent indignes. Nous louons des salles dans Paris, mais à terme, l'objectif est d'avoir un lieu fixe et pérenne. Nous accueillons entre 40 et 70 personnes lors de nos prêches en visioconférence (depuis la crise sanitaire), forcément des personnes qui adhèrent à l'islam libéral. Nous avons eu quelques pressions au départ, puis les choses se sont tassées.

Vous considérez-vous comme féministe ?

Pour moi, le féminisme est un humanisme. Pourquoi, pour défendre les femmes, serait-on obligé de s'extraire de l'humanité ? Le terme «féministe» est souvent utilisé par ses détracteurs pour disqualifier le mouvement. Au Maghreb, on les appelle des «sorcières».

Dans votre livre, vous décrivez le voile comme le «6e pilier de l'islam». Comment en est-on arrivé là ?

C'est un constat consternant. Le voile, qui est au départ lié à la tradition patriarcale, n'est pas forcément musulman. Le voile de ma grand-mère était le même que celui des femmes chrétiennes, porté dans les campagnes françaises. Les femmes se sont ensuite dévoilées. Puis, les courants intégristes, fondés avant tout sur le besoin de contrôler le corps de la femme, ont fini par asséner l'idée qu'une musulmane ne saurait exister en dehors de son voile. On le voit aujourd'hui partout, y compris dans l'iconographie médiatique. Les fondamentalistes ont réussi à imposer leur idée. Les débats autour du voile sont un peu fatigants. Ils créent des

crispations, de part et d'autre, et jouent en défaveur de la femme. Quand va-t-on cesser de faire du corps de la femme un objet politique ?

SYNGENTA-CHEF:

„Afrika braucht keine Spenden, sondern bessere Ausbildung“

- VON SEBASTIAN BALZTER
- -AKTUALISIERT AM 11.06.2021-21:14



Rund 700 Millionen Menschen auf der Welt haben nicht genug zu essen. Besonders schlimm ist es derzeit auf der Insel Madagaskar, wo eine Dürre die Ernte vernichtet hat **Bild: AFP**

Ein Gespräch mit dem Chef des Saatgutherstellers Syngenta über die Hungersnot in Madagaskar, Klimaschutz mit Pestiziden und die Grenzen der Ökolandwirtschaft.

Herr Fyrwald, in Madagaskar wütet eine Hungersnot, in vielen Teilen der Welt sind Nahrungsmittel knapp. Sie sind der Chef von Syngenta, einem der größten Hersteller von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln auf der Welt. Was tun Sie gegen die Misere?

Wir helfen Landwirten dabei, mehr Nahrungsmittel auf weniger Fläche zu ernten, damit die Weltbevölkerung genug zu essen hat. Da geht es einerseits darum, die Ernte gegen Wetterextreme wie Hitze, Trockenheit und Überflutungen zu schützen; andererseits soll möglichst viel CO₂ im Boden bleiben, damit der Klimawandel gebremst wird. Wir geben im Jahr 1,8 Milliarden Dollar für die Forschung an Produkten aus, die das möglich machen sollen.

Wie sollen teure neue Produkte in bitterarmen Ländern etwas gegen den Hunger ausrichten?

Fakt ist, dass die Landwirtschaft heute mit viel weniger Pestiziden zuverlässig höhere Erträge erreichen kann als früher. Wir bringen den Landwirten in den Entwicklungsländern bei, wie das geht. Wir nehmen dafür Bodenproben und helfen dann, genau das passende Saatgut zu finden und die richtigen Mittel zur Schädlingsbekämpfung auszuwählen. Dafür haben wir in China als Teil unseres „Modern Agricultural Program“ vor vier Jahren das erste örtliche Landwirtschaftszentrum aufgebaut, heute betreiben wir knapp 400 davon, das ist unser am schnellsten wachsendes Geschäft. Es ermöglicht Kleinbauern mit veralteter Technik den Sprung in die Moderne. Diesen Ansatz bringen wir auch nach Afrika und Indien.

Syngenta gehört seit vier Jahren einem chinesischen Staatskonzern. Soll deshalb ein Modell aus China zum Vorbild für den Rest der Welt werden?

Die chinesische Regierung will die Landwirtschaft modernisieren, und zwar nicht in kleinen Schritten. In China leben 20 Prozent der Weltbevölkerung, das Land verfügt aber nur über sieben Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Das heißt, China wird auf absehbare Zeit auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen sein. Unser Geschäftsführer in China ist 53 Jahre alt. Als Kind hat er Hunger und Unterernährung am eigenen Leib erfahren. Wer so etwas erlebt hat, will es nicht noch einmal durchmachen. Deshalb geht es den Chinesen so sehr darum, dass es genug Lebensmittel auf der Welt gibt.

Und deshalb unterstützen sie uns auch, wenn wir etwa Landwirten in Afrika oder Indien helfen. Dafür investieren wir mit unserer Forschung, und unsere Unternehmensstiftung gibt rund 20 Millionen Dollar im Jahr aus. In Indien haben wir schon 6000 Landwirte so ausgebildet, dass sie jetzt mit weniger Pestiziden mehr ernten können.

Das klingt gut. Aber brauchen arme Länder nicht vor allem Spenden und Hilfslieferungen aus dem Westen?

Vor allem Afrika sollte sich selbst ernähren können. Dort gibt es Gegenden mit den besten Böden und dem besten Wetter der Welt. Afrika braucht eigentlich keine Lebensmittelspenden und erst recht keine teuren Lebensmittelimporte, sondern Ausbildung, damit die Menschen dort selbst genug Lebensmittel herstellen können. Stattdessen steigen die Lebensmittelimporte, genauso wie die Bevölkerungszahl. Und als wir in der letzten Heuschreckenplage mit einigen unserer Produkte helfen wollten, scheiterte das daran, dass sie in Afrika nicht zugelassen werden konnten. Wir müssen ihnen also helfen, das Zulassungssystem für Pflanzenschutzmittel zu modernisieren.

Die Zahl der Menschen, die nicht genug zu essen haben auf der Welt, ging jahrelang zurück. Jetzt nimmt sie wieder zu. Wie erklären Sie sich das?

Das ist ein sehr ernstes Problem, um das wir uns als Weltgemeinschaft kümmern müssen. Der Maispreis hat sich vergangenes Jahr mehr als verdoppelt. Auch Soja und Weizen sind viel teurer geworden. Zum Teil ist das eine Folge der Corona-Pandemie, zum Teil liegt es an Ernteaussfällen wegen zunehmender Wetterextreme. Diese Entwicklung zeigt: Wir brauchen die moderne Landwirtschaft, um genug Nahrungsmittel zu erzeugen, aber auch, um mehr CO₂ im Boden zu speichern und um die Zerstörung großer Waldflächen aufzuhalten. In Europa ist diese Einsicht leider nicht weit verbreitet.

Was meinen Sie damit?

Die Landwirtschaft gilt in Europa vielen als das Problem, dabei muss sie die Lösung des Problems sein. Ein Beispiel: Der Plan der EU, bis 2050 CO₂-neutral zu werden, ist fantastisch. Klar ist aber, dass man dafür mehr Ertrag je Hektar braucht, nicht weniger. In der sogenannten Farm-to-Fork-Strategie der EU steht jedoch: 25 Prozent der Fläche sollen auf Biolandwirtschaft umgestellt werden, wo die Erträge im Durchschnitt 40 Prozent niedriger sind. Und der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln soll um 50 Prozent sinken. Gleichzeitig haben neue Produkte, die mit weniger Menge eine höhere Wirkung erzielen, in der EU oft keine Chance auf Zulassung. Am liebsten wäre es manch einem offenbar, wenn wir in der Landwirtschaft alles genauso machen würden wie unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Das kann man so wollen. Aber so wird es nicht gelingen, bald 9 Milliarden Menschen zu ernähren.

Sie müssen so reden, Sie wollen schließlich Chemie verkaufen.

Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn die Menge der eingesetzten Pestizide sinkt. Sie hat in den vergangenen 60 Jahren auf der Welt ja schon um mehr als 95 Prozent abgenommen. Wir wollen, dass sie noch einmal um 90 Prozent sinkt. Aber dafür brauchen die Landwirte moderne Mittel, die auch in kleineren Mengen wirken. In Europa dagegen müssen sie ältere Pestizide einsetzen, die mit größeren Mengen eine geringere Wirkung haben. Wir haben ein neues Mittel entwickelt, das Weizen vor Pilzerkrankungen schützt. Es ist seit vier Jahren in Argentinien und Brasilien, in Amerika und China erfolgreich im Einsatz. Man braucht davon 20 Prozent weniger als von dem Vorgänger, und man muss seltener damit auf den Acker gehen. Aber in Europa ist es noch nicht erlaubt, weil bei diesem neuen Produkt nur ein bestimmtes Risiko gesehen wird und nicht der Nutzen. Das gilt übrigens genauso für neue Züchtungsmethoden beim Saatgut.



Der Amerikaner Erik Fyrwald, 61, steht seit 2016 an der Syngenta-Spitze. Der Konzern mit Sitz in Basel hat vergangenes Jahr 14,3 Milliarden Dollar umgesetzt. :Bild: Bloomberg

Sie denken an die sogenannte Gen-schere CRISPR-Cas?

Genau. Es geht darum, vorteilhafte genetische Veränderungen, die in der herkömmlichen Züchtung nach dem Zufallsprinzip vorkommen, schneller zu erreichen. Damit können wir zum Beispiel Tomaten länger haltbar, nährstoffreicher und schmackhafter machen, damit weniger Lebensmittel verschwendet werden und die Menschen sich gesünder ernähren. Wir entwickeln eine Reihe von solchen Produkten, die in den nächsten fünf Jahren auf den Markt kommen sollen. Die Haltung der EU hat aber dafür gesorgt, dass diese Technik noch nicht ihr volles Potential entfalten konnte.

Biolandwirte kommen auch ohne Gentechnik, ohne Insekten- und Unkrautvernichter über die Runden.

Das ist ein Trugschluss. Wir haben in Frankreich eine Fabrik, die Pestizide herstellt, die in der Biolandwirtschaft eingesetzt werden dürfen. Die Nachfrage nach diesen Produkten ist enorm, die Fabrik läuft rund um die Uhr. Es stimmt auch nicht, dass Biolandwirte nur ungefährliche Substanzen für den Pflanzenschutz einsetzen. Die am weitesten verbreiteten Biofungizide sind Kupfersalze, die giftig für Bodenorganismen sind und sich über die Jahre im Boden anreichern. Erlaubt sind sie trotzdem, sogar in der EU.

Kann es sein, dass Sie die Biolandwirte generell auf dem Kieker haben?

Überhaupt nicht. Es gibt sehr effektive Techniken in der Biolandwirtschaft, die wir nutzen, zum Beispiel den Fruchtwechsel. Hülsenfrüchte lagern Stickstoff im Boden ein; baut man im nächsten Jahr an der gleichen Stelle Getreide an, braucht man weniger Dünger. Aber wenn wir ausschließlich Biomethoden nutzen, kommen wir nicht weit. Mir hat einmal ein Landwirt in Neuseeland seine Apfelplantage gezeigt. Er war ein überzeugter Biobauer, bis er merkte, dass er mit der Zeit immer mehr Biopestizide spritzen musste, um die Ernte zu sichern. Irgendwann hielt er das nicht mehr für sinnvoll und ist umgestiegen. Jetzt spritzt er nicht mehr, sondern weniger als früher. Es gibt auch immer mehr Biobauern, die Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz chemischer Pestizide beantragen, um einer Krankheit oder eines Schädlingsbefalls Herr zu werden. Und wenn man es erst mit einer Katastrophe wie der Heuschreckenplage in Afrika zu tun hat, dann helfen Bioprodukte nicht mehr weiter. Wer dagegen keinen modernen chemischen Insektenschutz einsetzt, verliert die ganze Ernte.

Und mit Chemie wird alles gut?

Ich bin dafür, die besten Elemente von Bio und konventioneller Landwirtschaft miteinander zu verbinden. Dabei gibt es zwei Ziele: genug Nahrungsmittel zu ernten und das Klima zu schonen. Die Fruchtfolge ist eine dieser Techniken. Eine weitere ist, dass wir mit dem Boden schonend umgehen und aufs Pflügen weitestgehend verzichten, weil dabei sehr viel CO₂ freigesetzt wird. Nur braucht man dann Herbizide, um den Acker vor der Aussaat vorzubereiten. Nach der Ernte sollten wir schließlich darauf achten, den Boden bedeckt zu halten, um etwas gegen die Erosion zu tun. In weiten Teilen der Welt werden die Pflanzen, die dafür genutzt werden, nach dem Winter jedoch verbrannt. Das ist schlecht fürs Klima. Es gibt moderne

Herbizide, das ist dafür die bessere Wahl. Es ist übrigens auch keine gute Idee, nach der Ernte die Stoppeln stehen zu lassen und später zu verbrennen, wie es in Indien und China häufig noch getan wird. Wir haben Saatgut entwickelt, das man über die Stoppeln wachsen lassen kann, das ist die klimafreundliche Methode. Die Landwirtschaft verursacht 12 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes. Dagegen müssen wir etwas tun.

Jetzt klingen Sie fast so wie die Klimakämpferin Greta Thunberg. Würden Sie ihr einen Platz im Aufsichtsrat anbieten? Siemens-Chef Joe Kaeser wollte ja die deutsche Aktivistin Luisa Neubauer für so einen Posten haben.

Mit ihrer Art zu leben ist Greta Thunberg ein großes Vorbild für uns alle. Und wie sie Jugendliche dazu bringt, sich für ihre Sache, für ihre Zukunft einzusetzen, ist großartig. Ich stimme nicht mit allem überein, was sie sagt. Aber ich habe drei Töchter, die finden sie alle wunderbar. Ich würde mich freuen, wenn Greta einmal bei uns in der Firma auftreten würde. Dass sie Interesse an einem Sitz in unserem Aufsichtsrat hat, glaube ich zwar nicht – aber wir würden ihre Anliegen gerne mit ihr besprechen.

Ein Hindernis dürfte sein, wie sehr die Glaubwürdigkeit Ihrer Branche gelitten hat. Das liegt vor allem am Glyphosat, das nach der Überzeugung amerikanischer Gerichte Krebs erregt. Ihren deutschen Wettbewerber Bayer kostet das Milliarden von Dollar, der Börsenkurs ist ruiniert. Wann nehmen Sie diese Substanz aus dem Sortiment?

Wir verkaufen davon nur sehr geringe Mengen, nur in einigen unserer Mischungen. Ich bin der Meinung, dass es sich dabei um eine Substanz handelt, die man durchaus verantwortungsvoll einsetzen kann.

Und wie sieht es mit den Neonikotinoiden aus, dem Insektengift, das Bienenfreunde verdammen?

Wir sind der drittgrößte Saatguthersteller auf der Welt, für unser Geschäft brauchen wir Bienen. Und auch Landwirte brauchen Bienen. Wir verkaufen Neonikotinoide deshalb fast nur zur Behandlung von Saatgut, kaum für die Blattbehandlung. Wir beobachten die Bienenpopulation in den Gebieten, in denen dieses Saatgut genutzt wird. Es gibt da keine Verschlechterung. Und wenn doch einmal Neonikotinoide gespritzt werden, kann man das auf Kulturen und zeitlich so einschränken, dass es den Bienen nicht schadet. Glauben Sie mir: Wir lieben Bienen, genauso wie jeder andere auf der Welt.

Als Syngenta 2017 übernommen wurde, hieß es: In spätestens fünf Jahren kommt die Firma wieder an die Börse. Bald läuft die Frist ab.

Wir haben den Prozess jetzt gestartet. Ich hoffe, wir schaffen es bis Ende 2021.

KAUM ERNEUERBARE ENERGIEN:

Atomnation Frankreich als Klimaschützer

- EIN KOMMENTAR VON CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 12.06.2021-17:22



Das Atomkraftwerk in Nogent-sur-Seine Bild: Reuters

Frankreich hat keine einzige Off-Shore-Windkraftanlage, der Anteil der erneuerbaren Energien ist gering. Und doch stößt das Land viel weniger CO₂ aus, die Kernenergie macht es möglich. Warum plant Macron dann einen Teilausstieg?

Rund vier Jahre ist es her, da schleuderte Emmanuel Macron dem Leitmotiv des damaligen amerikanischen Präsidenten Donald Trump „make America great again“ eine Replik entgegen, die ein doppeltes Zeichen setzen sollte: „Make the planet great again“. Der frisch gewählte französische Präsident kämpfte um den Erhalt des Pariser Klimaabkommens, das die Vereinigten Staaten gerade aufgekündigt hatten, und plädierte für die multilaterale Zusammenarbeit.

Der dynamische Macron kann sich international oft gut in Szene setzen. Wie aber steht es in Frankreich um die Klimapolitik? Dazu einleitend einige Zahlen: Großbritannien hat Tausende Windkraftanlagen im Meer („off shore“) installiert. Frankreich verfügt trotz seiner langen Küsten bis heute über keine einzige. Nur 9 Prozent des französischen Stroms kamen 2019 aus erneuerbaren Energien, in Deutschland rund 35 Prozent. Am gesamten französischen Energieverbrauch unter Einschluss von Öl und Gas stellen Wind- und Solarenergie nur einen Anteil von 1,8 Prozent dar. Vor zehn Jahren lag der Anteil zwar erst bei einem Viertel des heutigen Niveaus, dennoch kocht Frankreich wegen des langsamen Ausbaus grüner Energien weiterhin auf kleiner Flamme.

Weniger Emissionen dank Nuklearenergie

Das Nachbarland muss sich im Kampf gegen den Klimawandel dennoch nicht verstecken, im Gegenteil. **Dank seines hohen Nuklearanteils stoßen die Franzosen im Durchschnitt viel weniger CO₂ aus als Deutsche, Amerikaner, Russen, Niederländer oder Japaner.** Die Emissionen der Deutschen je Kopf der Bevölkerung überschreiten jene der Franzosen um drei Viertel.

Kein anderes Land der Welt setzt so wie Frankreich auf die Nuklearindustrie – auch nachdem 2020 der älteste Meiler in Fessenheim am Oberrhein nach 43 Jahren Laufzeit abgeschaltet wurde. **Mehr als 70 Prozent der französischen Stromerzeugung stammen aus Kernkraftwerken. Nach dem Wunsch von Macron soll der Anteil bis 2035 auf 50 Prozent sinken, wofür er 14 Reaktoren abschalten will.**

Aus deutscher Sicht ist dies nur Schnecken tempo, doch im französischen Kontext ist **der Teilausstieg eine Herausforderung.** Die Antiatombewegung ist eine Minderheit. Gewerkschaften fürchten den Kahlschlag der betroffenen Regionen, gleichzeitig nimmt der Widerstand gegen Windräder zu. Zwei Kandidaten der

Präsidentenwahlen im kommenden Jahr, Marine Le Pen und der konservative Politiker Xavier Bertrand, sprechen sich für einen Baustopp aus.

Die Verteidiger der Nuklearenergie halten den Teilausstieg ökonomisch wie klimapolitisch für unsinnig. Frankreich ersetze lediglich eine klimafreundliche Energieform durch eine andere. **Die französischen Atommeiler seien sicher und könnten noch lange weiterlaufen, um kostengünstigen Strom zu liefern, heißt es.** In den Vereinigten Staaten erreichen die **Laufzeitverlängerungen inzwischen 80 Jahre.**

Gesprenge Budgets

Allerdings unterschätzen diese Rechnungen die stark gestiegenen Kosten der Nuklearindustrie. Die **Nachrüstungen** sind wegen der zu Recht strengen Sicherheitsanforderungen **aufwendig**; und **beim Neubau stellen sich erst recht viele Fragezeichen.** Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten bauen die Franzosen im finnischen **Olkiluoto** an einem Kernkraftwerk des Typs EPR 3, das jegliche Zeitpläne und Kostenbudgets gesprengt hat. Die Errichtung des gleichen Reaktortyps in **Flamanville** an der normannischen Küste ist fast ebenso **heillos überteuert und verspätet.** Seit der Bauwelle in den Siebziger- und Achtzigerjahren hat Frankreich viel technische Kompetenz verloren.

Für den erhofften Export der Nuklearenergie fehlt ein Aushängeschild. Die Briten lassen sich von den Franzosen zwar einen EPR in Hinkley Point bauen, aber auch dort knirscht es an vielen Stellen. **Der mehrheitlich staatliche Energiekonzern EDF hat in zehn Jahren mehr als die Hälfte seines Börsenwertes verloren.** Derzeit scheinen **nur die Chinesen in der Lage, EPR-Reaktoren zu bauen.** EDF will jetzt kleinere Kraftwerke entwickeln, um Kunden zu finden.

Klar ist, dass die Franzosen nicht vollständig aus der Nuklearenergie aussteigen werden. Das wäre heute nicht nur ökonomischer Unsinn, sondern auch technisch kaum machbar. **Die Regierung beobachtet die Energiepreise wie die Milch auf dem Herd.** Der Schrecken der „Gelbwesten“-Bewegung, die auch durch gestiegene Benzinpreise ausgelöst wurde, sitzt ihr noch in den Knochen.

Doch wie soll klimafreundliches Verhalten ohne Preiserhöhungen erzielt werden? Dieser Frage geht die Regierung geflissentlich aus dem Weg. Sie will dem Klimaschutz Verfassungsrang geben, doch gleichzeitig bleibt ihre Politik erstaunlich unkonkret. Lange wird sich das Kriechtempo nicht fortsetzen lassen.

Suède : Le nouveau parti musulman Nyanset lance sa campagne pour les législatives de 2022



© Fournis par Yabiladi

A un an des élections législatives en Suède, le nouveau parti musulman suédois Nyanset vient d'annoncer sa campagne. La formation politique, dirigée par Mikail Yüksel, ambitionne ainsi d'atteindre le seuil électoral de 4% et d'entrer au parlement lors des élections de 2022, écrit [Euractiv](#).

Vendredi, son dirigeant a ainsi annoncé à ses abonnés sur TikTok que des affiches du parti avaient même été apposées en Turquie. Fondé en 2019, le parti pourrait «potentiellement gagner un large public en Suède, qui abrite environ 810 000 musulmans, soit environ 8,1% de la population», dont 50 000 personnes d'origine turque.

Nyanset s'annonce comme **formation politique «pour tous les Suédois**, indépendamment de leur religion et de leur origine». Son programme couvre une gamme de politiques allant des écoles, les retraites à l'immigration, l'intégration et la religion.

Le parti considère que **le populisme et la xénophobie en Suède** ont conduit à une situation où «les libéraux ne sont plus libéraux et les socialistes ne sont plus socialistes». **Les musulmans et les personnes d'origine africaine devraient «bénéficier d'un statut officiel de minorité et criminaliser l'islamophobie et l'afrophobie»**, plaide la formation politique. **«Notre objectif est d'empêcher la Suède de devenir une autre France»**, a déclaré Mikail Yüksel dans une interview au quotidien turc Yeni Şafak en janvier de cette année.

Le fondateur de Nyanset est arrivé en Suède en 2001 et devient, pendant ses études, membre du Parti du centre (Centerpartiet). Toutefois, à la veille des élections de 2018, il avait été licencié sur fonds d'accusations de liens avec un groupe nationaliste turc.

SCHNELLER SCHLAU

Werden die Reichen noch reicher?

Von CHRISTOPH SCHÄFER, Grafiken: JOHANNES THIELEN und GARBRIEL RINALDI · 25. Mai 2021

Deutschland ist hinter Litauen der Europameister der Ungleichheit. Dass das Land immer ungleicher wird, stimmt allerdings nicht.

„Hinter der Kapitalismuskritik steckt sehr stark das Gefühl: Da bereichern sich einige stark.“ Dieser Satz von Allensbach-Chefin Renate Köcher, gefallen im vergangenen Jahr, hat nichts von seiner Brisanz verloren. Im Gegenteil: Während der Corona-Krise sind auf der ganzen Welt insbesondere die Vermögen der Reichsten der Reichen stark gewachsen.

Mit 155 Milliarden Euro Nettovermögen darf sich Amazon-Chef Jeff Bezos als reichster Mann der Welt bezeichnen. Tesla-Chef Elon Musk folgt mit 133 Milliarden auf Platz zwei. Dahinter rangiert der Franzose Bernard Arnault, Direktor der Luxusgruppe LVMH. Er gilt mit 132 Milliarden Euro als reichster Europäer und ist der einzige der zehn reichsten Menschen der Welt, der nicht aus den USA stammt.

Der erste Deutsche kommt in der ständig aktualisierten Milliardärs-Liste der Nachrichtenagentur Bloomberg erst auf Platz 38: Es ist Klaus-Michael Kühne, Mehrheitseigentümer des internationalen Logistikdienstleisters Kühne + Nagel. Mit 28 Milliarden Euro Nettovermögen ist er aber immer noch um 27,999953 Milliarden reicher als der Durchschnittsdeutsche. Das durchschnittliche Nettovermögen in Deutschland beträgt gerade einmal 47.000 Euro.

Doch auch in Deutschland gibt es zunehmend mehr Reiche. Im Jahr 2009 zählte das Wirtschaftsmagazin Forbes noch 860.000 Millionäre zwischen Flensburg und Rosenheim. Vor zwei Jahren waren es dann schon 1,47 Millionen Millionäre.

Auch der Klub der Superreichen wächst in aller Welt. Im Jahr 2001 zählte Forbes exakt 538 Milliardäre zu diesem erlauchten Kreis. Inzwischen sind es mehr als fünfmal so viele. Allerdings muss an dieser Stelle gesagt werden, dass sich große Vermögen stets nur schätzen lassen. Aktienpakete und Unternehmen schwanken mitunter stark im Wert – und was Start-ups, Gemälde oder Immobilien wirklich wert sind, weiß man auch erst, wenn sie erfolgreich verkauft wurden. Deshalb haben die Statistiken sämtlicher Urheber alle dasselbe Problem: Exakte Daten zu den Vermögen der oberen zehn Prozent, erst recht des obersten Prozents, gibt es nicht. Die Richtung stimmt, ansonsten muss hochgerechnet oder geschätzt werden.

Strittig an großen Vermögen ist aber ohnehin nicht ihre Existenz oder ihre genaue Höhe. Für Streit sorgt stets nur die Verteilung. Um es in den Worten Bertolt Brechts aus dem Jahr 1934 zu sagen: „Reicher Mann

und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ Anhänger dieser Nullsummen-Theorie übersehen, dass sich eine Gesellschaft auch insgesamt nach oben arbeiten kann – nur Einzelpersonen darin das unterschiedlich schnell tun. Als Paradebeispiel wird China angeführt, wo die Zahl der Milliardäre explosionsartig steigt, zugleich aber in den vergangenen Jahrzehnten auch Abermillionen Menschen der absoluten Armut entkommen sind.

Absolut unstrittig ist jedoch: Die Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge besitzen die reichsten 10 Prozent der Deutschen sage und schreibe 56 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die ärmere Hälfte verfügt gerade mal über 1,3 Prozent der Besitztümer.

Anders als der linke Zeitgeist stets suggeriert, ist die Verteilung in den vergangenen Jahren aber zumindest nicht noch ungleicher geworden. Der sogenannte Gini-Koeffizient, der das Maß der Ungleichheit in einer Zahl zwischen 0 (alle haben gleich viel) und 1 (nur einer Person gehört alles) ausdrückt, war nach Angaben des DIW zumindest für die Jahre von 2002 bis 2017 nahezu konstant. Das gleiche Bild ergibt sich aus dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Außer zahlreichen anderen Indikatoren weist er auch den Anteil der „Top-Vermögenseinkommensbezieher“ aus. Das ist die Quote derjenigen, deren Vermögen ein jährliches Einkommen von inflationsbereinigt 5000 Euro oder mehr abwirft. Der Anteil dieser Glücklichen schwankte ziemlich konstant zwischen 9 Prozent aller Deutschen im Jahr 2000 und 8,5 Prozent im Jahr 2017. Anders ausgedrückt: Der Satz „Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden noch ärmer“ stimmt zumindest für Deutschland und den genannten Zeitraum nicht.

Kritisch lässt sich trotzdem anmerken, dass die Ungleichheit der Vermögen in Deutschland im europäischen Vergleich hoch ist. Vergleicht man den Gini-Index der Vermögen in Deutschland mit dem anderer Länder, ist Deutschland mit einem Wert von 0,76 hinter Litauen der Europameister der Ungleichheit. Der Durchschnitt im Euroraum beträgt 0,69. In Italien und Spanien liegt der Wert bei 0,6. Am gleichmäßigsten sind die Vermögen in der Slowakei verteilt (0,49).

Wie sich die Corona-Pandemie auf die Ungleichheit in Deutschland ausgewirkt hat, ist nicht eindeutig. Bundesbankpräsident Jens Weidmann und eine klare Mehrheit der Wissenschaftler sagen, die Krise habe die Ungleichheit verschärft. Auch Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sagt: „Covid-19 war kein Virus der Chancengleichheit.“ Eine Studie des DIW behauptete Anfang des Monats hingegen, dass die Ungleichheit der Haushaltseinkommen Anfang dieses Jahres geringer gewesen sei als Anfang 2019.

Interessant ist auch, wem die Deutschen großen Wohlstand gönnen und wem nicht. In einer repräsentativen Umfrage für das Buch „Die Gesellschaft und ihre Reichen“ wurde im Mai 2018 danach gefragt, welche Personengruppen es verdienen, wenn sie reich sind. Das Ergebnis: Selbständigen und Unternehmern gönnen sechs von zehn Deutschen ihr Geld. Wenn hingegen Erben, Spitzenmanager und Banker viel Geld haben, lehnen das mindestens acht von zehn Deutschen ab.